atom

Winter 1991/92
Nr. 37 5 Mark

WER ZUHAUSE BLEIBT, WENN DER KAMPF BEGINNT
UND LÄßT ANDERE KÄMPFEN FÜR SEINE SACHE
DER MUß SICH VORSEHEN: DENN
WER DEN KAMPF NICHT GETEILT HAT
DER WIRD TEILEN DIE NIEDERLAGE.
NICHT EINMAL DEN KAMPF VERMEIDET
WER DEN KAMPF VERMEIDEN WILL: DENN
ES WIRD KÄMPFEN FÜR DIE SACHE DES FEINDS
WER FÜR SEINE EIGENE SACHE NICHT GEKÄMPFT HAT.

BERTHOLT BRECHT

- Anti-AKW-
  Konferenz in Marburg
- Rot-Grüne Atompolitik -
  Eine Geschichte ohne Ausstieg
- Rassismus - Neue Fragen? Neue Antworten?

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

KOPFSPRUNG

weckenstr. 1 3000 hannopher 91

DAS Goldene Blatt aus Hannover präsentiert seine elfte Nummer, diesmal sexuell und zu erwerben für 2,- DM in öffentlichen Anstalten zumeist Nordstadt, Linden und in der List. Wer die Handverkäufer nicht abwarten will, schreibt an den Kopfsprung, Weckenstr. 1, 3000 Hannover 91

PROWO

Linke Monatszeitung im magischen Sechseck von Grünen, "Radikaler Linker", Autonomen, Feministinnen, PDS & Antiimperialistinnen

Texte der Ost- und Westopposition
Forum zur Perspektiven - Debatte

regelmäßige Themen:
- Rassismus & Migration
- Internationalismus
- Stadtentwicklung
- Betrieb & Gewerkschaften

Ich möchte

o ein kostenloses Probeexemplar

oder ***PROWO*** abonnieren
(erscheint jeden 1. Freitag im Monat)

o 4 Ausgaben (10 DM)
o Jahresabo (11 Ausgaben, 20 DM)
o Förderjahresabo (40 DM)

Scheck, Überweisung oder Geldschein! Sofern nicht 4 Wochen vor Ablauf des Abo gekündigt wird, verlängert sich dies um den angegebenen Zeitraum.

Name

Straße

PLZ, Ort

Unterschrift

Bankverbindung:
PROWO, Stadtsparkasse Bln (BLZ 100 500 00), Kto-Nr.: 640 017 118
PROWO, Eisenbahnstr. 4, 1000 B 36
Tel.: 030/618 80 02/03, Fax: 618 80 03

ami

Helmut H., Bonn:

Fein: ami ist 20!

Im Ernst: 20 Jahre ami, das bedeutet 20 Jahre sachliche Berichte, kritische Analyse und engagierte Diskussion friedenspolitischer Themen - Monat für Monat. Seit 1971 wird die ami von Studentinnen und Studenten in Selbstverwaltung und ehrenamtlich hergestellt. Partei- und verbandspolitisch unabhängig informieren wir über aktuelle Entwicklungen bei Rüstung und Militär, in Friedensforschung und Friedensbewegung. Dazu gehören auch regelmäßige Berichte über Urteile zu KDV und Zivildienst und ein Literaturteil. Drei Ausgaben im Jahr erscheinen zu einem aktuellen Thema.

Themenheft 7/91:
"Auf zu neuen Fronten..."

Die "neue" Weltordnung - und was wir dagegen tun können.
H.Hugler: Ist der Kapitalismus friedensfähig? * C.Daase: Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik * U. Wasmuht: Ende bellistischer Beziehungsmuster? * O.Meier: KSZE * H. Riecke: Konfliktformationen in Osteuropa * M.Ferdowsi: Ende der Stellvertreterkriege? * B.Ladwig: Friedensbewegung und Neue Weltordnung. (64 S.)

Abo: 32,50 DM; Themenheft: 4,50 DM; Probeheft gratis. Bezug:

antimilitarismus information Eißholzstr.11 1000 Berlin 30

500 Jahre

Kontinuitäten

kolonialistischer Politik

Die vielfältige wirtschaftliche Ausplünderung der „Dritten Welt", die sexistische Unterdrückung und Instrumentalisierung der Frauen, der andauernde Ethno- und Eurozentrismus, der Rassismus gegen die Menschen aus anderen Kontinenten und Kulturkreisen, die scheinheilige Politik der Kirche, die schonungslose Ausbeutung der Natur, stehen für die Kontinuität kolonialistischer Politik. An verschiedenen Beispielen wird aufgezeigt, daß das Vergangene nicht tot ist, nicht einmal vergangen.

Zugleich wird aber auch deutlich gemacht, daß die Maßnahmen nicht widerspruchslos hingenommen wurden und daß es eine nie völlig gebrochene Kontinuität von aktivem und passivem Widerstand gibt.

Außerdem Materialhinweise und wichtige Adressen für die Kampagne '92.

96 Seiten
DM 6,- (incl. Porto)

Redaktion und Vertrieb
Informationsstelle Lateinamerika (ila)
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

Herausgeber
Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und die Dritte Welt Zeitschriften

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/48599; Fax: 04131/47512 (neu!)

V.i.S.d.bgl.P.:
Enno Brand, Günter Garbers, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:
Eine Ausgabe kostet 5,- Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,50 Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 30,- Mark incl. Porto und Versand. Förder-Abo: ab 50,- Mark
Konto: "atom", G. Garbers
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann, Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898 - 304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Moderne Zeiten:
Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese auch auf PC-Diskette abgespeichert zusenden (zusätzlich einen Ausdruck). Folgende Disketten können wir verarbeiten:
1.) 3,5 Zoll-Disketten für Apple/Macintosh oder MS-DOS
2.) 5 1/4 Zoll-Disketten müssen auf 360 Kilobyte und einseitig formatiert sein.
Die Artikel müssen als MS Word, Wordstar, Txt, Pagemaker oder Word-Perfekt Dokumente abgespeichert sein. Disketten und Ausdrukke bitte an die Lüneburger Redaktion.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 37, Winter 1991/92.
Nach der guten alten Zählweise für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 77
atommüllzeitung Nr. 65

Titelbild:
Montage: atom

Redaktionsschluß für die nächste atom:
Anfang Februar 1992

INHALT

Anti-AKW-Bundeskonferenz vom 22.-24.11.91 in Marburg
Ist die Krise der Bewegung vom Tisch? 4
Aufruf:"Kein neus Atomgesetz" 8
Zur Lage der Bewegung 9

Schwerpunkt I: Rot-Grüne Atompolitik - Eine Geschichte ohne Ausstieg

Im Laufe der 1 1/2jährigen Auseinandersetzungen mit der Rot-Grünen Landesregierung in Niedersachsen ist deutlich geworden, daß vom vielbeschworenen Ausstieg außer Lippenbekenntnissen nicht viel übrig geblieben ist 10
Gemeinsame Erklärung der Nieders. Standorte BI's 11
Die Unglaubwürdigkeit der Ausstiegspolitik 13
Antwort der Nieders. Landesregierung auf "offenen Brief" zur Gorl. Blockade 15

Endlager
Asse II: Einlagerung von hochradioaktiven US-Atommüll 16
Schacht Konrad - Erfolgreiche Einwendungskampagne 18
Gorleben - Was gibt's Neues? 21

Atomtransporte
Gutachten über Atomtransporte zum geplanten Endlager Schacht Konrad 22
PTB-Transporte 24

THTR - Endlich Stillgelegt 25

Karlsruhe - Hanau
Karlsruhe - Pretoria - Bagdad Beihilfe zur Atombombe?! 26
Aktenkrimi - Stop für Mox in Hanau? 29
Die Mox Legende 30
Kettenreaktion Hanau ruft zu einer weiteren Blockade auf 32

Schwerpunkt II: Rassismus - Neue Fragen? Neue Antworten?

Rassistische Gewaltaktionen haben in den letzten Monaten rapide zugenommen, sie brauchen nicht mehr nur im Dunkeln und Geheimen stattfinden, sondern können sich öffentlich Manifestieren. Anerkennung in Betrieben und Nachbarschaft für die aktive Teilnahme an solchen Aktionen sind keine Seltenheit mehr 37
Die Fascho-Szene in Stiefel und Frack 40
Anti-Fa Ratschlag Dresden 44
Solidarität ist eine Waffe. Autonom. Unterstützung für Flüchtlinge in Norderstedt
Für offene Grenzen auch in unseren Köpfen 48
Alle Grenzen offen! 50
Linke, Antirassismus u. Theorie. Drei Ansätze zur Diskussion 52
Bundesverdienstkreuz für Herbert Gruhl 57

Kriminalisierung: Freiheit für Knud u. Ralf / Notbremse i. WAA-Prozeß 68

Asylrecht ist Menschenrecht Dieser Text (siehe Rückseite atom) kann als zweifarbiges Plakat oder Aufkleber bei der Roten Hilfe bestellt werden

Anti-AKW
22. - 24.11.

Die folgenden Ausführungen entstanden am Tag nach der Konferenz und wurden von drei Personen der BIgAM geschrieben. Eine ausführliche Darstellung wird noch folgen. Insgesamt nahmen an der Konferenz ca. 80 Personen aus über 30 Initiativen teil.

Freitag Abend:

Den ganzen Freitag Abend über nahmen wir uns Zeit für die Vorstellungsrunde.
Diese fand ausführlicher statt als es sonst der Fall war,da eine etwas genauere „Bestandsaufnahme" der derzeitigen Anti-AKW-Bewegung durchgeführt werden sollte.
So stellte sich jede Gruppe anhand des im Reader aufgeführten „Fragenkatalogs" vor und es wurde somit möglich,mit den Namen der verschiedenen Städte Genaueres zu verbinden.

Die ganze Bandbreite der Bewegung wurde uns vor Augen gehalten:
die Gruppen beschrieben sich als „keine linke Gruppe; linksradikal; keine einheitliche politische Linie; unhomogener Haufen; Autonomer bis Realo-Grüner", wobei sich ein überwiegender Teil der Gruppen und BI's als „links" bezeichnete.

Des weiteren wurde deutlich, daß die einzelnen Gruppen und Initiativen an verschiedenen Themen arbeiten, die teils die ganze Bandbreite des Atomsumpfs betreffen, teils aber auch andere Themen betraf.
„Das Thema" für die gesamte Anti-AKW-Bewegung gibt es nicht
Hier wurde deutlich, daß die Standort-BI´s mit der Arbeit gegen die Atomanlagen vor Ort häufig genug zu tun haben, während sich gerade die Städte-BI´s auch anderen Themenfeldern widmen
(z.B. Volkszählung, IWF, AusländerInnenfeindlichkeit, Faschismus, Anti-Rassismus, Golfkrieg, Häuserkampf...).
Das heißt natürlich nicht, daß sich die Standort BI´s sich überhaupt nicht um solche Themen kümmern.
Es läßt sich aber festhalten, daß viele Leute, die in Städte-BI´s organisiert sind, häufig auch noch in anderen Gruppen mitarbeiten / Teil der „Scene" sind und für die Anti-AKW-Arbeit nur ein Thema von vielen ist, daß bearbeitet wird.

Viele Gruppen schaffen es aber auch wegen Personalknappheit nicht, sich um andere Themenbereiche zu kümmern (obwohl sie es wollten), andere Gruppen kümmern sich nur noch um sich selbst und sonst gar nichts (z.T. in der Auflösung begriffen).

Überhaupt ist zu sagen, daß die meisten BI´s oder Initiativen ziemlich klein geworden sind. Von zwei bis dreißig Leuten (absolute Spitzenstellung) reicht die jeweilige Gruppenstärke, wobei man den Gruppendurchschnitt vielleicht auf 6-8 Leute festsetzen kann.
Kein Vergleich mehr zu den Zeiten nach Tschernobyl, als sich zum einen viele neue Gruppen und Initiativen bildeten und zum anderen auch die alten BI´s starken Zulauf bekamen (z.T. 3-stellige Gruppenstärke).

Weiterhin wurde deutlich, daß mehrere Regionaltreffen inzwischen eingeschlafen sind (z.B. in NRW) und sich auch schon mehrere Städte-BI´s aufgelöst haben (z.B. Kiel, Lübeck).

Es war schade, daß aus der „Ex"-DDR keine Gruppen vertreten waren, lediglich aus Greifswald war am Samstag für einige Stunden ein Vertreter da, der die Arbeit der dortigen BI vorstellte.
Diese basiert auch auf fachlichen Diskussionen mit der Betreiberseite.
Mit der Planung eines Atommüllagers wurde zum ersten Mal die Bevölkerung vor Ort aus dem Tiefschlaf geweckt.
Greifswald ist von der Atommafia abhängig (Arbeitsplätze), aber Atommüll will dort auch (fast) keiner haben.

Diese ausführliche Vorstellungsrunde war sehr wichtig und spannend und es war kein Problem, sich bis Mitternacht die einzelnen Berichte anzuhören.
Zwar wußte man/frau über einzelne Gruppen bereits vorher genauer Bescheid, aber von anderen bekam man/frau hier eigentlich zum ersten Mal Genaueres mit.
Es hat sich gelohnt, die Vorstellungsrunde so durchzuführen, denn sie vermittelte einen guten Eindruck der real existierenden Anti-AKW-Bewegung.

Die persönliche Motivation, weiterhin Anti-AKW-Arbeit zu machen, war deutlich spürbar, auch wenn andere Themenbereiche inzwischen für viele auch eine wichtige Rolle einnehmen.

Im Anschluß an die ausführliche Vorstellungsrunde von Freitag Abend und Samstag morgen war Gelegenheit, Statements/Einschätzungen zu geben, über Zustand/Krise der Bewegung. Insgesamt wurden 9 Beiträge gehalten, jeweils von Einzelpersonen formuliert und nicht als Statement einer Gruppe. Wir fassen hier 4 Stellungnahmen zusammen da uns nicht von allen schriftliche Mitschriften vorliegen.

- BUKO Marburg

Freitag

Ein Mensch aus Münster:
- Es existiert eine breite Mehrheit in der Bevölkerung gegen AKWs. Die Konferenz respektive die anwesenden Gruppen repräsentieren nicht mehr all die Menschen, die gegen AKWs sind. Dies war früher anders.
- Die Atomwirtschaft reorganisiert sich zur Zeit für eine Renaissance in einigen Jahren.
- Der Bewegung fehlt ein Kristallisationspunkt, wie es ihn zu früheren Zeiten immer gegeben hat.
- Zurückliegend gab es zwar nie ein legitimiertes Büro oder Pressezentrum der bundesweiten Bewegung, aber immer selbsternannte bundesweite Koordinationszentren (z.B. Göttingen, Bremen...)

- Wichtig ist es für die Bewegung heute, Inhalte zu finden, die die Gesamtheit ansprechen und einen neuen Ansatzpunkt geben. Die Thematisierung der Novellierung des Atomgesetzes sei dafür geeignet.

Ein Mensch aus Hamburg:
- Er hat in 10 Thesen zusammengefaßt, warum die Anti-AKW-Bewegung zu einer politischen revolutionären Kraft werden soll. Eine ausführliche Darlegung der Thesen wird von ihm in nächster Zeit erfolgen und sicherlich dann in der ATOM zu lesen sein. Hier nur eine geraffte Zusammenfassung:
- Zur Entwicklung des Atomprogramms: Zwischen 1973 und 1991 hat es die Anti-AKW-Bewegung geschafft, das Atomprogramm in Deutschland erst zu verzögern, dann einzuschränken und schließlich endgültig zu kippen. Die ökonomische Entwicklung und der Fortschrittsglauben an diese Technik ist beendet.
- Weltweit ist die Atomzunft in einen inneren selbsterzeugten Widerspruch geraten (weltweite Nutzung erwünscht - Proliferation befürchtet) und wird die Atomkraft z.B. sowohl von Weltbank als auch RWE aus energiepolitischen wie finanzpolitischen Fragen für nicht zukunftsträchtig gehalten. Das Ende des Atomprogramms weltweit wird sich noch über 2-4 Jahrzehnte hinziehen (inklusive „Baulinie 2000").
- Der Niedergang des Atomprogramms hat zu tiefgreifenden Veränderungen bei den Menschen und ehemaligen AktivistInnen geführt. Mit abnehmendem Ausbau des Atomprogramms hat auch die Bereitschaft zum Kampf dagegen nachgelassen. Das ist ganz normal und kein Grund zur Beunruhigung. Durch die Konzentrierung auf eine Fragestellung (1 Punkt Problem) konnten im laufe der Jahre immer weniger Menschen mobilisiert werden. Jede 1 Punkt Bewegung ist letztendlich reformistisch da durch die eingegrenzte Fragestellung die Gesellschaft nur eingeschränkt erfasst und verändert wird.
- Die Reste der Anti-AKW-Bewegung hat gute Voraussetzungen für eine umfassende revolutionäre, ökonomische, ökologische, politische, soziale, anti-patriarchale Politik und Praxis. Gute Voraussetzungen deshalb, weil sie viel Erfahrung und weiterhin Vertrauen und Sympathie in der Bevölkerung hat.

1 Mensch aus Salzgitter:
- Die Atomlobby ist noch sehr vorsichtig in der Öffentlichkeit, die jetzt offene Frage ist, ob eine Renaissance der Atomenergie eingeläutet werden kann.
- Die Anti-AKW-Bewegung hat sich stark verändert, die Großstadtinitiativen haben an Bedeutung verloren. Die Menschen organisieren sich nicht mehr in BI's, sondern werden in ihren eigenen Bereichen aktiv (kirchlichen Gruppen, in parteiunabhängigen lokal organisierten Institutionen...). Daher ist Luft und Raum für Greenpeace, BBU, BUND als bundesweite Organisationen sich Gehör zu verschaffen.
- Ziel muß es sein, neue Formen von Zusammenarbeit zu finden

1 Mensch aus Schweden:
- Sie hat eine Darstellung geliefert über den nationalen Zusammenschluß der Initiativen gegen Kernkraft in Schweden zu einer Organisation mit Zentralbüro und festen Stellen.
- Sie fordert, auch eine nationale Organisation in der BRD zu schaffen, eine zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle einzurichten und bessere internationale Zusammenarbeit zu gewährleisten.

★★★

Resolution

Die bundesweite Anti-AKW-Konferenz vom 22.-24. Nov. 1991 in Marburg verurteilt aufs Schärfste das Vorhaben der rot-grünen Landesregierung von Niedersachsen, die Zwischenlagerung von atomarem Fremdmüll im Atomkraftwerk Lingen II zu genehmigen.
Neben diesem Grundsatz verurteilt die Konferenz von Marburg insbesondere die Tatsache, daß die rot-grüne Landesregierung von Niedersachsen ihren behördlichen Ermessensspielraum entgegen den Möglichkeiten des § 4(2) AtVfV dahingehend ausübt, die Zwischenlagerung des atomaren Fremdmülls beim AKW Lingen II ohne ein Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren zu entscheiden.

AGs zu folgenden Themen:

I. Bestandsaufnahme/Perspektiven für Anti-AKW-Arbeit (2x)
II. neue Organisationsformen
III. Novellierung des Atomgesetzes
IV. „Atomwirtschaftskonzepte 2000"

Im folgenden Kurzberichte aus den AGs und daran anschließende Plenumsdiskussion. Ausführliche Protokolle der AGs gibt es in der nächsten anti atom aktuell, also auf jeden Fall da nachlesen, schon allein für den Fall, daß ich hier was falsch wiedergebe.

zu I.:
„Bestandsaufnahme/Perspektiven für Anti-AKW-Arbeit"

1) In dieser AG wurde viel entlang der Linien Ein-Punkt-Bewegung/Reformismus/Integration diskutiert und über deren Zusammenhang mit der Krise der Anti-AKW-Bewegung.
Es hat sich herausgestellt, daß Anti-AKW-/Ökologiearbeit eben nicht notwendig die Systemfrage stellt, daß sie durchaus ins System integrierbar ist (z. B. Solartechnik in industrieller Großproduktion).
Diese Erfahrung des Integriert-werdens sei möglicherweise ein Grund für Leute gewesen, mit Anti-AKW-Arbeit aufzuhören. Viele Linke hätten sich anderen Politikfeldern zugewandt, weil bei diesen das Bewußtsein, daß dort Unrecht geschieht, noch nicht so entwickelt war wie im Bereich der Atomtechnologie. Als weitere Gründe für das Wegbleiben von Leuten wurden außerdem die Krise der Linken allgemein, das Fehlen sichtbarer Erfolge und der oft mangelhafte menschliche Umgang von uns miteinander genannt.
2) Diese Arbeitsgruppe stellte sich zu Anfang die Frage, ob es überhaupt noch Sinn macht, von einer „Anti-AKW-Bewegung" zu sprechen, wobei für den Begriff „Bewegung" die Kriterien ein Themenschwerpunkt, relative Massenwirksamkeit und Kampagnenfähigkeit (bei aller Kritik an dieser „gesucht, gefunden und vergessen"-Politik, s. Reader zur Konferenz, S. 48) angelegt wurden.

An dem Punkt der relativen Massenwirksamkeit (bzw. eben dem Mangel daran) wurde über die Gründe geredet, warum zum einen Menschen sich aus unserer Arbeit rausgezogen haben (Arbeit, Beziehung, Umgang miteinander in der „Scene", andere Themen, etc.) und zum anderen uns der Nachwuchs fehlt (viel Theorie und momentan wenig Action).
Viele Gruppen gerade in den Städten arbeiten auch nicht mehr nur an dem einen Punkt Anti-AKW sondern beziehen andere Themen (Antifa, Wohnungsnot, usw.) in ihre Arbeit mit ein.
Dies wurde in der AG für die Städtegruppen als die einzige Möglichkeit eingeschätzt, weiterzubestehen und Anti-AKW-Arbeit zu machen, wodurch auch die Aufrechterhaltung der Strukturen der Bewegung gewährleistet ist. Ob es sich dabei allerdings um eine echte Perspektive oder nur um eine Überbrückung der Krise handelt, konnte nicht mehr geklärt werden.

zu II.:
„neue Organisationsformen"

Diese Arbeitsgruppe entstand aus einer Plenumsdiskussion am Samstagmorgen, die sich darum drehte, ob wir neue Organisationsformen und Strukturen brauchen, oder ob nur die bereits vorhandenen endlich wieder ausgefüllt werden müssen. Ursache der Diskussion war die Forderung einiger nach einem „Zentralbüro" der Anti-AKW-Bewegung, was ein effektiveres Reagieren, besseren Nachrichtenfluß und eine feste, zuständige Adresse z. B. für die Presse oder ausländische Gruppen gewährleisten sollte.
Schon auf dem Plenum wurde allerdings klar, daß so ein Vorschlag nicht konsensfähig ist, weil der Aufbau einer hierarchischen Struktur wie beispielsweise in den Umweltverbänden befürchtet wird - schließlich sind wir nicht ohne Grund unabhängige Gruppen.
Das Ergebnis der AG war dann, daß die Zeitschriften atom und aaa besser unterstützt werden müssen durch mehr Beiträge, Infos, etc., und daß bundesweite Konferenzen wieder halbjährlich stattfinden sollen. Weil die einzelnen Gruppen die Vorbereitung dieser Konferenzen oft nicht allein leisten können, soll sich eine überregionale Gruppe gründen, die einen Teil der Vorbereitung leistet.
Im Plenum am Sonntag wurde daran kritisiert, daß so einen Gruppe entweder völlig ineffektiv sein wird oder aber daß anderenfalls damit Einzelpersonen Konferenzen inhaltlich bestimmen könnten.
Münster erklärte sich dann bereit, die nächste bundesweite Konferenz vorzubereiten, wodurch die Diskussion um eine überregionale Vorbereitungsgruppe etwas im Sande verlief. Zur Unterstützung der Zeitschriften regte das Plenum an, z. B. beim Setzen der aaa zu helfen.
Die Berlinerinnen erklärten sich bereit, eine Anlauf- und Koordinationsstelle für in- und ausländische Anti-AKw-Gruppen zu sein (Stichwort: bessere internationale Vernetzung).

zu III.:
„Novellierung des Atomgesetzes"

Diese Arbeitsgruppe behandelte noch einmal die Entwicklung des Atomrechts in der BRD und die Veränderungen des zu erwartenden neuen gegenüber dem alten Atomgesetz. Dabei kam auch die Gefahr zur Sprache, das alte Atomgesetz als positiv (weil „besser" als das neue) darzustellen.
Die AG sammelte Vorschläge zum weiteren Vorgehen gegen das neue Atomgesetz und beschloß die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zur weiteren Zusammenarbeit am Thema.
Es wurde vorgeschlagen, daß eine Person der Konferenz-AG die unabhängige Anti-AKW-Bewegung auf dem atomrechtlichen Symposium, das am 29./30. 11. 91 von Greenpeace, BUND, IPPNW, u. a. in Frankfurt/Main veranstaltet wird, vertritt. Im Plenum stellte diese AG einen Aufruf zur Erstunterzeichnung vor, der an die Presse gegeben, auf dem Symposium in Frankfurt veröffentlicht werden und zur Unterschriftensammlung dienen soll.
Dieser Aufruf gegen ein neues Atomgesetz wurde im Plenum so verändert, daß fast alle anwesenden Gruppen ihn unterschrieben.

Anlaufstelle für internationale Kontakte:
Wir geben Informationen über bestehende Gruppen, Arbeitsschwerpunkte, verweisen weiter und schicken Infos zu. Bei Sprachproblemen haben wir auch die Möglichkeit zu Übersetzen.
Aktiv gegen Strahlung e.V. im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30, Tel.: 030-2616252 (Anrufbeantworter), Bürozeiten zur Zeit: Mo, Di, Do + Fr. 10.00 - 14.00 Uhr.

Samstag

zu IV.: „Atomwirtschaftskonzepte 2000"

Die AG diskutierte Anzeichen zur möglichen Renaissance der Atomenergie. Thematisiert wurden u. a. die Suche nach einem neuen energiepolitischen Konsens, die Rücknahme der Ausstiegsbeschlüsse in Holland und Schweden sowie des Beschlusses der SPD vom Nürnberger Parteitag, die Novellierung des Atomgesetzes, die Werbekampagne der Atommafia, daß nur Atomstrom vor der Klimakatastrophe rettet, Pläne für AKW-Neubauten in der BRD usw.

Im Plenum wurde die Einschätzung, daß es eine Renaissance der Atomenergie geben wird, nicht uneingeschränkt geteilt. Es erging der Auftrag an die AG, erstmal ausführlicher was zur Problematik zu schreiben, damit es für alle eine bessere Grundlage zur Einschätzung der Situation gibt.

Es wurde von der AG vorgeschlagen, im nächsten Jahr diese neuen Konzepte der Atommafia zum Arbeitsschwerpunkt zu machen. Dies wurde vom Plenum nicht aufgegriffen, u. a. weil erstmal eine bessere Informationsgrundlage da sein muß.

Erster Versuch einer Einschätzung der Konferenz:

Gleich vorneweg: die Konferenz ist **positiv** verlaufen.

Viele Gruppen befürchteten im Vorfeld, daß sich als Ergebnis der Konferenz die Anti-AKW-Bewegung am Sonntag nachmittag selbst auflöst.

Dies führte dazu, daß einige Gruppen der Konferenz fernblieben und viele Leute mit gemischten Gefühlen im Gepäck kamen.

Die Kritik an unserem Konferenzkonzept wurde aber weder auf dem Vorbereitungstreffen noch auf der Konferenz selbst formuliert, lediglich im Reader wurde Kritik geäußert, die aber z.T. aus einem Mißverständnis hinsichtlich des Konferenzkonzepts resultierte.

Von dieser unsicheren Stimmung kam aber im Verlauf der Konferenz nichts rüber, wozu sicherlich die intensive Vorstellungsrunde zu Beginn der Konferenz beitrug.

Im Vergleich zu den letzten Konferenzen kamen dieses Mal auch in den vielen Plenumsdiskussionen viel mehr Leute zu Wort, als dies sonst der Fall war.

- dies hatte zur Folge, daß nicht nur die „alten Hasen der Bewegung" miteinander stritten, sondern sich alle in die Diskussionen einschalten konnten.

Festzuhalten bleibt allerdings, daß das von uns vorgeschlagene Konferenzkonzept nicht vollständig eingehalten wurde.

Zwar gab es nicht die übliche Vielzahl von AG´s, aber die dann doch stattgefundenen beschäftigten sich dann doch z.T. wieder mit den aktuellen Themen und nicht -wie vorgesehen- mit der Krise der Bewegung unter den verschiedensten Gesichtspunkten.

Das war von uns nicht beabsichtigt, doch offensichtlich war das Bedürfnis der Anwesenden eher dahingehend, aktuelle Themen zu diskutieren und nicht die angestrebte „Nabelschau" zu betreiben.

Dieser inhaltliche Schwerpunkt wurde im Vorfeld von den einzelnen Initiativen wohl kaum diskutiert, und wenn, dann nur im Bezug auf die lokalen Verhältnisse aber nicht in Bezug auf den bundesweiten Zustand.

Das Konferenzkonzept, wie es auf dem Vorbereitungstreffen verabschiedet wurde, wurde daher von vielen KonferenzteilnehmerInnen nicht ernstgenommen.

Man/frau mag sich fragen, warum das jetzt so gewesen ist. Mit Sicherheit ist es einfacher, über neue Projekte und Arbeitsschwerpunkte zu reden als die eigene Geschichte/Situation kritisch zu hinterfragen.

Die Krise der Anti-AKW-Bewegung ist aber damit noch nicht vom Tisch.

Zu viele Fragen sind offengeblieben, eine Analyse der aktuellen und perspektivischen Ansatzmöglichkeiten im Kampf gegen die Atomwirtschaft ist nicht vorgenommen worden.

Diese Konferenz kann aber ein Anfang gewesen sein, diese wichtige Diskussion weiterzuführen und auch auf der nächsten Konferenz in Münster muß daran weiterdiskutiert werden.

Wir können nicht zurückkehren zum „business as usual."

Presseerklärung des Bundestreffens der AktivistInnen und Initiativen gegen Atomanlagen

Vom 22.11. - 24.11.1991 fand in Marburg das diesjährige Bundestreffen der AktivistInnen und Initiativen gegen Atomanlagen statt. Etwa 100 AktivistInnen aus über 40 Initiativen nahmen teil. Nach eingehender Diskussion über die aktuelle Arbeit der Initiativen gegen Atomanlagen wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt.

Schwerpunkte der Arbeit waren die Beschäftigung mit der geplanten Novellierung des Atomgesetzes und die Pläne der Atomindustrie.

Nach 10monatiger Vorarbeit durch eine Arbeitsgruppe wurde ein im September von dieser vorgestellter Aufruf für eine Kampagne gegen das neue Atomgesetz durch das Bundestreffen verabschiedet. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

Die Atomkatastrophe von Tschernobyl hat die Anti-AKW-Bewegung in ihrer langjährigen Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen erneut bestätigt. Deshalb appelliert die Anti-AKW-Konferenz 1991 in Marburg an alle verantwortungsbewußten Menschen, daß das Gebot der Stunde ist:

Keine Novellierung des Atomgesetzes, sondern sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

(siehe hierzu den Aufruf „Kein neues Atomgesetz")

Weiter verurteilte das Bundestreffen die Absicht der niedersächsischen Landesregierung, im Atomkraftwerk Lingen auch betriebsfremden Atommüll einzulagern und dazu nicht einmal eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Schließlich verurteilte das Marburger Bundestreffen den am Morgen des Konferenzbeginns von der Stadt Marburg verfügten Abriß des besetzten Hauses am Marburger Biegeneck und forderte den Wiederaufbau billigen Wohnraums statt exklusiver Konferenz, - Büro- und Hotelräume.

Marburg, den 24.11.1991

Als Ort des nächsten Bundestreffens 1992 wurde Münster festgelegt.

Aufruf:

Wir, die Unterzeichnenden Personen und Initiativen sind für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen. Die Bundesregierung plant eine Neufassung des Atomgesetzes. Diese lehnen wir aus folgenden Gründen ab:

- **Das neue Atomgesetz soll den Ausstieg aus der Atomenergie verhindern und der Neubau von Atomanlagen erleichtern.**
- **Um den Bürgerinnen und Bürgern ihre Einspruchsrechte zu nehmen, erhalten die Betreiber einen Rechtsanspruch auf Genehmigung und Betrieb von Atomanlagen.**
- **Unser Grundrecht auf Leben und Gesundheit stellt der Gesetzgeber damit hinter die Interessen der Betreiber.**
- **Das neue Atomgesetz soll dem Staat die Möglichkeit geben, sich des unlösbaren Atommüllproblems durch Privatisierung zu entziehen.**
- **Damit die alten Atomanlagen weiter betrieben werden können, soll der schon bisher verletzte Grundsatz „Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit" nun auch im Gesetz aufgehoben werden.**

Millionen Menschen sind nicht erst seit heute gegen Atomenergie, sie wollen keine Atomkraftwerke, weil jederzeit eine neue Katastrophe droht und das Atommüllproblem unlösbar ist.

Millionen Menschen wissen mittlerweile, daß Atomkraftwerke für technologischen Größenwahnsinn und Energie- und Geldverschwendung stehen.

Gegen die Interessen der Bevölkerung wollen Atomindustrie und Politiker ihren neuen Konsens durchsetzen.

Mit dieser neuen Initiative wollen wir das Ziel erreichen:

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen !

Kein neues Atomgesetz !

Aufruf der Bundeskonferenz der Initiativen gegen Atomenergie, Marburg, November 1991

Erstunterzeichner und ErstunterzeichnerInnen:

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Ökohaufen Dortmund, Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden, Arbeitskreis gegen Atomanlagen Frankfurt, Koordination Anti-Atom Schleswig-Holstein (Nord), Arbeitskreis Umwelt Rheine, Arbeitskreis Umwelt Gronau, Bremer BürgerInnen Initiative gegen Atomanlagen (BBA), Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Hamburg (BUU), Landshuter Bürgerforum gegen Atomkraftwerke, BürgerInnen Initiative gegen Atomanlagen Marburg (BIgAM), Widerstand gegen Atomanlagen Münster (WigA), Giessener Initiative gegen Atomanlagen (GIgA), Umweltzentrum Münster, anti atom aktuell Münster, Atomplenum Hannover, Anti-AKW Büro Heidelberg, Redaktion Zeitschrift atom, Darmstädter Initiative für die Abschaffung aller Atomanlagen (DIFA), Initiativgruppe Umweltschutz Hanau, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Bonn, BürgerInneninitiative für die Stillegung aller Atomanlagen Karlsruhe, Regionalkonferenz Hessen-Baden gegen Atomanlagen, Mütter gegen Atomkraft Nürnberg, AKW-Nee Gruppe Aachen, Redaktion „die Löffelente" Gronau, Redaktion EuKo Info Gronau, Anti-Atom Gruppe Steglitz Berlin, Initiative besorgter BürgerInnen Schleswig, Frauenaktion gegen Atom Berlin, Aktiv gegen Strahlung Berlin, Bürgerinitiative gegen Atomanlagen Nürnberg, Whyl-Info Zentrum Freiburg, (...)

(Für diesen Aufruf soll um weitere UnterstützerInnen geworben werden; es ist beabsichtigt den Aufruf in überregionalen Zeitungen als Anzeige zu veröffentlichen - für diesen Zweck hat das Umweltzentrum in Münster ein Spendenkonto eingerichtet.
Kontaktadresse: Umweltzentrum Münster, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster, 0251/521112.)

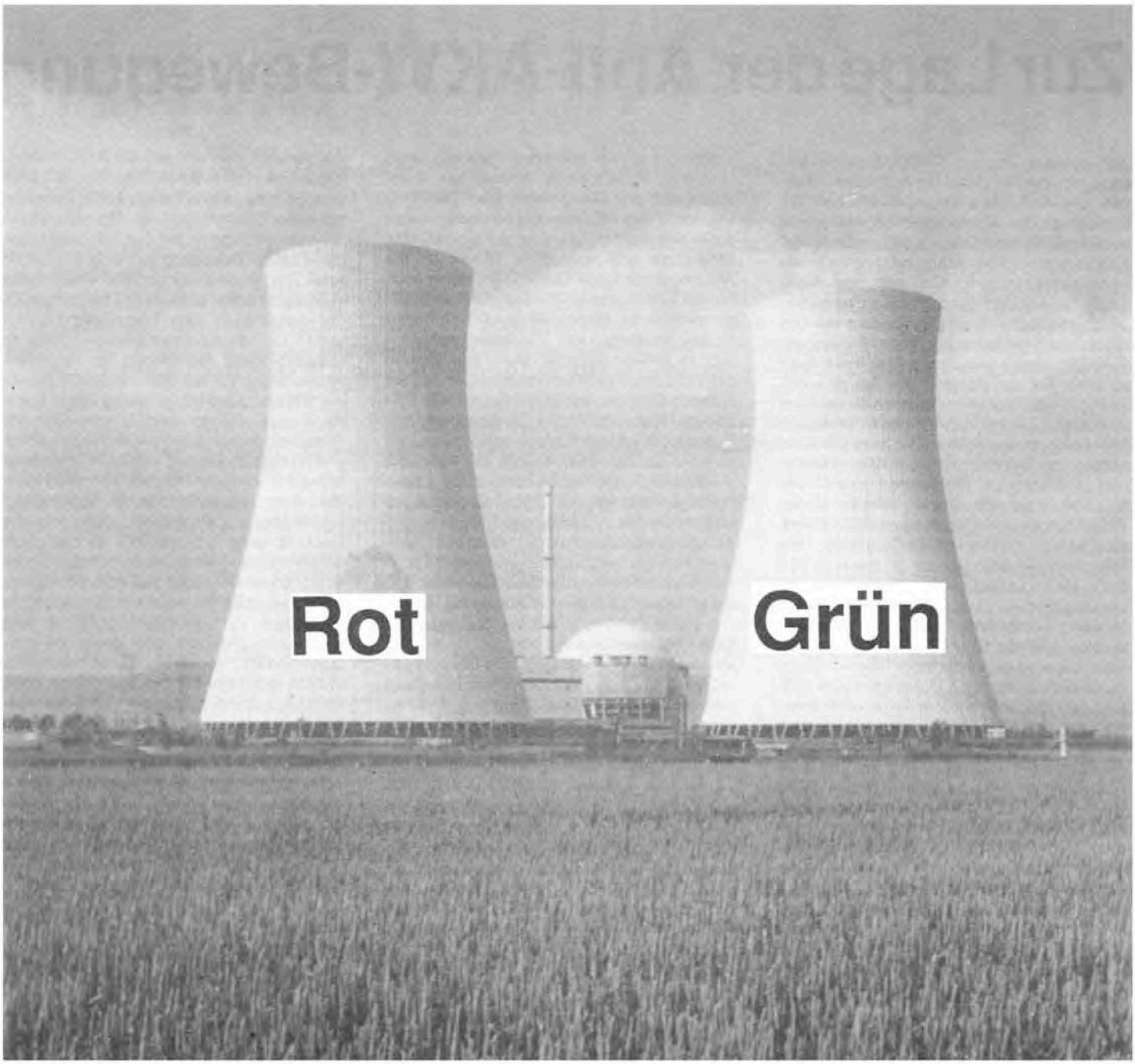
Zur Lage der Anti-AKW-Bewegung

„Mit großem Poster...THTR-Kühlturm gesprengt!" - der Rundbrief der Anti-Atom-Initiativen, die AAA (Anti-Atom-Aktuell) hält die Demontage des Atomprogramms wenigstens noch im Bilde fest. Das endgültige Ende von Kalkar wurde von AtomkraftgegnerInnen schweigsam registriert. Mag sein, weil dieser Erfolg dank „Kalkarisierung" nicht ihre außerparlamentarische Strategie, sondern die des bürokratisch-parlamentarischen Weges der Sozialdemokratie umschreibt. Aber ihre Erfolge zu feiern fiel den Feinden des Atoms schon immer schwer. Die Brennelementzwischenlager in Ahaus und Gorleben sind rund 8 Jahre nach ihrer Fertigstellung noch immer nicht beschickt worden, die Betreiber fürchten Remmidemmi. Und in Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) und Gundremmingen (Bayern) wurde in den letzten Wochen gegen die Einlagerung von MOX-Brennelementen mobilisiert, erfolgreich, die Anhörungsverfahren wurden ausgesetzt. Vorläufig. Als im Juni beispielsweise der Sonntagsspaziergang rund um das AKW Mülheim-Kärlich ein wenig feucht-fröhlich ausfiel und Sektkorken knallten, weil das OVG Koblenz der Klage der Stadt Neuwied gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung des alten Umweltministers Beth (CDU) stattgegeben hatte, mäkelten die Zeitungsmacher der AAA prompt, wie voreilig doch diese Freude sei, wie schnell mittels Novelle des Atomgesetzes die rechtliche Hürden vom Stromgiganten RWE genommen werden könnten.

Alles ist vorläufig, nichts ist entschieden. Aber alles ist im Fluß: der FDP-Wirtschaftsminister will der Atomenergie auch in Zukunft einen bedeutsamen Platz einräumen (im Klartext: neue AKW's im Osten), aber Möllemanns Partei verabschiedet in Suhl auf ihrem Parteitag einen Leitantrag, in dem einem Ausbau des Atomprogramms eine Absage erteilt wird. Der CDU-Reaktorminister will zumindest den Weiterbetrieb der AKW's durch die Novelle des Atomgesetzes garantieren und aufmüpfige Länder an die Weisungskette legen. Die SPD übt immer noch Spagat, propagiert den Ausstieg für den Sanktnimmerleinstag. Wenn - so die dürftige Bedingung - wenigstens die Wiederaufarbeitung - auch im Ausland durch die direkte Endlagerung des Mülls ersetzt würde. Wann (besser: ob) der Ausstieg vollzogen würde, sei dann, so ihr Vorsprecher Harald B.Schäfer, „verhandelbar".

Das gesellschaftliche Kräfteparallelogramm, das Gezerre um die künftige Rolle der Atomkraft gleicht dem physikalischen Zustand des „labilen Gleichgewichts": geringfügige Erschütterungen können enorme Auswirkungen haben. So wie die Atomgemeinde auf die CO_2-Karte setzt, kann durch Pannen, Unfälle oder Skandalgeschichten das Pendel in Richtung beschleunigten Ausstiegs ausschlagen. Die Anti-AKW-Bewegung hat sich aus dieser Debatte längst verabschiedet. Ihr letzter Mobilisierungsversuch zum 9. März in Morsleben scheiterte kläglich. Die Bewegungsreste wollten auf der Herbstkonferenz in Marburg sich der eigenen Krise widmen. Diagnostiziert wurde im Vorfeld das Spannungsverhältnis städtische - ländliche BI's, die Frage, ob die Anti-AKW-Bewegung als Einpunktbewegung gescheitert sei, wurde gestellt. Dabei geht es schon lange nicht mehr um derartige Fragestellungen. Für eine Bewegung ohne feste Strukturen waren Kristallisationspunkte (über-)lebenswichtig. Nach dem K.o. für die WAA Wackersdorf war es beim besten Willen nicht mehr möglich, zu bündeln, zu konzentrieren...Sollte dem Sturm auf Wackersdorf nun der auf die PKA Gorleben folgen, oder doch lieber Morsleben als Drehscheibe für's West-Ost-Geschäft? Dermaßen zerrissen dümpeln nun die Bewegungsreste ohne Orientierung vor sich hin. Schlimmer noch: die Krise der Bewegung vermengt sich mit der Krise der (radikalen) Linken, Utopieverlust schlechthin sollte in Marburg Thema sein. Die Standort-BI's wird diese Fragestellung nicht so jucken. Ob mit oder ohne Kapitalismuskritik, der realexistierende Atommeiler, die strahlenden Abfälle liegen vor der Tür, und der Gegner hat ein Gesicht, zeigt immer wieder seine Fratze. Kann aber in Esensham, Lingen, Ohu oder Greifswald eine Anti-Atom-Initiative ihre alltägliche Widerstandsarbeit ungerührt fortsetzen, unberührt von jener Doppelkrisis? Wohl kaum. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit unspektakulärer Basisarbeit, ohne kritisches Ferment, ohne radikale Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen, drohen die Standortinitiativen an den alltäglichen Anforderungen zu ersticken, sich in kommunaler Arbeit zu verstricken. Parteienunabhängigkeit ist keine verbrauchte Position, spontanes und nichtlegalistisches Handeln nicht durch bessere Einsichten widerlegt. Zur Bewegungslogik gehört auch, daß schon morgen die alten Zusammenhänge vonnöten sind, oder hat sich der Glaube an die Beherrschbarkeit der Atomtechnologie auch schon in unsere Köpfe eingenistet? Die Mindestvoraussetzung: Ein gewisses Maß an organisatorischer Struktur und Verbindlichkeit, ein größeres Maß an politischer Aussprache und der fortgesetzte Austausch grundlegender Information muß erhalten bleiben. Die Bewegung ist tot, es lebe der Widerstand!

Wolfgang Ehmke



Rot-Grüne Atompolitik – Eine Geschichte ohne Ausstieg

Im Laufe der Auseindersetzungen mit der Rot-Grünen Landesregierung ist deutlich geworden, daß vom viel beschworenen Ausstieg aus der Atompolitik außer Lippenbekenntnissen der Rot-Grünen Landesregierung nicht viel übrig geblieben ist. Mit den erteilten Genehmigungen zum Betrieb von Atomanlagen bzw. deren Weiterbau wird die „Ausstiegspolitik" der niedersächsischen Rot-Grünen Landesregierung allmählich neu definiert.

Viel bleibt nicht übrig von den verlockenden Angeboten, mit denen die Anti-AKW-Bewegung geködert werden sollte. Zynische Antworten berichten von der Weisungsgebundenheit des Landes gegenüber dem Bund, vom engen rechtlichen Rahmen des Atomgesetzes, von verhältnismäßigen Polizeieinsätzen bei Blockaden von Atomtransporten, von interministeriellen Arbeitsgruppen zur Deeskalation zwischen Polizei und Anti-AKW-Bewegung und letzlich sogar vom Zeitmangel, sich um alles kümmern zu können.

In einem Artikel der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (vom 24.10 91) wird von vertraulichen Papieren berichtet, in denen die Landesregierung eingesteht, daß ein Teil des Rot-Grünen Koalitionsvertrages zur Atompolitik sich nicht

verwirklichen lassen wird. Egal ob es Transporte, die Atommüllager, die AKW's sind, empfiehlt eines dieser Papiere, vor Ort umfaßend klar zu machen, daß das Land alle ihm rechtstaatlich zu Gebote stehenden Mittel ohne Erfolg ausgeschöpft habe.

Am 26./27.10. haben niedersächsische Standortinitiativen eine gemeinsame Position zur Rot-Grünen Atompolitik formuliert und eine entsprechende Erklärung an die atomfreundliche Landesregierung abgegeben.
Eine direkte Antwort der Landesregierung gibt es bis heute nicht. Sie kann in einem Artikel der Frankfurter Rundschau (FR) vom 29.10. 91 aus den Formulierungen von Umweltministerin Griefahn herausgelesen werden.
Im Anschluß an die dokumentierte Stellungnahme der Bürgerinitiativen und den FR-Artikel beschreibt ein Bericht von Anna Masuch an Hand einiger „Beispielstandorte" die „Glaubwürdigkeit und Ausstiegspolitik" der RGL.
Am 8.7.91 haben verschiedene Initiativen gegen das Atommüllzentrum Gorleben einen Offenen Brief (vgl. atom Nr. 36, S. 16) an die RGL geschickt, in dem der forcierte Weiterbetrieb des Zwischenlagers und die Härte des Polizeieinsatzes scharf kritisiert wird. Die Antwort der Rot-Grünen Landesregierung vom 15.10.91 wird im Folgenden in gesamter Länge dokumentiert, um den Eiertanz der Rot-Grünen Atompolitik deutlich werden zu lassen.
„Den Ausstieg aus der Atomernergie zu versprechen nach „Recht und Gesetz", wohlwissend daß das Atomrecht dieses nicht zuläßt, ist schlicht politischer Betrug" **(Zitat von Lilo Wollny).**

Standortetreffen der niedersächsischen Anti-AKW-Bl´s

Am 26./27. Oktober trafeń sich erstmalig Delegierte nahezu aller nieders. Standorte in Hannover. Die Politik der rot-grünen Landesregierung wurde an den Koalitionsaussagen gemessen. die Erklärung - wir dokumentieren sie im Wortlaut - fand in der Presse großen Wiederhall.

Gemeinsame Erklärung

Nach 16 Monaten rot-grüner Landesregierung ziehen wir als Standorte-Bl´s Bilanz:

1. **Die Hoffnung auf eine Wende in der Atompolitik wurden enttäuscht. Im Gegenteil, die Atombetreiber erfahren eine ungebrochene Unterstützung durch die praktische Politik. Dies wird vor allem deutlich an folgenden Beispielen:**
in der juristischen Auseinandersetzung zum Kompaktlager Esenshamm stellte sich die Landesregierung auf seiten der Betreiber. Sie erteilte die Ausbaugenehmigung für die Brennelemente-Fabrik ANF in Lingen; das zementiert den Ausbau der Atomtechnologie. Das Genehmigungsverfahren für Schacht Konrad wird weitergeführt.
Die PKA in Gorleben wird weitergebaut.
Die Genehmigungsverfahren für die Einlagerung von hochradioaktiven Glaskokillen in der Asse werden vorbereitet.
Selbst Unfälle beeinträchtigen nicht den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken, z.B. Grohnde.
Auch das Atomkraftwerk Stade soll in nächster Zeit noch in Betrieb bleiben.

2. **Die öffentlichen Verlautbarungen der Landesregierung zu mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung sind als reine Lippenbekenntnisse entlarvt:** Atomtransporte werden nicht öffentlich gemacht, Gespräche mit Initiativen sind nicht zustandegekommen, die Beteiligung der BürgerInnen im Genehmigungsverfahren für Schacht Konrad wurde nicht unterstützt, Gutachten wurden den Einwendern vorenthalten.
Die zuständigen Sachbearbeiter im NMU sind noch dieselben, die unter der alten Landesregierung für die Förderung der Atomtechnik gearbeitet haben. Nach 16 Monaten ist dies kein Entschuldigungsgrund mehr für den jetzigen Genehmigungsstil, die Landesregierung trägt heute die volle Verantwortung für die Genehmigungen.

3. **Das praktische Handeln der rot-grünen Landesregierung führt zur Konsolidierung der Anlagenbetreiber.**
Nach Tschernobyl und TN-Skandal befanden sich die Betreiber in einer Legitimationskrise. Heute verhilft die rot-grüne Genehmigungsbehörde ihnen zur „rechtlichen Absicherung", der umelt- und menschen gefährdende Betrieb der Atomanlagen wird legalisiert: jüngstes Beispiel Steyerberg. Dabei werden politische Handlungsspielräume verleugnet. Aus „politisch nicht durchsetzbar" macht Frau Griefahn ein „rechtlich geboten".

Diese atomfreundliche Haltung der Landesregierung widerspricht den Lebensinteressen der Bevölkerung. Allein die jüngsten Nachrichten und Bilder aus Tschernobyl unterstreichen einmal mehr unsere Forderung:

Abschaltung und Stillegung aller laufenden Anlagen!
Ablehnung aller laufenden Genehmigungsverfahren!
Der Ausstieg aus der Atomtechnologie ist von der Bevölkerung gewollt und durchsetzbar!

Vertreten waren:
Asse II, AAA - Esenshamm, AK Wesermarsch - Gorleben, Bl Lüchow-Dannenberg - Grohdne, VAU - Leese/Steyerberg, AKA LUST - Lingen, BEgA - Schacht Konrad, AG Schacht Konrad

Anti-Atom-Müll-Initiativen legen sich mit Regierung in Hannover an

Hoffnungen auf energiepolitische Wende in Niedersachsen enttäuscht
Gemeinsame Erklärung / Ministerin antwortet

Artikel aus FR. vom 29.10.91 Eckart Spoo

HANNOVER, 28. Oktober. Die niedersächsische Bürgerinitiativen, die sich gegen Atomanlagen wenden, sind von der rot-grünen Landesregierung enttäuscht. In einer am Montag veröffentlichten gemeinsamen Erklärung klagen sie, die Betreiber der Anlagen erhielten „ungebrochene Unterstützung durch die praktische Politik". 16 Monate nach dem Regierungswechsel in Hannover sei klar, daß sich die Hoffnungen auf eine atompolitische Wende nicht erfüllten. Die Landesregierung setze eine „atomfreundliche Politk" fort, die „den Lebensinteressen der Bevölkerung widerspricht",' meinen die Anti-Atom-Initiativen.

In gleichem Sinne hatten sich schon im Juli die niedersächsischen Anti-Giftmüll-Initiativen über beide Koalitionsparteien, die Landesregierung und namentlich auch über die zuständige Ministerin Monika Griefahn (parteilos) beschwert. Darauf antwortete die Ministerin am Montag, die Vorwürfe seien im einzelnen nicht berechtigt. Aber die Regierung, die wegen ihrer auf Ausstieg aus der Atommüll- und Giftmüll-Produktion gerichteten Politik unter starkem Druck stehe, brauche deswegen weiterhin Gegendruck von den Umweltschützern vor Ort.

In der gemeinsamen Erklärung der Anti-Atom-Initiativen wird der rot-grünen Regierung unter anderem angelastet, sie habe die Genehmigung zum Ausbau der Brennelementefabrik in Lingen erteilt und sich in der juristischen Auseinandersetzung über die vorläufige Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente im Atomkraftwerk Unterweser auf die Seite der Betreiber gestellt. Die Konditionierungsanlage in Gorleben, in der verbrauchte Brennelemente zerschnitten und für die Endlagerung verpackt werden sollen, werde weitergebaut, und das Genehmigungsverfahren für das Endlager „Konrad" in Salzgitter schreite voran. Inzwischen werde ein Genehmigungsverfahren für die Einlagerung hochradioaktiver Stoffe im Endlager „Asse" bei Wolfenbüttel vorbereitet. Öffentliche Verlautbarungen der Regierung für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung hätten sich als „reine Lippenbekenntnisse" erwiesen. Nach Tschernobyl und dem Transnuklear-Skandal hätten sich die Betreiber in einer Legitimationskrise befunden; heute verhelfe ihnen die Genehmigungsbehörde in Hannover zur „rechtlichen" Absicherung".

Jüngstes Beispiel sei die Landessammelstelle für radioaktive Abfälle in Steyerberg (Kreis Nienburg). Offentsichtlich fehlten dort die bau- und atomrechtlichen Voraussetzungen für die Zwischenlagerung von Atommüll. Statt diese Umstände zum Stopp der Atommüll-Lagerung zu nutzen, habe der Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen die Gemeinde aufgefordert, das Lager zu legalisieren, bedauern die Atomgegner.

Die Ministerin sagte zu diesen Vorwürfen, die Genehmigung für Lingen habe sie beim Amtsantritt im Juni 1990 unterschriftsreif vorgefunden, und für die Koalitionierungsanlage wie auch für das Endlager „Konrad" habe ihr Amtsvorgänger Werner Remmers (CDU) in den Tagen zwischen der Landtagswahl und dem Regierungswechsel ebenfalls noch schnell die Weichen gestellt; daran habe sie nichts mehr ändern können. Im Streit um das Kompaktlager beim Atomkraftwerk Unterweser sei ein Kurswechsel des Ministeriums unterblieben, weil sie sich auf zu viele andere Aufgaben habe konzentrieren müssen. Für die zeitweilige Endlagerung hochradioaktiver Stoffe aus den USA im Endlager Asse liege noch kein Antrag vor. Das Sammellager Steyerberg werde gebraucht, weil auf jeden Fall radioaktive Krankenhausabfälle zu beseitigen seien, sagte die Minsterin.

Als einen Erfolg rot-grüner Politik gab Giefahn an, daß der VEBA-Konzern jetzt ein Gaskraftwerk in Niedersachsen plane, wodurch ein Atomkraftwerk überflüssig werde. Außerdem bemühe sich das Land um einen bundesweiten Konsens darüber, daß neben Gorleben andere mögliche Endlager-Standorte für hochradioaktive Abfälle untersucht werden müßten: Nachdem sich herausgestellt habe, daß Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) auch in Fällen, in denen das niedersächsische Umweltministerium Genehmigungsbehörde sei und der Bund als Antragsteller auftrete, das Recht habe, ihr Weisungen zu erteilen, strebe Niedersachsen nun gemeinsam mit dem ebenfalls rot-grün regierten Hessen einen Grundgesetzänderung an. Damit sollten künftig für solche Fälle der Rechtsweg geöffnet werden, sagte Griefahn.

Die Vorwürfe der Bürgerinitiativen werden voraussichtlich zu lebhaften Auseinandersetzungen auf dem bevorstehenden Landesparteitag der Grünen in Walsrode führen. Der vergangene Parteitag in Papenburg war von der Einigung der Landesregierung mit dem Daimler-Benz-Konzern über den Bau der Teststrecke im Papenburger Moor überschattet. Am vergangenen Wochenende stellten junge Umweltschützer vor dem Landtagsgebäude in Hannover einen überdimensionalen Mercedes-Stern auf. „Hier regiert Mercedes-Benz", höhnten sie auf Flugblättern und Transparenten.

Ministerpräsident Schröder u. Umweltministerin Griefahn
Foto: ***Thomas Raupach, Argus***
aus: Plutonium in Atomreaktoren

Die Unglaubwürdigkeit der Ausstiegspolitik

Am 26./27.10.91, dem letzten Oktoberwochenende, hatten sich Vertreterinnen und Vertreter der niedersächsischen Standort-BI's gegen Atomanlagen zusammengesetzt, um eine gemeinsame Position zu erarbeiten gegenüber dem, was die niedersächsische rot-grüne Landesregierung als ihre Politik zum Ausstieg aus der Atomtechnologie vorführen möchte. Gerade kurz vorher, am 24. und 25. Oktober, waren durch die HAZ interne Papiere bekanntgemacht worden, die den Eindruck hinterließen, diese Politik sei in einen kläglichen Zustand geraten. Danach fand die scharfe Kritik der Standort-BI's erheblichen Widerhall in der Presse.
In einem Artikel vom 29. Oktober gab die FR der Umweltministerin Monika Griefahn Gelegenheit, zu den einzelnen Punkten der BI-Kritik Stellung zu nehmen. Diese Antworten haben mich zuerst nur verblüfft. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich das Unvermögen der Landesregierung in Sachen Ausstiegspolitik in einem scharfen Licht.
Ich will hier nur einige Fälle herausgreifen.

ANF Lingen: Genehmigung einer Altlast

In Lingen/Ems betreibt die Siemens-Tochtergesellschaft ANF seit 1979 eine Brennelemente-Fabrik. Sie hatte noch unter der alten Landesregierung die Genehmigung für eine zusätzliche Produktionsstufe, die sogenannte Trockenkonversion zur Herstellung von UO_2-Pulver aus Uranhexafluorid-Paste beantragt. Dem Zwang zur Genehmigungserteilung stellten sich etliche Hindernisse in den Weg. Der illegale Atomtransport vom Mai 1990 mit den damit verbundenen Schlampereien von ANF begründete den Verdacht auf Unzuverlässigkeit des Betreibers sogar aus der Sicht der Aufsichtsbehörde EURATOM, und auf Wunsch von Töpfer kam es zur vorläufigen Aussetzung des Genehmigungsverfahrens. Außerdem enthielten die Genehmigungsunterlagen grobe Lücken, sodaß die Genehmigungsbehörde die Wiederholung der öffentlichen Auslegung der Antragsunterlagen hätte durchsetzen können.
Das Umweltministerium als Genehmigungsbehörde glättete alle Stolperstellen, durch die eine Verzögerung des Verfahrens hätte erreicht werden können, und erteilte am 17.6.91, ein Jahr nach Regierungsantritt, die Genehmigung.
Was antwortet darauf Frau Griefahn? "*Die Genehmigung für Lingen habe sie beim Amtsantritt im Juni 1990 unterschriftsreif vorgefunden*" (FR, 29.10.91).
Daß die ANF-Genehmigung im Juni 1990 „unterschriftsreif" gewesen wäre, läßt sich angesichts der Folgen des illegalen Atomtransports nicht gerade gut behaupten. Dagegen ist es erinnerlich, daß gleich nach der Übernahme der Regierungsverantwortung eine andere Genehmigung für Lingen vom frischernannten Staatssekretär Bulle unterschrieben wurde, was einigen öffentlichen Ärger nach sich zog. Diese Genehmigung bezog sich aber nicht auf ANF, sondern auf die Zulassung der Lagerung von Atommüll fremder Herkunft im AKW Lingen II - was das neue Ministerium auch nicht so ohne weiteres hätte zu akzeptieren brauchen. Damals entschuldigte sich das Ministerium, **diese** Genehmigung sei unterschriftsreif vorgefunden worden.
Frau Griefahns jetzige Stellungsnahme zu Lingen klingt ganz so, als sollte die Erteilung der ANF-Genehmigung diesem ersten Ungeschick des inzwischen gewesenen Staatssekretärs auch noch angehängt werden, um möglichst schnell das Vergessen über die Geschichte der ANF-Genehmigung zu breiten. Es scheint die Ministerin nicht zu rühren, daß sie derselben Firma den Ausbau garantiert hat, die damals in Hanau schon in Schwierigkeiten steckte.

Kompaktlager Esenshamm: Genehmigung aus Arbeitsüberlastung

Kommen wir zu den Ereignissen im Prozeß gegen das Kompaktlager im Atomkraftwerk Unterweser in Esenshamm. Im Oktober 81

erteilte die damalige Landesregierung eine Genehmigung zur Einlagerung von 600 Brennelementen statt vorher etwas über 300. Durch diesen Verwaltungsakt sollte das Abklingbecken zum Kompaktlager werden, das Gefahrenpotential wurde auf das Doppelte erhöht - oberhalb vom Reaktorkern und unter nur 80 cm Beton.
Das Inkrafttreten dieser Genehmigung konnte durch die Klage einer Frau aus Brake vorläufig verhindert werden. Im folgenden Prozeß war der Termin vorm OVG Lüneburg schon auf den 6. März 91 festgesetzt, als die Klägerin doch noch ein Gespräch im Umweltministerium erreichte. Vertreter des Ministeriums einigten sich mit der Klägerin und ihren Beiständen darauf, die beklagte Landesregierung würde während des Prozeßtermins eine erneute Sicherheitsüberprüfung anbieten und damit eine Prozeßunterbrechung ermöglichen.
Entsetzt mußte die Klägerin am Prozeßtag in Lüneburg mit ansehen, daß die beiden Vertreter der Landesregierung keine Miene machten, sich an die Absprachen zu halten, sondern offensiv die Interessen der AKW-Betreiberin vor Gericht vertraten. Das Gericht entschied: Die Klage wird abgewiesen, Revision wird nicht zugelassen. Das Kompaktlager war rechtskräftig genehmigt, daß bißchen Hoffnung auf Verzögerung des Verfahrens dahin.
Was antwortet heute Frau Griefahn?*"Im Streit um das Kompaktlager beim Atomkraftwerk Unterweser sei ein Kurswechsel des Ministeriums unterblieben, weil sie sich auf zu viele andere Aufgaben habe konzentrieren müssen."*

Den Menschen an der Seite der Klägerin war es schon zynisch vorgekommen, als gegen Ende März 91 in den Zeitungen zu lesen war, Frau Griefahn wolle alle politischen und juristischen Möglichkeiten gegen Kernkraftwerksneuplanungen in den neuen Bundesländern ausschöpfen. Daß sie sich die juristischen Möglichkeiten, in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich im Bundesland Niedersachsen gegen ein vorhandenes, veraltetes Atomkraftwerk vorzugehen, hat entgehen lassen, scheint die Ministerin auch heute wenig zu kümmern.

Antrag für Asse lag vor - Ministerin wußte von nichts!

Frau Griefahn erklärte der FR auch, für die Einlagerung hochradioaktiver Glaskokillen aus den USA im Endlager Asse *„liege noch kein Antrag vor"*. Das hat die Bürgerinitiative Aktion atommüllfreie Asse mit dem Hinweis widerlegt, daß der Antrag von der GSF am 8. März 91 eingereicht worden ist und daß im Mai bereits ein Gespräch mit Vertretern der GSF über die Durchführung des Genehmigungsverfahrens stattgefunden hat.

Das Umweltministerium hat zwei Handlungsebenen, auf denen es die Ernsthaftigkeit seines politischen Wollens unter Beweis stellen muß. Einerseits ist es Aufsichts- und Genehmigungsbehörde mit der Möglichkeit, durch sein Handeln im Rahmen des geltenden Rechts einzuwirken in die Interessengegensätze zwischen der Atomwirtschaft und der Bevölkerung, selbst unter Berücksichtigung des Bundesweisungsrechts. Es ist andererseits politische Institution mit Handlungsmöglichkeiten, die sich z.B. auf die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern erstrecken.

Die praktischen Ergebnisse dessen, was die niedersächsische Landesregierung „Ausstiegspolitik" nennt, bestehen auf der Ebene des Behördenhandelns aus Nachlässigkeiten und aus Entscheidungen zugunsten von Anlagenbetreibern, die nicht rückgängig zu machen sind und dadurch zukünftiges Handeln blockieren.
Auf der Ebene der politischen Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern gibt es bisher nur Ankündigungen, was zukünftig erreicht werden soll, z.B. Einfügen eines Ausstiegsvorbehalts in den Entsorgungskonsens und Grundgesetzänderung zum Bundesweisungsrecht. Das zählt die Ministerin in einer Rede vom 24.10.91 zu den *„erfolgreichen Bemühungen"*, obwohl der Ausgang dieser Aktivitäten noch gar nicht absehbar ist. Ob es der Landesregierung gelingt, hier geschickter zu verfahren als beim Behördenhandeln, sollte vorerst besser in Frage gestellt werden.
Es ist uns selbstverständlich, von einem Ministerium zu verlangen, daß es sich „im Rahmen des Gesetzes" bewegt, aber wir erwarten, daß es seine Möglichkeiten in diesem Rahmen wirklich nutzt. Nur so könnte es sich die Glaubwürdigkeit vor der Öffentlichkeit aufbauen, auf die es sich bei seinem Handeln auf der politischen Ebene stützen muß, wenn es dort zu Erfolgen kommen will. Wie wenig es der Ministerin darauf ankommt, sich die politsche Glaubwürdigkeit zu verscherzen, das wird in ihren Antworten in der FR auf die Kritik der Standort-BI´s beeindruckend deutlich.

Anna Masuch

überschriften durch Redaktion atom - zum Artikel siehe auch nebenstehende Dokumentation des FR Artikel)

PAN-Foto Günter Zint

Zeitschrift atom
z.H. Herrn Günter Garbers
Postfach 1109

2120 Lüneburg

Hannover, den 15.10.91

Antwort der Niedersächsischen Landesregierung auf den Offenen Brief von Anti-AKW-Gruppen vom 8. Juli 1991

Sehr geehrter Herr Garbers,

Herr Ministerpräsident Schröder hat mich gebeten, Ihnen nunmehr zu antworten.
Bevor ich auf Ihre Darstellung der Räumung der Blockade von Atomkraftgegnern und Atomkraftgegnerinnen vor dem Gorlebener Zwischenlager am 18. Juni 1991 eingehe, möchte ich Ihnen die grundsätzliche atompolitische Haltung der Niedersächsischen Landesregierung erläutern und dabei auf Ihre Forderungen bezüglich des Ausstiegs aus der Atomkraft eingehen.
Die rot-grüne Landesregierung würde gerne sofort mit dem Ausstieg beginnen, kann diesen aber nur im atomrechtlichen Rahmen in die Tat umsetzen. Der einfachste Weg wäre sicherlich die Novellierung des Atomgesetzes und die Schaffung eines bundesweit gültigen Ausstiegsgesetzes. Dazu gibt es aber gegenwärtig nicht die erforderlichen politischen Mehrheiten im Bundestag.
Ministerpräsident Schröder hat bei seinem Regierungsantritt am 27. Juni 1990 zum Ausdruck gebracht: "Diese Koalition ist angetreten, um die Fehlentscheidungen der Atompolitik zu korrigieren". Die Anti-Atompolitik hatte von Anfang an hohe politische Priorität in der neuen Landesregierung und dies hat sich nicht geändert.
Die Landesregierung tut alles, was rechtlich möglich ist, um den Atomausstieg zu vollziehen und die Grundlagen für eine umweltverträgliche Energieversorgung zu schaffen (siehe Gründung der Niedersächsischen Energieagentur).
Hierbei muß jedoch der rechtliche Rahmen, insbesondere die Tatsache, daß das Atomgesetz von den Ländern im Auftrage des Bundes ausgeführt wird, berücksichtigt werden. Ich erinnere nur an die juristische Auseinandersetzung mit dem Bundesumweltminister Töpfer, der im Zusammenhang mit dem Planfeststellungsverfahren Schacht Konrad von seinem Weisungsrecht Gebrauch gemacht hat. Die Ergebnisse dieses Streits, insbesondere das entsprechende Urteil des Bundesverfassungsgerichts, haben gezeigt, daß es im rechtlichen Rahmen der Bundesauftragsverwaltung nicht einfach ist, der Bonner Politik einen erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen.
Sie fragten in Ihrem offenen Brief, warum die Landesregierung die Bundesweisung von Herrn Minister Töpfer so schnell hinnehmen und stellen die These auf, daß gegen den politischen Willen einer Landesregierung die Bundesregierung nicht zum Erfolg kommen könne.
Hierzu muß ich Ihnen leider mitteilen, daß in dem Falle, daß eine Landesregierung einer Weisung im Rahmen der Auftragsverwaltung nicht nachkommt, Bundeszwang angewendet werden kann. Das bedeutet, daß letztlich sogar ein Bonner Beamter die Geschäfte im Niedersächsischen Umweltministerium führen könnte. Bisher hat es aber keinen Fall gegeben, wo Bonn von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht hat.
Gerade in Bezug auf bereits bestehende Anlagen, wie das Zwischenlager Gorleben, ist es schwierig, gegen bestandskräftige Erlaubnisse und Genehmigungen nur auf dem politischen Wege vorzugehen. Hier müssen politische Zielsetzungen im rechtlichen Rahmen auf ihre Machbarkeit hin überprüft werden. Es kommt also darauf an, im Gegensatz zu der vorigen Landesregierung die bekannten Schwächen und Mängel der Atomanlagen in technischer wie auch in juristischer Hinsicht so weit zu konkretisieren und darzustellen, daß entsprechende Rechtsverfahren erfolgreich beendet werden könne. Für diese Planung eines Ausstiegskonzeptes ist auch kürzlich der „Beirat für Fragen des Atomenergieausstiegs" eingesetzt worden, dem 13 kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angehören.
Da für diesen Prozeß Zeit gebraucht wird, kann nicht erwartet werden, daß innerhalb einer Zeit von nur 1 1/2 Jahren bereits bemerkenswerte Fortschritte auf dem Weg zum Ausstieg aus der Atomenergie erreicht werden. Ich darf Ihnen aber versichern, daß die Landesregierung alles tut, um diese Erfolge so schnell wie möglich vorweisen zu können.
Ich komme nun zu Ihrer massiven Kritik an dem Polizeieinsatz am 18.06.1991 vor dem Zwischenlager Gorleben.
Sie beschreiben die Situation so, daß sie durch das rabiate und brutale Vorgehen der Polizei eskaliert sei und Demonstranten und Demonstrantinnen gewürgt, getreten, gestoßen und geschlagen worden seien.
Nach den mir vorliegenden Unterlagen erfolgte der Polizeieinsatz mit äußerster Zurückhaltung zunächst ohne Schutzhelm und Schutzschild und ohne Hilfsmittel der körperlichen Gewalt. Die Polizeibeamten wurden jedoch mit Stein- und Eierwürfen empfangen.
Dies führte dazu, daß lagebedingt für kurze Zeit Hilfsmittel der körperlichen Gewalt (Diensthunde, Schlagstöcke) eingesetzt wurden.
Ein vor Ort anwesender Reporter eines Fernsehsenders hat den Einsatz wie folgt bewertet:"Wer diesen Einsatz wirklich fair und unvoreingenommen betrachtet hat, muß einfach eingestehen, daß Urteile wie brutaler Polizeieinsatz und schwere Übergriffe nicht der Wahrheit entsprechen." Ein besonneneres und verhältnismäßigeres Vorgehen von Polizeibeamten bei derartigen Einsätzen habe er noch nie gesehen".
Die beiden skizzierten Darstellungen des Polizeieinsatzes am 18.06.1991 widersprechen sich deutlich. Dieses wird auch daran liegen, daß jeweils die beteiligten „Seiten" die Lage und den Einsatz anders darstellen. Richtig ist jedoch, daß die Polizeistrategie, auch von der Landesregierung durch Herrn Innenminister Glogowski abgedeckt, auf Deeskalation ausgerichtet war.
Dennoch wird auch die Strategie von Polizeieinsätzen nach jedem Einsatz erneut überprüft. Dies wird insbesondere in den Bereichen mit Genauigkeit gesehen, wo niedersächsische Beamte Maßnahmen durchsetzen müssen, die aufgrund der Bundesauftragsverwaltung gegen den Willen der Landesregierung erfolgen müssen.
Ich bitte Sie, zu verstehen, daß eine Landesregierung nach Recht und Gesetz handeln muß und die Interessen der gesamten Einwohner des Landes zu vertreten hat. Hierzu gehört auch Toleranz gegenüber denjenigen, die aufgrund ihres Berufes die Wirkungen einer verfehlten Politik aus Bonn zu ertragen haben.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrage

Sternbeck (Niedersächsische Staatskanzlei)

ASSE II

Einlagerung von hochradioaktiven US-Atommüll ins Salz

Rot-Grün in Hannover ist mit dabei!

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

HAW-KOKILLEN in die ASSE?

SprecherInnen der BürgerInneninitiative Aktion Atommüllfreie ASSE warfen Beamten des Niedersächsischen Umweltministeriums vor kurzem Illoyalität und Kungelei mit den Betreibern der ASSE vor.
Entgegen der in den rot-grünen Koalitionsvereinbarungen festgeschriebenen Aussage, keine Genehmigungen für die versuchsweise Einlagerung hochradioaktiver Glaskokillen aus den USA in das faktische Atommüllendlager ASSE II bei Wolfenbüttel zu erteilen, entstand bei der Lektüre eines internen Papiers der ASSE-Betreibergesellschaft GSF der Eindruck, daß im Niedersächsischen Umweltministerium (NMU) das Genehmigungsverfahren für diese Versuche kräftig vorangetrieben wird.

Im März 91 erklärten Vertreter des NMU gegenüber der örtlichen BürgerInneninitiative AAA noch, die Genehmigung für die Versuchseinlagerungen der 30 hochradioaktiven Glaskokillen von dem Ergebnis einer Gefahrenabschätzung abhängig zu machen. Davon war in dem internen Papier der GSF keine Rede mehr und das, obwohl das NMU der AAA im März offenbarte, daß das Oberbergamt eine Verfüllung mehrerer Kammern an der Süd-West Flanke von ASSE II aus Standsicherheitsgründen anordnen wolle.

Nach einer Vereinbarung zwischen dem NMU und der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) , die vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) mit der Durchführung der Versuche beauftragt ist, sollen die Planunterlagen jetzt öffentlich ausgelegt werden. Die GSF erwartet als Gegenleistung für die ihrer Meinung nach freiwillige Öffentlichkeitsbeteiligung eine Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens.
Aus dem geheimen Papier der GSF geht außerdem hervor, daß sich die GSF und das NMU einig sind, den TÜV-Hannover als einzigen Gutachter für die von der GSF im März eingereichten Genehmigungsunterlagen vorzusehen. Davon versprechen sich die Beteiligten die Vermeidung langwieriger Doppelarbeit etwa durch unabhängige Gutachter. Der TÜV-Hannover hat die Unterlagen im Auftrag der GSF bereits gesichtet.
Wörtlich heißt es in dem GSF-Papier:
„Durch die Auslegung der Antragsunterlagen und des Gutachtens können eventuelle Einwände von der Genehmigungsbehörde (Dem NMU d.V) schon vor der Genehmigungserteilung berücksichtigt werden.
Klagen vor dem Verwaltungsgericht könnten dadurch vermieden werden."

Ziel dieses sogenannten HAW-Projektes (HAW = High Radioactive Waste) ist der Nachweis der technischen Durchführbarkeit der Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen, wie sie in Wiederaufarbeitungsanlagen entstehen. Die Einlagerungsdauer ist auf 5 Jahre befristet. Im Anschluß an die Versuchseinlagerung und im Falle einer vorzeitigen Rückholung der Kokillen z.B. wegen eines GAUS (Wassereinbruch und oder Bohrlochverformung), sollen die Kokillen in Gorleben zwischengelagert werden. Für diese Zwischenlagerung ist ein weiteres Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 6 ATG notwendig.

Die Kokillen für diese Versuche wurden eigens in der Kernwaffenanlage Hanford im US-Bundesstaat Washington im äußersten Nordwesten der USA hergestellt. Allein die Herstellungskosten belaufen sich auf 40 Millionen DM (für die Hanford sich überhaupt erst eine Schmelzanlage bauen konnte), das gesamte HAW-Projekt verschlingt ca 200 Millionen DM.
Das eingeschmolzene Cäsium-Strontium Gemisch entwickelt eine gegenüber abgebrannten Kernbrennelementen etwa doppelte Menge an Radioaktivität. Damit entspricht eine einzige der 30 Glaskokillen in ihrer Strahlungsintensität dem gesamten bereits in Asse II endgelagerten Inventar der ca. 126 000 Fässer.

UmweltschützerInnen und BürgerInneninitiativen werten die geplante Öffentlichkeitsbeteiligung an der Genehmigung des Projektes als einen Teilerfolg. Sie üben aber gemeinsam mit WissenschaftlerInnen grundsätzliche Kritik an diesem Vorhaben:

Nach ihrer Meinung (Geologen Prof. Grimmel, Dr. Appel u.a.) ist Salz als Endlagermedium für hochradioaktive Abfälle nicht geeignet. Sie kritisieren insbesondere, daß die Versuche so angelegt sind, daß eine Eignungsprüfung des Salzes gar nicht stattfindet, sondern vorausgesetzt wird. Die Standsicherheit des Grubengebäudes von ASSE II sei nicht nachgewiesen, denn warum müssten sonst z.B. hohle Kammern an der Südwestflanke verfüllt werden?
Außerdem stelle der Transport der Kokillen um die halbe Erdkugel ein nicht zu rechtfertigendes Sicherheitsrisiko für die Millionen von Menschen dar, in deren Nähe die Transporte stattfinden.
Es werde versucht, unter politischem Druck einen Entsorgungsnachweis für hochradioaktive Materialien zu erbringen, einer ganz wesentlichen Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Kernenergie. Die Wahl des Versuchsmaterials lasse befürchten, daß die Bundesrepublik Deutschland Endlagerstandort für den gesamten europäischen Atommüll aus den Wiederaufarbeitungsanlagen Sellafield und La Hague werde.

Des weiteren beklagen die UmweltschützerInnen das Weisungsrecht von Bundesminister Töpfer. Damit habe die Bundesregierung die Möglichkeit, de facto gleichzeitig als Antragstellerin und als Genehmigungsbehörde aufzutreten - eine Tatsache, die alle Genehmigungsverfahren zu einer Farce werden läßt.
Dazu kommt, daß das NMU bisher offensichtlich noch nicht in der Lage war, eigene Kompetenzen bezüglich Öffentlichkeit des Genehmigungsverfahrens wahrzunehmen:

Nach den Ausführungen in einer Studie des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages vom Mai 1990(!), die dem NMU von VertreterInnen der AAA bereits im März 1991 zur Verfügung gestellt wurde, obliegt es der Genehmigungsbehörde (also dem NMU) selbst, über die Öffentlichkeit des Genehmigungsverfahrens für die Kokillen zu entscheiden!
Das wollten bestimmte Beamte im NMU offensichtlich gar nicht wahrhaben, sie empfahlen der GSF lieber die Beteiligung der Öffentlichkeit, wohl wissend, daß bei dieser Empfehlung der Bundesumweltminister Töpfer das letzte Wort haben werde. Das ist bisher noch nicht gesprochen. Es interessiert aber auch weniger, obwohl die SprecherInnen der AAA kürzlich beim NMU in Hannover vorsprachen, um u.a. auf diese Hintergründe aufmerksam zu machen.
Insbesondere wiesen sie den neuen Staatssekretär J.H. Horn und seine MitarbeiterInnen darauf hin, daß aufgrund der immer noch fehlenden Standsicherheitsnachweise für ASSE II dringend eine Gefahrenabschätzung für diese atomare Altlast vorzunehmen sei. Bevor nicht die schwerwiegenden Zweifel an der Sicherheit der bestehenden Anlage und ihrer Auswirkungen auf die Umwelt ausgeräumt seien, dürften Schritte zur Genehmigung weiterer Versuche wie z.B. das HAW-Projekt gar nicht erst eingeleitet werden.
Dazu kommt, daß die Bevölkerung der Region um ASSE II sich bereits gegen die Durchführung der Versuche mit den hochaktiven Kokillen aus den USA ausgesprochen hat.
Der neue Staatssekretär und seine MitarbeiterInnen machten klar, daß eine Abweichung von der Koalitionsvereinbarung nicht zur Diskussion steht und die Gefahrenabschätzung vorgenommen wird. Auch werde sich der „Beirat zu Fragen des Kernenergieausstiegs" mit der ASSE befassen.

Die Mitglieder der AAA sind nun gespannt, ob das in einigen Positionen neu besetzte NMU es nun schafft, die Koalitionsvereinbarungen offensiv durchzusetzen und zweifellos vorhandene Spielräume auch wahrzunehmen. Zweifel werden bleiben und klar ist es allen Anti-AKWlerInnen aus der Region, daß das Vertrauen auf die eigene Kraft immer noch das beste Vertrauen ist.

Helga Koslowsky, Am Hahneberge 17, 3305 Erkerode, Tel.: 05305/1868

Schacht Konrad

Erfolgreiche Einwendungskampagne

Nicht nur die imponierende Zahl von über 250.000 Einwendungen (unseres Wissens die zweithöchste nach der 2. TEG zur WAA Wackersdorf) macht den Erfolg der Einwendungs-Kampagne aus. Die Auslegung der Planunterlagen konnte genutzt werden, um in der Region in ganz neuen gesellschaftlichen Bereichen die Auseinandersetzung um die KONRAD-Problematik (und oft auch um die Entsorgungs- und Atomenergieproblematik insgesamt) zu initiieren. Ganz grob geschätzt kamen ca. 100.000 Einwendungen von außerhalb der Region. Obwohl SCHACHT KONRAD bei weitem nicht so bekannt war (und ist) wie Wackersdorf, konnten bundesweit Viele mobilisiert werden.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit waren die Gewerkschaften und Betriebe in der Region. So wurde in vielen Betrieben (insbesondere in den grossen Metallbetrieben in Salzgitter) speziell auf die betrieblichen Belange zugeschnittene Einwendungen formuliert und von den Vertrauensleuten aktiv Einwendungen gesammelt. Bei VW Salzgitter z.B. fanden sieben Vertrauensleutesitzungen (je ca. 1 1/2 Stunden) zum Thema KONRAD (mit einem Referat der AG SCHACHT KONRAD) statt. Das VW-Werk liegt direkt neben dem Gelände der Stahlwerke, auf dem die Schachtanlage KONRAD steht; alle Atommülltransporte zum SCHACHT KONRAD würden unmittelbar am Werkszaun von VW entlanglaufen. Bei einem möglichen Transportunfall, so die Argumentation in der Einwendung, müßte ggfs. das Werk evakuiert werden. Bei VW unterschrieben letztlich mehr als 50% der Belegschaft eine Einwendung.

Die IG Metall unterstützte die Kampagne durch viele praktische Maßnahmen und eigene Aktivitäten. Es gab so etwas wie „belebende Konkurrenz" zwischen den verschiedenen Betrieben, wo mehr Einwendungen gesammelt wurden. Das Ganze bekam eine Eigendynamik, so daß sich auch andere Gewerkschaften (und deren Funktionäre) in anderen Orten gezwungen sahen, was gegen KONRAD zu machen. Der Vorsitzende der DGB Kreis-Region Braunschweig bekam von allen Einzelgewerkschaften das Mandat, eine Einwendung zu erheben; ausgenommen die IG Bergbau und Energie und z.T. die Gewerkschaft der Polizei. Der DGB wäre ggfs. auch bereit zu klagen.

Auch die eher konservativ geprägten Landwirte machten eigene Veranstaltungen und beteiligten sich mit Schleppern und Transparenten an der Auftaktkundgebung und der Übergabe der Einwendungen. Das Landvolk hat schon seit mehreren Jahren Kritik an SCHACHT KONRAD erhoben; es war aber das erste Mal, daß sich so viele Landwirte in dieser Weise öffentlich gegen KONRAD bekannt haben.
Viele kirchliche Gruppen haben seit Jahren den Diskussionsprozeß innerhalb der Kirche über SCHACHT KONRAD angeschoben. Passend zur Auftaktkundgebung am 25. Mai 91 in Salzgitter-Bleckenstedt verabschiedete die Synode der Braunschweiger Landeskirche einen klaren Beschluß gegen SCHACHT KONRAD; und das, obwohl eigens Dr. Viehl vom Bundesamt für Strahlenschutz dabei war, um genau das zu verhindern.

Außer den Kommunen der Region haben auch andere Kommunen (insgesamt ca. 20) fristgerecht Einwendungen gegen SCHACHT KONRAD erhoben. Insbesondere die Kommunen, die Mitglied der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD sind, führten darüber hinaus eigene Aktivitäten durch. Die Stadt Braunschweig entwarf eine Mustereinwendung und bot eine Beratung für interessierte Bürgerinnen und Bürger an. Zu einer Podiumsdiskussion von der Stadt mit Pro- und Kontra-Vertretern kamen über 500 Leute in den überfüllten Saal der Stadthalle. Die Gemeinden Lengede und Vechelde führten Bürgerversammlungen zu diesem Anlaß durch und ließen entsprechende Tafeln an den Ortseingängen gut sichtbar aufstellen.

Verschiedene Gruppen haben in unterschiedlichen Medien Anzeigen geschaltet, u.a. von Greenpeace eine halbseitige in fast allen überregionalen und lokalen Zeitungen. In vielen Orten der Region wurde die KONRAD-Zeitung flächendeckend verteilt (2 Auflagen a'120.000 Ex.). Ungeahnt viele GeschäftsinhaberInnen waren bereit, Plakate in ihre Schaufensterläden zu hängen und Listen auszulegen. Trotzdem haben wir längst nicht alle Möglichkeiten genutzt, Menschen direkt zu erreichen. Die zweimonatige Frist war einfach sehr knapp und reichte auch noch in die Sommerferien hinein.

Die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD rüstete zwei INFO-Busse aus, die in dieser Zeit fast ständig, meist außerhalb der Region, im Einsatz waren. In mehreren bundesweiten Rundbriefen (über 1.000 Adressen) haben wir über den neuesten Stand informiert und Aktivitäten vorgeschlagen. Der INFO-Bus war Mittelpunkt von 80-100 Aktivitäten (Infostand, Pressegespräch, Fahrraddemo, Sternritt) an ca. 50 Orten in der gesamten Republik. Vor Ort waren es Greenpeace-Kontaktgruppen, BUND Kreisgruppen, GRÜNE Kreisverbände, Elterninitiativen oder sogar Einzelne, die die Aktionen angeleiert und getragen haben. In einigen Städten waren es auch noch „alte Bl'ler"; doch spulten die Aktionen eher pflichtmäßig und frustriert ab.

Eine grundlegende Schwierigkeit, die auch wir, trotz aller guten Erfahrungen, nicht lösen konnten, war, daß es offenbar nicht mehr oder zur Zeit nicht möglich ist, viele Leute zu einem Zeitpunkt an einen Ort für eine Aktion zusammenzubringen. So kamen zur Auftaktkundgebung ca. 1.-2.000 Menschen auf den Sportplatz nach Salzgitter-Bleckenstedt, wesentlich weniger, als viele von uns erwartet hatten. Aufgrund dieser Erfahrungen haben wir mehr und mehr auf Qualität als auf Quantität gesetzt. Bei der abschließenden Übergabe-Aktion sollte möglichst sinnbildlich deutlich werden, aus welchen Bereichen Ein-

wendungen gekommen sind. Mit der „Einwendungs-Lawine", die am 13. Juli vom SCHACHT KONRAD nach Hannover rollte, ist uns dies u.E. ganz gut gelungen. Über 50 Schlepper und andere Fahrzeuge bildeten einen über 2 km langen imposanten Konvoi. Die Übergabe der Einwendungen direkt vor dem Umweltministerium an Monika Griefahn war der Höhepunkt der Presseresonanz. Umringt von zahlreichen JournalistInnen wurden von ca. 30 Gruppen und Organisationen die gesammelten Einwendungen und die mit viel Phantasie gestalteten sinnbildlichen Einwendungen mit kurzen Ansprachen überreicht; so u.a.: (Atommüll-)Kloschüssel, Fässer, ein Stück Zaun vom AKW Stendal, eine Tür, ein 40m langes Bettlaken, eine Eisenbahnschwelle, ein Auto, ein Rollstuhl.

Auf jeden Fall hat sich die (hauptamtliche) Struktur der Arbeitsgemeinschaft voll bewährt. Entgegen dem bundesweitem Trend gründeten sich mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft neue Initiativen in mehreren Orten der Region. Durch die gemeinsame Verbindung zur Arbeitsgemeinschaft und die deshalb mögliche gemeinsame Darstellung des gesamten Spektrums des Widerstandes und der Kritik an dem Projekt war die Wirkung nach außen und innen sehr viel größer als wenn alle nebeneinander her gearbeitet hätten. Es konnten Potentiale (AKW-GegnerInnen in allen gesellschaftlichen Bereichen und eine grundlegende Ablehnung der Atomenergie bei der Mehrheit der Bevölkerung) freigesetzt werden, die durch jahrelange Arbeit der früheren BI's entstanden sind und die nur von den BI's herkömmlicher Prägung nicht mehr erreicht werden (können).

Was passiert mit den Einwendungen ?

Das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) muß als Genehmigungsbehörde alle Einwendungen dokumentieren (Anschrift und Einwendung); und war Mitte November noch dabei. Die „Träger öffentlicher Belange" (Kommunen, Landvolk, Kirche, DGB, anerkannte Naturschutzverbände, usw.) haben noch länger Zeit, ihre Einwendungen einzureichen. Ende Oktober sind z.B. die beiden Gutachten für die Stadt Salzgitter (von der Gruppe Ökologie und von Pieles & Gronemeyer) fertig geworden, die Anfang '92 auf einer öffentlichen Ausschußsitzung vorgestellt werden sollen. Auch die darauf aufbauende Einwendung der Stadt Salzgitter muß erst noch ausgewertet werden. Darüberhinaus will das NMU in Kürze Gutachten zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zur Langzeitsicherheit vergeben.

Auf der anderen Seite legen sich die Beamten, die noch unter Albrecht auf Pro-Atom-Kurs waren, mächtig in's Zeug, damit das Verfahren möglichst schnell abgewickelt wird. In einem ersten informellen Gespräch hat uns der neue Staatssekretär Jan-Hendrik Horn (Nachfolger von Peter Bulle) erklärt, daß der Erörterungstermin seiner Meinung nach in Salzgitter und wahrscheinlich erst in der zweiten Hälfte 1992 stattfinden wird (bis jetzt war immer das „1. Quartal 1991" genannt worden). Töpfer wird bei den „monatliche Statusgesprächen zu KONRAD", die mit der Weisung vom Frühjahr 1991 festgelegt wurden, auf's Tempo drücken. Entscheidend wird sein, ob das NMU ein Konzept entwickelt, wie die Koalitionsvereinbarungen umgesetzt werden sollen. In die andere Richtung weist da das Ergebnis einer „interministeriellen Arbeitsgruppe", daß die Landesregierung bei den Entsorgungs-projekten Gorleben, Schacht Konrad und Asse II letzlich keine (rechtliche) Möglichkeit gegen den Bund hat.

Alle Menschen und Organisationen, die fristgerecht eine Einwendung erhoben haben (unabhängig in welcher Form), haben sich damit das Recht gesichert, beim Erörterungstermin ihre Einwendungen noch einmal mündlich zu erläutern und ggfs. zu konkretisieren (und ggfs. später zu klagen). Das Atomgesetz legt nicht fest, wann dieser Termin stattfinden und wie lange er dauern muß. Das NMU will eine Räumlichkeit für ca. 1.000 Leute vorsehen (ca. 500.000 Menschen - incl. der Sachbeistände - könnten theoretisch Einlaß begehren). Da es in der Region an geeigneten Räumlichkeiten fehlt, bzw. diese ausgebucht sind, plant das NMU, an einem Ort in der Region ein Zelt oder eine Leichtbauhalle aufzustellen. Das NMU wird - aus den eingegangenen Einwendungen - einen Themenkatalog erstellen, der dann auf dem Erörterungstermin innerhalb von ca. 4 Wochen abgearbeitet werden soll.

Unabhängig vom KONRAD-Verfahren hat das NMU ein „Endlager-Hearing" geplant, dessen Ergebnisse für den Planfeststellungsbeschluß berücksichtigt werden sollen. Planung und Vorbereitung dieses Hearings, das nach dem Vorbild des Gorleben-Hearings 1979 ablaufen soll, liegen bei dem Beirat, der sich offiziell aber erst im Dezember konstituiert. So ist es fraglich, ob der angekündigte Termin „Sommer 1992" realisiert werden kann. Außerdem war angekündigt, daß das NMU - ähnlich wie zur Müllproblematik - ab Oktober 1991 eine Anzeigen-Kampagne zum Thema „Ausstieg aus der Atomenergie" startet. Bis heute war davon noch nichts zu sehen.

Über 250.000 Einwendungen - Wie geht's weiter ?

Nach dem eindeutigen und eindrucksvollen

Votum gegen das geplante Atommüllendlager SCHACHT KONRAD in Salzgitter durch die über 250.000 Einwendungen haben die Energieversorgungsunternehmen (EVU) als erste reagiert: Nach Informationen von Greenpeace wollen die EVU's in Greifswald zwei neue Zwischenlager bauen: Eines für 10.000 t abgebrannte Brennelemente und eines für 200.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiven Müll. Offenbar rechnen die EVU's nicht mehr ernsthaft mit dem von der Bundesregierung angepeilten Termin „1995/96" für den Beginn der Einlagerung im SCHACHT KONRAD. Um nicht in Gefahr zu geraten, wegen des immer prekärer werdenden „Entsorgungsnotstandes" ggfs. Atomanlagen abstellen zu müssen, will man sich mit diesen neuen Zwischenlagern erstmal Luft verschaffen für die Durchsetzung von SCHACHT KONRAD. Auch das Festhalten am völlig maroden Atommüllendlager Morsleben ist ein Indiz dafür, daß auch die Bundesregierung sich auf Verzögerungen bei der Durchsetzung von KONRAD vorbereiten will.
Schon bei der Übergabe der Einwendungen im Rahmen der „Einwendungslawine" am 13. Juli forderte die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD Bund und Land auf, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Region ein Atommüllendlager SCHACHT KONRAD nicht will und entsprechende Konsequenzen zu ziehen, wollen sie den sozialen Frieden nicht mutwillig gefährden. Die Arbeitsgemeinschaft fordert insbesondere alle Gruppen und Organisationen auf, die Einwendungen erhoben oder gesammelt haben auf, sich Konsequenzen für den Fall zu überlegen, daß das Verfahren weitergeführt und letztlich ggfs. sogar eine Genehmigung erteilt wird. Auf dem Treffen am 10.12.91 wollen die „Träger öffentlicher Belange" eine gemeinsame öffentlichkeitswirksame Briefaktion an Töpfer starten, der sich andere Gruppen anschließen können. Als zweite Stufe, falls Töpfer nicht oder unzureichend antwortet, ist geplant, ihn - zumindest mit einer Delegation - direkt in Bonn aufzusuchen.

Unabhängig vom Erfolg dieser Aktion ist es wichtig, neben den Aktivitäten in und zum Planfeststellungsverfahren eine eigenständige Argumentation und entsprechende Aktivitäten zu entwickeln. Wenn man sich zu sehr auf das Verfahren konzentriert, besteht die Gefahr, daß man sich in Details verzettelt. Ziel sollte sein, ein Selbstbewußtsein zu entwikkeln nach dem Motto „Wir wollen KONRAD nicht, basta". Um das zu stärken, wollen wir uns nicht ausschließlich und sofort auf die Vorbereitung des Erörterungstermins stürzen, sondern den Erfolg der Einwendungs-Kampagne ausnutzen.

Konkret will die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD die (neugewonnenen) Kontakte pflegen und ausbauen. So sind zahlreiche Veranstaltungen geplant, die die Kritik an KONRAD und dem Atomprogramm insgesamt vertiefen sollen. Neben mehreren Bildungsurlauben - gemeinsam mit gewerkschaftlichen Trägern - ist auch ein KONRAD-Seminar mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) geplant. Dort soll es speziell um die (mögliche) radioaktive Belastung im Dienst gehen (bei Transportunfällen, Katastrophen, etc.) und die völlig unzureichenden minimalen Schutzmaßnahmen. In mehreren Rathäusern wird eine (Wander-)Ausstellung der interessantesten Einwendungen zu sehen sein, die das NMU den Kommunen in der Region auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD angeboten hat. Falls es dennoch zum Erörterungstermin kommen sollte, wird die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD eine ähnliche Kampagne wie zur Auslegung der Planunterlagen starten.

Die Frage stellt sich, wo und wann über die Zukunft von SCHACHT KONRAD (und damit der Region) entschieden wird. Neben dem laufenden Planfeststellungsverfahren gilt es ebenso andere für KONRAD wichtige Entwicklungen zu beobachten und ggfs. zu beeinflussen. Dazu zählt z.B. die vom Bundeskabinett geplante Änderung des Atomgesetzes (u.ä. mit der Privatisierung der Endlager) und die Bestrebungen der EVU's, einen neuen Energie- und Entsorgungskonsens zwischen SPD, CDU/CSU und FDP zu erreichen, der auch ein Atommüllendlager SCHACHT KONRAD umfassen könnte. Für uns ist klar, daß dieses Problem politisch entschieden wird und selbst eine gerichtliche Entscheidung letztendlich von dem politischen Druck abhängt, den wir erzeugen können.

Meldungen:

Katholische Arbeitnehmerbewegung lehnt KONRAD ab

Als „unerträgliche Belastung" für die in Niedersachsen lebenden Menschen bezeichnete der Diözesanvorstand der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) im Bistum Hildesheim die hier drohende Konzentration von Atommüll-Lagerstätten. In seiner jetzt in Hildesheim veröffentlichten Erklärung warnte der KAB-Diözesanverband vor den Folgen einer fortgesetzten Produktion von Atommüll und lehnte eine Endlagerung im SCHACHT KONRAD in Salzgitter ab (aus Peiner Allgemeinen Zeitung vom 2.10.91)

Veränderungen nach der Kommunalwahl

Die Ergebnisse der Kommunalwahl brachten in vielen Kommunalparlamenten neue Mehrheiten zustande. In Salzgitter verlor die SPD ihre absolute Mehrheit und hat mit den GRÜNEN einen Koalitionsvereinbarung unterzeichnet. Bezüglich KONRAD einigten sich SPD und GRÜNE darauf, einen „unverzüglichen Abbruch des Planfeststellungsverfahrens zu erreichen". Sollte Töpfer auf diese Forderung nicht eingehen, will die Koalition weitere Gutachten einholen (z.B. zu den Transportrisiken). Die AG SCHACHT KONRAD soll finanziell, auch z.B. bei einem evt. Musterprozeß unterstützt werden.
Auch im Landkreis Peine verlor die SPD ihre absolute Mehrheit und hat mit den GRÜNEN ein Bündnis geschlossen und vereinbart, daß der Landkreis (als vierte Kommune) der AG SCHACHT KONRAD beitritt. In Braunschweig gibt es nach einer rot-grünen Mehrheit jetzt ein Ampelbündnis. Obwohl konkrete Aussagen fehlen, scheint die ablehnende Position der Stadt gegen KONRAD nicht in Gefahr. In der Gemeinde Vechelde kann sich die CDU - nach Verlusten von der SPD und Gewinnen von den GRÜNEN - auf eine solidere Mehrheit (mit der FDP) als vor der Wahl stützen. Alle Parteien haben in Vechelde mit einer Position gegen SCHACHT KONRAD den Wahlkampf geführt.

Claus Schröder - Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD

Gorleben

ein Standortbericht

Viel hat sich in den letzten Monaten nicht getan rund um Gorleben. Weder gab es Mol-Transporte, der Castor ist ebenfalls nicht in Sicht. Allerdings werfen die Ereignisse ihre Schatten voraus: natürlich müssen wir Anfang 1992 mit neuerlichem Atommüll aus Mol rechnen (derweil herrscht natürlich Einlagerungsbetrieb im Faßlager, nur ist es uns nicht möglich, mehr als eine Beobachtung zu organisieren). Bei einem ersten Castortransport rechnet das niedersächsische Innenministerium laut internem Papier mit „erheblichem Widerstand" vor Ort. Das soll uns für 1992 anspornen, denn immerhin ist das Lager seit 8 Jahren betriebsbereit, aber halt nicht in Betrieb, und das sollte noch einige Zeit so bleiben, nicht (Rubrik: Wünsche fürs Neue Jahr). Was allerdings passiert, wenn der Castor kommt, scheint seitens Rot-Grün in Hannover auch schon klar. Das Innenministerium will aufklären, ggf. eine Broschüre herausgeben. Hannes Kempmann möchte eine „Arbeitsgruppe" einrichten, interministeriell. (Der steile Aufstieg des Hannes K. - Vom Autotelefon zum Container Jo?!- Anm. atom).
Aber wozu, das hat er gegenüber der Elbe-Jeetzel-Zeitung nicht gesagt. Wir nehmen an, zur Deeskalation, sprich: der Transport soll ohne böses Blut sein Ziel erreichen. Böses Blut wollen wir auch nicht, aber daß er sein Ziel erreicht erst recht nicht. Ob „Arbeitsgruppe" oder nicht - uns ist diese AG auch egal: wir bleiben auf der Hut und werden rechtzeitig Alarm schlagen.
Das düstere Kapitel: am 28.11. läuft der letzte Akt der Zementierungskampagne in der PKA. Das Fundament der heißen Zelle ist dann gegossen. Wir haben dabei alt ausgesehen, denn nur am ersten Tag im September, als es losging, waren rund 50 Leute vor Ort, nachmittags blockierten Schüler/innen die Zufahrten einer Baufirma in Lüchow, kurzzeitige Stopps der Betonlaster konnten erreicht werden, das war's. Der „Widerstand" lehnt sich bequem in den Sesseln zurück, registriert die Bilder, tja, da gibt's ja immer einige Unentwegte, die einem das schlechte Gewissen erleichtern. Deshalb haben wir uns zu einem ungewöhnlichen Schritt am 28.11. entschlossen: Wir machen nix, damit klar wird, daß **alle** immer noch **auf der Straße** gefordert sind. Hoffentlich kommt die Botschaft bei den Anti-Atom-Aktivisten im Wendland an.
Dafür haben wir dem „Neuen" in Hannover zum Nikolaustag ein Päckchen geschickt. Gemeint ist der neue Staatsekretär im Umweltressort, Jan-Henrik Horn. Rute oder Reisigbesen, das war hier die Frage...

Wolfgang Ehmke

Nikolaus

Bei seinem Ritt durch die Gorlebener Wälder hat der Nikolaus etwas verloren. Auf dem vom Regen verwaschenen Zettel konnten wir den Schriftzug „Peter Bulle" entziffern, 's war aber durchgestrichen und H.H. drübergekritzelt.
Da haben wir kombiniert „GORLEBEN - PETER BULLE - H.H.", das kann eigentlich nur der Neue in Hannover sein. Der Nikolaus verfolgt ja nicht immer die daily news, ist nicht über alle politischen Ränke oder das Personenkarussell auf dem Laufenden. So hatte er das Säckchen wohl schon gepackt gehabt und war holterdiepolter auf dem Weg in die Landeshauptstadt, bis er dann seinen Irrtum bemerkte, nur daß ihm dann das Präsent aus der Tasche fiel...
Bestimmt sollte mit dieser Rute den illoyalen Beamten im Ministerium, den Kungelbrüdern und -schwestern der alten Remmersgarde der Hintern versohlt werden. Das Kompaktlager in Esensham, die Brennelementfabrik Lingen und nun die Einlagerung des US-Bombenmülls in der Asse für Versuchszwecke mit anschließener „Zwischen"lagerung in Gorleben gehen auf das Konto ihrer subversiven Wühlarbeit...
Oder haben wir uns getäuscht? War die Rute für den Peter Bulle selbst gedacht? Hat er vielleicht eine Ahnung gehabt und sich rechtzeitig vor dem Nikolaustag aus dem Amt drängen lassen?
Mag sein, daß er sich an unseren Besuch vor einem Jahr erinnerte. Am 6. Dezember überreichten wir ihm eine Expertise, aus der hervorgeht, daß die Atommüllfabrik PKA (wir übersetzen kurz für Sie, da Sie ja noch nicht alle unsere Kürzel kennen können: „Pilot-Konditionierungsanlage") absolut überflüssig ist, weil die Verpackung abgebrannter Brennelemente ohne das Zerschneiden der hochradioaktiven Brennstäbe in (stillzulegenden!) Atommeilern machbar ist. Zur gleichen Zeit blockierten rund 30 Atomkraftgegner/innen und 4 Nikoläuse (!) die Zufahrten zur PKA-Baustelle. Herr Bulle bedankte sich für diese Hinweise, er wolle der Sache nachgehen. Als Belohnung für unser Engagement kündigte er an, das Abteufen der Endlagerschächte solle möglicherweise noch in diesem jenem Jahr (Weihnachtsmann??) gestoppt werden. Na, wahrscheinlich müssen Sie jetzt auch noch dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Fischer den Hintern versohlen, denn der hat uns ja die Zulassung des Hauptbetriebsplans und den Weiterbau eingebrockt.
Und wo wir gerade dabei sind: gucken Sie doch mal anstelle des Nikolauses beim Innenminister Peter Glogowski vorbei, der die Atommülltransporte (Polizei-"Knüppel aus dem Sack") ins Zwischenlager Gorleben besorgt hat.
Halt, da fällt's uns doch wie Schuppen von den Augen: und wenn der Nikolaus nun auch noch einen Stock verloren hat? Als Stiel für einen Reisigbesen? Rute oder Reisigbesen, das ist hier die Frage. Sehen Sie, der Nikolaus ist doch ein politischer Pragmatiker. H.H., hat er bestimmt gedacht, der wird in jedem Fall was damit anfangen können, denn neue Besen kehren gut!

Atomtransporte zum geplanten Endlager für radioaktive Abfälle Schacht Konrad

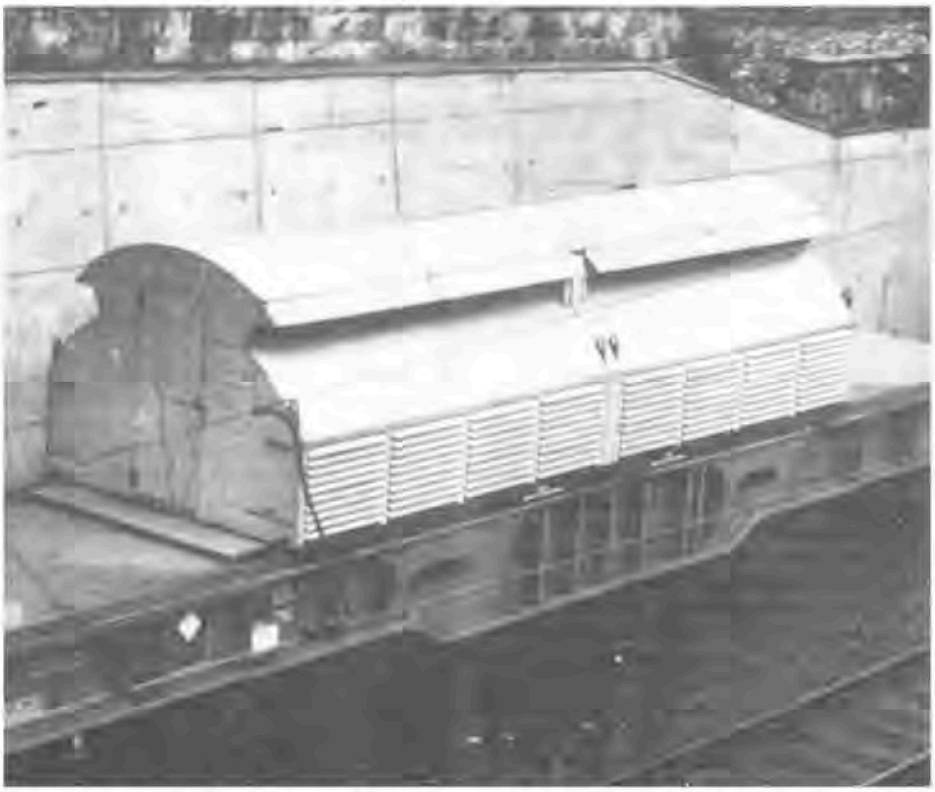
Das Planfeststellungsverfahren für das Endlager für radioaktive Abfälle befindet sich zur Zeit im Stadium der Prüfung der über 250.000 Einwendungen gegen das geplante Endlager. Das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) arbeitet wie es scheint auf Hochtouren um den Berg zu bewältigen. Im Jahr 1992 soll der Erörterungstermin stattfinden. Das Ziel von Antragsteller und des zuständigen Fachreferats im NMU ist ein Termin im Frühjahr. Inwieweit hier - zwar sachlich begründete, aber politisch zu entscheidende - Verzögerungen oder gar eine Unterbrechung bzw. der Abbruch des Planfeststellungsverfahrens möglich sind bleibt abzuwarten.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Endlager hat das Problem der Transporte von Anfang an eine Rolle gespielt. Neben der Bevölkerung selbst haben Kommunen in der Region der zur Endlagerung vorgesehenen Schachtanlage Konrad (insbesondere Salzgitter, Vechelde und Braunschweig) laut nach Aufklärung verlangt.

Nach offiziellem Standpunkt und der bisherigen Rechtsauslegung werden Transporte in Genehmigungsverfahren für ortsfeste Atomanlagen nicht berücksichtigt. Aufgrund des Drucks aus der Region sah sich die damalige CDU-geführte Landesregierung immerhin genötigt auf das Bundesumweltministerium einzuwirken, ein Gutachtensauftrag zur Transportfrage an die Gesellschaft für Reaktorsicherheit zu vergeben. Für die Betroffenen in der Region hat die Gruppe Ökologie in Hannover versucht die möglichen Auswirkungen von Transporten zum geplanten Endlager zu beschreiben. Im folgenden Text sollen einige Problempunkte dargestellt werden.

1. Die radioaktiven Abfälle und die Behälter

Vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und den Behörden wird im Zusammenhang mit dem geplanten Endlager Konrad immer von „radioaktiven Abfällen mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung" geredet. Diese Ausdrucksweise ist geeignet in die Irre zu führen. Das Kriterium der Wärmeentwicklung bezieht sich nämlich nicht speziell auf die Abfallgebinde selbst, sonder auf das Wirtsgestein der Einlagerungskammern unter Tage. Die Temperatur dieses Gesteins darf sich (z.B. aus Standsicherheitsgründen, Bildung von Klüften) um nicht mehr als 3 Kelvin (entspricht 3 °C) erhöhen. Diese Beschränkung wirkt sich zwar über die Summe der Abfälle für deren Wärmeentwicklung begrenzend aus, nicht jedoch für einzelne Gebinde. Auch die in den Planfeststellungsunterlagen des BfS (BfS-Plan) genannten Aktivitätsgrenzwerte für Abfallgebinde sind nicht im Einzelnen bindend. Die ohnehin verharmlosenden Ausdrücke wie vernachlässigbare Wärmeentwicklung oder schwachaktiver Abfall treffen also für einige der zum Endlager transportierten Abfälle noch nicht einmal zu. Dies wird besonders deutlich bei Bewertung der Endlagerungsanforderungen des BfS für die Massenkonzentration von spaltbaren Stoffen in den Abfällen. Danach dürfen in 0,1 m³ Abfallprodukt 50 g Kernbrennstoff enthalten sein. Im Extremfall wären das beispielsweise in einem 200 l Faß 100 g Plutonium.



In welchen Behältern welche Abfälle transportiert und damit auch eingelagert werden sollen wurde bisher nicht festgelegt. Im BfS-Plan wird nur ausgeführt, daß es sich um zylindrische Beton- oder Gußbehälter bzw. quaderförmige Container handelt. Für diese „Grundtypen" werden Anforderungen zur mechanischen und thermischen Belastbarkeit gestellt. Diese sind jedoch im Wesentlichen an die Bedingungen für die Einlagerung in das Endlager orientiert. Zum Beispiel wird eine Mindeststapelfähigkeit von 6 m Höhe und ein Oberflächenschutz für Stahlblechbehälter gefordert. Abhängig vom Inhalt und seiner Aktivität wird darüberhinaus eine bestimmte Dichtigkeit verlangt. Die maximal zu überstehende Fallhöhe für Behälter mit hohem Aktivitätsinventar beträgt 5 m entsprechend einer Aufprallgeschwindigkeit von knapp 36 km/h. Es ist offensichtlich, daß diese Behälter spätestens bei mittelschweren Belastungen durch Transportunfälle versagen.

Ein Container bzw. ein bis zwei zylindrische Behälter auf einer Palette bilden während der Beförderung eine Transporteinheit (TE), deren maximales Gesamtgewicht 20 t betragen darf.

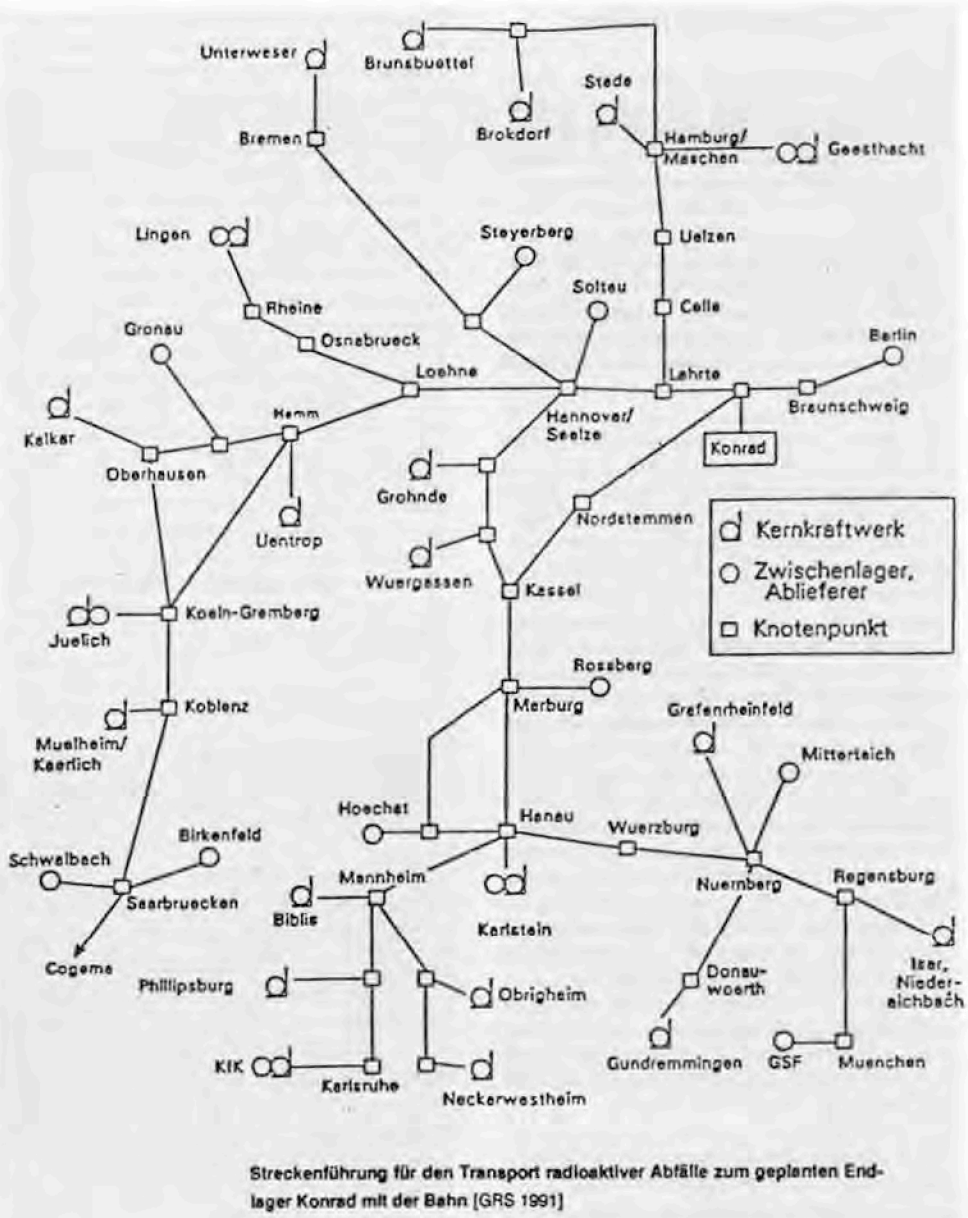
2. Abfallmengen und Transportszenarien

Die Menge der zur Einlagerung in die Schachtanlage Konrad vorgesehenen radioaktiven Abfälle hat natürlich direkte Auswirkungen auf die Zahl der notwendigen Transporte. Die vom BfS genannten Abfallmengen beruhen

auf Abschätzungen. Im Jahr 2000 sollen es insgesamt zwischen 130.000 und 170.000 m³ sein. Damit wird die Menge nach unserem derzeitigen Kenntnisstand allerdings deutlich unterschätzt. Den mit Abstand größten Einzelanteil der einzulagernden Abfälle stellen die aus der Wiederaufarbeitung bundesdeutscher Brennelemente im Ausland zurückkommenden radioaktiven Abfälle dar. Deren genauer Umfang ist heute jedoch noch nicht klar, da sich die Abfallkonditionierungsanlagen in La Hague und Sellafield entweder im Erprobungsstadium befinden, oder noch gar nicht vorhanden sind. So haben sich die zunächst theoretisch festgelegten Abfallvolumina in den letzten Jahren ständig erhöht (z.B. im Fall von „technologischen Abfällen" aus La Hague von 1984 bis 1990 um ca. 45%). In den Grundannahmen des BfS für die Abschätzung der anfallenden Abfälle wurden darüberhinaus nicht oder unzureichend berücksichtigt: Die Masse des zur Wiederaufarbeitung vorgesehenen Kernbrennstoffs, der Anfall von radioaktiven Abfällen bei Stör- und Unfällen bzw. Stillegung und Abriß von Atomanlagen, Nachkonditionierung von Altabfällen und auch die radioaktiven Abfälle aus der ehemaligen DDR.

Es ist abzusehen, daß die Einlagerung der Abfälle in das Endlager mindestens mittelfristig im Zweischichtbetrieb erfolgen muß. So ist auch die Beantragung eines Zweischichtbetriebes durch das BfS folgerichtig. In der Öffentlichkeit wird jedoch meist so getan, als wenn ein Einschichtbetrieb ausreicht. Real dürften etwa 2540 TE an Werktagen durch die Region transportiert und im Endlager eingelagert werden.

Der Antransport soll mit Güterzügen oder LKW erfolgen. Ziel ist es, eine Verteilung von 80% Bahn und 20% LKW zu erreichen. Umgerechnet bedeutet dies bereits bei Einschichtbetrieb ein jährliches Transportaufkommen zwischen 750 und 1600 Eisenbahnwaggons sowie ca. 800 LKW. Bei einem Zweischichtbetrieb können diese Zahlen bis doppelt so hoch sein. Der Transport radioaktiver Abfälle aus bundesdeutschen Atomanlagen wird mit sogenannten Regelgüterzügen, d.h. im normalen Frachtverkehr der Deutschen Bundesbahn gemeinsam mit anderen Güterwaggons erfolgen. Daraus ergibt sich, daß die Waggons mit radioaktiven Abfällen je nach Absendeort bis zu 5 mal rangiert werden müssen. Kumulationspunkt für alle Waggons soll der Rangierbahnhof Seelze bei Hannover sein. Von hier aus werden die Waggons über die Rangierbahnhöfe in Braunschweig und Beddingen zum geplanten Endlager gefahren. Die nebenstehende Abbildung 1 gibt einen Überblick über die vorgesehenen Transportstrecken. Für Abfälle aus der Wiederaufarbeitung im Ausland kommt auch der Transport in Ganzzügen (ohne anders beladene Waggons) infrage. Aussagen hierzu können im Moment nicht gemacht werden. Der LKW-Transport ist vor allem für Atomanlagen ohne Gleisanschluß relevant. Dies trifft für Anlagen im Gesamten Bundesgebiet zu (z.B. AKW Neckarwestheim, Zwischenlager Gorleben).



Streckenführung für den Transport radioaktiver Abfälle zum geplanten Endlager Konrad mit der Bahn [GRS 1991]

3. Unfallfreier Transport

Bereits durch den störungsfreien Transport der radioaktiven Abfälle treten Strahlenbelastungen für Menschen auf. Die von den Abfällen ausgehende radioaktive Strahlung wird durch die Verpackung nicht vollständig abgeschirmt. Die Höhe der Strahlenbelastung hängt von der Entfernung zum Abfallgebinde und der Aufenthaltsdauer ab. Dementsprechend sind vor allem direkt mit dem Transport befaßte Personen wie z.B. Lokomotiv- und LKW-Führer und Rangierarbeiter betroffen. Aber auch Anwohner von Transportstrecken sind dieser zusätzlichen Strahlenbelastung ausgesetzt. Gibt es für die erste Personengruppe vorgeschriebene Grenzwerte (bis zu 5 mSv pro Jahr), so existiert für die allgemeine Bevölkerung nur ein Planungsrichtwert der IAEA von 1 mSv/a. Bezeichnender Weise ist dieser Wert mehr als dreimal so hoch wie die laut Srahlenschutzverordnung zulässige Belastung durch ortsfeste Atomanlagen von 0,3 mSv/s. Werte in dieser Größenordnung können z.B. für Anwohner erreicht werden, die direkt an Orten neben Transportstrecken wohnen, wo regelmäßige Aufenthalte von Bahn oder LKW zu erwarten sind. So hat die Gesellschaft für Reaktorsicherheit 1990 für eine Anwohnergruppe des Rangierbahnhofs Braunschweig bei Inbetriebnahme des Endlagers 0,4 mSv pro Jahr errechnet. Ein Jahr später wurde der Wert auf immer noch beachtliche 0,2 mSv herunterkorrigiert. Nachvollziehen läßt sich die Korrektur nicht, festzustellen ist aber, daß bereits 1990 bei der Ermittlung der Strahlenbelastung nicht konservativ vorgegangen wurde. Es wurden eher günstige Randbedingungen (z.B. geringe Transportzahl) angenommen. Auf jeden Fall liegt der errechnete (wahrscheinlich noch zu niedrige) Wert dicht an den Werten der Strahlenschutzverordnung. Dies ist meines Wissens für Berechnungen von Strahlenbelastungen ein Novum in der Bundesrepublik. Auch wenn sicher nicht sehr viele Anwohner von Transportstrecken so hoch belastet werden, zeigt sich hier die Wichtigkeit der Beachtung des Transports radioaktiver Stoffe schon bei „bestimmungs-gemäßen" Verlauf der Nutzung der Atomenergie.

4. Transportunfälle

Die Zahl der Transporte radioaktiver Stoffe wird in den kommenden Jahren insbesondere bei Inbetriebnahme zentraler Atomanlagen wie dem Endlager stark zunehmen. Mit der Erhöhung der zurückgelegten Transportkilometer wächst auch die Wahrscheinlichkeit für einen Unfall. Wie bereits beschrieben, bedarf es zum Versagen der Behälter für die radioaktiven Abfälle keiner außergewöhnlich hohen Belastungen. Das im folgenden dargestellte Unfallszenario soll beispielhaft zeigen, was bei Transporten zum Endlager passieren kann.

Bei einem Unfall mit Bahn oder LKW prallt der Behälter mit einer Geschwindigkeit von 50 km/h auf einen Widerstand. In der Folge des Unfalles entsteht zusätzlich ein Feuer, das den Behälter samt Inhalt thermisch belastet. Ist in diesen Unfall ein Container mit zementierten Cäsium-haltigen Abfällen verwickelt, so wird zunächst durch den Integritätsverlust des Behälters Cäsium schlagartig freigesetzt. Dieses und im Verlauf des anschließenden Brandes zusätzlich freigesetzte Cäsium wird durch den wärmebedingten Auftrieb in eine Höhe von 150 m getragen. Der abgeschätzte Freisetzungsanteil beträgt 4% des gesamten Cäsiuminventares des Abfallgebindes. Als Folge der Freisetzung kann es zur Überschreitung des Störfallgrenzwertes der Strahlenschutzverordnung für die effektive Dosis (50 mSv) in einem Gebiet zwischen 250 m und 3 bis 4 km Entfernung vom Unfallort in Windrichtung kommen. Es können Umsiedlungsmaßnahmen bis in Entfernungen von 500 m notwendig sein. Die Cäsium-Bodenkontamination kann in der Nähe des Unfallortes bis zu 2 Millionen Bq/m² und noch in mehr als 5 km Entfernung 100.000 Bq/m² betragen (siehe Abbildung 2).

Die Auswirkungen dieses konstruierten Unfalls können in der Realität sowohl über- als auch unterschritten werden. Festzustellen bleibt, daß die Störfallgrenzwerte keine Unbedenklichkeitsschwelle darstellen und auch geringere Strahlenbelastung zu Schädigung führen können.

5. Informations- und Genehmigungssituation

Im Rahmen von Gutachten für verschiedene Kommunen der von den Transporten zum Endlager besonders betroffenen Region (Hannover, Braunschweig, Vechelde, Salzgitter) haben wir festgestellt, daß nach gegenwärtigem Stand zu keinem Zeitpunkt eine kommunale Stelle Kenntnis darüber haben wird, welche radioaktiven Stoffe zu welchem Zeitpunkt auf dem Gebiet transportiert werden. Angaben über Transporte werden nur dem Endlager selbst und dem BfS vorliegen.

Nach bisher offiziell vertretenem Standpunkt, zählt das Thema An- und Abtransporte nicht zu den relevanten Fragen in einem Genehmigungsverfahren für eine ortsfeste Atomanlage, also auch nicht für das geplante Endlager.

Dies wird häufig begründet mit der Feststellung, daß Transporte von radioaktiven Stoffen eigenen Beförderungsvorschriften unterliegen. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß die Vorschriften für Straßen- und Bahntransporte die Konzentrationswirkung für Transporte durch die Einrichtung eines zentralen Endlagers nicht berücksichtigt. Während die Straßentransporte zum Endlager Konrad nach § 8 StrlSchV wenigstens einer Genehmigung bedürfen, ist dies für die Bahntransporte mit der Deutschen Bundesbahn nach § 9 StrlSchV noch nicht einmal der Fall. Durch eine Inbetriebnahme des Endlagers Konrad würde es auf bestimmten Strecken zu einer Häufung von Transporten kommen. Die Sicherheitsbestimmungen in den gesetzlichen Vorschriften zum Transport von radioaktiven Stoffen (Atomgesetz, Strahlenschutzverordnung, Gefahrgutverordnungen) beziehen sich jedoch weitgehend auf die einzelnen Gebinde. Ausreichende Sicherheit soll durch die Verpackung und/oder eine Inhaltsbegrenzung gewährleistet werden. Das heißt, die Behälter müssen gewissen Belastungen standhalten bzw. es sollen die Folgen von radioaktiven Freisetzungen begrenzt werden. Darüberhinaus gibt es Grenzwerte für die äußere Kontamination und die Dosisleistung in der Umgebung der Behälter. Somit steht im Mittelpunkt der Gesetzgebung und der Regelungen der isolierte, einzelne Transportvorgang.

Nicht betrachtet wird das gesamte System radioaktiver Transporte, in diesem Fall die Transporte zum Endlager Konrad. Durch die Häufung von Transporten im Gebiet Hannover - Braunschweig - Salzgitter erhöht sich die Unfallwahrscheinlichkeit mit der Zahl der gefahrenen Transport-Kilometer. Auch die Strahlenbelastung beim unfallfreien Transport kann relativ hoch sein (s.o.). Daraus ergibt sich nach meiner Auffassung die Notwendigkeit, die Transportfrage in das Planfeststellungsverfahren zum Endlager Konrad aufzunehmen.

Die Niedersächsische Landesregierung ist hier gefordert. Außer verbalen Bekundungen sind bisher jedoch noch keine Aktivitäten in diese Richtung bekannt.

Wolfgang Neumann (Gruppe Ökologie)

PTB - Transporte

Im Oktober fand der erste Transport von vermutlich 26 Brennstäben aus dem Forschungsreaktor der PTB statt. Der Zeitpunkt wurde vermutlich deshalb so gewählt, weil einige Tage später ein Gerichtstermin des Landgerichts Braunschweig über eine Klage eines Salzgitteraners entscheiden sollte. Der Kläger bemängelte, daß die insgesamt 36 bei der PTB lagernden Brennstäbe in einem nicht genehmigten Zwischenlager stehen. Offenbar hat das Gericht die Betreiber zu einem Abtransport gedrängt, bevor ein Urteil zu Ungunsten des Betreibers hätte gefällt werden müssen.

Bei der Umladung des Mülls auf dem Gelände des Rangierbahnhofes in Groß Gleidingen bei Braunschweig ist es zu einer Konfrontation der Bahnpolizei mit einem Mitglied der Vechelder Bürgerinitiative gekommen. Dem Vechelder wurde außerhalb des Bahngeländes der Fotoapparat entrissen und der darin befindliche Film belichtet.
Durch den Abtransport der 26 Brennstäbe wurde der Klage der Boden entzogen, da die Anzahl der verbliebenen Brennstäbe keiner gesonderten Genehmigung bedurfte.

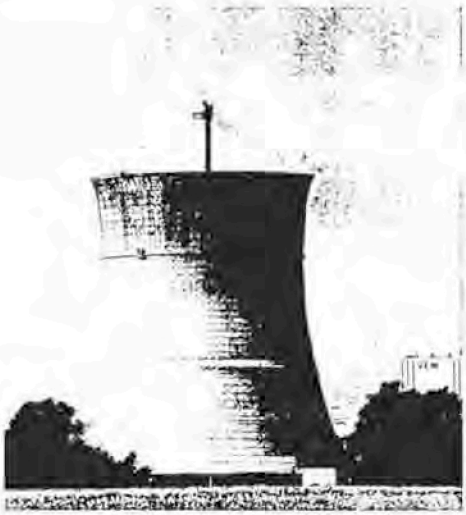
Der zweite Transport fand am Dienstag den 19. November statt. Die Bürgerinitiativen der Region waren, gewarnt durch den ersten Transport, diesmal zwar besser vorbereitet, eine Blockade konnte jedoch trotzdem nicht stattfinden, weil die Umladung wesentlich schneller ablief als beim ersten Mal.
Eine Blockade des in nächster Nähe befindlichen Bahnübergangs wurde nach kurzer Zeit wieder aufgegeben. Die ca.30 AktivistInnen müssen sich wohl erst an die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht gewöhnen. Einig waren sich jedoch alle Anwesenden, daß Transporte nach Schacht Konrad, oder in die Asse nicht so glimpflich davonkommen werden.

Der interessanteste Aspekt an der ganzen Aktion war aber die Tatsache, daß für die 13 zu transportierenden Brennstäbe nicht nur ein Container, sondern zwei benutzt wurden. Es ist zu befürchten, daß hier wieder einmal nicht mit offenen Karten gespielt wurde, und die Deklaration des Mülls nicht den Tatsachen entsprach. Laut Aussagen von Eingeweihten hat nach Abtransport der ersten 26 Brennstäbe nur noch ein Container auf dem Gelände der PTB auf den Abtransport gewartet.
Vielleicht wurden hier ja die in Hanau vermißten Brennstäbe gleich mitverfrachtet.

Spekulation hin oder her, die Aussagen der Betreiber von Atomanlagen dürfen auch in Zukunft nicht allzu ernst genommen werden, es ist halt nicht immer drin was draufsteht, und bei der derzeitigen Gesetzeslage brauchen die Atommanager keine allzu große Angst vor Repressalien zu haben, wenn sie wieder einmal gegen Lagerungs- und Transportbestimmungen verstoßen.

Kleine Anekdote am Rande: In Groß Gleidingen spielende Kinder mußten dem Fahrer des unbewachten LKW's erst sagen „wo denn der Bahnhof ist", bevor umgeladen werden konnte!!

Andreas Wessel, AG Konrad



THTR

Endlich Stillgelegt !

Im September 1991, nach der Sprengung des Trockenkühlturms, erhielten wir folgenden Artikel zur aktuellen Situation.

Der Sicherheitsbericht Teil I zur Stillegung des THTR 300 ist Ende '90 erstellt worden. Er ist die wesentliche Entscheidungsgrundlage für die Behörden bei der anstehenden Genehmigung zum Entladen des Reaktorcores. Ein ergänzender Bericht über den Gesamtzusammenhang mit den nächsten Stillegungsphasen wurde erst im Juli '91 nachgereicht. Bis Ende '91 soll dieser Nachtrag geprüft werden. Es wird von einer Studie gesprochen, die vom Land in Auftrag gegeben werden soll, vielleicht wird das Öko-Institut beauftragt.

Der Bericht enthält keine Beschreibung, wie die Sicherheit des Entladevorgangs gewährleistet werden kann. Es fehlen Unterlagen zu den jeweils angesprochenen sicherheitsrelevanten Fragen.

Bis zu diesem Bericht wurde davon ausgegangen, daß das Aktivitätsinventar nach Kugelentnahme um 90 % reduziert würde, jetzt kommt es zur unzureichend erklärten Aussage, daß etwa die Hälfte der Radioaktivität noch im Reaktor verbleibt.

Der Bericht enthält keine Angaben über Art, Mengen und räumliche Verteilung der im Spannbetonbehälter vorhandenen radioaktiven Stoffe. Es sollen keine Einrichtungen zur Überwachung der Grenzwerte mehr erforderlich sein. Ebenso wurden viele Sicherheitssysteme abgebaut; Schutzmaßnahmen können nicht mehr ausgelöst werden.

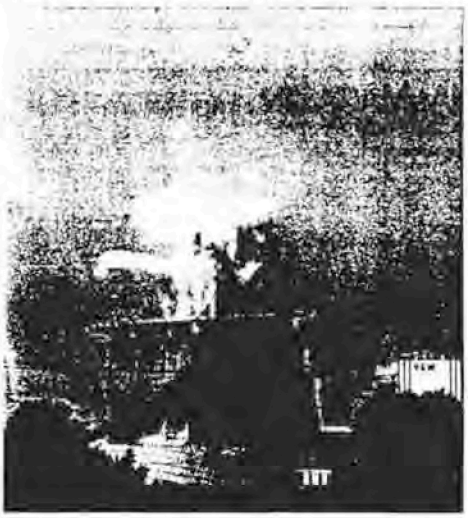
Die Grenzwerte für die Kugelentnahme sind genauso hoch gesetzt wie beim Leistungsbetrieb. Die Anlage befindet sich jedoch sicherheitstechnisch in verändertem Zustand. Für langlebige Aerosole, wie Cäsium oder Strontium, wird ein Tageshöchstwert beantragt, der 20 % des Jahreswertes beträgt.

Das Problem beim Entladen ist die Verschleppung von Radioaktivität, z.B. beim Kugelabzug, beim Beladen der Kannen, beim Füllen der Castor-Behälter.

Ein Sonderproblem stellt der Graphitstaub wegen seiner hohen Mobilität dar. Zu dieser Frage steht im Sicherheitsbericht nichts.

Abweichend von der bisherigen Planung sollen die Moderator- und Absorberelemente nicht in Castor-Behälter in die Transportbereitstellungshalle eingelagert werden, sondern in einfachen Kannen im kraftwerksinternen Lager, solange bis sie in ein Endlager verbracht werden können.

Wie soll gewährleistet sein, daß genau zu unterscheiden ist, um welche Elemente es sich handelt? Sind die Moderator- oder Absorberelemente mit Spaltprodukten hoch



belastet, daß diese Planung der Lagerung möglich ist?

Ein sog. Prüfungsprogramm zur Ausschleusung von 30.000 Betriebselementen konnte im Jahr '90 nicht abgeschlossen werden. Das Abfüllen in die Kannen war zeitweilig nicht möglich. Eine leere Kanne stürzte beim Ausschleusen auf eine bereits gefüllte. Die Krananlage mußte verändert werden. Der Weiterbetrieb wurde im Nov. '90 atomrechtlich genehmigt.

Die Abbrandmessanlage zum Erkennen der verschiedenen Betriebselemente muße neu getestet und eingestellt werden.

Ende '90 wurde erst mit den Funktionsprüfungen der Ausschleuseeinrichtungen begonnen - der Sicherheitsbericht war zu dieser Zeit schon geschrieben und lag zur Genehmigung vor. im Bericht fehlen Angaben darüber, wie bei der Entladung des Reaktorkerns mit dem Kugelbruch verfahren werden soll.

Während des Leistungsbetriebs hatte es im Kugelabzugsrohr Staus gegeben, die nur durch den nachträglichen Einbau eines „Handhabungsgeräts" und durch die Druckdifferenz bei unter Druck stehendem Reaktor behoben werden konnten (Störfall im Mai '86?). Der Ein- und Ausbau geschah wegen der sehr hohen Radioaktivität ferngesteuert. Die Arbeiten wurden bei offenem Reaktor durchgeführt. Dazu gehörte eigentlich eine atomrechtliche Genehmigung, die es jedoch nie gab. Da der Reaktor jetzt drucklos ist, muß eine neue Hilfsvorrichtung entwickelt werden. Wenn diese Vorrichtung einsatzbereit ist, sollen die Funktionsprüfungen zur Ausschleusung weiter gehen.

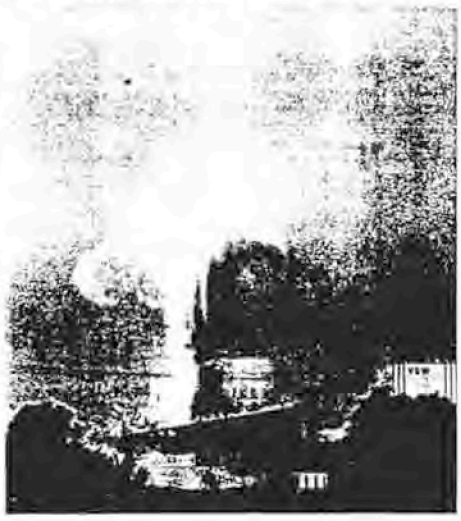
Ein Wiederkritisch werden wird im Sicherheitsbericht ausgeschlossen. Es steht nichts dazu, wie sich die Corestäbe verhalten, wenn die Kugeln von außen nach innen zum Abzugsrohr fließen und die äußeren Corestäbe nach innen gedrückt werden. Auch können Stäbe durch Biegebelastung abbrechen. Aussagen über das Ausmaß der Materialversprödung sind kaum möglich.

Es muß die Frage gestellt werden, ob während des Abzugsvorgangs als Folge der Trichterbildung die frischen Brennelemente aus den Außenzonen des Cores nach innen rollen und dadurch die Gefahr der Rekritikalität besteht. Ein Ausgleich durch Absorberkugeln ist nicht mehr vorgesehen.

Falls mehrere Graphitblöcke des Seitenreflektors auf den Kugelhaufen fallen, kann dies ebenfalls zum Wiederkritischwerden führe. Dieses Ereignis könnte eintreten, wenn die nicht -inspizierbaren Verankerungen versagen. Daß dies realistisch ist, zeigen die Bolzen und Dübel in den Heißgaskanälen des THTR; dort wurde auch schon ein Graphitbauteil der keramischen Einbauten gefunden.

Unsere Sorge, daß bei der Stillegung der billigste Weg gewählt wird, bewahrheitet sich immer mehr. Wir müssen uns weiter kritisch mit dem Verfahren auseinandersetzen und uns einmischen.

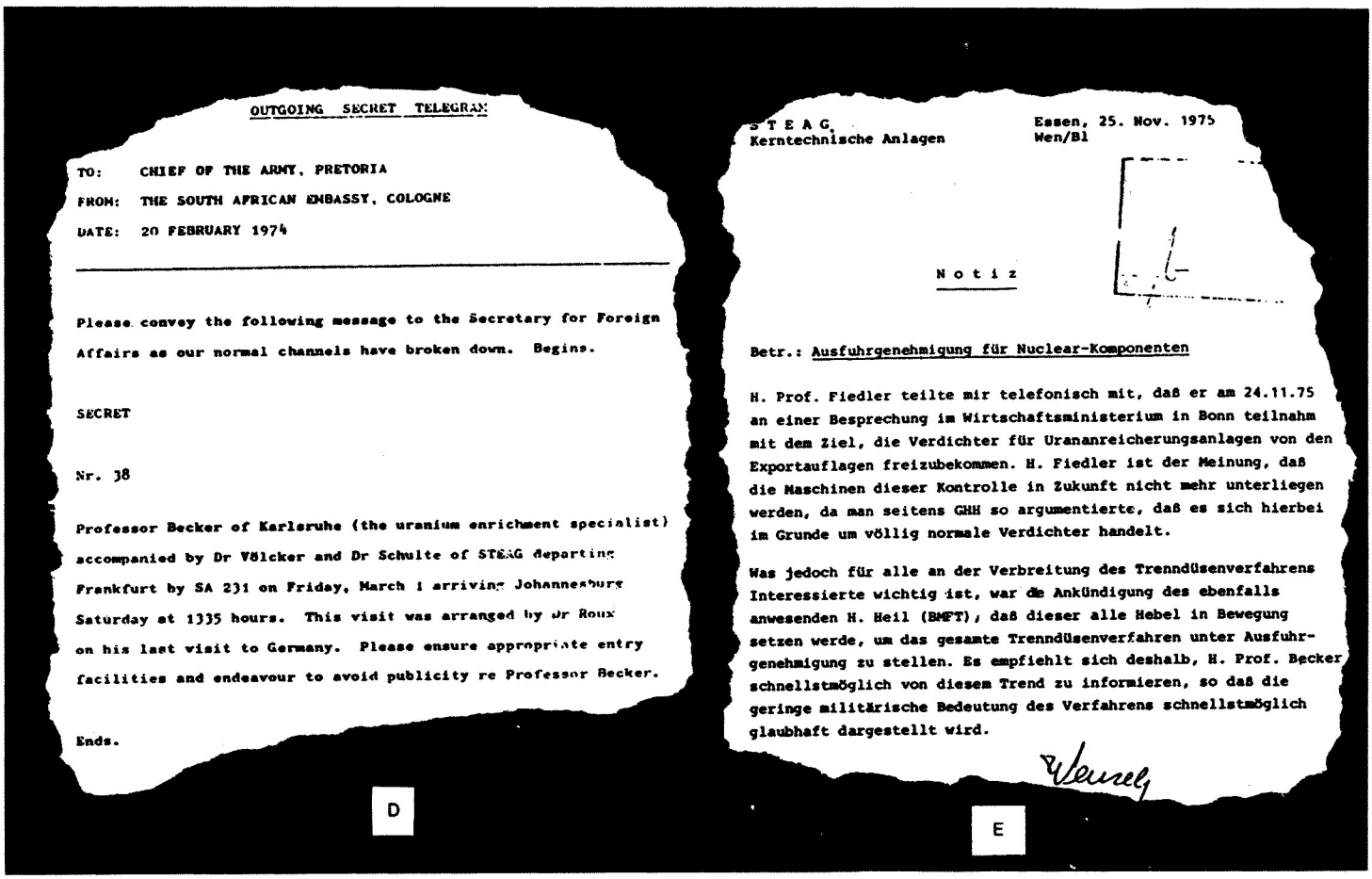
Kontakt: BI Umweltschutz Hamm e.V. 4700 Hamm, Postfach 1242, G.A.U. (Gesellschaft für Angewandten Umweltschutz e.V., 4763 Anröchte, Kreisstr. 6.



Verschollen im Bermuda-Dreieck
Karlsruhe - Pretoria - Bagdad

Die westdeutsche Linke mag an allem möglichen vor die Hunde gegangen sein - an ihren Prognosen über ihre Gegner kann's nicht gelegen haben. Geradezu gespenstisch, was alles sich als wahr erwiesen hat... Ein atomarer GAU mit unvorhersehbaren Folgen - verifiziert durch Tschernobyl 1986. Die Machtergreifung durch Rechtsradikale, der faschistische Coup - amtlich beglaubigt durch die Enthüllung der GLADIO-Pläne 1990. Die Wiedervereinigung, die Germanisierung Osteuropas, die Drohung eines 4.Reiches - wozu noch Fakten nennen, wo alles offensichtlich ist? Vielleicht liegt die Crux der Linken gerade darin, daß sie selbst ihren düsteren Prophezeiungen keinen Glauben geschenkt hat, solange sie nicht Realität geworden waren.
Auch in einem anderen Fall wird sich die Politik des Ungläubigen Thomas erst dann blamieren, wenn es zu spät ist: der bundesdeutsche Griff zur Atombombe.

Der folgende Artikel enthüllt hier einige wenig bekannte Fakten zur Zusammenarbeit mit einem anderen atomaren Möchtegern, mit Südafrika. Geschrieben wurde er zwar schon vor etlichen Monaten, aber die gebührende Aufmerksamkeit wird er wohl erst heute finden - und auch das nur vielleicht. Der Transfer des dort beschriebenen Trenndüsen-Verfahrens - einer exklusiven Technologie, für die die BRD die weltweiten Patentrechte besitzt - ist nämlich weitergegangen. UNO-Inspektoren fanden entsprechende Hinweise im Herbst diesen Jahres im Irak. Die bundesdeutsche Presse hat sämtliche Nachrichten dazu unterdrückt, kein Wunder, denn die interessierte Leserin hätte sie vielleicht mit anderen kombiniert:
- Ein früherer Mitarbeiter des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Herr Beaujeau, war an der Weiterentwicklung der Raketentechnik im Irak beteiligt, u.a. zusammen mit der hessischen Firma Harvert. Das Modell, wonach heikle Rüstungstransfers über ehemalige Mitarbeiter betrieben werden, ist schon aus der Rabta-Affäre, der MBB/Consen-Connection und den Atomdeals mit Pakistan bekannt.
- Bei der Inventur der 1990 stillgelegten Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) ergab sich ein Fehlbestand von zunächst 4, dann 37 Brennstäben. Wie immer wird behauptet, das Material sei weder gesundheitsschädlich noch bombentauglich. Wer soll das auch nachprüfen? Fakt ist jedenfalls, daß in der WAK genügend Brennstab-Plutonium aufbewahrt wurde, das militärischen Anforderungen entsprochen hat. Fakt ist weiterhin, daß die Affäre mittlerweile eine Dimension erreicht hat, die dem Transnuklear-Skandal 1987 nahekommt - ohne daß Öffentlichkeit und rot-grüne Opposition auch nur annähernd adäquat reagieren.



OUTGOING SECRET TELEGRAM

TO: CHIEF OF THE ARMY, PRETORIA
FROM: THE SOUTH AFRICAN EMBASSY, COLOGNE
DATE: 20 FEBRUARY 1974

Please convey the following message to the Secretary for Foreign Affairs as our normal channels have broken down. Begins.

SECRET

Nr. 38

Professor Becker of Karlsruhe (the uranium enrichment specialist) accompanied by Dr Völcker and Dr Schulte of STEAG departing Frankfurt by SA 231 on Friday, March 1 arriving Johannesburg Saturday at 1335 hours. This visit was arranged by Dr Roux on his last visit to Germany. Please ensure appropriate entry facilities and endeavour to avoid publicity re Professor Becker.

Ends.

D

STEAG, Kerntechnische Anlagen
Essen, 25. Nov. 1975
Wen/Bl

Notiz

Betr.: Ausfuhrgenehmigung für Nuclear-Komponenten

H. Prof. Fiedler teilte mir telefonisch mit, daß er am 24.11.75 an einer Besprechung im Wirtschaftsministerium in Bonn teilnahm mit dem Ziel, die Verdichter für Urananreicherungsanlagen von den Exportauflagen freizubekommen. H. Fiedler ist der Meinung, daß die Maschinen dieser Kontrolle in Zukunft nicht mehr unterliegen werden, da man seitens GHH so argumentierte, daß es sich hierbei im Grunde um völlig normale Verdichter handelt.

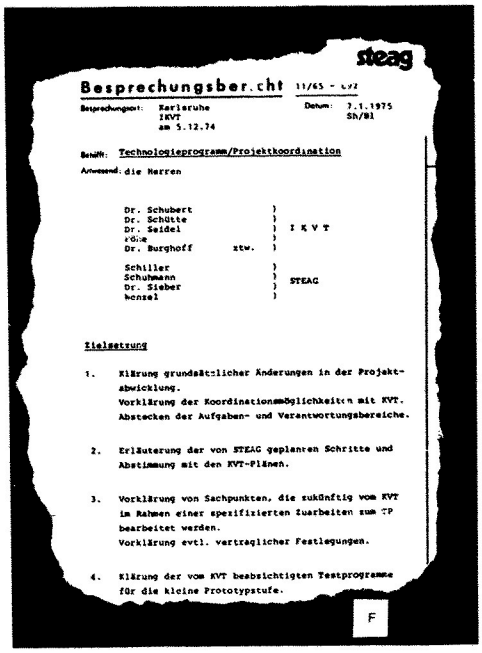
Was jedoch für alle an der Verbreitung des Trenndüsenverfahrens Interessierte wichtig ist, war die Ankündigung des ebenfalls anwesenden H. Heil (BMFT), daß dieser alle Hebel in Bewegung setzen werde, um das gesamte Trenndüsenverfahren unter Ausfuhrgenehmigung zu stellen. Es empfiehlt sich deshalb, H. Prof. Becker schnellstmöglich von diesem Trend zu informieren, so daß die geringe militärische Bedeutung des Verfahrens schnellstmöglich glaubhaft dargestellt wird.

E

Im Mittelpunkt des Bombengeschäftes mit Südafrika steht ein Verfahren zur Anreicherung von Uran, das 1959 in Karlsruhe von Prof. Becker erfunden wurde: das sog. Trenndüsenverfahren. Im Grunde handelt es sich bei dieser Technikum eine Abart der sog. „Ultrazentrifuge". Beide Verfahren machen sich den Umstand zunutze, daß das (spaltbare) Uran 235 einen winzigen Gewichtsunterschied zum (nichtspaltbaren) Uran 238 aufweist. So wird der Anteil von Uran 235, der in der Natur nur 0,7 % beträgt, bei jedem Trenndüsen- bzw. Zentrifugendurchlauf gesteigert, bis er 3 % (für zivile Reaktoren) bzw. über 90 % (für Atombomben) erreicht.
Die USA hatten die BRD-Arbeiten zur Ultrazentrifuge unter Geheimschutzbestimmungen gestellt, um einen BRD-eigenen Zugriff auf Atomwaffen zu verhindern. Mittels des Karlsruher Verfahrens gelang es trotzdem, die Grundprinzipien dieses hochbrisanten Verfahrens - leicht modifiziert - weiterzuentwickeln (1)
Etwa zur gleichen Zeit wie in Karlsruhe begannen auch in Südafrika die Arbeiten an der Urananreicherung. 1962 tauchte der Chef der südafrikanischen Atomenergiebehörde, Roux, zum ersten Mal im badischen Forschungszentrum auf (2)
Spätestens 1963 war klar, daß das Karlsruher Patent atomwaffentauglich ist. Prof. Becker selbst war es, der in einer Studie hervorhob: *"...die wirtschaftliche Situation des Trenndüsenverfahrens (ist) erheblich verbessert. Dennoch dürfte das Trenndüsenverfahren im augenblicklichen Stand der Entwicklung gegenüber dem Diffusionsverfahren nur bei der Hochanreicherung von Uran 235 Vorteile bieten..."* (3)
Im Klartext: Vorteilhaft ist die Beckersche Erfindung nur bei der (militärisch interessanten) Hochanreicherung, nicht aber bei niedrigen Anreicherungsgraden (wie man sie für Reaktorbrennstoff benötigt).
Zwei Jahre später sprach ein Mitglied der Atomenergiebehörde Südafrikas unverblümt aus, daß sein Land ein Nuklear-arsenal aufbauen solle, und zwar nicht nur aus *„Prestigezwecken"*, sondern auch, weil *„wir eine solche Bombe haben sollten, um Angriffe von großmäuligen afro-asiatischen Staaten zu verhindern..."* (4).
Erklärungen ähnlicher Art häuften sich in den kommenden Jahren, was jedoch für die Karlsruher Atomforscher kein Alarmsignal war. Im Gegenteil: Die Kontakte wurden intensiviert.

Karlsruhe ist immer eine Reise wert

Mit dem Amtsantritt von Donald Sole als neuer Botschafter Südafrikas in Bonn wurden ab 1969 die militärisch-nuklearen Kontakte verstärkt. Nach Beobachtungen von Botschaftspersonal gehörte Professor Becker bald zu den Gästen, die ständig ein- und ausgingen (5). Schon kurz nach seiner Amtseinführung besuchte Sole zusammen mit dem Südafrikanischen Anreicherungsspezialisten Grant im Februar 1969 das KfK. Mindestens vier südafrikanische Wissenschaftler begannen 1969/70 eine Ausbildung im Kernforschungszentrum, einer davon im Bereich der Plutonium-Forschung (EURATOM-Institut für Transurane). (6)
Im Jahr 1970 arbeitete Becker dann einige Zeit in Südafrika (7). Der genaue Inhalt seiner Tätigkeit war lange Zeit nicht bekannt - bis vor wenigen Monaten enthüllt wurde, daß er wenig später (im Januar 1971), das Trenndüsenverfahren in Südafrika patentieren ließ... warum nur, wenn er nicht mit dessen unmittelbarer Verwertbarkeit beschäftigt war?
Spielte der südafrikanische Atomenergiechef Foux auf diese neue Entwicklung an, als er am 12.4.1971 in einem Rundfunkinterview behauptete, daß Südafrika nun mit seinem neuen Urananreicherungsprozeß theoretisch in der Lage sei, eigene Atomwaffen herzustellen? Weiterhin erläuterte Roux bei dieser Gelegenheit, wieso die Herstellung von Atombomben aus Plutonium für sein Land unpraktisch oder geradezu unmöglich sei. Insbesondere die Beschaffung der nötigen Materialien und die internationalen Kontrollen würden diesen Weg verbauen. (8)



steag

Besprechungsber.cht 11/65 - 072

Besprechungsort: Karlsruhe, IKVT am 5.12.74 — Datum: 7.1.1975 Sh/Bl

Betrifft: Technologieprogramm/Projektkoordination

Anwesend: die Herren

Dr. Schubert, Dr. Schütte, Dr. Seidel, Dr. Burghoff ztw. — IKVT

Schiller, Schuhmann, Dr. Sieber, Benzel — STEAG

Zielsetzung

1. Klärung grundsätzlicher Änderungen in der Projektabwicklung.
   Vorklärung der Koordinationsmöglichkeiten mit KVT.
   Abstecken der Aufgaben- und Verantwortungsbereiche.
2. Erläuterung der von STEAG geplanten Schritte und Abstimmung mit den KVT-Plänen.
3. Vorklärung von Sachpunkten, die zukünftig vom KVT im Rahmen einer spezifizierten Zuarbeiten zum TP bearbeitet werden.
   Vorklärung evtl. vertraglicher Festlegungen.
4. Klärung der vom KVT beabsichtigten Testprogramme für die kleine Prototypstufe.

F

Ein Jahr später, im April 1972, wurden Nägel mit Köpfen gemacht. Staatssekretär Haunschild, im Namen der Bundesregierung Aufsichtsratsvorsitzender des KfK, flog ins südafrikanische Atomzentrum Pelindaba (ein Wort aus der Zulu-Sprache, übersetzt etwa: *"Darüber spricht man nicht"*), um sich dort mit dem eben zitierten Roux zu besprechen. Der Inhalt dieser Gespräche wurde durch einen *„vertraulichen"* Briefwechsel bekannt, in dem Haunschild und Roux die Möglichkeiten der Anwendung von *„Geheimschutzbestimmungen"* für deutsche Firmen erörterten, die *„in der Explorationsphase... Kenntnis von Einzelheiten des Anreicherungsverfahrens"* erhalten (9).
Irgendwann in den folgenden Monaten kam es dann zu einem offiziellen Vertragsabschluß zwischen der südafrikanischen Anreicherungsgesellschaft UCOR und der westdeutschen STEAG, die vom Kernforschungszentrum Karlsruhe mit der Vermarktung der Trenndüsen-Lizenz beauftragt worden war. Die ausdrückliche Zustimmung des KfK und seines Aufsichtsratsvorsitzenden Haunschild wurde - zum Entsetzen der Südafrikaner - in einem unverschlüsselten Telex gemeldet, das prompt abgefangen und später vom ANC veröffentlicht wurde (10).

Der Atomstaat in Aktion

Am 17. Oktober 1973 wurde die Angelegenheit dem Bundeskabinett vorgetragen. STEAG wollte für das gemeinsame Anreicherungsprojekt den Südafrikanern die Lizenz zum Trenndüsen-Verfahren überlassen und beantragte dafür subventionierte Exportkredite.
Die Sitzung lief leider nicht so glatt wie erhofft: Zwar stimmten Schmidt, Genscher, Vogel, Friedrichs, Ertl, Bahr, Leber usw. der Sache zu, aber Eppler und Maihofer waren dagegen (über das Verhalten des damaligen Kanzlers Brandt gibt es unterschiedliche Aussagen: laut Eppler scheint er auch Bedenken gehabt zu haben). Man einigte sich auf eine Verschiebung des Tagesordnungspunktes um eine Woche, doch dazu kam es dann nicht mehr: Die STEAG zog ihren Antrag zurück. *„Natürlich entnahm ich daraus"*, so Eppler später, *„daß damit die Angelegenheit erledigt war, denn aus den gesamten sechs Jahren meiner Tätigkeit im Bundestag und im Bundeskabinett war mir bekannt, daß, wenn ein Vorschlag dem Kabinett vorgelegt und dann zurückgezogen wird, es daran liegt, daß er sich erledigt hat"*. Dem war aber überhaupt nicht so! Die Angelegenheit wurde einfach ohne offiziellen Kabinettsbeschluß weitergeführt, und zwar auf „unterer Ebene" durch die Staatssekretäre Haunschild und Rohwedder. *„Ich weiß nicht"*, so Eppler weiter, *„ob in diesem Fall die Staatssekretäre sich verschworen hatten (...) oder ob sie einen heimlichen Wink ihrer Minister bekommen haben, unterhalb der Kabinettsebene weiterzumachen (...). Aber normalerweise tut ein Staatssekretär in einem Ministerium nichts ohne grünes Licht vom Minister selbst."* (1)
Während den verantwortlichen Ministern Ehmke (Forschung) und Friedrichs (Wirtschaft) diese *„großangelegte Täuschung des Kabinetts"* (Eppler) nicht zum Nachteil gereichte (Friedrichs wurde z.B. wenig später Chef der Dresdner Bank), bedeutete diese Affäre für den Quertreiber Eppler einen Karriereknick: Kurz hinterher begann eine wütende Kampagne der Springerpresse gegen ihn. *„Das dauerte ungefähr sechs Monate, und sie gebrauchten alle Arten von Verleumdungen. Ich möchte nicht sagen daß die beiden Dinge direkt zusammenhängen, aber es ist nicht auszuschließen"*. (11) Eppler mußte schließlich zurücktreten.

Letzte Vorbereitungen

STEAG und KfK änderten jetzt die Sprachregelung: Es sollte nicht mehr um eine Überlassung der Trenndüsen-Lizenz an Südafrika gehen, sondern um eine „vergleichende Wirtschaftlichkeitsstudie" zwischen dem Karlsruher und einem - urplötzlich aufgetauchten - südafrikanischen Anreicherungsverfahren. Falle diese positiv aus, werde der Bau einer kommerziellen Anlage *„unter Verwendung der gemeinsam verfügbaren Tech-*

nologie" (12) weiter in Betracht gezogen. Von solchen sprachlichen Feinheiten unbeeinflußt, lief die Kooperation Karlsruhe-Pelindaba unterdessen auf Hochtouren. Im Januar 1974 wurde erstmals eine große Trennstufe in Karlsruhe installiert, kurz darauf brachte das südafrikanische Fernsehen Bilder einer eigenen „Demonstrationsanlage". Im März besuchte Professor Becker Pelindaba - unter militärischer Geheimhaltung.

Die Firmen MBB und Siemens lieferten die Trenndüsen nach Südafrika, die Gutehoffnungs-Hütte (GHH) Spezialverdichter. Nachgewiesen ist, daß im Januar 1975 eine Expertenbesprechung im KfK über die Konstruktion von Spezialverdichtern stattfand, die (zufällig?) die gleichen Details aufwiesen wie die von Südafrika benötigten (13). Nachgewiesen ist auch, daß die STEAG neuerlichen Bestrebungen im Bundesforschungsministerium, solche Spezialteile unter Ausfuhrgenehmigung zu stellen durch die Fürsprache von Prof. Becker entgegentreten wollte: *„Es empfiehlt sich deshalb, H. Prof. Becker schnellstmöglich von diesem Trend zu informieren, so daß die geringe militärische Bedeutung des Verfahrens schnellstmöglich glaubhaft dargestellt wird."* (14).

Im Oktober 1974 kam es zum Eklat: Generalleutnant Rall besuchte mit Wissen und Zustimmung von Kriegsminister Leber Südafrika und inspizierte dabei auch Pelindaba -was kurz darauf durch eine Indiskretion bekannt wurde. Rall war nicht mehr zu halten und trat zurück.

Dem Atomgeschäft konnte das nicht mehr schaden: Im April 1975 gab Premierminister Vorster bekannt, daß die Versuchsanlage zur Urananreicherung erfolgreich in Betrieb genommen worden sei. (15) Zehn Tage später begann die Verwischung der Spuren. Die Bundesregierung behauptet, Südafrika habe sich seines eigenen Verfahrens bedient und keine deutsche Technologie oder Know-How benutzt.

Am 22.9.1979 beobachtete ein US-amerikanischer Spezialsatellit über den südafrikanischen Rince-Edward-Inseln einen Doppelblitz. laut Auskunft des CIA (Washingten Post, 16.9.1980) sicheres Zeichen für eine Atomexplosion. Südafrika ist Atommacht geworden.

Dementis haben lange Beine

Die Behauptung der Bundesregierung, die Südafrikaner hätten ein eigenes Anreicherungsverfahren entwickelt und nicht das Karlsruher Patent verwendet, wird durch zahlreiche Pressemeldungen Lügen gestraft. So berichtet z.B. die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" am 6.9.1975 unter Berufung auf einen STEAG-Pressesprecher, bei der *„Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Urananreicherung nach dem Trenndüsenverfahren"* sei eine Studie in Angriff genommen worden, in der die Vor- und Nachteile der beiden in der Bundesrepublik und der Republik Südafrika verfolgten Varianten *„dieses Verfahrens einander gegenübergestellt werden sollen..."*. Unverdächtig ist auch die Analyse von Kenneth Adelman, ehemals Reagans Abrüstungsbeauftragter: *"Sehr wahrscheinlich konzentriert sich Südafrika jedoch darauf, in einem Produktionsprozeß der ersten Generation eine Variante der Becker'schen aerodynamischen Trenndüsen-Anreicherungstechnik zu entwickeln"*. (16).

Indes haben diese unglaublichen Rechtfertigungen den Hauptverantwortlichen keineswegs geschadet:

Prof. Becker ist nach wie vor am Kernforschungszentrum Karlsruhe. Nach dem Südafrika-Deal betreute er u.a. das Brasilien-Geschäft, wo es ebenfalls um den Export der Trenndüsen-Technologie geht, diesmal allerdings unter dem Deckmantel offizieller Verträge. Während Brasilien, das den Atomwaffensperrvertrag genauso wenig unterschrieben hat wie Südafrika, mittlerweile große Teile seines Atomprogramms storniert hat, geht die Zusammenarbeit bei der militärisch wichtigen Urananreicherung weiter. Für 1988 war die Auslagerung von in Karlsruhe aufgebauten Anlagenteilen geplant.

Staatssekretär Haunschild hat diesen Posten behalten und ist außerdem Senatsvorsitzender der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), die u.a. an nuklearfähigen Trägerraketen forscht. Seinen Aufsichtsrats-Vorsitz in Karlsruhe hat er vertauscht mit dem bei der Kernforschungsanlage Jülich, wo bekanntlich zur Anreicherung mittels Lasern gearbeitet wird (17).

Letzte Meldung (November 1991): Südafrika hat angekündigt, in Kürze in großem Maßstab in die Laseranreicherung einsteigen zu wollen.

Jürgen

---

(1) Becker auf einer Pressekonferenz 1985, lt. Financial Times 24.8.77
(2) Becker in einem Brief an die Bundesregierung, lt SPIEGEL 43/75
(3) Becker, Trenndüsenentmischung der Uranisotope bei Verwendung leichter Zusatzgase (Naturforschung 18a, 1963)
(4) New York News, 28.2.65
(5) SPIEGEL 43/75
(6) Telex an Institutsleiter Lin vom 8.8.69
(7) Wall Street Journal, 23.10.70
(8) The Star, 12.4.71
(9) Brief vom 12.7.74
(10) Telex vom 13.6.73
(11) Alle Zitate von Erhard Eppler sind einem Interview von Sunday Times-Korrespondent Anthony Terry entnommen, das dieser am 6.10.77 machte
(12) STEAG-Presseerklärung vom 9.4.74
(13) STEAG-Besprechungsbericht vom 7.1.75
(14) STEAG-Brief vom 25.11.75
(15) Allg. Zeitung Winhoek, 8.4.75
(16 Adelman/Knight

„Kernforschungszentrum Karlsruhe - Schleichwege zur Atombombe?" lautete der Titel einer Broschüre, mit der wir vor zwei Jahren unseren Verdacht ausformulierten. Die oben aufgeführten Indizien haben diesen Verdacht erhärtet und die Notwendigkeit einer Beschäftigung mit dem Thema unterstrichen (Bezugsadresse: Jürgen Elsässer, Gutenbergstr.3a, 7000 Stuttgart 1; nur gegen Vorauskasse von 4.- DM).

KERNFORSCHUNGSZENTRUM KARLSRUHE - SCHLEICHWEGE ZUR ATOMBOMBE?

Broschüre, 24 Seiten
Herausgeber: Forschungsgruppe Atomwaffenentwicklung
Inhalt: Die „Bombenpfade" in Karlsruhe: WAK, Schneller Brüter, Forschungsreaktoren. Militärtauglichkeit des Karlsruher Plutoniums. F.J. Strauß und die Karlsruher Planungen; Einstieg in die Fusions-Technologie; Karlsruhe, Hanau und Mol; Internationale Verbindungen.
Bezug über: Jürgen Elsässer, Gutenbergstraße 3a, 7 Stuttgart 1 (nur Vorauskasse: 4.- DM incl.)

BOMBENWAHN KARLSRUHE

- Von den Nazis bis heute - der Griff zur Atombombe
Video-Film, 60 Minuten
Produktion: Videogruppe Schrägspur, Heidelberg
Inhalt: ähnlich wie der Broschüreninhalt, zusätzlich aber wird die Kontinuität der Atombombenforschung von den Nazis bis heute sehr gut aufgezeigt.
Verleihgebühr: 50.- DM pro Vorführung. Informationen über Jürgen Elsässer, Adresse s.o.

Aktenkrimi - STOP für MOX in Hanau ?

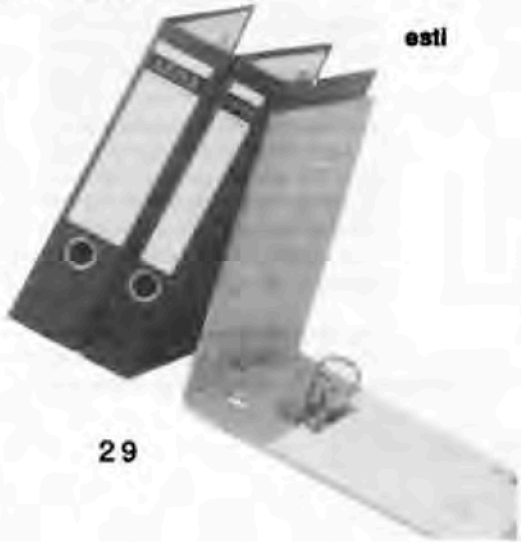
Stell Dir vor, Du willst eine Bank ausrauben, hast Pech und wartest nun auf Dein Gerichtsverfahren. Eines Tages kommt unerwartete Post in Deine Zelle: Die Bankaufsicht schickt Dir den fraglichen Tageskassenreport des fraglichen Geldinstituts, damit Du *„einige wenige Hinweise zur Aktualisierung beisteuern"* kannst. Unmöglich? Na klar, Du heißt ja auch nicht Siemens.
Zu Hanau und Wiesbaden ist derartiges möglich.

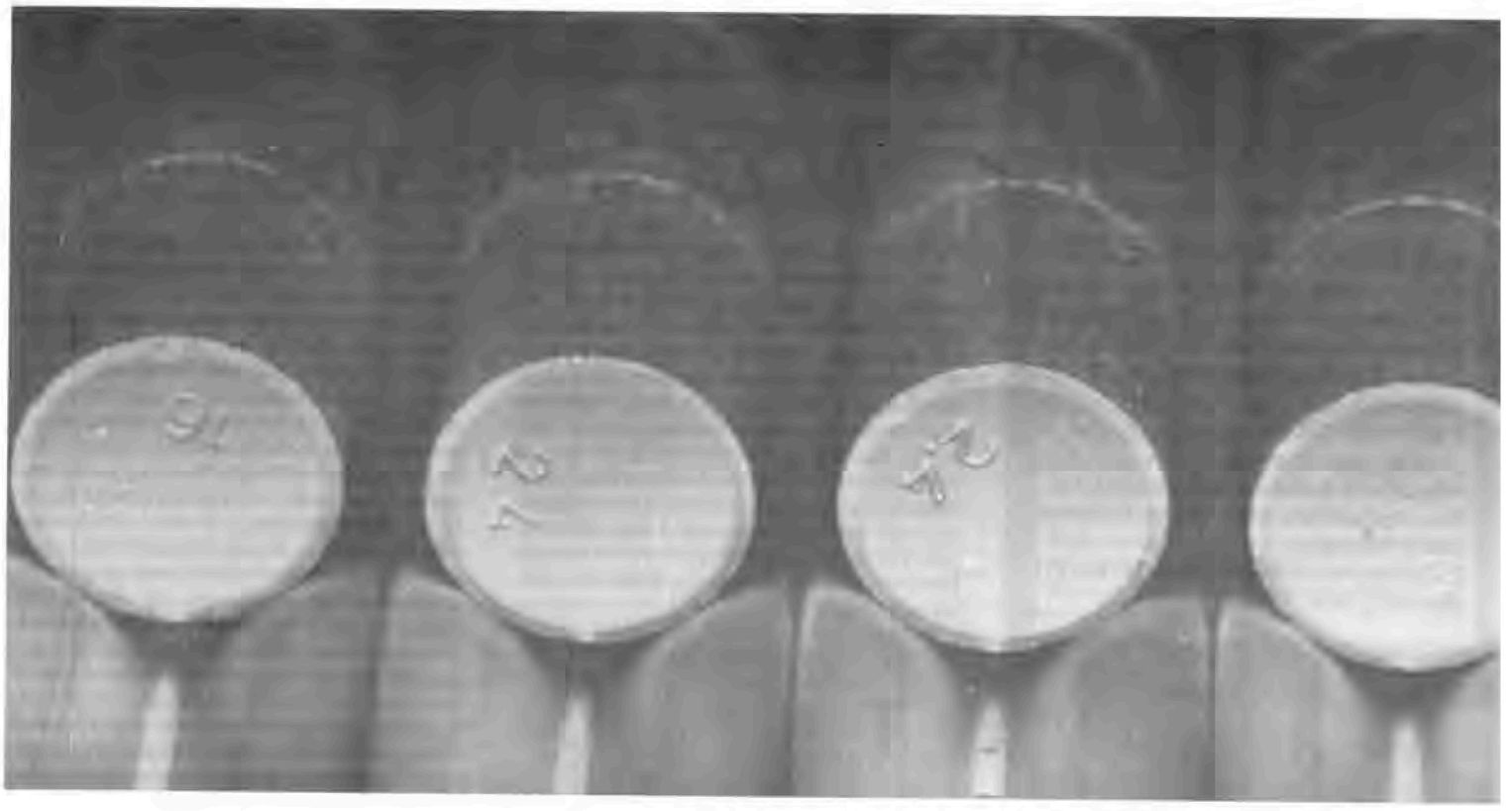
Da klagt eine von uns gegen die entscheidende 5. Teilgenehmigung für den Bau einer neuen Hanauer Plutoniumfabrik. Erteilt Ende 1990 und mit Sofortvollzug versehen. Das Verfahren wird eingeleitet und der Verwaltungsgerichtshof Kassel fordert Anfang 1991 beim Umweltministerium in Wiesbaden die Genehmigungsakten an. Dann gehen Monate ins Land und nichts passiert. Bis im November herauskommt, daß die hochnotpeinlichen Dokumente gar nicht mehr im Ministerium, sondern beim Betreiber lagern. Und zwar aus dem einsichtigen Grund, daß der so Kontrollierte *„einige wenige Hinweise zur Aktualisierung beisteuern"* (O-Ton Siemens) konnte, bevor das Gericht aufgrund einer veralteten Aktenlage hätte fehlurteilen können.
Für alle, die im November im Urlaub waren, hier kurz die Chronik des Aktenkrimis:
Am 29. 10. 1990 erteilt der damalige hessische Reaktorminister Karlheinz Weimar (CDU) die 5. Teilgenehmigung für die neue Mischoxidverarbeitung bei Siemens Hanau.
Am 12. 12. 90 kommt es in dem Siemens-Brennelementewerk im Uransektor zu einer Explosion eines Sprühwäschers, was einigen Wirbel auslöst, weshalb die 6. und letzte Genehmigung vorsorglich auf die Zeit nach dem Golfkrieg, auf den 12. 3. 91, verschoben wird.

Am 3. 12. 1990 jedoch, gut einen Monat vor der Landtagswahl, deren Ausgang die damalige Regierung Wallmann zurecht fürchtete, wird es im Wiesbadener Umweltministerium zu eng: Weimar zieht in neue Diensträume um, die Handwerker sind da, und für die Siemens-Akten ist kein Platz mehr. So jedenfalls die Siemens-Darstellung am 7. 11. 91, zu Beginn des neuen Hanauer Aktenskandals. Also schaffen die Kontrolleure die Genehmigungsakten kurzerhand in den überwachten Betrieb, zu Siemens also. Dort liegen sie angeblich bis zum 7. 11. 91 im Dokumentationszentrum des Brennelementwerkes unbeachtet herum.

Sagt Siemens - bis zum 12. 11. 91. Nach diesem Tag läßt sich nicht mehr verheimlichen, daß 1. die Akten in offenen Regalen standen und 2. nachträglich Vermerke und Notizen eingefügt wurden, wie Weimars Nachfolger Joschka Fischer im Landtag an diesem Tag bekanntgab.
Siemens tritt die Flucht nach vorn an und teilt mit, Weimars Ministerium habe das Brennelementewerk Ende 1990 darum gebeten, die Genehmigungsunterlagen nach Erhalt der 5. Teilgenehmigung *„vorsorglich auf Vollständigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls auf den aktuellen Stand zu bringen"*. Der dafür offenbar verantwortliche Ministeriumsreferent Josef Hannappel, gegen den nun „disziplinarische Vorermittlungen" laufen, war Hanauer Atomgegnern schon früher aufgefallen: er gehörte zu der Seilschaft, die direkt von der Nukem ins Ministerium gewechselt war. Eine Seilschaft, die die hessische CDU nun mit dem mildernden Umstand der „Dummheit von Beamten" vor Ungemach bewahren will.
An jenem 12. November glaubten sich Siemens und seine Landtagslobby noch eines Arguments sicher: Daß sich *„sämtliche Genehmigungsunterlagen in endgültiger Form"* beim TÜV Bayern befänden (jenem Überwachungsverein, in dessen Verwaltungsrat das Siemens-Vorstandsmitglied Wolfgang Keller sitzt). Somit könne durch einen Aktenvergleich jeder Abänderungsversuch sofort festgestellt werden.
Seit dem 28. 11. 91 ist das überhaupt nicht mehr sicher. An diesem Tag erklärte Ummi Fischer vor dem Atomausschuß des Landtages, daß in drei Ausfertigungen der Akten mindestens zehn Änderungen vorgenommen worden seien. Außerdem seien die beim TÜV liegenden „Referenzakten" unvollständig, und es sei nicht mehr feststellbar, welches die Originalfassung war.
Seit diesem Tag ist die Siemens-Kacke am Dampfen: Auch für die SPD-Landtagsfraktion stellt sich nun die Frage, ob die 5. Teilgenehmigung für die neue MOX-Fabrik rechtlich Bestand haben kann, was nun geprüft werden müsse. (Hier läßt der Redaktionsschluß der atom die Chronik enden.)
Spannend wird nun die Frage, ob SPD und Grüne in Hanau die MOX-Produktion bis zur nächsten Genehmigung, also eine ganze Weile, völlig stillegen. Die Altanlage im Plutoniumzweig ist bekanntlich aufgrund der sommerlichen Störfallserie seit 17. 6. 91 stillgelegt. Ab 2. Dezember wird daher in diesem Betriebsteil Kurzarbeit gefahren.
Die rechtlichen Konsequenzen der im November vorgelegten Schwachstellenanalyse für das Plutoniumwerk, die das Öko-Institut im Auftrag der Landesregierung angefertigt hat, waren bei Redaktionsschluß noch nicht klar, weil die Analyse zu diesem Zeitpunkt in Bonn und Wiesbaden noch geprüft wurde. (Das Öko-Institut bemängelte zentral die erwiesenermaßen störfallträchtige Folienumhüllung der Plutoniumbehälter und die Raumluft-Überwachung.)
Falls also sowohl Alt- wie Neuanlage der Hanauer Plutoniumfabrik für längere Zeit ausfallen, wird Siemens einige Verluste hinnehmen müssen. Vielleicht müssen sich dann sogar die AKW-Betreiber etwas Neues für den Entsorgungsnachweis ausdenken - zum Beispiel eine spezielle Übergangsregelung, die die unsichere Zeit bis zum rettenden neuen Atomgesetz überbrückt. Wenn sie sich dabei so dumm anstellen wie seinerzeit ihre Hanauer Kollegen mit ihrer Übergangsregelung, gibt's wieder was zu feiern.

esti





Die MOX-Legende

Seit Januar 1988, so enthüllte jetzt die „Zeit", existiert zwischen Siemens und den Atomkraftbetreibern ein bisher streng geheimgehaltener Rahmenvertrag *„über die Erhaltung und Nutzung der Fertigungsmöglichkeiten für Mischoxid-Brennelemente für Leichtwasserreaktoren in der Bundesrepublik Deutschland"*. - Von der „Zeit" als *„Knebelvertrag ohne Beispiel"* bezeichnet, vom ARD-Magazin „Monitor" in diesem Sinne öffentlich gemacht und vom Rest der Presse ebenso kolportiert, handelt es sich wohl eher um eine *„Kumpanei ohne Beispiel"*, die zeigt: für die Atomenergie werden keine Kosten gescheut, was zu teuer wird, zahlt der/die Steuerzahlerin.

In Paragraph 9a des deutschen Atomgesetzes heißt es: *„Wer Anlagen, in denen mit Kernbrennstoffen umgegangen wird, betreibt, hat dafür zu sorgen, daß anfallende radioaktive Reststoffe schadlos verwertet werden."* Damit begründet die Atomgemeinde bis heute die Notwendigkeit einer Wiederaufarbeitung von Plutonium. Die Wiederaufarbeitung des Plutonium gilt in der BRD als *„Entsorgungsnachweis"* gemäß dem Verwertungsgebot des Atomgesetzes. Wiederverwertet wird das Plutonium über Siemens/Hanau mit der Verarbeitung in Mox-BE.

In dem Vertrag, dessen Existenz von Siemens mittlerweile bestätigt wurde, verpflichten sich die Atombetreiber, zunächst bis 1995, verbindlich zu einer *„Auslastungszusage"*. Damit soll, wie es heißt, die Fertigungsplanung bei Siemens *„auf das Erreichen eines wirtschaftlich optimalen Fertigungsdurchsatzes ausgerichtet"* werden. Die Unterhändler eines der Betreiberkonzerne stellen in einer internen Bewertung des Vertrages fest, *„die Vorteile"* lägen *„bei Siemens"*, die *„Risiken und Nachteile"* seien *„überwiegend von den EVU (Energieversorgungsunternehmen) zu übernehmen"*.

MOX-Legende: Wirtschaftlichkeit

Die Sensation des Vertrages ist, daß mit ihm erstmals die bisher geheimgehaltenen Preise für die Herstellung von MOX-Brennelemente an die Öffentlichkeit dringen. Die Enthüllung: Der aus Sicherheitsgründen bei weitem gefährlichere Einsatz der plutoniumhaltigen MOX-Brennstäbe ist obendrein auch noch weit teurer als der von herkömmlichen Uran-Brennelementen. In einer, der „Zeit" vorliegenden, internen Notizen heißt es: *„Ein Vergleich der Kosten eines MOX-BE (Brennelements) und eines Uran-BE zeigt, daß der erwartete Kostenvorteil von MOX-BE nicht eintritt."* Siemens nennt in dem Rahmenvertrag einen *„Grundpreis pro kg = 3.160 DM"*. Das hieße, die Herstellung der MOX-Brennelemente käme schon im Grundpreis beinahe doppelt so teuer, wie die von Uran-Brennelementen. Nach Informationen von Insidern der Plutonium-Branche soll dieser Grundpreis mittlerweile auf 4.600 DM gestiegen sein. Hinzu käme, daß er üblicherweise - abhängig von Art und Menge der bestellten MOX-Brennelemente - mit einem *„Äquivalenzfaktor"* multipliziert würde, der zwischen 0,97 und 5 schwanke. Mit dem Faktor 5 gerechnet, liegt der Kilopreis dann schließlich sogar bei 23.000 DM. Ein MOX-Brennelement kostet so am Ende dreizehnmal mehr als ein Brennelement aus Uran. Damit ist die eine der offiziellen Begründungen der Atomgemeinde für die MOX-Produktion – daß die Stromerzeugung mit Plutonium billiger würde als mit Uran –, wohl endgültig als fromme Lüge entlarvt.

MOX-Legende: Plutonium-"Vernichtung"

Die zweite, bisher immer nachgeschobene Begründung lautete: Mit dem MOX-Einsatz solle der gefährlichste Stoff im Atombrennstoffzyklus langfristig *„vernichtet"* werden. Mit dieser Begründung bekam auch die ALKEM 1983 den Auftrag, das wiederaufgearbeitete Plutonium in MOX-Brennelemente für herkömmliche Atomreaktoren einzuarbeiten. Auch von dieser Begründung bleibt nichts.

Eine wirkliche *„Vernichtung"* von Plutonium über MOX-Einsatz würde erst mit einem MOX-Anteil von mindestens 30 Prozent pro Reaktorladung stattfinden. Andernfalls würde über den 70 % - Anteil herkömmlicher Uran-Ladung immer mehr neues Plutonium erzeugt, als mit dem MOX-Abbrand *„vernichtet"* wird. Das Öko-Institut Darmstadt rechnete dazu aus: Wollte man/frau tatsächlich das nur bereits bisher angehäufte Plutonium auf diesem Weg *„vernichten"*, so *„müßte man die Atomreaktoren*

und der Bunker

alleine deswegen zwanzig oder dreißig Jahre weiterlaufen lassen." Ab einem 40 % - Anteil MOX droht dabei obendrein sicherheitstechnisch jederzeit verschärft der Super-GAU. In der BRD wird aber dieser Pfad der *„Plutonium-Vernichtung"* real gar nicht beschritten. Tatsächlich liegt der MOX-Einsatz in den bundesdeutschen Atomreaktoren überall unter 30 Prozent. Auch diese Lüge gilt also nicht mehr. Was bleibt?

Als einzige rational überzeugende Funktion einer Plutonium-Wirtschaft – und das heißt zur Zeit MOX-Produktion –, bleibt ein militärisches Interesse. Genau in diese Richtung weisend gab es jüngst in Hanau auch mal wieder *„Pannen"*, die von der „Zeit" in diesem Zusammenhang nochmal aufgerollt werden. Seit dem 29.4. 91 gab es in der MOX-Fertigungshalle des Plutoniumwerkes von Siemens/Hanau zwei Achtzehn-Millimeter-Löcher in den Außenwänden, angebracht, wie es heißt, für die Installation zweier *„Potentialausgleichskabel"*. Die Aufsichtsbehörden wurden erst 6 Wochen später aufmerksam, als Regenwasser über die Löcher ins Werk eindrang. Ein, zur Überprüfung der Undichtigkeiten in Hanau beauftragter Gutachter meinte in diesem Zusammenhang: *„Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß durch die beiden Öffnungen Brennstäbe hindurchgeschoben werden können, oder Pellets (Plutonium-Tabletten, d. Red.), die ggf. nach Art von Geldstücke als Rollen verpackt wurden."* Mutet das etwas abenteuerlich an, bietet der Rahmenvertrag zwischen Siemens und Atombetreiberkonzernen ganz andere Löcher in diese Richtung.

Des Pudels Kern – der Bunker ?

Im Anhang 1 des Vertrags unter Punkt 2.2. verpflichtet Siemens die Atomkraftwerksbetreiber, wie die „Zeit" enthüllt, zur *„Bereitstellung der zur Herstellung der MOX-BE erforderlichen Plutoniumoxid (PUO2)-Menge zuzüglich einer Fertigungsmehrmenge"* Diese *„Mehrmenge"* beträgt in der Regel zwei Prozent Plutonium. Auf die Frage: wozu?, reagierte der Siemens-Vorstand Hüttl, so die „Zeit", als handle es sich um die Lieferung von Mischbeton: *„Wenn die Partner 100 Prozent in den Brennelementen wiederfinden wollen, müssen sie 101 oder 102 Prozent liefern. Das ist ein industrieller Prozeß, da gibt es Verluste."* Der Geheimvertrag ist da expliziter. Demnach bekommen die Betreiber *„Fertigungsrückläufe"* zurück, *„deren Menge sich aus den Fertigungsmehrmengen... abzüglich der unwiederbringlichen Fertigungsverluste ergibt."* Ein Fachmann, der anonym bleiben wollte, wußte dagegen: *„In den mehr als sechs Jahren meiner Zuständigkeit für die Brennstofflieferung eines großen deutschen Atomkraftwerks haben wir kein Kilo Uran oder Plutonium als Rückfluß aus der Fertigungsmehrmenge zurückbekommen."* Mit anderen Worten: So könnten schon allein bei einer einzigen jährlichen Nachladung für ein Atomkraftwerk die *„Mehrmenge"* für eine Bombe abfallen.

Der vermeintlich schützende Hinweis Siemens auf die IAEO-Kontrollen, kann nur als Versuch bewertet werden, die Öffentlichkeit wissend für dumm zu verkaufen. Die Inspektoren der IAEO haben offiziell dargelegt, daß bei ihren Kontrollen Plutonium-Mengen zwischen dem 1,62fachen und dem 6,55fachen einer *„significant quantity"* unentdeckt bleiben. Das Öko-Institut hat diesbezüglich schon vor Jahren Alarm geschlagen. Das *„MUF-Konzept" (material unacounted for)* der IAEO nehme aufgrund von Meßungenauigkeiten die Möglichkeit der Abzweigung einer Menge von bis zu zwei Prozent des Bombenstoffs in Kauf. Sailer: *„Aus statistisch-mathematischen Gründen bleibt immer eine Ungenauigkeit unterhalb einer gewissen Grenze. Das kann dazu führen, daß bei tausend Kilo Plutonium im Jahr zwanzig Kilo weggekommen sein können."* Mit der in Hanau verfügbaren Technologie, so Sailer, brauche man etwa sechs Monate, um die Geräte für den Bau einer Bombe zu entwickeln. Für die bombentaugliche Aufbereitung des Plutoniums reichen zwei bis drei Wochen. *„Mit der MOX-Ökonomie hat man jederzeit einige Tonnen Plutonium zur Verfügung, die braucht man nur umzuwidmen. Auch wenn heute Keiner militärische Absichten hat, in fünf Jahren ist immer noch alles da."*

Vielleicht sollte doch einfach mal im Bundesbunker geschaut werden. Der liegt ja gleich nebenan und vielleicht findet sich dort dann ja auch alles wieder an. Die genauen Mengen des dort gelagerten Plutoniums sind immer noch ein Geheimnis, das Bestgehütete dieser Republik.

r. karsten

»Kettenreaktion Hanau« ruft zu einer weiteren Blockade auf

Zu den Problemen und Perspektiven des Gewaltfreien Widerstands gegen die Brennelementeproduktion in Hanau

„Ausstiegsfest" am Brennelementewerk in Hanau-Wolfgang am 14.9.91. (PU-Verarbeitung zu dieser Zeit stillgelegt). Bild: Volker Laubenthal.

Mit der für den 9. März 1992 geplanten gewaltfreien Blockade des SIEMENS Brennelementewerkes in Hanau steht die 'Kettenreaktion' vor einem neuen Eskalationsschritt – diesmal von der Gegenseite: In einem Brief hat Siemens nochmals unterstrichen, daß die Firma sich vorbehält, gegen weitere Blockaden mit Schadenersatzdrohungen (in unkalkulierbarer Höhe) vorzugehen. Der Entschluß, trotz dieser masssiven Drohung mit den gewaltfreien Blockaden fortzufahren, ist uns nicht leichtgefallen. Ein gewichtiges Argument für die Fortsetzung war die Überlegung, daß wir es Siemens nicht gestatten wollen, gleichsam einen Präzedenzfall dafür zu schaffen, daß gewaltfreier Widerstand mit der Drohung der wirtschaftlichen Existenzvernichtung einzelner Menschen gebrochen werden kann. In dieser Beziehung gewinnt unser Konflikt mit Siemens jetzt eine übergreifende Bedeutung, die nicht nur die Anti-Atom-Bewegung, sondern grundsätzlich alle Gruppen betrifft, die Zivilen Ungehorsam in ihre Widerdstandskonzepte einbeziehen. In verstärktem Maß sind wir für die Blockade im März auf neu hinzukommende Unterstützung – auch von weiter entfernten Gruppen und Einzelpersonen – angewiesen. Das Vorhaben, beide Zufahrten zum Brennelementewerk zu blockieren, wird sich sonst vielleicht nicht durchführen lassen. Es gibt eine sehr breite Palette von Unterstützungsmöglichkeiten, die – vom Bezug unseres Rundbriefes bis zur Unterzeichnung des Blockade-Aufrufs oder der Teilnahme als BlockiererIn – Euren unterschiedlichen Möglichkeiten gerecht werden. (Wir schicken Euch auf Anforderung unsere Vorschläge für diese überregionale Unterstützungskampagne.)

DAS PROBLEM MIT DER GEWALTFREIHEIT

Nun ist es einerseits sicher einleuchtend, daß wir in dieser Situation Unterstützung benötigen und daß durch die Schadenersatzdrohung von Siemens ein gewichtiger Grund besteht, bundesweit den Blick wieder einmal stärker nach Hanau zu wenden – und auch überregional für den 9. März zu mobilisieren. Andererseits könnte die konsequent gewaltfreie Ausrichtung unserer Arbeit für manche ein Hindernis für die gewünschte Unterstützung darstellen. Wir haben in den letzten drei Jahren Umgangsformen mit dem politischen Gegner (weiter)entwickelt, die vielen Menschen – auch auf Seiten unserer MitstreiterInnen – befremdlich sind. Daß wir es nicht geschafft haben, innerhalb der Anti-AKW-Bewegung die in Hanau und an einigen anderen Standorten entwickelten Handlungsansätze stärker darzustellen und der solidarischen Kritik auszusetzen, hängt vor allem mit den begrenzten Arbeitskapazitäten der – zumeist kleinen - Gruppen zusammen. Das Vorantreiben der Arbeit vor Ort fordert uns ohnehin oft über unsere Grenzen. Um dieses Versäumnis zumindest teilweise auszubügeln und um zu verhindern, daß Unterstützer, die auf unseren Aufruf hin zur Blockade kommen, sich anschließend frustriert auf den Heimweg machen, will ich im folgenden auf einige Eigenheiten unserer Arbeit und auf oft geäußerte Kritikpunkte eingehen.

DER DIALOG: EIN NAIVES, EIN UNEHRLICHES KONZEPT?

Unser Verständnis von Zivilem Ungehorsam basiert auf der Vorstellung von der Suche nach einem gesellschaftlichen Konsens. Als Kampfmittel kann der Zivile Ungehorsam dabei nicht in der ersten Stufe der Auseinandersetzung angewendet werden, sondern erst dann, wenn andere Versuche, den Konfliktgegner zum Einlenken zu bewegen, nicht zum Erfolg führen. Nach diesem Verständnis ist es zunächst einmal ganz unerheblich, in welcher gesellschaftlichen Sphäre sich welche Konfliktpartner gegenüberstehen: Der erste Schritt in der Auseinandersetzung ist allemal der Versuch, sich im Gespräch offen und ohne Vorbehalte zu begegnen und miteinander zu verständigen. Schon diese Haltung – einem Gegner wie der Atomindustrie gegenüber – wird oftmals als naiv betrachtet, weil man – nicht zu Unrecht – davon ausgeht, daß die Entscheidungen, um die es hier geht, nicht im fairen Wettstreit der Argumente gefällt werden, sondern auf der Basis der politischen und gesellschaftlichen Machtmittel. Darüberhinaus erfolgen sie nicht im Interesse der betroffenen Menschen, sondern orientieren sich am Verwertungsinteresse des Großkapitals. Der Gewaltfreie Widerstand entwickelt aber nun seine ihm eigene Brisanz genau dadurch, daß er diesem Machtprinzip von Anbeginn seine Antithese deutlich gegenüberstellt: Wir erheben den Anspruch, daß unsere Argumente erstens gehört und zweitens berücksichtigt werden – auch wenn wir scheinbar Ewigkeiten davon entfernt sind, daß das letztere geschieht. Wir stellen dadurch eben dieses Machtprinzip radikal in Frage. Die Entscheidung für den gewaltfreien Weg folgt einerseits der Einsicht, daß wir nicht über die Macht- und Gewaltmittel verfügen, den Ausstieg aus der Atomenergie zu erzwingen; andererseits verbindet sich damit für uns die Hoffnung, gewaltfreie Kampfformen zu entwikkeln, die geeignet sind, den scheinbar unentrinnbaren Zyklus von Gewalt zwischen Menschen aufzubrechen – sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch zwischen den Staaten.

Dialog hieß nun für uns konkret, daß wir aus einer sachlichen Auseinandersetzung mit den Betreibern heraus Forderungen entwikkelt haben und sie schriftlich und im Gespräch vorgetragen haben. Allerdings haben wir auf die Dringlichkeit dieser Forde-

rungen sogleich hingewiesen und Gewaltfreien Widerstand für den Fall angekündigt, daß die Firma einen Ausstieg aus der Brennelementeproduktion gänzlich ablehnt. Das Antwortschreiben von Siemens ließ an dieser Ablehnung keinen Zweifel. Die daraufhin begonnenen gewaltfreien Blockaden (bisher insgesamt vier) waren für uns keineswegs das Ende das Dialogs, sondern seine konsequente Fortsetzung. Wir begreifen also die Blockade und alle anderen Aktionen als Bestandteile des Dialogs mit Siemens und den MitarbeiterInnen. In zwei Punkten sehen wir uns mit diesem Dialog-Konzept immer wieder der Kritik und dem Mißverständis ausgesetzt:

1. Die erste Kritik lautet: „Wie könnt Ihr von Dialog sprechen, wenn das Ergebnis des Dialogs (Einigung über den Ausstieg aus der Atomenergie) schon im vorhinein von Euch festgelegt ist, ihr also gar nicht offen in den Dialog geht. Seid doch ehrlich und sprecht – anstatt von Dialog – von Euren Forderungen." (Diese Kritik wird sowohl von Siemens als auch von befreundeten Anti-AKW-Gruppen geäußert.)

2. Die Beharrlichkeit und gleichzeitig der verbindlich-freundliche Ton, mit dem wir der Betriebsleitung von Siemens und den Beschäftigten nach wie vor begegnen und Antworten auf lange gestellte Fragen fordern, irritiert viele unserer MitstreiterInnen nachhaltig.

zu 1.: Unser Verständnis von Dialog ist da ein anderes. In keiner Auseinandersetzung kann man sicher sein, daß sich die Konfliktpartner einig werden, im Gegenteil: es geschieht oft, daß in einem Dialog die Positionen unvereinbar stehen bleiben. Im Fall der Mehrheitsentscheidung hat das die Konsequenz, daß die Position der Minderheit unterdrückt wird; im Fall der Konsens-Entscheidung heißt es aber, daß ein – möglicherweise von der Mehrheit angestrebtes – Projekt nicht gegen das Veto einer Minderheit verwirklicht wird. Das ist genau der Fall, der für die Atomenergie-Nutzung zutrifft. Nur ist unser Veto dagegen bisher noch nie respektiert worden. Offener Dialog kann in diesem Sinn nur heißen, daß die Voraussetzungen für eine Konsens-Findung wiederhergestellt werden, d.h., daß die Frage „Können wir uns auf die Produktion von Atomstrom einigen?" wieder zur Disposition gestellt wird. Die Fortsetzung der atomaren Energieerzeugung wäre dann nur möglich, wenn ein eindeutiger Konsens darüber zustande käme. Die Atomindustrie allgemein und das Siemens-Brennelementewerk im besonderen verweigert diesen offenen Dialog unter Hinweis auf die Rechtslage und auf die im politischen Bereich gefallene Mehrheitsentscheidung pro Atomkraft. Wir können diese Entscheidung nicht respektieren, denn die Atomkraft-Nutzung ist eine Frage, die nicht per Mehrheitsbeschluß entschieden werden kann. Denn diese Technologie steht im Bedrohungspotential der atomaren Rüstung in nichts nach. Beide bedrohen die Lebensgrundlagen auf unserer Erde in nie dagewesenem Maß, für beide gilt deshalb der Satz, daß „über Massenvernichtung nicht demokratisch abgestimmt werden kann".

zu 2.: Insbesondere an diesem Punkt der Umgangsformen wird uns oftmals Naivität vorgeworfen. Unsere Forderung, daß in der Frage der Atomenergie-Nutzung unser Veto nicht mißachtet werden darf, und unser Wunsch, im gleichberechtigten Dialog mit den Betreibern der atomaren Anlagen und den politisch Verantwortlichen eine Lösung zu finden, mit der wir – im wahren Wortsinne – leben können: diesem Wunsch und dieser Forderung geben wir in der Blockade-Aktion den stimmigen Ausdruck. Wenn wir den Menschen gegenüber, die von der Blockade betroffen sind, freundlich und ohne Haß entgegentreten, nimmt uns das nichts von unserer Entschlossenheit, Überzeugungskraft und gemeinsam empfundenen Stärke. Im Gegenteil. Da wir mit gutem Grund davon ausgehen, daß die Mehrheit der Mitarbeiter im Brennelementewerk lieber heute als morgen aus der Atomproduktion aussteigen würde, halten wir es für vorteilhaft, uns dort nicht unnötig Feinde zu schaffen. Der stete Versuch – trotz mancher Schmähungen – mit freundlichen Gesten einen Zugang zu den Beschäftigten zu finden, fällt uns durchaus nicht schwer. In den Begegnungen vor dem Werk hat sich auch gezeigt, daß die Menschen, die dort ein- und ausfahren, sich überwiegend nicht als 'Zielscheibe' für unsere Wut über den ganzen Atomscheiß eignen würden. Zwar kann es erleichternd sein, sich auf so eine Art kurzfristig Luft zu verschaffen, und es gilt ja heute als schick, Aggressionen ganz authentisch 'rauszulassen'. Die eine oder andere Gelegenheit hätte es dazu jedenfalls gegeben. Aber so radikal, wie man bei diesen verbalen Auseinandersetzungen sein kann, so bleiben sie doch unbefriedigend weil, folgenlos – bzw. sie würden eher zu negativen Folgen führen, in Form einer stärkeren Solidarisierung der Siemens-MitarbeiterInnen gegen uns. Bei unserem Versuch, den Kreislauf des gegenseitigen Feindbild-Aufbaus zu durchbrechen, erleben wir es dagegen als sehr aufbauend, daß die Siemens-Beschäftigten uns bei den allmonatlichen Begegnungen am 6. eines jeden Monats vor dem Werkstor trotz bereits vier gewaltfreier Blockaden nach wie vor aufgeschlossen gegenübertreten und etwa 90 % von ihnen die angebotenen Flugblätter entgegennehmen.

Leuchtet diese Haltung gegenüber den Beschäftigten in der Produktion noch leicht ein, stellt sich doch die Frage, ob man den höheren Chargen und Verantwortlichen in der Firma ebenso begegnen sollte. Wir würden es aber als unsinnig empfinden, äußere Kriterien – wie etwa die Kleidung, die Gehaltsklasse oder die Stellung in der Hierarchie der Firma – zum Anlaß zu nehmen, bestimmten Beschäftigten nicht mehr freundlich zu begegnen. Die Gefahr, daß wir uns von der eigenen Freundlichkeit einlullen lassen, besteht ohnehin nicht, denn die gewaltfreie Blockade ist unmißverständlicher Ausdruck dafür, daß wir die Atomproduktion nicht mehr dulden wollen. Durch Freundlichkeit wird diesem Ausdruck nichts genommen, durch Aggressivität und Haß wäre er nicht zu steigern.

Ähnliche Überlegungen bestimmen unser Verhältnis zur Polizei. Auch hier ist es - gerade in Hanau – illusionär, auf der Ebene von Macht- und Gewaltverhältnissen den Anti-AKW-Kampf entscheidend voranbringen zu wollen. Im Übrigen würde es nicht unserer Grundeinstellung entsprechen. Dennoch gibt es unter den prinzipiell Blockade-willigen Menschen viele, für die das Gefühl wirksamen Widerstands nicht gegeben ist, wenn sie nicht zumindest versuchen, sich einer Festnahme zu entziehen oder Gegenwehr zu leisten. Daß damit für die Aktion etwas gewonnen werden könnte, können wir uns aber nicht vorstellen. Ich frage mich, wer mit diesem Verhalten erreicht werden kann. Für einen Polizisten oder eine Polizistin ist eine Räumung oder Festnahme bei Gegenwehr sicherlich unangenehmer; daß er/sie sich und seine/ihre Rolle im Konflikt um die Atomenergie deswegen stärker in Frage stellt, als bei einer 'friedlichen' Räumung,

Die Hauptzufahrt zum Brennelementewerk in Hanau-Wolfgang am 6.4.1990. Erste Blockade-Aktion der „Kettenreaktion Hanau". Bild: Vincent Voigt

glaube ich aber nicht. Für Dritte, dieeine gewalttätig eskalierte Räumung oder Festnahme in den Medien oder aus der Entfernung sehen, ist es ohnehin schwierig, die Situation zu beurteilen. In der Regel wirken Gewaltausbrüche aber sicher nicht mobilisierend und schon gar nicht überzeugend.
Da wir es als eine Stärke ansehen, die Blokkade-Aktionen nach unseren Vorstellungen zu wiederholen und sowohl offen als auch langfristig zu planen, empfiehlt es sich auch nicht, die Polizei durch allerlei Tricks überlisten zu wollen. Ein allzu unernstes und auch für die TeilnehmerInnen der Aktion unkalkulierbares Katz- und Maus-Spiel wäre leicht die Folge solchen Verhaltens. Der Schwerpunkt unserer Auseinandersetzung würde sich von Siemens und dem Unrecht der Atomproduktion weg und zur Polizei hin verschieben. Das wollen wir nicht. So ergibt sich, daß wir – von gewissen Ausnahmen abgesehen – darauf hinwirken, daß unsere Schritte für die Polizei weitgehend kalkulierbar bleiben. Das erspart im Übrigen Ängste auf beiden Seiten und machte bisher vielen die Teilnahme an der Aktion erst möglich. Das 'Erfolgserlebnis' nach der Durchführung einer in diesem Sinn gewaltfreien Blokkade ist sicherlich ein ganz anderes, als wenn man versucht, mit möglichst geringem Verfolgungsrisiko eine möglichst große Produktionsbehinderung zu erreichen. Die – sozusagen programmgemäß erfolgende – Räumung der Blockade durch die Polizei kann sehr unterschiedlich erlebt werden. Manche sehen darin einen unwürdigen und sinnlosen Opfergang. In der Tat ist es schmerzhaft, die realen Machtverhältnisse auf diese Art zu erleben. Auf Befehl verfolgen ein oder mehrere Dutzend Polizisten den Rechstsbruch der „Nötigung" vor dem Zaun und übersehen dabei großzügig, daß hinter dem Zaun ein Verbrechen gegen die Menschheit und die Umwelt unbehelligt weiterbetrieben wird. Dem Gefühl der Ohnmacht und Verzweiflung steht aber das gute und stärkende Gefühl gegenüber, mit einer verläßlichen Gruppe Widerstand gegen diesen Wahnsinn zu leisten. Wir erreichen zumindest, daß das Unrecht an einer entscheidend wichtigen Stelle sichtbar wird. Unsere Haltung hat dabei – so hoffen wir – eine starke Überzeugungskraft, gerade in bezug auf 'Außenstehende': wir lassen keinen Zweifel daran, daß wir an einer friedlichen Lösung und letzlich an einer Versöhnung mit den Menschen, gegen deren Tun wir uns wenden, interessiert sind. Die Bereitschaft der TeilnehmerInnen, mit Namen und Adresse für ihr Handeln einzustehen und es nötigenfalls auch vor Gericht zu rechtfertigen, erhöht die Glaubwürdigkeit. (Gerichtsverfahren wegen der 'Kettenreaktions'- und 'Lebenslaute'-Blockaden hat es in Hanau noch nicht gegeben. Zu polizeilicher Räumung und Festnahme war es erstmalig bei der Blockade beider Zufahrtstore am 6.4.91 gekommen. Die daraufhin eingeleiteten Strafverfahren wegen Nötigung und Aufforderung zur Nötigung betreibt der zuständige Staatsanwalt nur äußerst zögerlich. Mit Prozessen rechnen wir im Frühjahr 1992)

GIBT ES DIE VERSTÄNDIGUNG?

Mit dem Begriff der 'Versöhnung' ist nun wieder ein Reizwort angesprochen. Eine Reihe unserer MitstreiterInnen können dem Dialog-Konzept nur dann etwas abgewinnen, wenn man es als ein taktisches Spiel betreibt, um den Gegner öffentlich vorzuführen. Die 'Schmerzgrenze' sei aber bei Worten wie 'Verständigung', 'Einigung' oder 'Versöhnung' endgültig überschritten. Mir scheint aber, daß der Widerspruch hier weniger am Inhalt entbrennt als an dem ungewohnten Vokabular, das so gar nicht zur radikalen AKW-Gegnerschaft zu passen scheint. Abermals wird ins Feld geführt, daß nicht Argumente, sondern allein der Druck wachsenden Widerstands die Atomindustrie zum Einlenken bringen kann. Genau hier liegt das Mißverständnis. Es ist unser allererstes Interesse, den Druck des Widerstandes zu erhöhen. Wir versuchen es, indem wir – so oft es unsere Kräfte erlauben – Aktionen gewaltfreien Widerstandes zur Behinderung der Brennelemente-Produktion organisieren. Die Formel von Verständigung und Einigung hat aber im Konzept des gewaltfreien Widerstandes einen unverrückbaren Platz: sie drückt die Überzeugung aus, daß Konflikte – so gegensätzlich die Interessen der Konfliktpartner auch sein sollten – friedlich gelöst werden können; daß es zum Erreichen unseres Zieles weder notwendig noch förderlich ist, den Gegner zum Feind zu machen. Zum gewaltfreien Widerstand als Druckmittel zu greifen, ist unser stärkster Ausdruck dafür, daß hier noch keine Einigung stattgefunden hat; und daß es sich um eine Frage handelt, in der wir nicht dulden, daß – trotz fehlender Einigung – weiterproduziert wird. Daß man sich mit der Atomindustrie auf einen Produktionsstop nicht 'einigen' könne, bezweifle ich: Es ist durchaus denkbar, daß eine solche Einigung – wenn auch widerwillig – durch den Druck der Straße zustandekommt. Man denke vergleichsweise an manche Einigungen in Arbeitskämpfen, bei denen die Zugeständnisse der Industrie mit Sicherheit nicht der puren Überzeugungskraft der Arbeitnehmer-Argumente zu verdanken war.

DIE EIN-PUNKT-BEWEGUNG: GEFAHR UND CHANCE

Ein möglicher Einwand gegen das beschriebene Widerstandskonzept wäre die fehlende gesamtpolitische Einordnung. Wenn die Atomkraft-Nutzung nur als solche bekämpft wird, nicht aber als Ausdruck bzw. Symptom eines ungerechten Gesellschaftssystems, dann hat dieser Kampf für viele AKW-Gegner nicht die richtige Orientierung. Vielleicht spielt das auch bei dem Unbehagen mit, das einige befällt, wenn sie das entspannte Verhältnis zwischen Aktionsgruppe und Polizei erleben. Wenn die grundsätzliche Gegnerschaft zum System in der Aktion nicht zum tragen kommt, kann diese nicht eigentlich als erfolgreich angesehen werden. Diese Argumentation ist eigentlich in der Form nicht an uns herangetragenm worden, aber ich vermute dennoch, daß solche Überlegungen dahinterstehen, wenn einige Gruppen die gewaltfreien Widerstandskonzepte als zu „staatstragend" empfinden. Dieser – mögliche – Einwand ist berechtigt, wir plädieren aber dafür, hier einiges auseinanderzuhalten. Denn in bezug auf notwendige Bündnispartner und die Verbreiterung der Bewegung geht es nach hinten los, wenn man jedem/r Atomkraftgegnerin die radikale Systemkritik unterjubeln will. Wir meinen, daß es andersherum besser gehen müßte. Auf das Potential der Menschen, die erst einmal nur gegen Atomkraft sind – und sei es aus purer Angst vor dem GAU – und aus dieser Überzeugung heraus bereit sind, Widerstand zu leisten, können und wollen wir wir nicht verzichten. Wer aus dieser Motivation aktiven Widerstand gegen Atomanlagen leistet, sei er nun gewaltfrei oder militant, wird schon dadurch durch Prozesse gehen, die ihn/sie mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer radikalen Systemkritik führen. Auch in der intensiveren Beschäftigung mit den Hintergründen der Atomtechnologie kommt man ja auf Dauer nicht an der Erkenntnis vorbei, daß ihr Funktionieren u.a. ungerechte Wirtschaftsbeziehungen zur Voraussetzung hat. Während wir in der Gruppe und als Einzelne sehr stark versuchen, Wege der Gesellschaftsveränderung von unten zu gehen, halten wir es nicht für hilfreich, die Kritik am Gesellschaftssystem oder die Kampfansage an den „Staat" zum wesentlichen Inhalt der Aktionen zu machen, zumal im Augenblick ein ziemlicher Mangel herrscht in bezug auf gute Rezepte für einen besseren Staat.

RESÜMEE

Wie eingangs – hoffentlich deutlich genug – gesagt, brauchen die zum gewaltfreien Widerstand entschlossenen Menschen um die 'Kettenreaktion Hanau' für den 9. März 1992 dringend Unterstützung. Die Drohung der Siemens AG ist eine Herausforderung, die unsere bisherigen Kräfte möglicherweise überfordert. In diesem Artikel ist aber sicher auch deutlich geworden, daß wir uns nicht Unterstützung um jeden Preis und in beliebiger Form wünschen. Die Chance, daß wir auf unserem Weg etwas erreichen, hängt stark davon ab, ob das hier beschriebene Profil nach außen hin sichtbar bleibt und überzeugend zur Wirkung kommt. Den notwendigen Streit innerhalb unserer Bewegung, auf welche Aktionsformen wir uns einigen können, wollen wir deshalb nicht vor dem Tor des Brennelemente-Werkes führen. Menschen aus nah und fern, die unsere Vorschläge für eine Unterstützung der März-Aktion kennenlernen wollen, sollten so bald wie möglich Kontakt aufnehmen. Bei Menschen, die selbst mitblockieren wollen, bestehen wir – von Ausnahmen abgesehen – auf der Teilnahme am Vorbereitungswochenende (7./8. März). Das gleiche empfiehlt sich dringend für diejenigen UnterstützerInnen, die bereit sind, bei der Aktion feste Aufgaben zu übernehmen. Gegenseitiges Kennenlernen aller Aktionsteilnehmer, Vertrauen und verbindliche Absprachen sind für eine derartige Aktion einfach unerläßlich. Zum Schluß noch eine Bitte an diejenigen Kritiker der gewaltfreien Aktion, deren Distanz zu uns durch diesen Artikel möglicherweise noch größer geworden ist, als sie bisher schon war: Wir wünschen uns sehr, daß die hier angestellten Überlegungen nicht als Abgrenzung verstanden werden, sondern als erste Orientierungen für eine Diskussion, die erst am Anfang steht.

Kontakt: 'Kettenreaktion Hanau', c/o Ingo Laubenthal, Obermainanlage 27, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 069/498437 oder Frank Zilske, Anton-Dunkel-Straße 20, 6450 Hanau, Tel. 06181/56679

Dauerbrenner auf Sparflamme:

15 Jahre Widerstand

gegen die Atomfabrik UAA Gronau

Zwei Geburtstage besonderer Art wurden am 6. Oktober in Gronau (Westfalen) gefeiert: 15 Jahre Widerstand gegen Bau und Betrieb der Urananreicherungsanlage (UAA) und 5 Jahre Sonntagsspaziergänge (1. Sonntag im Monat) an der Atomfabrik. Besonders bemerkenswert an diesem Geburtstag ist, daß sich der Gronau-Protest 15 Jahr ohne massenhafte überregionale Unterstützung halten konnte, wenn auch z.t. nur auf „Sparflamme". Und ein Ende dieses Protestes ist trotz aller „Bewegungskrisen" nicht in Sicht.

Rückblick 1:

Mitte der 70er Jahr wurden Pläne konkreter, um in der BRD eine UAA zu bauen (im großtechnischen Maßstab). 1976 wurde bekannt, daß Gronau (Nordrhein Westfalen, Grenzstadt zu den Niederlanden und zu Niedersachsen im sogenannten Euregiodreieck) als möglicher Standort gehandelt wurde; letztlich machte Gronau auch das Rennen. Um den Bau der Urananreicherungsanlage zu verhindern, wurde im Oktober 1976, also vor genau 15 Jahren, eine BürgerInneninitiative gegründet. Ihre „Nachfolge" trat 1981 der Arbeitskreis Umwelt Gronau (AKU) an, der auch heute noch eine wesentliche Rolle im Widerstand gegen die UAA spielt. (Im Mai 1991 feierte der AKU sein zehnjähriges Bestehen, vgl. atom Nr. 35, S. 47).

Rückblick 2:

Im September 1986 fand in Gronau die erste Umweltwoche der Stadt Gronau statt, an der sich u.a. sowohl die UAA Betreiberfirma Uranit, als auch der AKU beteiligten. Der AKU organisierte im Rahmen dieser Woche u.a. den ersten Sonntagsspaziergang an der UAA mit ca. 30 TeilnehmerInnen. Seitdem fanden die Spaziergänge an jedem ersten Sonntag im Monat statt. Die Beteiligung schwankte zunächst zwischen 30 und 50 Leuten, ging dann aber z.T. auf nur wenige zurück, um bei besonderen Anlässen und entsprechender Mobilisierung (z.B. 50 Sonntagssparziergang) wieder auf 30/40 Leute anzusteigen. Der Spaziergang hat sich bislang leider nicht zum Selbstläufer entwickelt, zu dem die Leute immer automatisch wiederkommen.

Straßenfest Blockadia:

Die ursprüngliche Planung sah vor, den Doppelgeburtstag mit einer zünftigen Blockade der UAA zu begehen. Aus dieser Überlegung heraus entstand das Konzept zum Straßenfest Blockadia. BI´s, Grüne Parteigliederungen u.a. riefen für den 6.10. dazu auf, von 12.00 - 15.00 Uhr vor der UAA zu „feiern", um dann anschließend den traditionellen Sonntagsspaziergang zu starten. Ziel war es, den Schichtwechsel um 14.30 x Uhr zu behindern, und Erfahrungen für den weiteren UAA-Widerstand zu sammeln. Diese Ziele wurden nicht zuletzt durch die tatkräftige Unterstüt-

zung Gronauer und Münsterländischer Punks erreicht. Die Gronauer Punks hatten ergänzend zum Straßenfest zu einer Demo aufgerufen, die in der Innenstadt begann, und an der UAA endete. Etwa 50 Punks folgten dem Demoaufruf, und trafen an der UAA auf weitere ca. 50 UAA-GegnerInnen. Nach einem Kulturprogramm wurde die UAA-Zufahrt mit Baumstämmen blockiert. Um den Schichtwechsel gegen 14.30 Uhr zu ermöglichen, kam etwa ein halbes Dutzend Werkschutzmänner mit Schäferhunden aus dem UAA-Gelände heraus, um die Zufahrt zu räumen. (Die UAA hat nur eine). Besonders provozierend war der Chef des Werkschutzes, der Baumstämme (ca. 1 m) geziehlt in Richtung der BlockiererInnen warf. Dies ging selbst einem ansonsten äußerst unliebsamen Gronauer Polizisten zu weit. er stellte sich zwischen Werkschutz und Blockade. Weitere Polizisten kamen hinzu... und der Werkschutz verzog sich! Der pünktliche Schichtwechsel wurde - mit Hilfe der Polizei - verhindert.

Das die Gronauer Polizei nicht von der Anti-Atomkraft-Bewegung bekehrt worden war, zeigte sich nach dem Sonntagssparziergang, als sie mit 3 Wagen 2 Frauen jagte und festnahm, die angeblich einen Stacheldraht „zerstört" hatten. Einige Punks, die in der Nähe der Festnahme waren, mußten ihre Personalien angeben. Zu diesem Zeitpunkt waren kaum noch Leute vor dem UAA-Tor, und die Sonntagsschicht konnte in einem Bulli das Gelände verlassen - mit fast 2 Stunden Verspätung! Zahlreiche UAA-GegnerInnen, leider nicht alle, fuhren jetzt zur Polizeiwache, um die Freilassung der beiden Frauen zu fordern. Diese kamen nach ca. 1,5 Stunden auch wieder frei. Sie berichteten, daß es ein gutes Gefühl gewesen war, draußen Leute und Trillerpfeifen gehört zu haben. Pressemäßig hatte die ganze Aktion die Gronau-übliche Resonanz: Lokal/regional wurde etwas berichtet, überregional war die Presse mal wieder nicht interessiert. Dieses Interesse kann vielleicht erst dann geweckt werden, wenn auch die Anti-Atomkraft-Bewegung(en) überregional zu Gronau aktiv wird.

Ebenso erwünscht sind zahlreiche kleine und große Spenden (gerne auch Daueraufträge) für die Klage, Öffentlichkeitsarbeit, mögliche Kriminalisierungsverfahren etc.,
Spendenkonto AKU Gronau, Volksbank Gronau, BLZ: 401 640 24, Kto: 140 966 800, Kennwort: UAA NEE
Wer sich näher mit der UAA befassen möchte, kann folgende Infomaterialien bestellen:

- Die Löffelente, Zeitung des AKU Gronau, 2monatlich, Jahresabo: 5 DM (aktuelle Kurzinfos zu UAA, BEZ Ahaus u.a.m.)
- EuKo-Info, monatliches Regionalinfo über die Atomanlagen in der Euregio, Jahresabo 40 DM, Probeinfo gegen 2,50 DM in Briefmarken.
- Broschüre: 10 Jahre AKU Gronau (eine Art Rückblick auf die wilden 80er in der Provinz: Atomenergie, Waldsterben, Volkszählung...) 5 DM, ab 5 Stück 3,90, jeweils plus Porto.
- Aufkleber und Sticker: UAA Nee, 1 DM, ab 10 = 0,70 DM, plus Porto

Bezugs- und Kontaktadresse:
AKU, Siedlerweg 7, 4432 Gronau

Nachspann zur Aktion:

Der AKU Gronau hat das Straßenfest Blockadia als weitgehend gelungene Aktion ausgewertet. Seit längerer Zeit waren mal wieder 100 Leute direkt an der UAA. Darüberhinaus war es die erste längerfristig vorbereitete Blokkade der Anlage - für viele TeilnehmerInnen war es wohl auch die erste Blockadeaktion überhaupt, an der sie teilnahmen. Nachdenklich stimmt, daß etliche Leute das „Fest" verließen, als die Situation brenzliger zu werden schien (Werkschutz, Hunde). es stellt sich die Frage, ob die Aktionsform allen TeilnehmerInnen richtig bewußt war, zumal sie weder angemeldet noch genehmigt war („Legal" war die vorhergehende Punkdemo). Viele Leute hatten vermutlich ein „echtes Straßenfest" erwartet. Inzwischen hat ein Mitglied des AKU Gronau eine Zeugenvorladung wegen „Nichtanmeldung" erhalten.

Ausblick:

1. zur UAA:

Nachdem im Frühjahr 1991 eine Genehmigung zur Kapazitätserhöhung von 400 UTA a auf 530 UTA/a erteilt worden war, ist zum Jahreswechsel mit der Betriebsgenehmigung für die Gesamtanlage 1.000 t UTA/a) zu rechnen. Genehmigungsbehörde ist das Wirtschaftsministerium der SPD in Düsseldorf. Gegen die Erhöhung auf 530 t UTA/a hat ein Mitglied der Grünen Ratsfraktion in Gronau eine Klage erhoben, die vom AKU unterstützt wird. Gleichzeitig rollen hochgefährliche Uranhexafluoridtransporte von und zur UAA (vermutlich auch quer durch die ganze BRD), und Atommüll aus Gronau wird zum Faßlager Gorleben geschafft, um später im Schacht Konrad das Zeitliche zu segnen. Neben der UAA lagern zudem über 2.000 Tonnen (!) abgereichertes Uranhexafluorid. Die überregionale Unterstützung des örtlichen Widerstandes ist wichtiger denn je!

2. zum Widerstand:

Nach wie vor ist der AKU „die" Gruppe vor Ort, die sich schwerpunktmäßig mit der UAA auseinandersetzt. Erfreulicherweise sind zusätzlich einige weitere GronauerInnen, wenn auch nur sporadisch, selbständig aktiv geworden. Sinnvoll wäre eine Bündelung dieser Einzelproteste um den Aktionen mehr Gewicht zu verleihen.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß es schwierig ist, Leute gegen laufende Atomanlagen zu mobilisieren. Die anstehende Kapazitätserhöhung von 530 t auf 1.000 t (Verdoppelung!) sollte jedoch zum Nachdenken und Handeln anregen. „Düsseldorf" muß spüren, daß Ausbau und Betrieb der UAA „unerwünscht" sind.

Im AKU wird z.Zt. überlegt, wie es mit dem Widerstand weiterlaufen könnte; Anregungen sind wie immer sehr erwünscht.

Kurz - Chronik 15 Jahre UAA-Widerstand

- Oktober 1976: Gründung der BI Gronau
- Ende der 70er Jahre: Sammlung von ca. 7.000 Einwendungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens
- Mai 1981: 1. Teilerrichtungsgenehmigung
- 2.2.1985: Tag der offenen Tür in der fast fertigen UAA mit Gegenaktionen; eine Bombendrohung beendet das Spektakel vorzeitig
- Juni 1985: 200 demonstrieren gegen die bevorstehende Inbetriebnahme
- Juni 1986: offizielle Einweihung kurz nach Tschernobyl durch Riesenhuber, 300 demonstrieren vor der Anlage (Werktag!), 1. Festnahme im Rahmen des UAA Widerstandes
- September 1986: 1. Sonntagsspaziergang an der UAA
- Frühjahr 1987: Anti-UAA-Kongreß mit ca. 100 TeilnehmerInnen
- Juni 1987: bislang größte Demo gegen die UAA: 400 Leute (trotz gleichzeitiger Bonner Friedensdemo)
- August 1988: 1. Anti-UAA Sommercamp
- Ostermontag 1989: der 2. Gronauer Ostermarsch endet an der UAA
- April 1990: Tschernobylaktionstag mit 150 Leuten am Grenzübergang Gronau/Glaneburg (NL).
- Herbst 1990: 50 Sonntagsspaziergang

Kurz - Chronik 1991

- Frühjahr: Erteilung der Erweiterungsgenehmigung auf 530 t UTA/a; Kommando Karen Silkwood entwendet im Gronauer Rathaus die Genehmigungsunterlagen
- Ostermontag: der Gronauer Ostermarsch (Nr. 3). Während der Kundgebung vor der UAA wird das Infocenter „dekoriert": *Weg mit dem Dreck*
- Greenteam Gronau rief für den 6.7. zu einer Demonstration gegen die geplante UAA-Erweiterung auf. Originalzitat des Flugblatts: *„Schläger nicht erwünscht"*. War die Polizei gemeint oder der AKU?
- September: Veranstaltung des AKU mit Leuten aus Tschernobyl
- 6.10.: Punkdemo und Straßenfest Blockadia
- 2.11.: einige Gronauer BürgerInnen (u.a. eine SPD Ratsfrau!) demonstrieren vor deinem Ray Charles Konzert in Gronau, das u.a. von Uranit gesponsert worden war.

Dazu gab´s natürlich die Sonntagsspaziergänge, die übliche Rödelarbeit des AKU und die Klage gegen die Erweiterung auf 530 t UTA/a.

U. vom AKU Gronau

RASSISMUS

NEUE FRAGEN? NEUE ANTWORTEN?

"In den zurückliegenden Monaten dieses Jahres hat sich die durch rechtsextremistische Gewalttäter — insbesondere im Osten Deutschlands — hervorgerufene Bedrohungslage weiter verschärft. Nach Polizeierkenntnissen wurden bis Ende Oktober insgesamt 683 Straftaten gegen Ausländer und Asylanten verübt. Dabei waren mindestens 415 Gewaltaktionen mit erwiesener bzw. zu vermutender rechtsextremistischer Motivation festzustellen. Allein bis dahin gab es bereits 277 Brandanschläge auf Unterkünfte und Eigentum von Ausländern — 211 davon in den alten Bundesländern. In diesem Zusammenhang sind auch Todesopfer zu beklagen..." (Bundesinnenministerium an den Innenausschuß, 5.11.91)

"Ein Drittel aller Brandanschläge wurden beispielsweise in Nordrhein-Westfalen verübt — mehr als 300 sind es bundesweit schon seit August. Etwa 1800 rassistisch motivierte Straftaten hat das BKA insgesamt in diesem Jahr registriert." (BKA-Chef Zachert, Frankfurter Rundschau, 25.11.91)

"Innerhalb eines Jahres sind schätzungsweise mehr als 30 AusländerInnen Gewalttaten gegen Fremde zum Opfer gefallen. Sie wurden ermordet durch Brandanschläge, sie wurden mit Messern erstochen, zusammengeschlagen, aus Fenstern geworfen und vor Züge gestoßen." (taz, 9.11.91)

Eine neue Dimension?

Natürlich — wer dies relativieren will, ist nicht ganz bei Trost. Brutalität und menschenverachtende Aktionen von rechts hat es in den letzten 10 Jahren immer wieder gegeben, dies ist nichts neues. Und die neue Qualität ist auch nicht mit der Quantität zu begründen. Neu ist hingegen — und das ist das letztendlich gefährliche — das offen positive Verhältnis eines großen Teils der Bevölkerung für diese faschistischen Aktionen. Was vielleicht die ganzen letzten 15-20 Jahre von diesem Teil der Bevölkerung schon immer gedacht, aber nur zuhause oder allerhöchstens am Bierstammtisch gewagt wurde zu sagen, bricht jetzt offen aus. Und, es sind nicht nur die ewig Gestrigen, von denen wir das eh schon immer vermutet haben, vor allem viele junge Menschen denken so, bzw. lassen sich in dieser Weise manipulieren. Und das bringt natürlich, vor allem in den neuen Ländern, eine ungeahnte psychiologische Komponente zugunsten der Rassisten an den Tag. Rassistische Gewaltaktionen brauchen nicht mehr nur im Dunkeln und Geheimen stattfinden, sondern können sich öffentlich manifestieren. Anerkennung in Betrieben und Nachbarschaft für die aktive Teilnahme an solchen Aktionen sind keine Seltenheit mehr.

Es ist sicherlich zu einfach, die Schuld für diese Entwicklung nur in der Asyldebatte zu suchen. Diese gibt es schon länger, und nicht erst seit Beginn der konservativ-liberalen Regierungskoalition Anfang der 80 er Jahre. Bei einem kurzen Blick in die Archive findet mensch 1979 auch den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (seines Zeichens SPD) im Wahlkampf gegen Asylanten- und Ausländerschwemme demagogisieren.

Spätestens seit der großen Wirtschaftskrise anfang der siebziger Jahre sind die Ausländerinnen immer wieder zum Objekt von Demagogie und Hetze benutzt worden — in jedem Wahlkampf und in jedem Sommerloch. Mit dieser Hetze war schon immer politischer Profit zu machen, der latente Rassismus schon immer vorhanden, ohne daß es zwangsläufig zu den heutigen Auswüchsen führen mußte.

Das heißt nicht, dieses bagatellisieren zu wollen und die Verantwortlichen aus ihrer Schuld zu entlassen — ganz im Gegenteil! Mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaften und dem Öffnen der Grenzen gerät das kapitalistische Vabanquespiel der Zwei-Drittel-Gesellschaft der letzten zehn Jahre (Reaganomics, Thatcherismus, kapitalistische Rekonstruktion in Frankreich und der BRD) aus den Fugen. Spätestens seit der Öffnung der innerdeutschen Grenze mußte bei den Verantwortlichen die Alarmglocke schlagen. Es war klar, daß das bisherige Spiel so nicht weiterzuspielen ist. Auf die BRD bezogen: nicht nur die Einheit kostet immense Summen, es ist auch klar, daß eine bisher nicht geahnte Anzahl von Menschen aus den anderen osteuropäischen Ländern teilhaben wollen an den Errungenschaften des kapitalistischen Westens, und zwar direkt.

Wer in dieser Situation an verantwortlicher Stelle in Politik und Medien mit Asylantenschwemme, Verfremdung etc. argumentiert, handelt nicht fahrlässig, sondern ganz gezielt und bewußt.

An dieser Stelle bekommt das ganze eine neue Dimension. Der schlummernde Rassismus und Faschismus wird reaktiviert. Was wir bisher meistens nur aus theoretischen Abhandlungen kannten, wird zur Realität. Rassismus und Faschismus werden wieder zum aktiven Bestandteil der kapitalistischen Interessen.

Hier können auch nicht die moralischen Appelle eines Bundespräsidenten oder die Bekundungen eines Heiner Geisler oder des Vorsitzenden der deutschen Industrie, Stihl, ("Wir brauchen die Ausländer.") hinwegtäuschen.

Der schlummernde Vulkan des Rassismus/Faschismus ist losgetreten — und wird benutzt. Für uns kann es nicht mehr nur heißen "Wehret den Anfängen!" — wir sind schon weiter.

Erste Reaktionen

Als wir Ende September die ersten Nachrichten aus Hoyerswerda hörten und die Bilder im TV sahen, als uns tagtäglich neue rassistische Gewaltaktionen schier um die Ohren geschlagen wurden, als wir aus unserem sicheren linken Kuscheleckchen herausgerissen wurden, dauerte es einige Zeit, bis wir die Situation begriffen und noch etwas länger, um aus unserer Wut und unserem Haß konkrete Handlungen folgen zu lassen.

Die erste Gegendemonstration in Hoyerswerda wurde sofort von Bundesgrenzschutztruppen zusammengeprügelt — gerade so, als wäre 1933 zurückgekehrt. Dieser ersten Trotzreaktion folgten unzählige Demos in vielen Städten, Mahnwachen wurden organisiert, Aufrufe in Zeitungen veröffentlicht, erste konkrete Hilfsaktionen folgten. Bis hin zu den vielen Demonstrationen zum 8./9. November. Hunderttausende Menschen gingen auf die Straße und in Veranstaltungen, um ihre Solidarität mit den Ausländerinnen zu bezeugen.

Trotz dieser überzeugenden Demonstrationen bleiben viele Fragen offen, neue Problemstellungen sind hinzugekommen ebenso wie die Erkenntnis der Hilflosigkeit gegenüber rassistischen Gewaltaktionen. Das Thema "Rassismus" ist zum großen Teil aus den Medien verschwunden, obwohl die Gewaltaktionen noch immer laufen.

Wir wollen hier einige dieser offenen Fragen anreißen, ohne gleichzeitig übereilte Antworten zu geben, die auch gar nicht möglich wären.

Zur Frage der Gegenwehr

Schon die ersten Gegendemonstrationen haben gezeigt, daß entschlossene antirassistische Aktionen nicht nur die Rassisten zum Gegenpart haben, sondern ebenso die Polizeigewalt. Politiker aller großen Parteien stimmen unisono das Klagelied der von linken und rechten Extremisten gebeutelten Demokratie an. Diesen extremistischen Elementen gelte es, entschlossen entgegenzutreten.

Das bekannte alte Lied — und es wird uns noch lange in den Ohren klingen.

Dabei geht es nicht nur um die Frage der Militanz auf Demonstrationen. Äußerst gereizt reagierten die Parteien z.B. auf die Solidaritätsaktion in Neumünster (siehe folgende Artikel), als die Flüchtlinge aus Greifswald an allen Gesetzen, Parteien und Staatsmächten vorbei nach Schleswig-Holstein zurückgeholt wurden. Autonome als Ersatz für staatliche Ordnungsmacht?

Ähnliche Reaktionen in anderen Städten und anderen Zusammenhängen. Z.B. in Göttingen, als ein Pastor in einem Redebeitrag auf der 9.11.-Demonstration die autonome Antifa-Arbeit lobte und herausstellte, daß es nur dank dieser Arbeit in Göttingen noch

zu keinen rassistischen Aktionen gekommen sei, daß es ohne die autonome Antifa-Arbeit nicht gelungen wäre, die in Südniedersachsen organisierten Faschisten aus der Stadt herauszuhalten. Ein Aufschrei der Empörung ging durch die Medien. Eine Woche später wird die nächste Demonstration ohne ersichtlichen Grund brutal auseinandergeknüppelt um das schiefe Bild wieder zurechtzurücken.
In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: droht eine neuerliche Isolierung autonomer Politik? Oder andersrum: Wie schaffen wir es, das Rechts-Links-Schema zu durchbrechen?
Im selben Zusammenhang: Angesichts der äußerst brutalen Aktionen der Faschisten stellt sich zwangsläufig die Frage nach organisierter direkter Gegenwehr. Motto: Die Straße zurückerobern. Dies ist unbestreitbar notwendig, sorgt aber zum einen dafür, siehe Demo am 9.11. in Halle, daß das Rechts-Links-Schema der staatlichen Demagogen neue Nahrung findet. Zum anderen bedeutet eine organisierte Gegenwehr ein hohes Maß an Militanzbereitschaft mit den seit Jahren bekannten Macho-Allüren. Ist die Linke fähig, solchen Ausprägungen in ihren eigenen Reihen etwas entgegenzusetzen, oder wird damit eine andere Rassismus-Diskussion, die Anti-Patriarchiats-Debatte wieder auf Null zurückgeworfen?

Bündnispolitik

Nicht nur die Regierungsparteien haben die Asyldebatte geschürt, auch die Sozialdemokraten und selbst die Grünen sind auf das Boot mit aufgesprungen. Haben sich damit z.B. Aktionsbündnisse mit linken Sozis und Grünen von vornherein erübrigt? Oder um hier noch weiter zu gehen und dabei aber auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben: Kann es z.B. eine praktische antirassistische Zusammenarbeit mit Menschen geben, z.B. bei Mahnwachen oder direkten Verteidigungsaktionen vor Flüchtlingsheimen, die nicht klar auf antirassistischer Linie sind, sondern z.B. nur etwas gegen die rassistischen Gewaltaktionen haben, ansonsten aber Quotenregelungen befürworten bzw. sogar überzeugt sind, daß eine Überfremdung droht?

Staatliche Ordnungsmacht

Gerade auch von vielen Linken wurden in den letzten Wochen die Rufe nach staatlicher Ordnungsmacht gegen die rassistischen Überfälle immer lauter. Da wurde der Einsatz von BGS- und Polizeisondereinheiten zum Schutz der Asylantenunterkünfte gefordert, der Ruf nach starker Polizeipräsenz im ganzen Land, der Ruf nach Einschaltung der Geheimdienstorgane, der Ruf nach harten Urteilen und Anwendung von Gesetzen wie § 129a etc., die von der Linken in den letzten Jahren als reine politische Gesinnungsparagrafen gegeißelt wurden.
Diese Forderungen sind sicherlich nicht pauschal zurückzuweisen. Das bedarf genauerer Diskussionen. Wenn wir uns die Nachrichten aus den neuen Bundesländern ansehen, wenn wir dort eingeschüchterte Dorfsheriffs verbarrikadiert in ihrer Dienststube sitzen sehen, und sie erst ausrücken, wenn eh schon alles gelaufen ist, dann kann mensch diesen Ruf nach einer Ordnungsmacht schon verstehen. Trotzdem zeigt die Erfahrung immer wieder, daß staatliche Macht immer zuerst gegen Links eingesetzt wird. Als es in Greifswald zu Überfällen auf von Alternativen besetzte Häuser kommt, greift die Polizei erst ein, als alles vorbei ist, und dann auch noch in bekannter Manier: das Haus wird endgültig geräumt. Argumentation: die Gefahr für die Ordnung gehe von diesem Haus aus.
Ein weiteres Beispiel: ein jahrelang in den Schubladen der Sicherheitsfanatiker liegender neuer Entwurf zum Bundesgrenzschutz als Polizei mit bisher stets umstrittenen neuen Befugnissen und Aufgaben wird jetzt im Bundestag und Bundesrat ohne jegliche Diskussion verabschiedet — wir brauchen ja eine starke Polizei.

Dies sind nur einige Fragen, die aber beantwortet werden müssen. Andere haben wir auf den folgenden Seiten breiter thematisiert:
Struktur der rechten Scene;
Was ist Rassismus? Wie leitet er sich her und wo taucht er auf?
Eigene Positionsbestimmung. Wie sieht es mit der eigenen Rassismusanfälligkeit aus?
Wie kann und muß sich eine Solidaritätsarbeit mit AsylantInnen/AusländerInnen verstehen?
Wie kann sich Antifa-Arbeit organisieren?
Zu diesem Punkt läuft in den autonomen Antifa-Zusammenhängen im Moment eine intensive Diskussion. Nachzulesen ist dies u.a. in der neuesten Ausgabe der "Radikal".
In diesem Sinne

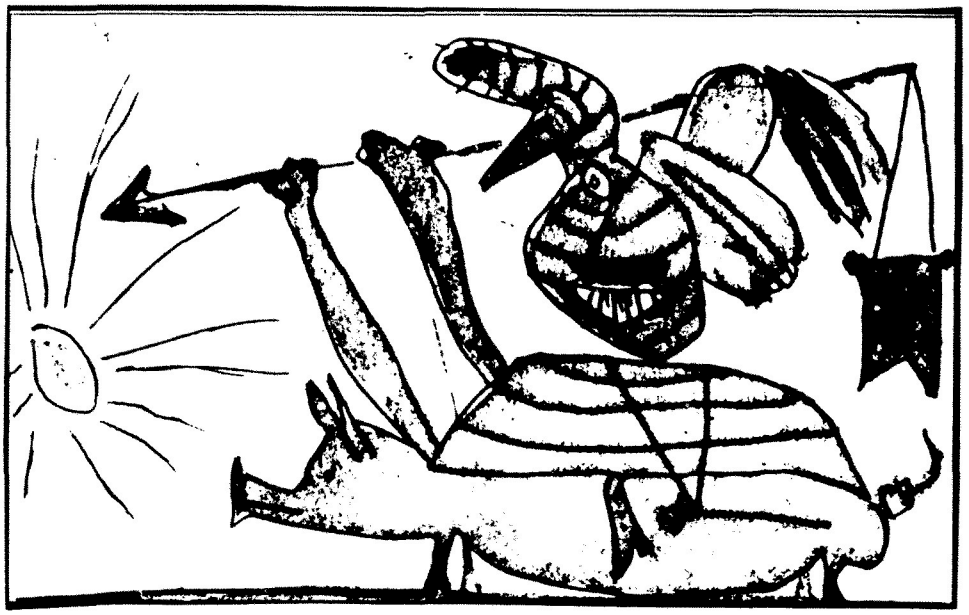
E.

Schaut nicht weg! Mischt euch ein!
Verhindert rassistische Überfälle!
Keinen Fußbreit den Faschisten!

DIE ORIGINALE GEWINNEN GEGEN DIE SCHLECHTEN KOPIEN

DIE FASCHO-SZENE IN STIEFEL UND FRACK – EIN ÜBERBLICK

Als bei den Bremer Bürgerschaftswahlen die neofaschistischen Parteien DVU und Rerpublikaner gemeinsam ca. 8% der Stimmen erzielten, da distanzierten sich wie vier Jahre zuvor die Bürgerschaftsparteien einhellig von den Rechtsextremen. Da diese ihre Stimmenzahl verdoppelt hatten, fielen die Reaktionen entsprechend deutlicher aus. Geändert hatte sich trotzdem einiges. Hatte es vor vier Jahren noch eine spontane antifaschistische Demonstration gegeben, so blieb diesmal alles ruhig. Konnte damals der Wahlerfolg noch auf den hohen Finanzaufwand des Münchener NS-Devotionalienhändlers und Verlegers Gerhard Frey zurückgeführt werden, so stellte diesmal die Gewerkschaftszeitung „metall" fest, die Wählerinnen hätten halt lieber das Orginal DVU als die schlechte Kopie SPD gewählt. Eine treffende Feststellung, denn es war die rassistische Kampagne gewesen, die den Wahlkampf bestimmte und auf die sowohl CDU und FPD als auch die SPD einstiegen und vor der die Grünen nur zu bereitwillig zurückwichen. Der bisher einzige Abgeordnete der DVU, der pensionierte Schiffsingenieur Hans Altermann, ist inzwischen wieder solo. Da er im Kampf um den Fraktionsvorsitz dem NPD-Spitzenfunktionär Karl-Heinz Vorsatz unterlag, zog er sich zuerst in den Schmollwinkel zurück und wechselte dann zur Neugründung „Deutsche Liga für Volk und Heimat". Aus eins mach zwei. Allmählich gestaltet sich die neofaschistische Szene für Otto Normalleser und Ottilie Normalleserin ähnlich unübersichtlich wie die Situation in der gesamten Republik.



Noch vor kurzer Zeit gingen die meisten Kommentatoren davon aus, daß die Zeit für Wahlerfolge neofaschistischer Parteien nach dem Anschluß der DDR auf absehbare Zeit vorbei seien. Ihnen sei ihr wichtigstes Thema damit abhanden gekommen und die Voraussetzung für den Erfolg verschwunden. Noch die Bundestagswahl im Dezember 1990 schien diese Einschätzung zu bestätigen.

Die Traditionspartei des bundesdeutschen Neofaschismus, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), stürzte in ihre bisher schwerste Existenzkrise, da sie die für die Wahlkampfkostenerstattung notwendige Schallmauer von 0,5% der Stimmen nicht überwinden konnte. Die Finanzkrise wirkte jedoch lediglich verschärfend auf die organisatorische und politische Krise, die in der NPD schon seit 1989, dem Jahr des Erfolgs der Republikaner bei den EG-Wahlen, schwelte. Damals hatte die Parteiführung unter Martin Mußgnug gegen den Widerstand einer starken Minderheit, besonders in der Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten", einen Wahlverzicht zugunsten der „Deutschen Volksunion", des Ein-Mann-Unternehmens von Gerhard Frey, durchgesetzt. Den Republikanern sollte durch dieses Bündnis ein respektables Gegengewicht entgegengesetzt werden. Wie bekannt und wie auch zu erwarten ging dieser Plan in die Hose.

Schon vom damaligen Aufschwung des Neofaschismus konnte die NPD nur unterdurchschnittlich profitieren. Trotz tönender Erfolgsmeldungen überschritt die Mitgliederzahl nie die Grenze von 7.500. Abseits des Medieninteresses stehend mußte sich die NPD mit den Krümeln bescheiden während die Republikaner genüßlich den Kuchen verzehrten. Die Folgen waren voraussehbar: Rückzug bewährter Funktionäre, Zerfall ganzer Kreisverbände und Radikalisierung im Jugendbereich. Eine flächendeckende Arbeit ist der NPD in der Bundesrepublik schon seit Jahren nicht mehr möglich.

Im Gegensatz zu den sechziger Jahren hat sich der organisatorische Schwerpunkt von Niedersachsen in den Süden des Landes, besonders nach Baden-Württemberg, verlagert. Wie bei allen neofaschistischen Parteien sind die Frauen deutlich unterrepräsentiert. Ebenfalls nur spärlich vertreten sind die Altersgruppen, die den Schwerpunkt bei den anderen Parteien bilden: die Generation zwischen 30 und 50 Jahren. Überdurchschnittlich treten junge Männer unter 25 und die Rentnergeneration über 65 Jahre in Erscheinung. Eine deutliche Veränderung hat es gegenüber früheren Jahren auch in der Sozialstruktur dieser Partei gegeben. Sie könnte heute mit Fug und Recht als einzige Arbeiterpartei des Landes bezeichnet werden. Nahezu 75% der KandidatInnen bei der letzten Bundestagswahl waren Produktionsarbeiter.

Umbruch bei der NPD

Steht eine Partei, wie die NPD damals, in der politischen Defensive, dann ergeben sich mit den veränderten Bündniskonstellationen selbstverständlich auch politische Brüche. Zwar blieb die NPD bei ihrem alten nationalistischen Schwerpunkt, den sie mit rassistischen Positionen paart, doch erweiterte sie ihr Repertoire um einen antislawischen, besonders antipolnischen Rassismus. War sie in ihrer Blütezeit vor allem eine Partei des alten Mittelstandes, so versuchte sie jetzt, die Zielgruppe der ArbeiterInnen durch betont soziale Positionen für sich zu gewinnen, die wiederum stets als Versatzstücke des nationalistischen und rassistischen Grundmusters auftauchten. Durchaus richtig schätzte die Parteiführung ein, daß Organiserung in der Gewerkschaft heute nicht mehr vor neofaschistischer Beeinflussung immunisiert.

Die Ausbreitung der NPD in die ehemalige DDR war ebenfalls gescheitert. Zu lange war gezögert worden, die NPD im Osten zu etablieren. Anstatt, wie es die Republikaner getan hatten, sich sofort im Annexionsgebiet auszudehnen, wurde aus Angst vor einem möglichen Verbot der Ableger „Mitteldeutsche Nationaldemokraten" gegründet, der weitgehend erfolglos blieb. Heute gibt es zwar gezielte Unterstützungsaktionen von Kreisverbänden aus dem Westen zum Aufbau von Organisationsstrukturen im Osten, doch bestimmen noch immer weiße Flekken im Parteiaufbau und zwielichtige Perso-

nen das Erscheinungsbild der Partei in der ehemaligen DDR. Ein Beispiel dafür ist der Parteichef von Halle, Thomas Dienel. Der ehemalige Funktionär der Staatsjugend FDJ wendete sich nach der Wende erst der Deutschen Sex-Partei zu, um dann nach dem Sex die nationale Frage und die NPD zu entdecken.
Der Möchtegern-Führer Martin Mußgnug und sein Stellvertreter Jürgen Schützinger, ein ehemaliger Polizist, waren also in jeder Beziehung gescheitert. So versuchten sie jetzt, das Pferd während des Rittes zu wechseln. Die entschiedensten Befürworter des Bündnisses mit Frey suchten jetzt neue Bündnispartner und fanden sie in den Gegnern Schönhubers in der Parteiführung der Republikaner. Das waren zwar nicht wenige, doch war intern heftig umstritten, ob es gelingen könne, eine Sammlungsbewegung zu initiieren, die mehr wäre als eine Vereinigung einer neuen Abspaltung der NPD mit den Resten älterer Abspaltungen. Eine Skepsis, die durchaus ihre Berechtigung hatte und hat, denn nahezu die gesamte Parteispitze der Neugründung „Deutsche Liga für Volk und Vaterland" war irgendwann einmal Mitglied in der NPD. Dies trifft auf die Mitvorsitzenden Rudolf Kendzia, der zwischenzeitlich Landesgeschäftsführer der Republikaner in Berlin war, und den für die Republikaner ins EG-Parlament gewählten Harald Neubauer ebenso zu wie für den größten Teil des Parteivorstandes. Die Chancen für die Neugründung müssen also eher skeptisch beurteilt werden, da auch der Organisationsaufbau über den Schwerpunkt Baden-Württemberg hinaus kaum vorangekommen ist. Ein wichtiger Pluspunkt für diese Gruppe ist allerdings, daß sie mit der „Deutschen Rundschau" und der „Nation" gleich über zwei Monatszeitschriften verfügen und der Verleger der auflagenstärksten und traditionsreichsten neofaschistischen Theoriezeitschrift, „Nation Europa", für die „Deutsche Liga" wirbt und zugleich auch ihrem Vorstand angehört.

FAP ist kein Tabu

Dies hat trotzdem nicht zu einem Zerwürfnis mit einem alten Kampfgefährten geführt, der einen anderen Weg gegangen ist. Günter Deckert, Lehrer mit Berufsverbot aus Weinheim, war nämlich aus taktischen Gründen einmal aus der NPD ausgetreten, um diesem Berufsverbot zu entgehen. Nach dem Rücktritt Mußgnugs im Dezember 1990 war er der unumstrittene Favorit für die Parteiführung. Kaum war er wieder beigetreten, da wurde er auch schon beim Parteitag der NPD in Herzogenaurach im Juni 1991 zum Parteivorsitzenden gewählt. Seine Wahl, die zugleich mit einer Verjüngung und Verkleinerung der Führungsspitze verbunden war, brachte auch einige Korrekturen im bisherigen Kurs der NPD. Neben der nahezu vollständigen Umstellung auf ehrenamtliche Arbeit aus finanziellen Gründen erfolgte eine geplante und kontinierliche Annäherung an die militante Wiking-Jugend, die zwischenzeitlich quasi die Jugendorganisation der FAP gewesen war. Immer häufiger marschierten in der Folgezeit die Wiking-Jugend, die Jungen Nationaldemokraten und auch die FAP bei neofaschistischen Demonstrationen gemeinsam. Berührungstabus gibt es offensichtlich nicht mehr.
Ähnlich gravierend ist die stärkere Betonung des Geschichtsrevisionismus seit der Amtsübernahme Deckerts. In seiner Heimatstadt Weinheim versuchte er am 1. September einen Kongreß durchzuführen, der die Creme derer vereinigen sollte, die den Holocaust an den europäischen Juden leugnen. Die bisherige Vorsicht der NPD wurde fallengelassen und der Versuch prompt bestraft. Der Kongreß wurde verboten. Eine billige Demonstration für den zuständigen Innenminister, denn die Verurteilung der „6-Millionen-Lüge" bringt Punktvorteile für das Ansehen im Ausland, das durch die Welle der rassistischen Übergriffe stark geschmälert schien. Für eine imperialistische Großmachtpolitik der Bundesrepublik, die auf die Hegemonie im „gemeinsamen Haus Europa" zielt, ist es einfach kontraproduktiv, wenn bei den „Partnern" alte Ängste geweckt werden.
Deckert gibt also für die NPD unter seiner Führung einen Kurs vor, der deutlich von den Republikanern zu unterscheiden ist. Versucht Schönhuber ganz gezielt, konservative Kreise zu radikalisieren und auf seine Linie zu ziehen, indem sich seine Partei in Erscheinungsbild und Sprache an die etablierten Parteien anpaßt und diese lediglich wegen mangelnder Konsequenz in ihrer Politik kritisiert, so geht Deckert den Alternativweg, indem er versucht, den harten Kern der neofaschistischen Kader zu sammeln, aus diesen eine schlagkräftige Truppe zu formen, um dann unter besseren organisatorischen Voraussetzungen politischen Druck auszuüben und initiativ zu werden. Ganz bewußt versucht die NPD dabei, sich als junge und soziale Partei zu profilieren. Sie könnte in ihrer Vermutung, damit das richtige Image für einen Erfolg im sozialen Katastrophengebiet der ehemaligen DDR zu haben, durchaus richtig liegen.

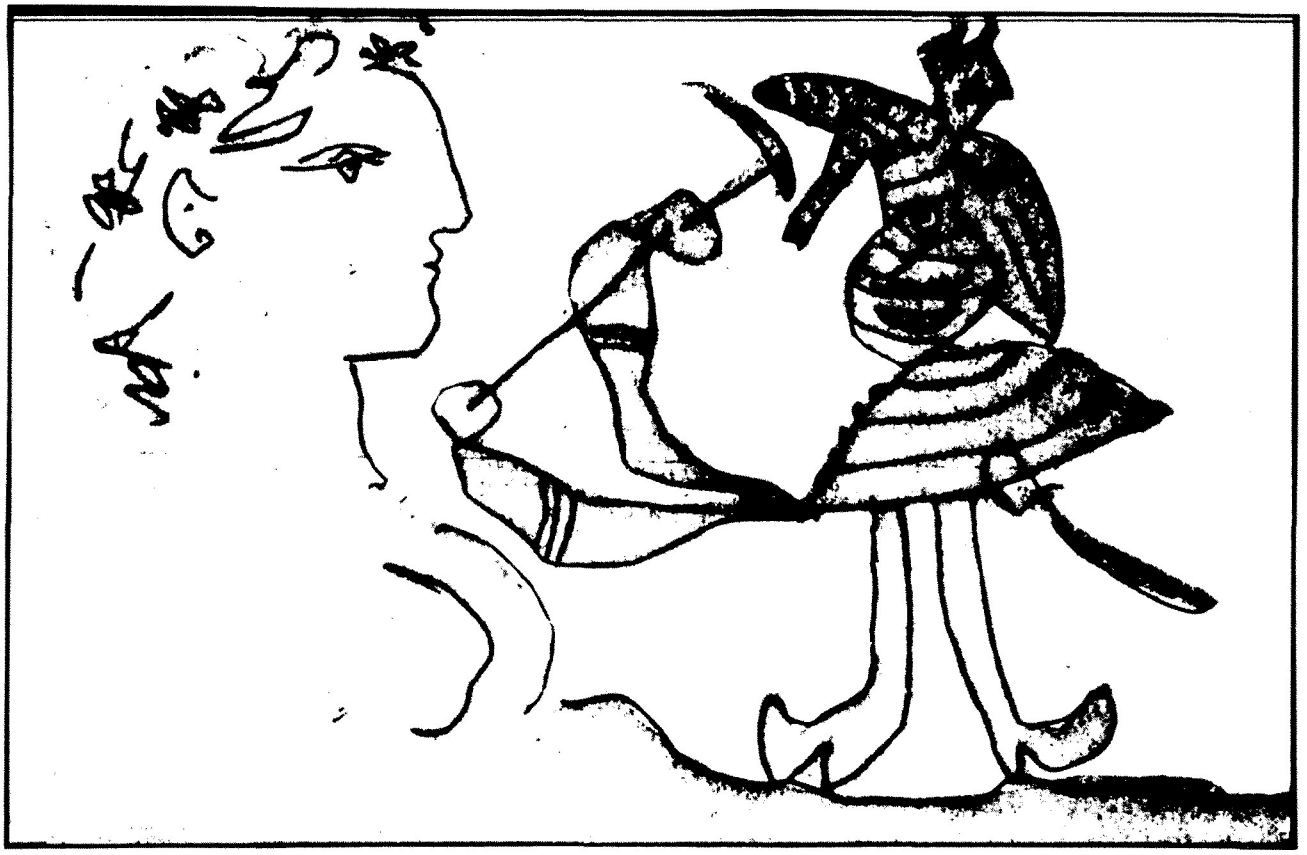
Reps in der Krise

Die Chancen, die in der sozialen Entwick-

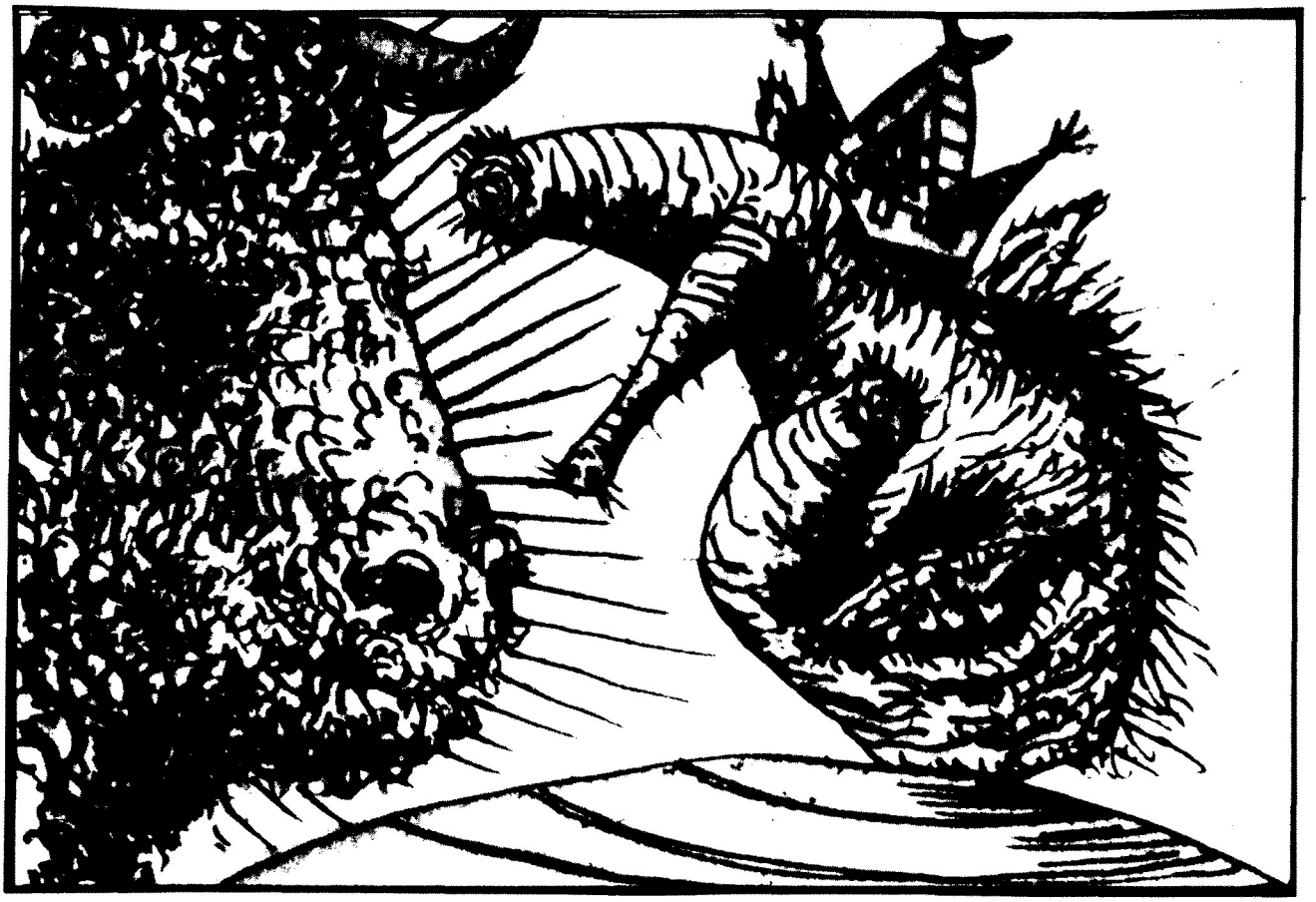
lung und in der Enttäuschung der dortigen Bevölkerung über die politische Entwicklung liegen, hat auch der Republikaner-Chef Franz Schönhuber erkannt. Er erklärte den Parteiaufbau in der ehemaligen DDR zur „Superpriorität". Mit ganz neuen Tönen für eine Partei, deren Funktionärskörper weitgehend aus kleinen Selbständigen und höheren Beamten besteht, tönte er beim Parteitag in Rosenheim, wer den Armen etwas geben wolle, müsse es von den Reichen nehmen. Im Gegesatz zu früheren Jahren hat soziale Demogogie bei den neofaschistischen Parteien Hochkonjunktur.
Ob die Republikaner diesen politischen Spagat allerdings durchhalten können, darf bezweifelt werden. Sie sind zwar noch immer die mitgliederstärkste neofaschistische Organisation, die zugleich über die geordnetsten Finanzen und das dichteste Organisationsnetz verfügt, doch ist nicht zu übersehen, daß der versuchte Putsch von Harald Neubauer, Franz Glasauer und Konsorten zu Beginn des Jahres 1990 besonders im Stammland Bayern Lücken gerissen hat. Zudem sind Landesverbände wie Niedersachsen oder Schleswig-Holstein nach dem Rücktritt des dortigen Landesvorsitzenden, des BGS-Beamten Thomas Schröder, kaum noch arbeitsfähig. Da außer Schönhuber auch niemand der ursprünglich sechs für die Republikaner ins EG-Parlament gewählten mehr der Partei angehört, ist auch dieses nicht zu unterschätzende Propagandainstrument entfallen.
Fraglich erscheint, ob Schönhubers designierter Nachfolger, der Stuttgarter Arzt und Rechtsanwalt Rolf Schlierer, der ebenfalls für ein konservatives Outfit der Partei unter Beibehaltung der völkischen Programatik eintritt, die Partei wieder konsolidieren kann. Zwar ist er intellektuell dem Provinzdemagogen Schönhuber eindeutig überlegen, doch fehlt ihm dessen Ausstrahlung. Ihm kann kaum zugetraut werden, ähnlich wie der Parteigründer die bayrischen Bierzelte zu füllen und die Athmosphäre der Biertische intuitiv zu erfassen und aufzugreifen. Gelingt dies jedoch nicht, dann könnten die Republikaner für ihre Zielgruppe ununterscheidbar von den Unionsparteien werden. Ein Grund, sie zu wählen, besteht dann nicht mehr.
Trotzdem erfüllen sie auch im Falle des Mißerfolges noch immer eine wichtige Funktion. Als drohendes Menetekel schweben sie über den Christdemokraten: Wenn ihr nicht so handelt, wie dies unsere Klientel erwartet und euch radikalisiert, dann erinnert sich diese wieder an uns und wählt uns auch. Die Macht im Staate könnte dann endgültig flöten gehen. Bereits heute sind es trotz noch immer weitgehend fehlender oder bescheidener Wahlerfolge, die durchweg niedriger sind als in den europäischen Nachbarländern, die Neofaschisten bestimmend für die Themen geworden, die politisch diskutiert werden. Die Konservativen radikaliseren sich dabei so sehr, daß sie nahezu ununterscheidbar von den Neofaschisten werden. In Frankreich, wo Le Pen auf eine Zustimmung zu seinen Ansichten in der Bevölkerung von 35% zählen kann, gelingt es ihm inzwischen, sich gegenüber dem einstmals liberalen Valerie Giscard d'Estaing als gemäßigt zu profilieren. Heute genügen bereits die Neofaschisten als Drohmittel, um die bürgerlichen Parteien zu veranlassen, selbst eine rassistische und zunehmend demokratiefeindliche Politik zu betreiben.

Der militante Flügel

Obwohl der militante Flügel des Neofaschismus in den Medien den meisten Platz einnimmt, vor allem dann, wenn sich seine Tätigkeit im Osten des Landes abspielt, obwohl dieser militante Flügel mit seinem offenen Terror die unmittelbarste Bedrohung darstellt, obwohl eine Aufrüstung und Brutalisierung dieser Szene nicht übersehen werden darf, stellt er trotzdem eindeutig nicht die Hauptgefahr dar. Wie die SA Teil der NSDAP war, sind auch die militanten Neonazis integraler Bestandteil des Neofaschismus mit einer wichtigen Funktion für dessen Ausbreitung. Doch so wenig die SA den Kurs der NSDAP bestimmt hat, so wenig geben die miltanten Neonazis den Kurs der Gesamtbewegung an. Der Schwanz wedelt eben nicht mit dem Hund.
Tatsächlich muß dem Bundesamt für Verfassungsschutz ausnahmsweise zugestimmt werden, wenn es feststellt, daß die inzwischen nahezu 300 Brandanschläge in diesem Jahr gegen Flüchtlinge nicht das Werk organisierten neofaschistischen Terrors sind. Dies ist allerdings kein Grund zur Beruhigung. Im Gegenteil. Wie verhetzt muß das Klima im Lande schon sein, wenn wie selbstverständlich Jugendliche im Suff losziehen,



Abbildungen: „Traum und Lüge Francos", Picasso 1937.
1. Bild: Franco, als eine Karikatur Don Quijotes, reitet gegen die Sonne.
2. Bild: Franco betet das Geld an.
3. Bild: Franco greift die Wahrheit und die Schönheit an.
4. Bild: Widerstand gegen Franco. Der Stier als Symbol für das spanische Volk.



um mal kurz ein Flüchtlingsheim abzufackeln. Wie verbreitet muß rassistisches Gedankengut sein, wenn typische deutsche Untertanen organisierte Krawalle und Attacken auf Flüchtlinge beklatschen. Wie fern demokratischen Bewußtseins müssen BürgerInnen sein, die, wie kürzlich in Hannover, seelenruhig zusehen, wenn ein 13jähriges Mädchen, das einen Button „Nazis raus' trug, von vier Skins in der U-Bahn-Station zusammengeschlagen wird. Nicht einer hielt es für nötig, wenigstens die Polizei zu alarmieren.

Die militante Faschoszene erfüllt ihre Funktion und spiegelt zugleich die Bewußtseinslage der Jugend insgesamt wieder. Politik wird als singleissue-Entscheidung gelebt: „Vor allem stinken uns die Ausländer." Organisierung in festen Gruppenstrukturen wird weitgehend vermieden. Zugeschlagen wird nach Lust und Laune und nicht auf Befehl. Ein Beitritt zu den etablierten Parteien kommt erst recht nicht in Frage, da Politikern allgemein, egal welcher Richtung, mißtraut wird.

In früheren Zeiten konnte von dieser Tendenz vor allem die FAP profitieren. Doch deren Zeit ist vorbei noch bevor sie jemals richtig begonnen hat. Friedhelm Busse, der Altterrorist an der Spitze des verbliebenen Grüppchens, der den spinnerten Martin Pape abgelöst hat, kann seine Mannen kaum noch zusammenhalten. Ein Landesverband nach dem anderen verabschiedet sich. Verblieben ist nur NRW und der kaum funktionsfähige Landesverband Niedersachsen. Der Rest stellt sich als organisierte Verwirrung dar. Kühnen-Intimus Heinz „Nero" Reisz leitet seine Landespartei „Deutsches Hessen", Christian Worch, Kühnens langjähriger Stellvertreter, leitet die „Nationale Liste" und zieht die Fäden im Hintergrund. In Bayern und Baden-Württemberg hat das ehemalige JN-Bundesvorstandsmitglied Michael Swieczek die „Nationale Offensive" ins Leben gerufen, die ausdrücklich für Mitglieder anderer Parteien offen ist und am ehesten ein neues Sammelbecken werden könnte.

Im Osten des Reiches

Noch verworrener ist die Lage im Osten des Reiches. Die wie ein Komet ins Licht der Öffentlichkeit gerückte „Nationale Alternative" ist durch einen rigorosen Selbstsäuberungsprozeß auf zwei Dutzend Mitglieder geschrumpft. Die „Deutsche Alternative", eigentlich eine Fremdgründung aus dem Westen, ist stattdessen der gegenwärtige Favorit. Daneben gibt es eine Vielzahl von lokalen Gruppen, die jedoch organisatorisch durchaus festgefügt sind wie die Hallesche Deutsche Jugend oder die Kameradschaft Gorbitz in Dresden, die sich gegen Einmischung von außen wehren sich aber durchaus ins neofaschistische Netzwerk einfügen.

Grund für diese organisierte Verwirrung ist wohl vorwiegend die Furcht vor einem drohenden Verbot angesichts der anhaltenden Terrorwelle. Wird eine Gruppierung verboten, stehen zwei andere bereits als Ersatz bereit. Eine Ausnahme in der neonazistischen Szene stellt in gewisser Weise die „Nationalistische Front" dar, die sich selbst als Kaderorganisation versteht, die ihre Mitglieder nach dem Leitbild des „politischen Soldaten" erzieht. Sie sollen Kampfbereitschaft mit Intellektualität verbinden. War diese Vorstellung bisher weitgehend Wunschdenken, so könnte der Beitritt des Hamburger Neonazis in der Anwaltsrobe Jürgen Rieger eine Trendwende andeuten. Daß die „Nationalistische Front" in der Lage ist, auch Großveranstaltungen mit internationaler Beteiligung durchzuführen, zeigte ihr verbotener Revisionistenkongreß in Roding. Erstmals gelang es ihr damit, über ihre bisherige Zielgruppe hinaus zu wirken.

Ein Resümee der Szene ergibt das paradoxe Bild, daß nahezu alle Organisationen des Neofaschismus personelle, organisatorische und finanzielle Probleme haben, die an die Grenze ihrer Existenzfähigkeit reichen, bürgerliche Parteien die rassistische Politik der Neofaschisten erledigen und ihnen zugleich andere Themen genommen haben, die Neofaschisten wie die DVU in Bremen jedoch trotzdem Wahlerfolge erzielen können. Die BRD liegt damit voll im rassistischen Trend, der in Europa gegenwärtig der vorherrschende Grundzug der Politik ist und im Gefolge der nationalistischen Welle auftritt. Wenn selbst im traditionell liberalen Schweden eine bürgerliche Koalitionsregierung nur durch die Tolerierung einer rassistischen Gruppierung wie der „Neuen Demokratie" möglich ist, dann sollte das ein Alarmzeichen sein. Wenn der neofaschistische „Vlaams Blok" bei den Wahlen in Belgien seine Stimmenzahl vervierfacht, dann sollten die Alarmglocken klingeln. Zu befürchten steht jedoch, daß die etablierten Parteien inklusive der Grünen sich opportunistisch immer weiter anbiedern werden. Im Gegensatz zu 1933 ist eine Machtübertragung nicht notwendig. Die Neofaschisten bestimmen Themenfelder der Politik, auch ohne an der Regierung beteiligt zu sein.

Ulla Jelpke / Volkmar Wölk

ANTIFA-RATSCHLAG DRESDEN

Anfang November fand der bundesweit angekündigte Antifa-Ratschlag in Dresden statt. Der folgende Bericht versucht aus der Sicht der AutorInnen den Ratschlag zu schildern und zu bewerten. Großartige Neuigkeiten sind aus Dresden jedoch nicht zu berichten.

Zur Entstehung des Antifa-Ratschlags

Als Reaktion auf den Aufmarsch von 2000 Nazis am 15.Juli in Dresden entstand die Idee der SAG (Sozialistische Arbeitergruppe) und der VL (Vereinigte Linke) Berlin, am 1.9.1991 für eine bundesweite Demo unter dem Motto „Dresden darf nicht Hauptstadt der Nazis werden" zu mobilisieren. Beim ersten Vorbereitungstreffen in Ost-Berlin waren Autonome aus diversen Städten sowie Teile der SAG, VL, PDS und unorganisierte AntifaschistInnen vertreten. Schnell wurde deutlich, daß die meisten Gruppen die bundesweite Demo in der momentanen Situation nicht für sinnvoll erachteten. Die DresdnerInnen betonten wiederholt, daß sie sich nicht stark genug fühlten, die Auswirkungen und Folgen der Demo in ihrer Stadt aufzufangen. Außerdem habe es im Vorfeld keinerlei Absprachen und Kontaktaufnahmen von Seiten der SAG mit den dort aktiven antifaschistischen Gruppen gegeben. Als Alternative zur Demo schwebte den Antifas aus Dresden ein sog. „Antifaschistischer Ratschlag" vor Augen, der die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch zwischen Antifas aus Ost und West bieten würde, theoretische Auseinandersetzungen mit Entstehung und Ursachen von Faschismus leisten könne und Raum für praktische und offensive Antifa-Arbeit ermöglichen würde.
Dieser Vorschlag wurde von allen Gruppen außer SAG und VL positiv aufgenommen. Beim zweiten Vorbereitungstreffen kristallisierte sich heraus, daß die organisierten Gruppen PDS, SAG und VL ihre eigenen Vorstellungen maßgeblich durchziehen würden. Die ursprüngliche Idee drohte hierbei immer mehr in den Hintergrund gedrängt zu werden, so daß sich die meisten der unorganisierten Gruppen aus den Vorbereitungen zurückzogen.

Der Ratschlag

Zum Ratschlag am ersten Novemberwochenende waren dann schließlich ca. 500 AntifaschistInnen aus Ost und West (vom bürgerlichen bis zum autonomen Spektrum) angereist. Bei der Auftaktveranstaltung wurde speziell auf die Situation in Dresden eingegangen. Der Samstagmorgen begann mit einem gemeinsamen Plenum, bei dem Antifas aus dem autonomen Spektrum in Ost-Berlin, ein ausländischer Vertreter und eine Vertreterin aus dem „EI" (antirassistisches Zentrum in West-Berlin) zu folgenden Punkten referierten:

- Situationseinschätzung, Fakten zu Neofaschismus, vor allem in den fünf neuen Ländern
- Wo liegen Schwerpunkte der Rekrutierungsfelder der neofaschistischen Bewegung in den fünf neuen Ländern (FNL)
- Wie schätzen Betroffene die faschistische Bewegung ein?

Die inhaltliche Auseinandersetzung des Kongresses fand in den AGs statt. Es wurden verschiedene theoretische AGs angeboten, die sich mit den Ursachen und Strukturen des Faschismus, der Asyldebatte und der sog. „Neuen Rechten" beschäftigten. Darüberhinaus gab es eher praxisbezogene AGs mit den Themen „Sozialarbeit gegen Neofaschismus?" und „Antifaschistischer Selbstschutz und/oder 'Sicherheitspartnerschaft' mit der Polizei?". Im Mittelpunkt der Diskussion in diesen AGs stand der Erfahrungsaustausch zwischen AntifaschistInnen aus verschiedenen Städten und ländlichen Gebieten sowie aus unterschiedlichen Zusammenhängen.
Sowohl am Freitag als auch am Samstag kam es in der Stadt zu bewaffneten Faschoüberfällen auf ein Kulturzentrum (die Scheune), bei denen einige Antifas verletzt wurden. Diese Überfälle sind für Dresden relativ „normal", zeigten aber noch einmal deutlich die Notwendigkeiten eines Erfahrungsaustausches über Antifa-Arbeit.

Bewertung

Erfahrungsgemäß sind Kongresse nicht dazu geeignet großartige Perspektiven zu eröffnen. Diese Erkenntnis hat sich (glaubt mensch tatsächlich den ständigen Agitationen der SAG und der „Links Wende") noch nicht bei allen durchgesetzt. „Links Wende" und SAG nervten den Rest des Ratschlags mit ihrem Ruf einer starken „Massenbewegung", allen voran das Proletariat, aufzubauen. Penetrant forderten sie erneut eine bundesweite Demo gegen Neofaschismus. Sie verstiegen sich sogar in der Behauptung: „Hätte es die bundesweite Demo am 1.9. in Dresden gegeben, wären die Pogrome in Hoyerswerda nicht möglich gewesen."
Diese „Massenbewegung" sollte durch den Ratschlag ins Rollen kommen. Der Ratschlag sollte als Startpunkt „ihrer" „Massenbewegung" dienen, die von einem willkürlich breiten Bündnis getragen werden sollte. Der Rest des Kongresses erteilte diesen Funktionalisierungsversuchen eine klare Absage.
Nun zum eigentlich interessanten Teil:
In den AGs, an denen die SAG kein Interesse zeigte, war ein intensiver Erfahrungsaustausch möglich. Genauer soll hier auf die AG „Antifaschistische Selbsthilfe und/oder 'Sicherheitspartnerschaft' mit der Polizei ?" eingegangen werden.
In diese recht große AG kamen ca. 40-50 AntifaschistInnen aus verschiedensten Städten und Zusammenhängen. Dies spiegelte sich auch in unterschiedlichen Fragestellungen der TeilnehmerInnen wider. Während der Diskussion wurde deutlich, daß die Situation jeweils unterschiedlich ist und sich die Antifa-Arbeit eben an diesen speziellen Bedingungen in den einzelnen Städten orientieren muß. Als Ergebnis dieser Diskussionen läßt sich festhalten, daß
- es keine „Sicherheitspartnerschaft" mit den Bullen geben kann. Vielmehr muß von einer weiteren Bedrohung durch die Bullen neben der der Faschisten ausgegangen werden. In den FNL (5 neue Länder) wird die Situation als noch nicht derart zugespitzt eingeschätzt.
- Selbstschutz ein sehr vielfältiger Bereich der Antifa-Arbeit ist und der ständigen Diffamierung durch Medien und Parteien ausgesetzt ist.
In der öffentlichen Auseinandersetzung ist es wichtig die unterschiedlichen Arten des Selbstschutzes (Aufdeckung faschistischer Strukturen, Fotos und Daten von bekannten Faschisten sammeln und veröffentlichen, Schutz bedrohter Ziele, offensives Auftreten gegen Faschos, Angriff auf faschistische Strukturen) darzustellen. Es muß vor allem deutlich gemacht werden, wie differenziert das Mittel Gewalt eingesetzt wird.
- unterschiedliche Rahmenbedingungen unterschiedliche Aktionsformen erfordern. Die Aktionsformen bedürfen der wechselseitigen Akzeptanz und Solidarität. Es darf durch die elende Gewaltdebatte kein Keil zwischen AntifaschistInnen getrieben werden.
- für Außenstehende immer deutlich zu erkennen ist, wer agiert. Es darf nicht vorkommen, daß PassantInnen Faschisten und AntifaschistInnen nicht auseinanderhalten können.
- ein wirklicher Schutz faschistischer Angriffsziele im Endeffekt nur durch die Betroffenen selbst geleistet werden kann. Von „Außen" kann nur eine Unterstützung dieses Selbstschutzes gewährleistet werden.
Daß allein ein Kongreß nicht zu direkten Handlungsperspektiven führt und wohl auch nicht führen kann, wurde am Samstagabend deutlich. Nach dem Faschoangriff auf die „Scheune" am Vorabend entbrannte eine chaotische Debatte unter den noch ca. 200 anwesenden Antifas, was zu tun sei. Der bunte Haufen von Leuten war nicht in der Lage, eine gemeinsame Strategie für die Nacht zu entwickeln. Dies lag teilweise daran, daß ein Teil nur auf eine Manifestation (sprich: Demo) des Antifa-Ratschlags gegen den Faschoübergriff am Freitag anstrebte (SAG), und ein anderer großer Teil sich in Dresden absolut nicht auskannte, demnach sich nicht in der Lage sah, gegen die Faschisten zu agieren. Hinzu kam das Problem der fehlenden Infrastruktur innerhalb der Dresdner Antifa-Szene.
Unsere Erwartungen an den Antifaschistischen Ratschlag waren aufgrund der Vorgeschichte nicht allzu groß, daher hielt sich unsere Enttäuschung in Grenzen. Im Nachhinein betrachtet haben wir während des Wochenendes eine Menge über die Probleme der Antifa-Arbeit in anderen Städten gelernt. Für die Zukunft wird es wichtig sein, den Austausch auf kleinerer Ebene fortzusetzen.

(GenossInnen aus Göttingen)

Diederich: Gefahr von links

Ferngelenkte Asylbewerber

Autonome an die Macht

Staatsanwalt ermittelt gegen Asylbewerber

Ordnungswidrigkeit von Flüchtlingen und Helfern geprüft
Berliner Polizei kritisiert ihre Greifswalder Kollegen

„Sturm" auf Greifswalder Asylantenheim weckt Zweifel:

Flucht-Motiv nur inszeniert?

Asylanten — aufgehetzt von linken Radikalen?

Flucht der Asylbewerber angeblich von Linksradikalen geplant

Innenminister Diederich spricht von lange vorbereitetem Szenario

Hafenstraße bislang nicht beteiligt

Autonome waren Drahtzieher der Asylanten-Flucht

Verstörte, mit deren Angst gespielt wird

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE

AUTONOME UNTERSTÜTZUNGSARBEIT FÜR DIE FLÜCHTLINGE IN NORDERSTEDT

Wir wollen hier an einem konkreten Beispiel zwei neue Ansätze von Flüchtlings-Solidarität vorstellen. Zum einen, daß sich die Flüchtlinge selber organisieren und aus einem eigenen Antrieb heraus Widerstand gegen Asylverfahren und Verteilungspolitik hier in der BRD leisten. Zum anderen das Beispiel praktischer Solidarität mit den Flüchtlingen als ein Ansatz autonomer Politik.

Zur Vorgeschichte

Am 12.9.91 hat sich eine Gruppe von ca. 70 Flüchtlingen aus 15 Nationen zusammengetan und ist in die Anscharkirche in Neumünster gegangen, um dort zu bleiben, bis ihnen Unterkünfte in den alten Bundesländern zugewiesen werden, und sie nicht auf die neuen Länder verteilt werden, wo sie um ihre Sicherheit fürchten.

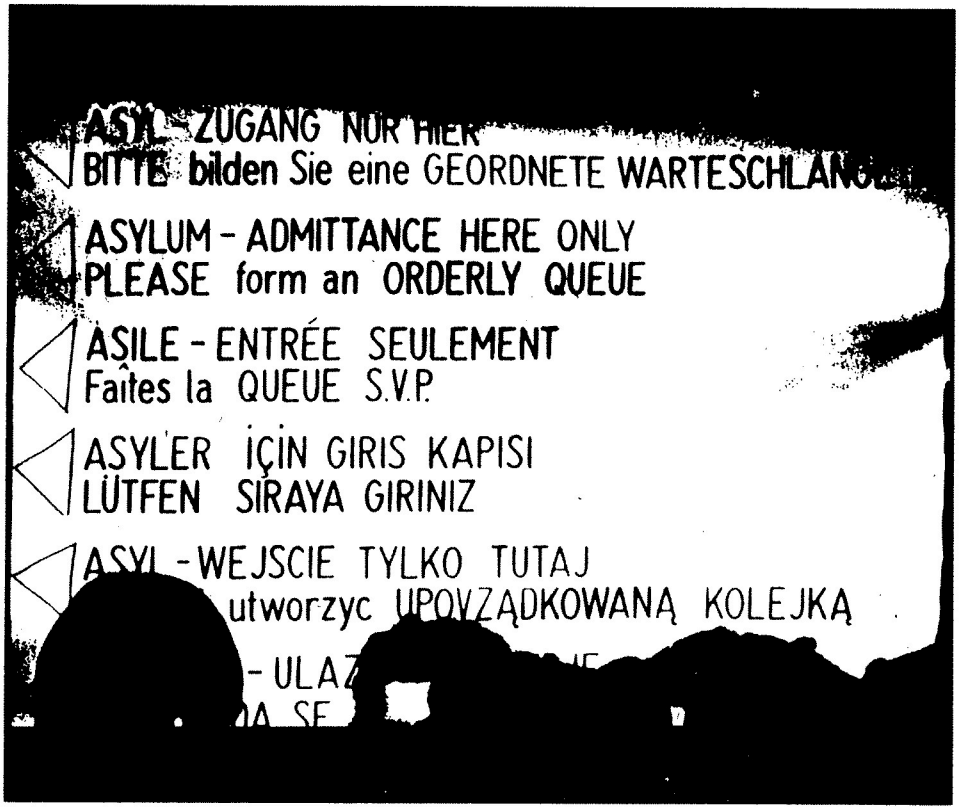
Die Kieler Regierung (SPD) erklärt, die Verteilung auch mit polizeilicher Gewalt durchsetzen zu wollen - das Hausrecht der Kirche solle aber vorerst akzeptiert werden. Die Kirchenleitung der Gemeinde reagiert anfangs ablehnend, duldet die Flüchtlinge aber aufgrund des öffentlichen Interesses vorerst. Nach 4 Wochen wird den Flüchtlingen von der Kirchenleitung ein letztes Ultimatum genannt. Sie müssen nach Greifswald in ein ehemaliges Militärhospital der NVA. Sollten die Flüchtlinge dies Angebot nicht annehmen, würden sie auf verschiedene Heime in den neuen Bundesländern verteilt. Die Flüchtlinge akzeptieren schließlich, obwohl sie auch darum wissen, daß es zu dieser Zeit schon zwei organisierte Fascho-Überfälle in Greifswald gegeben hat. Aber die Sorge davor, auseinandergerissen zu werden, bricht ihre bisherige Haltung.

Am 28.10. siedeln die Flüchtlinge nach Greifswald um. Bei der Ankunft stellen sie fest, daß die ihnen vorher zugesagten Sicherheitsleistungen nicht eingehalten worden sind.

In der Nacht zum 3.11. wird ihre neue Unterkunft von Rechtsradikalen überfallen, die Flüchtlinge können den Angriff jedoch abwehren. Am Tag darauf wird die Unterkunft erneut während und nach dem Fußballspiel Greifswald gegen Berlin von 200 Hooligans angegriffen. Das Haus wird mit Signalmunition beschossen und mit Steinen beworfen. Zwei Bewohner werden schwer verletzt.
Daraufhin rufen die Flüchtlinge bei ihren Unterstützerinnen in Neumünster um Hilfe. Diese organisieren einen PKW- und Bus-Konvoi und holen die Flüchtlinge in der Nacht zurück. Sie finden zuerst Aufnahme in der Shalom-Gemeinde in Norderstedt.
In der Woche darauf gibt es in Greifswald drei weitere rechtsradikale Überfälle.
Doch in der Presse geht es um anderes. Das Problem sind jetzt die Autonomen. Diese hätten die Flüchtlinge zu Werkzeugen ihrer Politik gemacht, hätten selbst die Überfälle inszeniert usw. Dies sind keine geistigen Orgasmen irgendwelcher Redakteure, sondern offizielle Stellungnahmen der zuständigen Ministerien in Schleswig-Holstein und Mecklenburg.

ERKLÄRUNG DER UNTERSTÜTZERINNEN

Am 12.9.91 besetzte eine Gruppe von ca. 70 Flüchtlingen verschiedener Nationalitäten die Anscharkirche in Neumünster, um gegen ihre drohende Verschiebung in die Ex-DDR zu kämpfen. Aus dieser Situation heraus entstand Unterstützungsarbeit von hauptsächlich autonomen Gruppen, die auch nach der Verschiebung der Flüchtlinge nach Greifswald, ihre Rückkehr nach Neumünster und jetzt in der Schalom-Kirche in Norderstedt anhält.
Zu unserer Arbeit wollen wir einiges sagen: Wir sind einige Männer/Frauen, die zum Teil schon seit vielen Jahren autonome antifaschistische Arbeit machen. Ein Teil dieser Arbeit ist der Kampf gegen rassistische und faschistische Strukturen. Zum einen gegen offene Strukturen (NPD,FAP, NF, DVU, REP, Wiking Jugend ...), sowie faschistischen Straßenterror, zum anderen gegen verdeckte Strukturen (Ausländerinnengesetz, Asylgesetz, Unitarier, ...). Gemeint sind faschistische Tendenzen/Strukturen in dieser Gesellschaft, die von der Regierungspolitik geschürt und forciert werden. Unsere Arbeit lief isoliert ab, das heißt, die Gruppen bestanden im wesentlichen aus deutschen Frauen und Männern. Punktuell gab es Verbindungen zu Migrantinnen/Flüchtlingen, wie z.B. Unterstützung bei laufenden Asylverfahren oder/und bei zunehmendem faschistischem Straßenterror. Die gemeinsame Basis des Letzten ist "Gemeinsam gegen Nazis". Die bisherige Flüchtlingsarbeit entstand mehr aus einem persönlichen Kennen der Menschen.
Was sich in den letzten Monaten verändert hat, ist, daß wir aus dem theoretischen Anspruch heraus, mit Flüchtlingen/Migrantinnen zusammenarbeiten zu wollen, erst jetzt verstärkt anfangen, dies in die Praxis umzusetzen. Ansätze sind z.B. gemeinsame Treffen und Zusammenarbeit mit Migrantinnen-/Flüchtlingsgruppen, Unterstützung beim Schutz von Flüchtlingsheimen im Hinblick auf Selbstorganisierung der Flüchtlinge, mehrsprachige Flugblätter usw.
Diese Ansätze zu einem praktischen Verhalten, dieses Sich-Herantasten, wurden von der Besetzung der Anscharkirche in Neumünster überrollt. Plötzlich waren da viele Flüchtlinge, die einen Kampf direkt vor unserer eigenen Haustür aufgenommen haben. Es ging nun nicht mehr darum, abstrakt theoretisch zu überlegen, wie wir auf Flüchtlinge zugehen sollten, wie Flüchtlingsarbeit aussehen könnte, sondern es ging um konkrete praktische Unterstützung, politisch, aber auch Organisierung des Alltags in der Kirche (Verpflegung, Kleidung etc. besorgen).
Es gibt einen Zusammenschluß von Flüchtlingen, die für sich einen Kampf begonnen haben, indem sie für sich bestimmt haben, was sie wollen, nämlich nicht in die Ex-DDR. Dazu sagen die Flüchtlinge:
"Und wir sagten 'Keine Abschiebung in die Ex-DDR'. Dies war die Parole unserer Botschaft, die wir versucht haben an die Menschen weiterzutragen, nämlich die Gefahr des drohenden Faschismus in der Ex-DDR. ... Wir müssen der Regierung nichts beweisen, denn der Prozeß unseres Handelns ist das natürliche Ergebnis einer verfehlten Abschiebepolitik der Regierung".
Ansatzpunkte für unsere Solidarität sind: Die Kirchenbesetzung ist ein Ausdruck davon, selbstbestimmt leben und handeln zu wollen, sich nicht nur für die eigenen sondern für die Interessen vieler auch über diese Gruppe hinaus einzusetzen. Selbstbestimmtes Handeln ist in dieser Gesellschaft nicht erwünscht. Gruppen, die für ihre Interessen kämpfen, stehen erstmal alleine da und sind auf Unterstützung angewiesen, auch in Bezug auf zu erwartende Repression. Das ist bei unseren Kämpfen nicht anders als jetzt bei den Flüchtlingen.
Wir wissen um die Situation der Migrantinnen in dieser Gesellschaft, daß sie als unterste Stufe in der Hierarchie wie der letzte Dreck behandelt werden. Wir wissen um die Gründe, warum Menschen aus ihren Herkunftsländern fliehen müssen - und sie alle haben berechtigte Gründe, hier aufgenommen zu werden. Die Verantwortung für die Situation in den Herkunftsländern trägt u.a. auch die BRD (z.B. Waffenexporte in die Türkei zur Vernichtung der kurdischen Bevölkerung; sogenannte Entwicklungshilfe mit Auflagen, die die wirtschaftliche Struktur der Länder zerstören und Abhängigkeiten schaffen). Aber es ist nicht allein das selbstbestimmte Handeln, sondern steht natürlich im Zusammenhang mit ihren Inhalten. Die gemeinsame Basis zwischen den Flüchtlingen und uns ist, gemeinsam gegen Rassismus zu kämpfen.
Die Forderung, nicht in die Ex-DDR gehen zu wollen, ist für uns diskutierbar, denn auch hier gibt es faschistischen Terror, Anschläge auf Unterkünfte von Flüchtlingen, Angriffe gegen Migrantinnen auf offener Straße, insgesamt vielleicht sogar noch mehr als in der Ex-DDR. Der Unterschied zur Ex-DDR ist jedoch, daß es in der BRD
— besser ausgebaute antifaschistische Strukturen gibt;
— Anwältinnen gibt, die sich mit der Asylgesetzgebung auskennen;
— Dolmetscherinnen gibt;
— und, daß die Bereitschaft der Bevölkerung, sich offen rassistisch zu verhalten noch nicht so ausgeprägt ist.
Aufgrund der genannten Unterschiede zur Ex-DDR unterstützen wir die Forderung der



Flüchtlinge, wir würden sie jedoch auch unterstützen, wenn es diese Unterschiede nicht gäbe, **DENN JEDER MENSCH HAT DAS RECHT, SEINEN/IHREN AUFENTHALTSORT SELBST ZU BESTIMMEN!**

Was uns in der Presse immer vorgeworfen wird, ist, daß wir die Flüchtlinge für unsere Kämpfe funktionalisieren würden.
(...)
Unsere Unterstützung sieht so aus, daß wir Einschätzungen von uns abgeben, die Flüchtlinge dies auch fordern, weil wir die Situation und die Bedingungen in der BRD länger kennen. Für die Flüchtlinge ist dies von Bedeutung, weil es in ihre Entscheidungsprozesse einfließt. Die endgültigen Entscheidungen treffen die Flüchtlinge selbst, über den gewählten Flüchtlingsrat, nach Rücksprache und Diskussion mit den einzelnen Sprachgruppen. Danach richtet sich auch unsere Unterstützungspolitik. Darüberhinaus besorgen wir Dolmetscherinnen, sorgen für einen Informationsfluß/-austausch in andere Gruppen, die sich solidarisch verhalten wollen, machen Veranstaltungen, Spendenaktionen usw. usw..
Die Flucht der Flüchtlinge aus der Ex-DDR ist kein Einzelfall, sondern hat inzwischen Ausmaße angenommen, die Politiker bereits von der "Gefahr von Flüchtlingsbewegungen innerhalb der EG-Binnengrenzen" sprechen lassen.
Mittlerweile sind ca. 8.000 (!!!) Flüchtlinge aus den ostdeutschen Notunterkünften in die westlichen Bundesländer oder sogar ins Ausland geflohen. Einzig in Nordrhein-Westfalen besteht ein Schutz vor Abschiebung nach Sachsen, welcher gerichtlich gegen die Landesregierung durchgesetzt wurde (Entscheidung vom 10.10.91, OVG Münster). Damit ist zum erstenmal die mangelnde Sicherheit als Fluchtgrund anerkannt worden. Laut einer Mitteilung von Pro Asyl vom 11.11.91 hat auch "das Land Hessen eine Lösung gefunden, die auch auf die Flüchtlinge aus Greifswald in ihrem Land angewandt werden sollte: Flüchtlinge, die Opfer von Gewalt waren, werden wieder in Hessen aufgenommen...".
Der Status der Flüchtlinge aber bleibt ungewiß. Trotzdem — und obwohl sie auch hier in zunehmendem Maße Übergriffen und Anschlägen ausgesetzt sind — ziehen die meisten eine Unterkunft im Westen vor.
Die meisten dieser 8.000 "Doppelflüchtlinge" wehren sich eher individuell durch Untertauchen im Westen. Doch der gemeinsame Kampf in der Schalom-Kirche in Norderstedt ist kein Einzelfall, es gibt weitere Kämpfe (in Berlin und Frankfurt) und sie stehen in einem Zusammenhang.
(...)
Auch in diesem Punkt wollen wir uns mehr auf andere UnterstützerInnengruppen beziehen, weil es ein gemeinsamer Kampf ist.

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

BLEIBERECHT FÜR ALLE!

FÜR OFFENE GRENZEN!

KEINE ABSCHIEBUNG IN DIE EX—DDR!

Einige Autonome UnterstützerInnen aus der Schalom-Gemeinde Norderstedt

Dokumentation:

„Wir hatten Angst — von Anfang an"

Presseerklärung der Flüchtlinge aus Greifswald, 10.11.91

Wir sind Flüchtlinge verschiedener Nationalitäten, die in die Schalomkirche gekommen sind. Wir wurden politisch verfolgt und wollten nicht länger Opfer der Gewalt sein — deshalb verließen wir unsere Heimatländer.

In unseren Herkunftsländern gehören viele von uns zu Minderheiten, und wir mußten gegen unmenschliche und ungerechte Behandlung kämpfen. Für uns ist es eine menschliche Pflicht, das zu ändern, was ungerecht ist. Das ist der Grund, warum wir verfolgt wurden — wir kämpften für die grundlegenden Menschenrechte.

Als Verfolgte kamen wir nach Schleswig-Holstein, um Asyl zu beantragen, in der Hoffnung, hier unsere schlechten Erfahrungen vergessen zu können. Wir kamen hierher mit unseren Familien und Kindern und waren voller Hoffnung. Doch auch hier fanden wir bisher nicht die Sicherheit, die wir suchten.

Bereits vor unserem Transfer nach Greifswald hatten wir von der Situation in den fünf neuen Bundesländern gehört; über die Medien, von anderen Flüchtlingen, die angesichts der ständigen Angriffe zurückgekehrt waren, von Freunden und von Verwandten. Wir wußten um die vielen und massiven Angriffe, wir wußten, daß Menschen sogar getötet worden waren. Deshalb weigerten wir uns, in die Ex-DDR zu gehen, obwohl die Regierung dies anordnete. Deshalb gingen wir in die Anscharkirche. Wir wollten solche schrecklichen Erlebnisse nicht durchmachen.

Während unseres 45-tägigen Aufenthaltes in der Kirche versuchten wir, unsere Motivation in der Öffentlichkeit zu vermitteln. Wir wollten nicht zu einem abschreckenden Beispiel für eine Tragödie in der Ex-DDR werden. Einige der Flüchtlinge, die zu uns in die Kirche kamen, waren in der Ex-DDR gewesen. Sie kamen zurück, denn sie wurden angegriffen und geschlagen.

Trotzdem weigerte sich die Regierung, die wachsende Gefahr in der Ex-DDR wahrzunehmen. Hingegen begann die Regierung, Druck auf uns, die wir als Asylsuchende ungeschützt und rechtlos sind, auszuüben. Die Regierung änderte ihre starre Haltung in der Transferpolitik nicht, um ihr Gesicht in der Öffentlichkeit nicht zu verlieren. Anstatt uns als Menschen anzunehmen, klammern sie sich an Regeln und Bestimmungen.

Unsere Proteste waren nutzlos. Man sagte uns, es gebe diese sogenannte gemeinsame Lösung, die für uns hieß: zurück nach Greifswald. Die Anscharkirche spielte die Tatsache, daß die Faschisten öffentlich angekündigt hatten, daß sie uns angreifen würden, herunter. Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern ignorierten die bedrohlichen Situationen vollständig.

Wir mußten diese Lösung akzeptieren, weil die Kirche damit drohte, das Gebäude ansonsten polizeilich räumen zu lassen. Wir verließen die Kirche gegen unseren Willen, denn wir wußten, in Greifswald würden wir Zielscheibe für faschistische Angriffe sein. Und bereits sechs Tage nach unserer Ankunft wurden wir zu einem weiteren Beispiel für die tragischen Ereignisse in der Ex-DDR.

Zuerst wurden wir von einem Mob von etwa 150 Faschisten angegriffen! Sie warfen Steine und schossen mit Gaspistolen und Leuchtkugeln. Zu diesem Zeitpunkt war keine Polizei da, um uns zu schützen. Sie traf erst eine halbe Stunde später vor dem Haus ein. Später gab es einen zweiten Angriff, bei dem sich 100 Faschisten beteiligten. Der erste Angriff passierte so schnell, daß wir die Tür nicht richtig verschließen konnten. Wir mußten uns mit unseren Körpern gegen die Tür werfen, um den rasenden Mob daran zu hindern, sie zu durchbrechen..

Über einen der anwesenden Unterstützer aus Neumünster, einen Vertreter von amnesty international, sandten die Flüchtlinge einen Hilferuf an den Pastor der Anscharkirche. Der jedoch bot keinerlei konkrete Hilfe an. Daraufhin telefonierten wir mit anderen UnterstützerInnen, die sofort einen Konvoi organisierten, um uns abzuholen. Sie waren es, die unser Leben und das unserer Kinder gerettet haben. Sie verhielten sich äußerst menschlich. Diederich, der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, nannte das „politisches Kidnapping".

Nach unserer Ankunft in der Anscharkirche gegen 11 Uhr hieß uns Pastor Möbius willkommen. Er sprach uns sein Bedauern über die Geschehnisse aus. Nachmittags gab es ein Treffen zwischen der Kirche und der Landesregierung von Schleswig-Holstein. Abends gegen 23 Uhr kam eine Person nach draußen und übergab uns die Entscheidung des Kirchenvorstands. Diese Erklärung machte es klar, daß wir nicht willkommen waren und daß wir nach Greifswald zurückkehren sollten. Sie sagten, sie würden bedauern, daß wir so schnell zurückgekehrt seien.

Sie sagten nicht, daß sie bedauerten, daß wir angegriffen wurden. Niemand hat uns gefragt, was wir durchgemacht haben. Es ist schon interessant zu beobachten, wie sich menschliche Werte an einem einzigen Tag verändern können. Wir haben die Realität der Ex-DDR erfahren. Wir haben Diederichs Kommentare gehört und gelesen und wir wissen, was wir weiter in Mecklenburg-Vorpommern zu erwarten haben. Wir beschließen unsere Stellungnahme mit einem Appell an ihr Gewissen.

Das ist ein Zitat von Henry David Thoreau: „Das sind ungerechte Gesetze. Sollen wir uns damit zufrieden geben, sie zu befolgen, oder sollen wir es auf uns nehmen, sie zu verbessern und sie solange befolgen, bis wir es geschafft haben, sie zu verändern, oder sollen wir nicht solche Gesetze sofort übertreten?"

FÜR OFFENE GRENZEN AUCH IN UNSEREN KÖPFEN

Vom 28.10. bis zum 9.11.91 fanden in Hamburg im Rahmen der „Antirassistischen Tage" Veranstaltungen und Aktionen statt. Die fast durchweg sehr gut besuchten Diskussionsveranstaltungen zeigten, daß Antirassismus die radikale Restlinke über ein aktionistisches Konjunkturthema hinaus interessiert – doch wer jahrelang linke Politikfelder an eigenen „Betroffenheiten" gesucht hat, tut sich schwer, – so zeigt sich – ein dem Thema angemessenes Politikverständnis zu entwickeln.
Ich will im Folgenden weder einen Bericht über den Verlauf der „antirassistischen Tage", noch eine Einschätzung über Erfolg oder Mißerfolg geben, sondern die Schwierigkeiten beschreiben, die viele deutsche Linke mit dem Thema offensichtlich haben – in der Hoffnung, daß Diskussionen zukünftig weniger stereotyp verlaufen.

Das antirassistische Spektrum bis Herbst 91

Bevor Rassismus und antirassistische Gegenwehr in diesem Herbst durch die eskalierende Gewalt gegen Flüchtlinge zum Konjunkturthema wurde waren nur wenige Gruppen – über das obligatorische Bekenntnis hinaus, daß Linke antifaschistisch, antirassistisch und antisexistisch zu sein haben – antirassistisch aktiv: Die betroffenen MigrantInnen selbst, soweit sie trotz der herrschenden Gesetze die Möglichkeit hatten, sich zu organisieren; deutsche UnterstützerInnen in Bleiberechtskomitees u.ä. verstanden sich oft als Anwälte der Armen und Entrechteten und weniger als (nur!) gleichberechtigte Mitkämpfer. Dennoch waren diese Gruppen trotz Helfersyndrom allemal effektiver im Kampf gegen die sich ständig verschärfende Situation der Migrantinnen als v.a. jene Antifagruppen, die aus einer politischen Analyse heraus Antirassismus zum Schwerpunkt der Arbeit machen wollten: So manche hatten erkannt, daß die Hauptopfer der Phase der „Wiedervereinigung" und EG-Formierung MigrantInnen, insbesondere Flüchtlinge aus dem Trikont, insbesondere weibliche, sein würden – doch selbst wenn wir in Schnellkursen Ausländergesetz, Asylverfahrensgesetz, Abschiebepraktiken geschult hatten, scheiterte die Zusammenarbeit schon daran, daß kaum jemand Kontakte zu den Flüchtlingen hatte. Eben deshalb war und ist oft noch unklar, mit welchem Selbstverständnis deutsche Linke sich antirassistisch definieren; schließlich gilt es zu erkennen, als Privilegierte für anderer Menschen Rechte einzutreten. Wir biegen oft die eigene Position als durch den gemeinsamen Feind ebenso betroffen zurecht: Staat und Faschisten verfolgen uns als Linke, euch als Ausländer, deshalb sitzen wir in einem Boot.
In Frauenzusammenhänge, die schon länger zum Thema arbeiten, hat die Erkenntnis von der privilegierten Stellung deutscher (Frauen) meiner Wahrnehmung nach schon früher Einzug gehalten, weil MigrantInnen, Afrodeutsche und Jüdinnen eine Auseinandersetzung um die doppelte Unterdrükkung durch Patriarchat und Sexismus bzw. Antisemitismus eingefordert hatten. Die Auseinandersetzung trug aber nicht immer dazu bei ein politisches Selbstverständnis zu entwickeln, das jenseits von Bevormundung handlungsfähig macht, wenn sie in lähmender Selbstbeschuldigung zu einer Art Überidentifizierung mit der Täterinnenrolle führte: („Ich als weiße, europäische, arische (!!!) Frau...").
Andere, v.a. Antifa-Aktivisten (und weniger AktivistInnen), verstanden sich auf der oben erwähnten Bekenntnisebene als „natürlich" antirassistisch und hatten durch den tatsächlichen gemeinsamen (Straßen)-kampf mehr oder weniger zufällige Aktionsgemeinschaften mit Migranten (und weniger Migrantinnen).
Das war – meiner Wahrnehmung nach – die Ausgangssituation, als eine Gruppe von InitiatorInnen „alle Gruppen und Initiativen, die zu Fragen des Internationalismus, zur Migrations- und Flüchtlingspolitik, gegen den Rassismus der imperialistischen Staaten und Metropolengesellschaft arbeiten" zur Vorbereitung der „antirassistischen Tage" einluden.
Die InitiatorInnen, Linke mit dem oben skizzierten politischen Zugang zum Thema Rassismus, wollten mit den „Antirassistischen Tagen" keine kurzfristige Kampagne, die vom nächsten tagespolitischen Thema abgelöst wird, sondern einen „inhaltlichen und organisatorischen Anfang (..) im Kampf gegen rassistische Strukturen in Staat und Gesellschaft" machen. Während der Vorbereitungsphase eskalierte die rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge, von Hoyerswerda ausgehend, in der gesamten BRD und bestimmte weitgehend die Inhalte und den Verlauf der Veranstaltungen. Statt, wie ursprünglich gedacht, auch die rassistischen Selektionsstrategien der Gentechnologen und „Euthanasie"befürworter in die Analyse miteinzubeziehen, beschränkte sich das Spektrum der Informationsveranstaltungen dann doch auf die Situation von Flüchtlingen in der BRD/Europa.
Und die Diskussionen?

Von Deutschen und Menschen

In den Wochen vor Beginn der „Antirassistischen Tage" wurden die Überfälle auf

Flüchtlinge in der BRD das Konjunkturthema. Alle Nachrichtensendungen des BRD-Fernsehens hatten – ob zur Abschreckung oder Nachahmung war manchmal undeutlich – eine feste Rubrik zur Zusammenfassung der Überfälle der vorangegangenen Nacht eingerichtet, und jeder deutsche Bürger hatte gegen jede Gewohnheit eine Meinung – zum Thema „Ausländer". Entweder ließen sie die rassistische Sau raus, sobald ein Mikro in der Nähe war – in einem Ausmaß, das selbst uns erschüttern konnte, oder sie beschrieben (lieber in Leserbriefen an die Lieblingszeitung, vorsichtshalber), daß sie zwar auch gegen „Asylmißbrauch" sein, sich aber dennoch „schämten". Die Linke schämte sich auch, die Vertreibung der Flüchtlinge aus Hoyerswerda nicht verhindert zu haben, als in der letzten Oktoberwoche die „Antirassistischen Tage" begannen; Es waren viele gekommen, über das einschlägige Spektrum bekannter AktivistInnen hinaus, alle bereit, zu „schützen". Die Diskussion um das Wie verlief schaurig durcheinander und zeigte einige grundsätzliche Defizite deutscher Hilfsbereitschaft auf, die in allen Diskussionsveranstaltungen wiederkehrten.

Da ist zunächst die Sprache. Ohne den Anflug leisesten Zweifels in der Stimme sollen „Asylanten" geschützt, „Ausländerfeindlichkeit" bekämpft und mit „Ausländern" oder „ausländischen Mitbürgern" zusammengearbeitet werden. Der auf einer der Veranstaltungen resigniert vorgetragene Vorschlag, jeder weiteren einen Sprachkurs voranzuschicken, ist nachvollziehbar, (hätte aber wahrscheinlich denselben Effekt wie die sprachliche Läuterung mancher Männer, die brav an jedes Substantiv eine weibliche Endung setzen, ohne ein Gramm Feminismus kapiert zu haben).

„Asylanten" ist Demagogie der äußersten Rechten dieses Landes. Der staatliche Rassismus geht in seiner Begrifflichkeit davon aus, daß Flüchtlinge sich um Zuflucht zu „bewerben" haben wie um einen Job, und, wenn sie zu den 0.5% gehören, die den derzeitigen Kriterien entsprechen, „Asylberechtigte" werden können. „Asylanten" geht, als Zusammenfassung von „Bewerbern" und „Berechtigten" noch über deren Schweinigkeit hinaus, weil der Begriff sich nicht mal mehr scheinbar für die politische Verfolgung der Flüchtlinge interessiert. Wer ihn mit linkem Selbstverständnis benutzt, oder Menschen, die ungefähr 10mal länger als sie selbst in Hamburg leben als „Ausländer" bezeichnet, braucht mehr als einen Sprachkurs. Dennoch: Flüchtlinge, Rassismus und MigrantInnen.

Wer ist Täter...

Die Bilder der beifallklatschenden Hoyerswerder Bevölkerung haben weltweit zu der Einsicht geführt, daß „das deutsche Volk" ein rassistischer Sauhaufen ist. Nicht so in der deutschen Linken. Keine Diskussion über die Trägerschaft des Rassismus in dieser Gesellschaft verläuft ohne den Einwand, daß die Einschätzung, 95? 99?% der Deutschen seien rassistisch, a) falsch, b)aus bündnispolitischen Gründen zu verschweigen , oder c) arrogant sei, weil vorausgesetzt wird, man nähme sich selbst aus. Diese Einwände entstehen entweder aus dem Wunsch, aller Erfahrungen zum Trotz, sich auf die deutsche Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt beziehen zu können (und gerade in die Ex-DDR-Bevölkerung setzen manche Linke Hoffnungen, aus Gründen, die ich beim besten Willen nicht nachvollziehen kann), – oder, um die alte Antifa-Agitation zu retten: „Nazis raus" (und das Rassismusproblem ist gelöst).

Andere, die sehen, daß Rassismus Massenbewußtsein ist, wählen die Konstruktion der perfiden Herrschenden, die der willenlosen Arbeiterklasse Rassismus quasi einimpft, um sie zu spalten – und machen damit doch nur wieder mal die Täter zu Opfern. Zudem geht diese Agitation von der Behauptung aus, privilegierte Facharbeiter und Flüchtlinge aus dem Trikont hätten tatsächlich dieselben Interessen – und vernachlässigt die uralte Einsicht, daß der relative Wohlstand hier auch für Facharbeiter von der sog. „Dritten Welt" bezahlt wird. Nichts neues also, nur besonders unsinnig, wenn damit die Forderung nach „Offenen Grenzen für alle" durchgesetzt werden soll.

Wer in der linken Öffentlichkeit derzeit erwähnt, die viel beschrieenen Ängste und Nöte der deutschen Bevölkerung wären ihr scheißegal angesichts der rassistischen Hetze, wird schnell den Vorwurf „sektiererisch" ernten. Das ist, seit dem ängstlichen Gekuschel der Restlinken, die die „Wiedervereinigung" ohne völlige Gehirnwäsche überstanden hat, als böses Schimpfwort gemeint. Interessant finde ich es, wenn offen ausgesprochen wird, was als Strafe auf Sektierertum steht: Scheitern. Interessant deshalb, weil es verrät, daß als Niederlage unsere – längst vollzogene – Marginalisierung in der deutschen Bevölkerung gesehen wird, und nicht etwa die weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen.

Staatlicher Rassismus, rassistischer Terror und rassistisches Bewußtsein der Bevölkerung existieren in unterschiedlicher Ausprägung wahrscheinlich in allen Metropolenstaaten. Aufgrund der deutschen Geschichte, und deren Kontinuität in der BRD gibt es eine spezifisch deutsche Schärfe oder Gefährlichkeit, die die Gleichsetzung mit z.B. anderen EG-Ländern trotz deren gesetzlicher Angleichung an BRD-Vorgaben und anderen Parallelen nicht zuläßt:

Der deutsche Nationalismus unterscheidet sich von anderen durch einen Chauvinismus, der „das deutsche Volk" über alle anderen erhebt. Die Zugehörigkeit wurde von jeher nicht auf ein Territorium bezogen, sondern durch die rein rassistische Kategorie „deutsches Blut" entschieden, die bis heute die Staatsbürgerschaft bestimmt.

In der BRD lebte dieser Chauvinismus in den weiten Teilen der Bevölkerung fort, die 1945 nicht als Sieg über die Barbarei, sondern sich als Opfer eines verlorenen Krieges sehen wollten und war Grundlage des (Grund)gesetzes. Teilweise bruchlose Weiterverfolgung der im Faschismus aus rassistischen Gründen verfolgten Roma und Sinti, Anwerbung von ArbeitsmigrantInnen ohne Bleiberecht, eine Apartheid durch das „Ausländergesetz", ständige Aushöhlung des (zudem sexistischen) Asylrechts sind einige Beispiele der rassistischen Politik der BRD.

Selbst jetzt, in einer Situation, in der wir die Eskalation dieses Rassismus als Staatsdoktrin und Massenbewußtsein erleben, scheint es diskussionswürdig, ob es überhaupt eine historisch bedingte deutsche Besonderheit gäbe. Manche, wie die SAG, können Diskussionen um diese Frage stundenlang physisch beiwohnen, und schreiben dann „Gibt es eine biologisch (Hervorh. der Autorin) festgelegte menschliche Natur, die den Kampf gegen Rassismus verhindert?"*

Betroffenheit heißt im derzeitigen linken Sprachgebrauch das persönliche Erleiden von Unterdrückung, Repression und sonstigem sozialen Elend und gilt als Motivation, dagegen zu kämpfen. Dementsprechende Schwierigkeiten macht manchen die Beantwortung der Frage, warum jemand als deutsche/r Linke/r gegen Rassismus kämpft. Entweder wird einfach behauptet, als Frau, Linke/r oder AntifaschistIn auch „betroffen" zu sein, weil Rassismus (gemeint ist wohl Faschismus) auch Frauen und Linke vernichten will, oder es wird als selbstverständlich abgetan, weil Linke Antirassismus so tief verinnerlicht haben. Doch so einfach ist es nicht, und auch wenn mein Widerwillen gegen die meist selbstkasteiende Form auch noch so groß ist, geht kein Weg an der Auseinandersetzung mit linkem Rassissmus vorbei. Über die beschriebenen Sprachprobleme der Deutschne hinaus: Wieviele Vorurteile über Rückständigkeit, (gemessen an unserer Fortschrittlichkeit) exisitieren in der Linken bezüglich MigrantInnen und Flüchtlingen, deren Herkunftsländer, MigrantInnenorganisationen, Religionen, insbesondere des Islams? Wer akzeptiert ohne weiteres Selbstorganisierung von Flüchtlingen, die die Zusammenarbeit mit Deutschen ablehnen? Wieviele deutsche FeministInnen glauben nicht, türkische, lateinamerikanische, afrikanische (nach Belieben zu verlängern) Männer wären frauenfeindlicher als deutsche? Auf jeder der Veranstaltungen war es nötig, daß MigrantInnen darauf hinwiesen, und den anwesenden Deutschen erklärten, daß sie von Rassismus ebenfalls „betroffen" sind, – nur eben als (potentielle) Täter. Das zu akzeptieren, scheint unglaublich schwer zu fallen. Stattdessen behaupten manche plump, „auch ich bin Ausländer". (Die Parallelen zu männlichen Feministen drängt sich mir auf, die am liebsten zur Frau ehrenhalber ernannt werden wollen).

Das Privileg eines deutschen Passes bedeutet auch, einen größeren Spielraum politischer Betätigung zu haben. Wir sollten ihn nutzen, um Flüchtlingsinitiativen zu unterstützen, ohne Heiligsprechung, ohne Bevormundung, und ohne beleidigt zu sein, wenn wir überflüssig sind.

Regine

*) Aus eim Aufrufflugblatt der Hamburger Ortsgruppe der SAG zu einer Veranstaltung, die zeitlich unmittelbar nach Abschluß der „Antirassistischen Tage" stattfand. Ohne diese sicher wenig einflußreiche Gruppe zum Lieblingsfeind machen zu wollen, bietet es sich an, einen weiteren Abschnitt dieses Textes als Beleg für die oben beschriebene These „Rassismus als Instrument zur Spaltung der Arbeiterklasse" zu zitieren, weil sie hier so prototypisch ist: „Konservative Regierungen und die Sozialdemokraten haben Rassismus in Krisenzeiten immer wieder zur Spaltung der Arbeiterklasse benutzt, um Massenentlassungen, Lohnsenkungen etc. durchzusetzen. Profitieren die deutschen Arbeiter von dieser rassistischen Politik?"

Abbildungen zu beiden »Offene-Grenzen«-Artikel aus dem Triptychon „Ausfahrt" von Max Beckmann (1933)

ALLE GRENZEN OFFEN

DER RASSISMUS DARF NICHT DIE MIGRATIONS-DEBATTE BEHERRSCHEN

Der lautstarke und gewalttätige Rassismus hat unter anderem erreicht, daß sich die Diskussion um das bundesdeutsche Asylrecht in atemberaubender Schamlosigkeit beschleunigt hat. Von ganz rechts bis zu den Grünen sind alle sich einig, daß der Wohlfahrtsstaat BRD den Strom derer, die da kommen, nicht mehr verkraften könne. Es wird an einem juristischen Eisernen Vorhang gebastelt, mit Minenfeldern aus Paragraphen.

CDU und CSU wollen ganz offen das Grundrecht auf politisches Asyl einschränken, die SPD will die Abschiebung der angeblichen Wirtschaftsasylanten (und sie meint damit die Mehrheit der Asylbewerber) möglichst stark beschleunigen bzw. die Leute gar nicht erst ins Land lassen. Die Grünen wollen den Realitäten immerhin soweit Rechnung tragen, als sie die BRD zum Einwanderungsland erklären. Sorgenvollen Eingeborenen machen sie das Konzept damit schmackhaft, daß sie nicht näher definierte Einwanderungsquoten einführen wollen. Schon hat sich Bundes-Richi für den Vorschlag erwärmt, der das Gewissen der Wohlhabenden beruhigen mag und der doch das Problem von der falschen Seite betrachtet: nämlich aus der Sicht derer, die im sicheren Hafen sitzen und dieses Refugium verteidigen wollen, nicht aber aus der Sicht derer, die sich in ihrer Not, aus politischer Verfolgung oder sozialem Elend, auf einen ungewissen Marsch machen.

Sicher ist, daß deren Zahl in den letzten Jahren gestiegen ist und weiter steigen wird – sich da etwas vorzumachen, ist der Sache überhaupt nicht dienlich. Vor zehn Jahren, 1981, kamen 50.000 AsylbewerberInnen in die BRD, in diesem Jahr über 200.000 und dazu noch eine Viertel Million „deutschstämmiger" AussiedlerInnen. Dieser Trend bezieht sich nicht nur auf die BRD. Die World-Media-taz versuchte, die Süd-Nord-Migrationsströme bis zum Jahr 2000 zu prognostizieren und kam beispielsweise auf annähernd 5 Mill. Menschen aus Nordafrika, ebenso viele aus Nahost (incl. Türkei) und auf ca. je eine Million aus Schwarzafrika und Fernost, die Richtung Westeuropa aufbrechen werden (zuzüglich 5 bis 10 Millionen aus UdSSR und Osteuropa).

Traut mensch diesen Zahlen zumindest annähernd, so wird sich die Zahl der AusländerInnen in der BRD von derzeit 5 Millionen (= 7%) auf ungefähr 8 Millionen (= 11%) erhöhen, zuzüglich einer kaum prognostizierbaren Zahl „deutschstämmiger" OsteuropäerInnen. Soviel zur Statistik.

Westeuropas Tradition in Sachen Migration

Es entbehrt nun nicht einer gewissen Ironie, daß Westeuropa, das in derlei Migrationsströmen kaum etwas anderes zu sehen vermag als eine Gefahr für das abendländische Kulturerbe, selbst über eine beachtliche Tradition in Sachen Migration verfügt. Im letzten Jahrhundert wanderten aus Europa 29 Millionen Menschen aus, teils um sozialem Elend oder politischem Druck zu entfliehen, teils um woanders Geld zu machen. 8,5 Millionen waren es allein zwischen 1890 und 1900. Größtenteils gingen diese Menschen in die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada oder Australien, zu einem guten Teil aber auch in die Staaten der jetzigen 3. Welt. Und dort fungierten sie tatsächlich oft genug so, wie es heute Angst- oder Wahnvorstellungen oder reiner Rassismus den MigrantInnen in Westeuropa unterstellen: Sie störten, und zwar in vielerlei Hinsicht. Als freiwillige oder unfreiwillige Agenten von Militär- und Kapitalmacht zerstörten sie die kontunierliche Entwicklung der jeweiligen nationalen Gesellschaften, pfropften ihnen eigene (vor allem: christliche) Wertvorstellungen, strategische Militärinteressen und Profitinteressen auf. Das Resultat der abendländischen Missions- Kolonial- und Imperialgeschichte ist bekannt: Monokulturen in der Landwirtschaft, rabiate Ausbeutung und einseitige Exportorientierung in der Industrie, schwindelerregende Verschuldung, gigantische Umweltzerstörungen. Und wir selbst in den Metropolen, es soll nicht vergessen werden, als Genießer billigen Kaffees, wohlfeiler CD-Player und exotischer Früchte.

Der latente Rassismus, der sich in jener Epoche herausbildete, war geprägt vom Überlegenheitsgefühl des „zivilisierten" Europas und seinem Anspruch, überall auf der Welt ein Wörtchen mitreden und sich in die Belange des jeweiligen Landes einmischen zu können. In der heutigen Ausländerfeindlichkeit drückt sich dieser Anspruch als Furcht aus, andere Völker könnten „Migration" ebenso eng an „Eroberung" koppeln wie unsereins es dereinst tat.

Dabei sind die Vorzeichen natürlich exakt gegenteilig; der europäischen Emigration ging Eroberung und Inbesitznahme voraus; der heutigen Migrationswelle Unterwerfung und Funktionalisierung. Dabei ist es müßig, für jede Teilkatastrophe in der 3. Welt den monokausalen Zusammenhang mit dem Wirken des Imperialismus zu suchen oder einen entsprechenden Nachweis zu verlangen. Die Situation in dieser Welt ist unzweifelhaft Resultat ihrer imperialistischen Aufteilung, auch wenn sich Teilkatastrophen ihre eigenen Wege suchen. Und diese Situation steht in eklatantem Mißverhältnis zu den historischen Verheißungen „westlicher Zivilisation". Nach Angaben der FAO hungern derzeit 530 Millionen Menschen akut; die Kindersterblichkeit steigt wieder; Seuchen, die schon ausgerottet schienen, tauchen wieder auf. Soziale und ökologische Katastrophen und die politischen Eruptionen, die sie auslösen, führen ganz zwangsläufig zu einem Heer von Flüchtlingen überall auf der Welt. 1990 gab es nach einer Zählung der UNO 15 Millionen Flüchtlinge auf der Welt (plus die exilierten Palästinenser). Von ihnen hielten sich 6 Millionen in Asien auf, 4,4 Millionen in Schwarzafrika und gerade mal 2,3 Millionen in Europa und den USA. Das Gros der Migrationsströme haben also die 3.-Welt-Staaten selbst zu bewältigen, und sie sind, vor allem in akuten Situationen, tatsächlich oft überfordert damit.

Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff

Die reichen Industriestaaten haben diese Entwicklungen in ihr strategisches Kalkül miteinbezogen. Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat es ihnen ermöglicht, unter dem Schlagwort der „Neuen Weltordnung" neue imperiale Strukturen zu konzipieren. Da die Krise in der 3. Welt ökonomisch kaum noch zu meistern ist, wird (unter Führung der USA) auf militärische Interventionsfähigkeit gesetzt. Die Neuordnung der Entwicklungshilfe verdeutlicht dies drastisch: Neuerdings wird diese Hilfe (auch der BRD) vom Wohlverhalten der „Nehmerländer" im militärischen Bereich abhängig gemacht. Länder mit hohem Rüstungsetat erhalten weniger, solche mit geringeren

Etats mehr Wirtschaftshilfe. Die Mittel der BRD an Indien beispielsweise wurden aus diesem Grund im laufenden Jahr um 80 Millionen Mark gekürzt. Was sich in der gängigen Polit-Rethorik sauber moralisch begründen läßt, liest sich im Kontext mit der neuen Militärdoktrin der USA ganz anders. Es geht keineswegs um die weltweite Minderung der Militäretats (da müßten die USA bei ihrem eigenen 300 Milliarden-Dollar-Etat anfangen), sondern um die bessere militärische Kontrolle der Metropolen über die 3.-Welt-Staaten.
Die Zukunft der 3.-Welt-Länder wird so sein wie ihre Gegenwart, nur noch schlimmer. Die Zukunft der reichen Industrieländer soll so bleiben wie ihre Gegenwart, nur noch besser. Eines bedingt das andere, und zu den Instrumentarien dafür gehören unter anderem, neben den militärischen Optionen, vor allem kontrollierbare Grenzen, um das Elend an Ort und Stelle zu halten. Die Grenze zwischen Mexiko und den USA gleicht mittlerweile der zwischen Ost- und Westeuropa vor wenigen Jahren. Gegen politische Flüchtlinge aus Haiti wird in diesen Tagen der Küstenschutz verstärkt, um sie bloß rechtzeitig abzufangen. Auch die offiziellen Einwanderungsbestimmungen werden verschärft. Die EG-Staaten streben einheitliche Regelungen gegen die Migrationsströme an. Die BRD fingert am Asylrecht herum. – Selbst jene geringen Ausläufer der Flüchtlingsströme, die Europa oder die USA schließlich erreichen würden, sind den Herrschenden hier schon zuviel. Soll die 3. Welt sich selbst damit herumschlagen. Wir schikken dann Zelte und Trockenfutter.

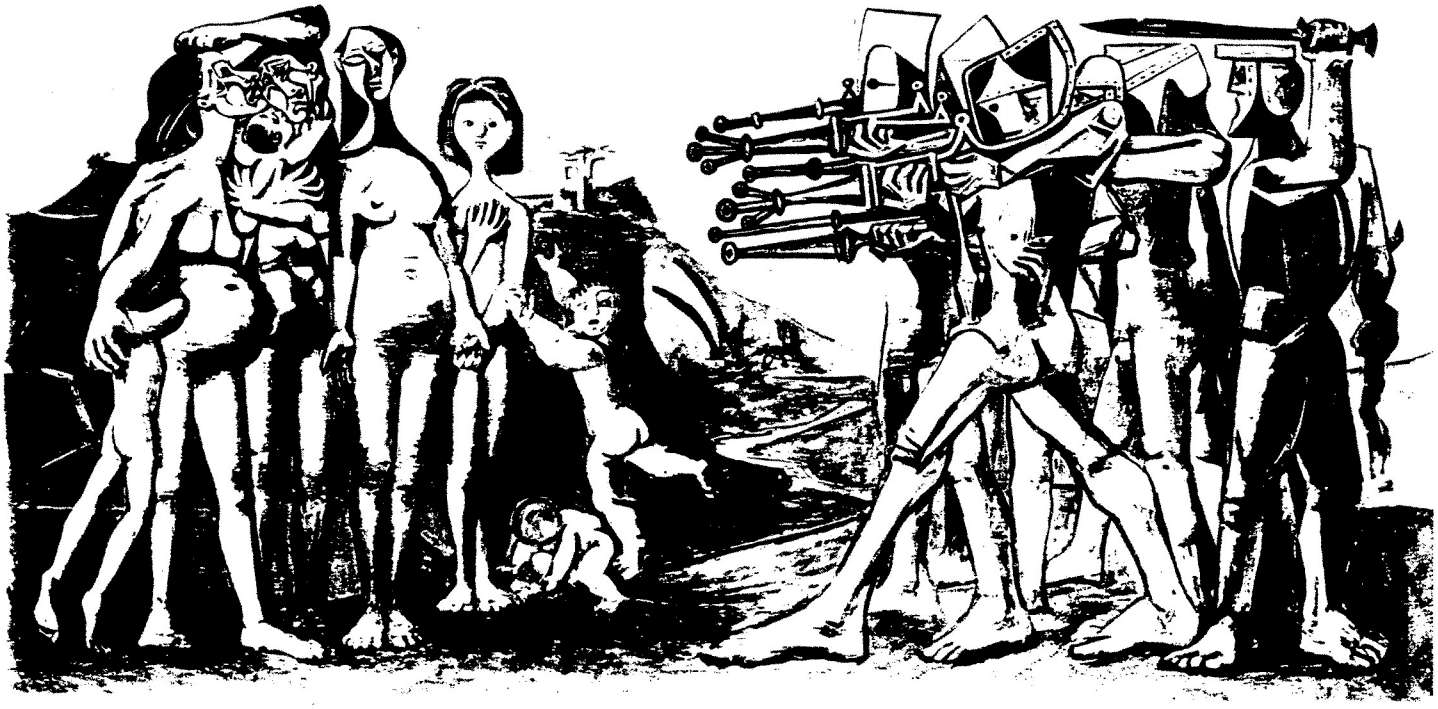
Grenzen zu, Augen zu und viel Lärm am falschen Platz

Mit den Grenzen sollen die Augen verschlossen werden vor all dem, was auf dem Globus angerichtet wurde. Neue Asylgesetze oder Einwanderungskontingente erfüllen politisch keinen anderen Zweck als höhere Deiche gegen das klimabedingte Ansteigen der Meere, als Sonnenschirme gegen das Ozonloch, als Jodtabletten gegen Atomunfälle. Man ignoriert, verdrängt oder relativiert die Ursachen (an denen man selbst Mitschuld trägt) und sucht einen höchst untauglichen „Schutz" gegen die Folgen. Nur, daß es hier nicht um schädliche Strahlen geht, sondern um notleidende Menschen.
Die Grünen und die Linke begeben sich völlig überflüssig in die politische Defensive, wenn sie beginnen, das Problem unter der gleichen Perspektive zu betrachten wie die Rechten, nur mit moderateren Konsequenzen. Was haben wir beispielsweise von grüner Kontingentierungspolitik, wenn sich der grüne Minister Trittin schon jetzt (in einem taz-Interview) in Definitionsfragen über „Flüchtlinge" oder „Einwanderer" oder über „Sammellager" oder „Gemeinschaftsunterkünfte" verirrt? Was soll so etwas politisch austragen? (Daß er, im Einzelfall, Humanitäres leistet, soll dabei gar nicht übersehen werden) Woher will der Bündnis-90-Abgeordnete Weiß seine Quoten nehmen, mit denen er die Einwanderung steuern will? Was würde da eine absurde Diskussion über ein paar tausend mehr oder weniger bringen?
Nun gut, man könnte sich damit brüsten, bei dieser Menschen-Auktion ganz radikal das höchste Gebot gemacht zu haben. Das Doppelte wie die CDU und sogar noch ein bißchen mehr als die SPD. Das wäre Labsal für die linke Seele, nur leider wieder mal haarscharf am Problem vorbei.
Es gibt nun einmal keine objektivierbaren Kriterien, nach denen sich aus der Situation der BRD heraus Zuwanderungsbeschränkungen begründen ließen. Erstens: Der latente Rassismus kommt schon bei den jetzigen Ausländer-Zahlen voll zu Ausbruch; schlimmer kann es kaum werden. Jedenfalls gibt es, wie auch die Beispiele anderer Länder zeigen, keinen Automatismus zwischen hohem Ausländeranteil und Rassismus. Zweitens: Wohlstand ist, aufs Ganze gesehen, keineswegs gefährdet. Das ist eher ein Verteilungsproblem. Daß Wohnraum und Arbeitsplätze knapp sind und bleiben, ist das Resultat liberalistischer Wirtschaftspolitik à la Reagan, Thatcher und Lambsdorf, nicht aber eine Frage der Ressourcen und Möglichkeiten.
Was noch wichtiger ist: Es gibt auch keine objektivierbaren Kriterien, nach denen sich aus der Situation der ZuwanderInnen heraus Beschränkungen begründen ließen. Wer wollte sich zum Richter darüber aufspielen, daß der 200.001. Immigrant nicht mehr ins Land darf, nur weil die Statistik es verlangt? Oder daß er/sie nur reindarf, wenn er/sie entsprechende hier genehme Qualifikationsansprüche erfüllt? Welcher Quotenfreund würde beispielsweise eine Kurdin, die im NATO-Staat Türkei nicht mehr leben mag, vor die Tür setzen, weil die Quote aufgebraucht ist? Einwanderungskontingente in feststehender Höhe sind vor allem immer Ausgrenzungskontingente in unbekannter Höhe.

Zuflucht für jede Frau und jedermann

Wenn wir uns zum Schiedsrichter aufspielen, wer reinkommt und wer nicht, stellen wir in jedem Fall die eigentlichen Verhältnisse auf den Kopf. Es geht nicht um „unseren Schutz" vor jenen MigrantInnen, sondern um deren Schutz vor „uns". Nicht wir hätten zu fordern von ihnen (beispielsweise den haarspalterischen Nachweis politischer Verfolgung) sondern sie von uns (bzw. wir, als Linke, mit ihnen zusammen von den Herrschenden hier). Nicht sie sind das Problem, sondern das, was sie hierhertreibt.
Andererseits kann es aber auch nicht darum gehen, allein die Segnungen einer „multikulturellen Gesellschaft" zu beschwören. So gut eine internationalistische Offenheit der BRD-Gesellschaft anstünde, so problemlos jene 3 oder 4 Millionen zusätzliche AusländerInnen in den nächsten zehn Jahren in Wahrheit hier zu integrieren wären, so wenig dürften die meisten von ihnen vermutlich davon haben. Die meisten kommen nicht gerade freiwillig, und die meisten dürften realistischerweise nicht gerade das hier finden, was sie sich vielleicht erträumten. Es geht eben nicht darum, das Problem der Migration an sich zu verharmlosen, sondern darum, das Problem auf seinen Kern zurückzuführen.
Das heißt konkret: Nicht Einlassen auf all die Ablenkungsmanöver, mit denen uns die derzeitige Asyldebatte daherkommt. Das heißt Infragestellen der unhaltbaren Unterscheidungen von politisch Verfolgten, Flüchtlingen und „Wirtschaftsasylanten". Das heißt: offene Grenzen, Fortfall aller Zugangsbeschränkungen und Anerkennung eines Rechts auf Zuflucht als ein Menschenrecht, das nicht politischen, wirtschaftlichen oder nationalistischen Opportunitäten unterliegen darf. Es bedeutet weiterhin die Forderung nach Aufhebung der diskriminierenden Ausländergesetze und nach besserer sozialer Unterstützung derer, die herkommen. Es bedeutet massive materielle Hilfen in bezug auf jene Migrantenströme, die sich fernab der Metropolen abspielen. Und es bedeutet vor allem den Hinweis, daß die Wirtschafts- und Umweltpolitik der Metropolen, die ungebrochene Ausbeutung von Mensch und Natur überall auf dem Globus (einschließlich unser aller Part daran als verwöhnte KonsumentInnen) die Situation in der 3. Welt täglich katastrophaler macht.

Bernd B.



LINKE, ANTIRASSISMUS UND THEORIE
DREI ANSÄTZE ZUR DISKUSSION

Wer in die theoretische Auseinandersetzung über Rassismus einsteigen will, kann sich von der Fülle der Literatur leicht erschlagen fühlen. Die verschiedensten wissenschaftlichen Ansätze, die Erklärungen anbieten, sind natürlich auch immer verschiedstene politische Ansätze. Im letzten „ak" (Nr. 336, 18.11.91) wurden zu einer Orientierung in diesem Bücherberg allein 9 neuere Texte vorgestellt. Wir haben die Auswahl auf drei Ansätze beschränkt, von denen wir meinen, daß sie für eine erste Auseinandersetzung und Diskussion in der Linken von besonderem Interesse sein könnten und sollten. Diese Ansätze wollen wir etwas ausführlicher vorstellen.
Albert Memmi hat den Rassismus unter französischer Kolonialherrschaft in Tunesien am eigenen Leib erlebt. Er thematisiert und analysiert Rassismus aus dieser direkten Erfahrung. Eine Analyse, die für die Linke gleich zweifach von Interesse sein kann, insofern eine Auseinandersetzung mit Kolonialismus für sie ebenso ansteht.
Etienne Balibar ist Franzose und Kommunist. Die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neubegründung des Marxismus steht für ihn nicht erst mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa auf der Tagesordnung, sondern beschäftigt ihn seit Anfang der 80er Jahre. Er sieht einen Weg in der bisher von MarxistInnen nicht geleisteten kritischen Auseinandersetzung mit Rassismus und Nationalismus. Seine Analysen dazu stammen aus den Jahren 1985 bis 88.
Birgit Rommelspacher analysiert Rassismus ausgehend von einem radikal feministischen Theorieansatz. Rassismus ist für sie Ausdruck einer patriarchalen Dominanzkultur. Ein wirksamer Antirassismus hätte ihrer Meinung nach insofern nicht sozialarbeiterisch vom Zentrum der Gesellschaft aus an Randgruppen zu laborieren, sondern mit der Kritik im Zentrum der Gesellschaft anzusetzen und dabei auch die patriarchale Dominanz in den Geschlechterverhältnissen zu thematisieren.
Die drei Ansätze stehen nicht gegeneinander. Spannend wäre wohl vielmehr zu diskutieren, inwiefern sie, von unterschiedlichen Ansätzen kommend, wechselseitig Leerstellen aneinander aufzeigen.

Albert Memmi, Rassismus

Der französische Wissenschaftler und Autor Albert Memmi setzte sich in mehreren Werken mit dem Phänomen des Rassismus speziell unter den Bedingungen des Kolonialismus auseinander. Im kolonialen Verhältnis sah er eine Konstellation geradezu klassischer Art unter der sich Rassismus voll entfaltet. „Nach wie vor scheint mir die Schlußfolgerung berechtigt, daß der Rassismus das Kolonialverhältnis veranschaulicht, komprimiert und symbolisiert." (S.44) Memmi selbst hat unter französischer Kolonialherrschaft in Tunesien gelebt und konnte dort den Rassismus „auf Schritt und Tritt antreffen, unverhüllt und ungeschminkt". (S.41) Die alltäglichen Begegnungen und Erfahrungen mit dem Rassismus sind auch das Hauptthema seines Essays, Rassismus, der in Frankreich bereits 1982 erschienen ist.
Kernpunkt seiner Analyse ist die Betonung des Unterschiedes zwischen den Menschen. Er geht dabei von der Beunruhigung aus, die nach seiner Beobachtung jeder Mensch angesichts der Erfahrung des Unterschieds verspürt. An mehreren Stellen des Textes findet sich die Aussage „Der Un-

terschied beunruhigt". (vergl. S.31, S.76) Die Beunruhigung, die Angst vor dem Unbekannten wertet Memmi als allgemein menschlich, aber auch als ambivalent, weil ihr zugleich der Reiz auf Neues innewohnt. Die Beunruhigung ist für ihn noch kein Rassismus, wenngleich der Rassismus daran anknüpft. Eine Erklärung für diese Beobachtung sucht er im psychischen Bereich, im menschlichen aggressiven Charakter. „Wir sind fast alle in Versuchung durch den Rassismus, das stimmt. In uns ist ein Boden vorbereitet, die Saat des Rassismus aufzunehmen und sie auch keimen zu lassen, sofern wir uns nicht vorsehen."(S. 31)

Auch wenn Memmi feststellt, daß der Unterschied „der Angelpunkt der rassistischen Denk- und Handlungsweise ist" (S. 48), hält er es zugleich für unerläßlich, anzuerkennen, daß es real existierende Unterschiede zwischen Menschen gibt. „Die Wahrheit ist relativ einfach: Es gibt zwar keine reinen Rassen, aber die Menschen sind trotzdem verschieden." (S.15)
Er reflektiert eigene Erfahrung aus den Anfängen seines eigenen linken „antikolonialistischen und antirassistischen" Engagements, in denen der Unterschied „keinen guten Namen" (S.48) hatte. Als Gegenreaktion zu den Positionen der Kolonialisten, die gerade die Unterschiede zwischen Menschen hervorhoben, „die ihre Anwesenheit in den Kolonien mit den Mängeln des Kolonisierten erklärten und rechtfertigten" (S.47), zog sich das fortschrittliche Lager auf die Betonung der Ähnlichkeit der Menschen zurück. Die so konstatierte Gleichartigkeit sollte den Weg, der zur politischen und gesellschaftlichen Gleichheit aller Menschen führen sollte, erleichtern. Seine Kritik und damit seine Entfernung von dieser „linken" Position wird in folgendem Vorwurf deutlich: „Für die Linken andererseits war es undenkbar, daß man etwas anderes in Anspruch nehmen könnte, als ihnen zu gleichen: Sie hätten wohl einen freigeistigen, sozialistischen und internationalistischen Kolonisierten gewollt, aber keinen Mohammedaner, Fetischisten oder Juden!" (S.53)
Er sieht aber auch die Gegenbewegung, die er als „Gegenausschlag des Pendels" (S. 53) bezeichnet und als „rückwärtsgerichtet" einschätzt. Gemeint ist die Überhöhung der Bedeutung des eigenen Selbst, der eigenen Identität, der historischen Wurzeln, die bisweilen – da auch in Mode gekommen – „mythische Ausmaße" annehmen können. „Heute lautet die Parole 'black is beautiful', oder man ist stolz darauf, eine Frau, Jude oder Bretone zu sein. Dieser Stolz erscheint mir ebenso fragwürdig wie die Selbstentwertung von ehedem." (S. 54)
Zurück zu den Unterschieden: sie anzuerkennen – so Memmi – begründet (noch) nicht den Rassismus, sondern der Rassismus macht sich die Unterschiede und unsere Beunruhigung durch sie zunutze. „Sofern es einen Unterschied gibt, wird er interpretiert, gibt es ihn jedoch nicht, so wird er erfunden." (S.56) Auch die Bewertung des Unterschiedes muß noch nicht rassistisch sein, wenngleich mit der Auslegung dieses Unterschiedes zum eigenen Vorteil eindeutig eine Richtung vorgegeben ist. „Man wird schließlich erst dann zum Rassist, wenn man auch den dritten Schritt tut: die Verwendung des Unterschieds gegen den anderen, mit dem Ziel, aus dieser Stigmatisierung einen Vorteil zu ziehen." (S. 46) Der Rassismus ist für Memmi also durch eine negative Bewertung der Unterschiede gekennzeichnet, dies zugunsten des eigenen Vorteils – eben „zugunsten des Anklägers". Auch wenn hier eine Analyse des Rassismus in drei Schritte gegliedert ist, bilden alle drei Aspekte doch ein Ganzes, und erst ihre Verknüpfung bildet die eigentliche Gefahr.
Zugleich deutet diese Analyse auf den Sinn und Zweck des Rassismus hin, der in der Sicherung der Vorherrschaft liegt. Die „unausgesetzte wirksame Entwertung eines anderen" (S.61) stützt die Herrschaft und findet sich – so Memmi – in jeder Herrschaftsform wieder. „Der Rassismus ist sowohl die Ideologie als auch die aktive Demonstration der Herrschaft. D.h. jedes Mal, wenn man einem bestimmten Herrschaftsverhältnis auf den Grund geht, trifft man auch auf einen Rassismus, seinen Schatten und seine zwangsläufige Konsequenz." (S.60/61) Insbesondere ist Rassismus „eine der unabdingbaren Dimensionen" des kolonialen Verhältnisses, er gehört zu den strukturellen Zügen des Kolonialismus, der Kolonisator „als solcher fast immer Rassist" (S.44). Dabei ist der Rassismus nicht an die Person gebunden, sondern an die institutionelle Rolle. „Ich herrsche über den anderen, weil er ein minderwertiges Wesen ist; die zwischen uns bestehenden Unterschiede sind der Beweis dafür. Die Weißen können die Schwarzen unterwerfen, weil die Schwarzen nicht weiß, d.h. mit den Mängeln der schwarzen Rasse behaftet und darum der guten Eigenschaften der weißen Rasse beraubt sind." (S.61)
Diese Betrachtungen führen Memmi letztlich zu einer Definition von Rassismus, die in ihrer Kürze und Genauigkeit als Arbeitshypothese außerordentlich brauchbar und hilfreich sein kann: **„Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Vorteil des Anklägers und zum Nachteil seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen." (S. 103)**

Albert Memmi, Rassismus, Frankfurt a.M., Athenäum, 1987 (24.80 DM)

Etienne Balibar: Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten

Etienne Balibar (geb. 1942) lehrt Philosophie an der Universität von Paris-I. und ist älteren Linken vielleicht noch aus den Debatten der KPF der 70er Jahre um die theoretische Neubestimmung ihrer Politik bekannt. Damals bezog er scharf Position gegen das Kippen der programmatischen Formel von der Diktatur des Proletariats. 1965 hatte er mit Louis Althusser zusammen die berühmt gewordene Studie „Lire le capital" verfaßt. Balibar versteht sich weiterhin als Marxist und wohl auch als Kommunist, sein Analyse-Instrumentarium ist das des historischen Materialismus, seine Utopie die klassenlose Gesellschaft. Als unbedingte Voraussetzung dafür formuliert er heute aber für sich eine umfassende Diskussion und Neubestimmung des Marxismus. Seine Analysen zu Rassismus und Nationalismus in dem gemeinsam mit Immanuel Wallerstein herausgegebenen Buch „Rasse – Klasse – Nation", sieht er als Beitrag dazu. Seine Erwartungen der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung – die Aufsätze sind zwischen 1985 und 1988 geschrieben –, sind düster. Der Rassismus, rücke anstelle des Klassenkonflikts ins Zentrum des gesellschaftlichen Konflikts.
Entgegen den Prophezeiungen einer neuen universalistischen bürgerlichen Zivilität sieht er den Rassismus nicht auf dem Rückzug, sondern umgekehrt, auf dem Vormarsch. Eine Linke, die darauf keine Antwort findet sei sozusagen erledigt. Seiner Meinung nach ist an eine Wiederbelebung

des Klassenkampfs mit der Utopie einer klassenlosen Gesellschaft überhaupt nur zu denken, unter der Voraussetzung eines radikalen und wirksamen Antirassismus.

Die Präsenz des Vergangenen

Die Analysen Balibars zum Rassismus bewegen sich auf einem theoretisch sehr komprimierten, einiges Abstraktionsvermögen voraussetzenden, Niveau. Vieles wird wohl zwei- oder auch dreimal gelesen werden müssen. Aber ich denke das lohnt sich auch. Rassismus wird von ihm definiert als „ein historisches System sich ergänzender, miteinander verbundener Ausgrenzungs- und Herrschaftsformen", d.h. Rassismus ist für ihn nicht nur schlicht ein „Vorurteil", nicht nur ideologisches Phänomen, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis von Ausgrenzung und Herrschaft, das sich historisch als System herausgebildet hat und insofern für eine Erklärung auch historischmaterialistisch zu analysieren ist. Formal unterscheidet er drei Typen von Rassismus: den nazistischen Antisemitismus, den kolonialistischen-imperialistischen Rassismus und den Apartheitsrassismus, in den USA in Folge der Sklaverei. Trotzdem spricht er schließlich von Rassismus, statt von Rassismen. Die verschiedenen Rassismen, so Balibar, müßten als ein Ganzes situationsabhängig differierendes Spektrum begriffen werden, das sich immer wieder neu, in je verschieden variierenden, „rassistischen Konfigurationen" ausprägt. Historisch faßt Balibar diesen Gedanken in das Bild, der „Präsenz der Vergangenheit", die sich im Rassismus immer neu aufbaut. Mit anderen Worten: der Rassismus ist „keine lineare, sondern eine singuläre Geschichte". Der nazistische Rassismus ist nicht abgegolten, er wirkt fort, und auch das Erbe des Kolonialismus wirkt im Neo-Rassismus der Periode der Entkolonisierung weiter fort.
Die Ergebnisse der Analysen Balibars lassen sich in 3 Thesen zusammenfassen, die, so denk ich, für die derzeitige Diskussion der Linken jede für sich von brisantem Interesse sein könnten.

Rassismus und Nationale Identität

Die erste These lautet: **Die entscheidende Voraussetzung für die Entstehung des Rassismus liegt im Nationalismus (natürlich nicht als einzige Ursache). Für einen wirksamen Antirassismus bedarf es einer grundlegenden Kritik der Nation.**
Das könnte zum Nachdenken darüber anregen, was der derzeitige Rassismus mit der Wiedervereinigung und dem neuen Erstarken der deutschen Nation zu tun hat. Natürlich gab es Rassismus in der BRD und der DDR auch schon vorher, aber deutscher Nationalismus setzt ja auch nicht erst mit der Wiedervereinigung ein. Die Frage, um die es dabei ginge, würde lauten: gewinnt der Rassismus mit der Wiedervereinigung eine neue Qualität?
Wichtig ist dabei: für Balibar ist der Rassismus im Nationalismus keine Frage der „Pervertierung", sondern „eine innere Ergänzung". So wie beide je über den anderen hinausschießen, sind sie je für den anderen konstituierend. Nach Balibar reicht so auch der Nationalismus nie aus, um die Bildung der Nation oder das Projekt der Nationalisierung der Gesellschaft in sich zu realisieren. Speziell in Deutschland brauchte er historisch dazu immer einen Schub Rassismus. Vielleicht wäre die Analyse Balibars in diesem Punkt auch als eine Erklärung der derzeitigen Welle von Rassismus zu nutzen, insofern die „innere Einheit" sich offensichtlich auch heute in historischer Kontinuität wieder über rassistische Ausgrenzung und Überhebung verwirklichen soll.

Neo-Rassismus und Zivilität

Die zweite These Balibars lautet: **Das spezifische Thema des Neo-Rassismus ist nicht mehr primär die biologische Vererbung, sondern die kulturelle Differenz. Der Neo-Rassismus präsentiert sich heute im zivilisierten Weltbürger, der sich abgrenzt gegen die „heillos partikularistisch primitiven" Kulturen in der Dritten Welt und Osteuropa.**

Das könnte zum Nachdenken darüber anregen, wieviel Schubkraft für den neuen Rassismus sich unter dem Banner der Zivilisation über den Golfkrieg Bahn gebrochen hat und wieweit sich über dieses neorassistische Muster das gesamte linksliberale, linksintellektuelle Spektrum bis weit über die grünen Citoyens hinaus (also ungefähr das Spektrum, das sich bei der „antirassistischen" Demonstration vom 9. November in Berlin versammelte) in die rassistische Volksgemeinschaft integriert hat.
Dieser Neo-Rassismus, den Balibar als eine modernisierend sich anpassende „Umwertung des Rassismus" in der Epoche der Entkolonisierung analysiert, hat gerade an der Argumentation des traditionellen Antirassismus, des anthropologischen Kulturalismus, der die Anerkennung der Unterschiedlichkeit und Gleichwertigkeit der historischen Kulturen gefordert hatte, angesetzt. Die Argumentation wurde aufgegriffen, nur negativ umgestülpt, dahingehend, das Problem sei heute die „Kulturvermischung", die „Beseitigung der kulturellen Distanzen". Die „Vermischung", die es insbesondere zu vermeiden gelte, sei die zwischen den „zwei großen Teilmengen" in die sich die Menschheit heute einteilen ließe, nämlich „diejenige, die universalistisch und fortschrittlich und diejenige die unheilbar partikularistisch und primitiv sei".
In Anwendung dieser Analyse Balibars wäre für eine Linken auch mal interessant zu fragen, wieviel neorassistische Substanz eigentlich im Konzept der multikulturellen Gesellschaft steckt. Und zu untersuchen wäre auch, inwieweit sich beide rassistischen Begründungszusammenhänge — über Nation und über Zivilisation —, indem sie heute zusammenlaufen wechselseitig potenzieren, in einer rassistischen deutschen Volksgemeinschaft in zivilisatorischer Mission.

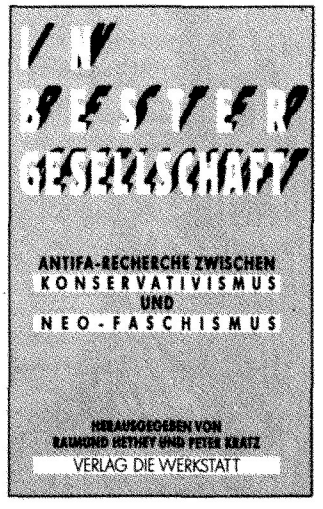
Rassismus und Klasse

Die dritte These Balibars lautet: **Klassenmäßige Bewußtseinslagen stehen, weil sie sich immer konkret historisch ausprägen, stets mit rassistischen Stigmata in Konfiguration. Rassismus kann damit nicht nur als ein instrumentelles Mittel der Herrschenden begriffen werden, sondern durchdringt alle gesellschaftlichen Klassen immanent.**
Damit bremst Balibar alle vorschnellen Vereinfachungen, die Lösungen für den antirassistischen Kampf in schlichter Propagierung von Klassenkampf oder auch antiimperialistischen Kampf suchen, aus und fordert zu etwas genauerem Nachdenken auf. Solche Vereinfachungen brechen sich ja gerade in autonomen und antiimp Flugblättern, wie sie auf den Demonstrationen vom 8. und 9. November kursierten, schon wieder Bahn. Sie dokumentieren dabei nur pseudoradikale Phraseologie, die nichts begreift, geschweige denn erklärt.
Balibar zeichnet nach, wie je eine Rassierung klassenmäßiger Bewußtseinslagen erfolgt, über die Selbstrassierung des aristokratischen Erbadels im Mythos vom blauen Blut, die positive Rassierung des Bürgertums gegenüber dem Proletariat, bis hin zu einer Umwertung dessen was einmal in der Arbeiterklasse „Klassenbewußtsein" war, zu etwas — in der faschistischen „Ästhetik", aber auch im „sozialistischen Realismus" sichtbar werdend —, was nur noch als „Selbstrassierung der Arbeiterklasse" zu bezeichnen ist; gerade auch in dem Männlichkeitswahn, der darin, vor allem mit der Überbewertung der Arbeit und der fetischhaften Sexualisierung der Körper, zum Ausdruck kommt. Die Schlußfolgerung Balibars angesichts dieser rassistischen Formierung von Klassenlagen ist klar: Der Weg zurück zu einer, wie auch immer erträumten, direkten Reaktivierung des Klassenkampfes ist ein für alle mal versperrt. Neue Wege sind derzeit nicht in Sicht.
Von einer Linken, die sich auf dem Hintergrund der Zerschlagung ihrer Klassenkampf-Perspektiven in den 60er und frühen 70er Jahren, heute dem aktuellen Zusammenbruch wesentlicher materieller Eckpfeiler für ihren Antiimperialismus stellt, die um ihre Rekonstruktion auf einer inhaltlich-analytisch neuen Grundlage ringt, müßten diese Analysen Balibars eigentlich als eine Vorgabe begriffen werden, an der sie nicht vorbei kommen sollte.

Das Buch, Etienne Balibar/ Immanuel Wallerstein, Rasse — Klasse — Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/ Berlin 1990, ist im Argument-Verlag erschienen und kostet 28 DM.

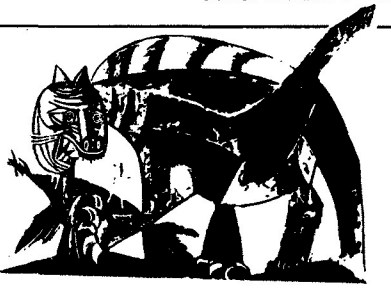
r. karsten

Anmerkung (1): Es gibt mittlerweile aktuellere Äußerungen Balibars zum Thema, die aber an Schärfe der Analyse hinter das Buch zurückfallen und eher enttäuschend sind. Es scheint, daß Balibar sich selbst revidiert, wobei sich die Frage stellt, ob er sich heute noch als Marxist und Kommunist versteht.



Beiträge über neofaschistische Einflüsse in elitären Denkfabriken wie der Siemens-Stiftung sowie in populären Politikfeldern wie dem Umweltschutz, Heimat- und Nationalstolz.
Vorwort von Klaus Croissant
304 S. Paperback, DM 28.-

VERLAG DIE WERKSTATT
Lotzestr. 24a · 3400 Göttingen



Birgit Rommelspacher: Rassismus und Dominanzkultur

Birgit Rommelspacher, Prof. Dr. phil., Dipl.-Psychologin, ist Professorin für „Theorie und Praxis von Mädchen- und Frauenarbeit" an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die Frauenforschung. Seit einiger Zeit arbeitet sie zusammen mit Christine Holzkamp, Psychologin an der TU Berlin, zum Thema „Frauen und Rechtsradikalismus". Der entscheidende Artikel in dem sie ihre Analyse entwickelt ist in der „1999 — Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts" im April 1991 erschienen.
Die zentrale These der Rassismusanalyse Birgit Rommelspachers lautet: Rassismus ist Ausdruck der herrschenden patriarchalen Dominanzkultur. Ihr liegt eine explizit feministische und antipatriarchale Theoriekonzeption zu Grunde. Antirassistische Kritik, so die Argumentation, muß immer auch antipatriarchale Kritik sein.

Rassismus und Geschlechterverhältnis

Ausgangspunkt ist ein empirischer Befund aus Wahlanalyen. So läßt sich ein stark nach Geschlechtszugehörigkeit differenziertes Wahlverhalten bei Jugendlichen erkennen. Männliche Jugendliche zeigen sich für rechtsradikale Propaganda zugänglicher. Das auffallend geschlechtspezifische Wahlverhalten (10,8 zu 5,9) z.B. bei Rep-WählerInnen ist auch bei Le Pens Front National zu beobachten. Sie wird ebenfalls vorwiegend von Männern gewählt. Diese Fakten werden in der aktuell diskutierten Rassismusforschung zwar in Form von Prozentzahlen zur Kenntnis genommen, aber nicht zum Gegenstand der Untersuchung gemacht.
Birgit Rommelspacher dagegen hebt den Zusammenhang zwischen geschlechtsbezogenem Wahlverhalten und patriarchalem Gesellschaftsmuster hervor und stellt ihn ins Zentrum ihrer Analyse. Die Kernelemente rechtsextremistischer Ideologie spiegeln, so ihre Argumentation, in einer Ideologie der Ungleichheit kombiniert mit einer Verherrlichung von Gewalt die bestehenden patriarchalen Einstellungen wieder und reproduzieren die herrschende patriarchale Ordnung. Das Patriarchat stützt sich nach Rommelspacher wechselseitig über das Geschlechterverhältnis als „Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen", über die „kulturellen Tradition", über ein „expansives Wirtschaftssystem" und begründet auf diese Weise eine spezifisch patriarchale Dominanzkultur. (84)
Interessant, denke ich, wäre auch zu diskutieren, ob Rommelspacher mit diesem Begriff der Dominanzkultur für eine radikale

linke Frauenbewegung eine inhaltliche Bestimmung von Patriarchat vorgelegt hat, um die herum sich eine Diskussion neu zentrieren ließe. Bietet Rommelspacher mit ihrer Analyse des Patriarchats als Dominanzkultur einen Ansatz, über den die verschiedenen derzeitiger Orientierungen antipatriarchaler Kritik, die sich einerseits in Biologismus verirrt haben, oder andererseits autonom zu erstarren drohen, inhaltlich radikalisierend überwunden werden können?
Rassismus definiert Rommelspacher als „Umgang mit Fremden qua Hierarchisierung." Damit werde ein „Konfliktlösungsmuster" gewählt, welches seinen Ursprung im Umgang mit dem Geschlechtsunterschied hat. Jungen und Männer stärken ihre „Männlichkeit" über die Herabsetzung des Weiblichen. Mädchen lernen ihre Weiblichkeit über Fürsorge und Selbstunterwerfung. Mit anderen Worten: „Frauen gelten dann als besonders weiblich, wenn sie Unterwerfungstendenzen zeigen." Das hieße aber nicht, so die Zusatzbemerkung Rommelspachers an dieser Stelle, daß Frauen nicht „vor allem Schwächeren wie Kindern, ethnische Minderheiten, Dienstboten gegenüber ebenfalls Dominanzverhalten zeigten" (85) Auch in der Abwehr gegenüber allem Fremden, wenn schon die bloße Anwesenheit anderer Lebensweisen das Selbstbild stört, sieht Rommelspacher eine Äußerungsform von Dominanz. Im Fremden, so ihre hier spezifisch psychologische Argumentation, würden dem eigenen Selbst Alternativen präsentiert, ungelebte Lebensmöglichkeiten werden demonstriert. Das eigene begrenzte Umfeld spiegele sich auch als solches wieder und das wirke bedrohlich. Psychologisch ließe sich die rassistische Verarbeitung einer Begegnung mit Fremden so als eine Art „narzißtische Kränkung" analysieren. (86)

Rassismus als Verteidigung von Privilegien

Rommelspacher grenzt ihre Rassismusanalyse scharf von den psychosozialen und ökonomistischen Erklärungsansätzen ab, wie sie u.a. von Hajo Funke, Wilhelm Heitmeyer und Claus Leggewie vorgelegt werden. Diese benennen übereinstimmend Verarmungs- und Deklassierungsängste als Grundlage für Rassismus. So können sie ein Bild des Rechtsextremen konstruieren, „der aufgrund schwerer Spannungen, Ängste und Konflikte Halt und Orientierung" sucht. In anschaulichen Beschreibungen des Problemdrucks, wird so der rassistische Täter selbst zum Opfer umgedeutet.
Dieser bis weit in die Linke hinein fast unangefochtenen These, daß Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, also ökonomische Krisen und daraus resultierende Ängste für Rechtsradikalismus verantwortlich sind, stellt Birgit Rommelspacher die These entgegen, es ginge nicht um eine Abwehr des drohenden Mangels, sondern um die „Verteidigung von Privilegien". Auch in diesem Punkt kann sie ihre These wiederum empirisch belegen, anhand der Infratest-Studie von 1989. Die Studie zitierend kommt Rommelspacher zu dem Schluß, daß „nicht in erster Linie reale Probleme im Sinne von Verarmung und sozialer Verelendung" Rechtsextremismus aktiviert, sondern das subjektive Empfinden „von dem, was einem zusteht" dafür verantwortlich zu machen ist. (86) Dieses Empfinden sei aber unbegrenzt potenzierbar. In einer Gesellschaft, die auf Expansion ausgerichtet sei, gelte nicht die solidarische Sorge füreinander, sondern die nach oben, „nach immer mehr Reichtum" als die normale Orientierung. In einer solchen Gesellschaft bedürfe es sogar „erheblicher Distanzierungsleistungen, um sich zu beschränken". Für Rommelspacher ist auch diese Absicherung über Reichtum Ausdruck von Dominanzkultur. Hier liegt wohl zugleich der schwächste Punkt als auch die Stärke Rommelspacher. Der schwächste Punkt wohl, insofern hier das Einfallstor für jede Art Verzichtsideologie liegt, die Stärke insofern hier die reale Privilegierung selbst der Ärmsten der Armen unter den Deutschen (so brutal ihnen auch immer das sozialstaatlich zugestandene Quantum Existenz zusammengestrichen wird), gegenüber den der Verelendung preisgegebenen Menschen in der Dritten Welt ernst genommen und nicht klassentheoretisch zugekleistert wird.
Gegenüber den sozialarbeiterischen Ansätzen von Heitmeyer, Funke, Leggewie liegt die Stärke Rommelspachers darin, daß sie keine Entschuldigung für Rassismus zuläßt, während jene gleich eine doppelte Entschuldung betreiben. Erstens, eine Entschuldung der rassistischen Täter als Opfer dieser Gesellschaft, die sozialarbeiterisch therapiert gehören, und zweitens – indem der Rechtsextremismus auf eingrenzbare „Problemgruppen" projiziert und randgruppentheoretisch von der Gesellschaft isoliert wird –, eine Entschuldung der Gesellschaft selbst, die, als strukturell Rassismus produzierende Formation, jetzt auch noch in Gestalt des Sozialarbeiters zur Bekämpfung des Rassismus eingesetzt wird. Während bei Heitmeyer und Co. so der Bock zum Gärtner gemacht wird, beharrt Rommelspacher darauf, daß die Auseinandersetzung mit dem Rassismus in Auseinandersetzung mit dem „Zentrum der Gesellschaft" und deren Geschichte geführt werden muß. Denn, Rassismus produziere sich aus dem Zentrum der Gesellschaft, ausgehend von SozialwissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, über das AusländerInnengesetz und die antisemitische Vergangenheit.

Rommelspacher, Birgit, Rechtextreme als Opfer der Risikogesellschaft zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften, in: „1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts" Heft 2/91, Hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, 1991.

Petra Zimmermann/ r.k.

Alle Bilder zu diesem Artikel aus: Picasso, Grafik gegen den Krieg

Griefahn: »Verdienste für den Umweltschutz«

Bundesverdienstkreuz für Herbert Gruhl

Nichts geringeres als das Bundesverdienstkreuz am Bande hat die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn dem rechtsextremen Umwelt- und Heimatschützer Herbert Gruhl am 7. Oktober um den Hals gehängt. „Mit seinem weltweit erschienen Bestseller 'Ein Planet wird geplündert'", erklärte die Ministerin zur Begründung ihrer Auswahl, „hat er die Diskussion über die Grenzen des Wachstums in der breiten Öffentlichkeit entfacht." Gruhls besonderes Verdienst bestehe darin, „den Gedanken des Umweltschutzes und der Umweltvorsorge überhaupt erst in das politische und öffentliche Bewußtsein getragen" zu haben. Nicht zuletzt, so Griefahn, sei der Orden für den 70jährigen auch deshalb gerechtfertigt, weil der Geehrte sich „nicht in das Schema einer Partei" habe pressen lassen.

Die parteilose Griefahn war nach den Landtagswahlen im vergangenen Jahr auf dem Ticket der SPD ins hannoversche Kabinett gerutscht. Hätte sie sich – was vielleicht sehr viel verlangt ist – mit der einschlägigen sozialdemokratischen Publizistik vertraut gemacht, wäre ihr womöglich ein Artikel im SPD-Pressedienst 'blick nach rechts' vom Januar '91 untergekommen, wo es über den so über den grünen Klee gelobten Sachbuchautor Gruhl und sein Hauptwerk hieß: „Das damals erschienene Buch 'Ein Planet wird geplündert' wurde eher irrtümlich zum Bestseller ... Wer es las, fand darin knallharten Darwinismus mit einem fragwürdigen Demokratieverständnis, was den Vorwurf nach sich zog, Gruhl sei 'Ökofaschist'".

Herbert Gruhl, seit 1954 CDU-Mitglied und bald darauf Vorsitzender des Kreisverbandes Hannover-Nord, wurde 1969 in den Bundestag gewählt, dem er drei Legislaturperioden angehörte. Er war zeitweise Vorsitzender der Arbeitsgruppe 'Umweltvorsorge' der CDU/CSU-Fraktion und übernahm 1975 den Chefsessel im 'Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland'. Am 11. Juli 1978 verließ Gruhl die CDU, tags darauf schon gründete er die 'Grüne Aktion Zukunft' (GAZ). Zusammen mit dem Alt-Rechten August Haußleitner von der 'Aktionsgmeinschaft Unabhängiger Deutscher' (AUD), der 'Grünen Liste Umweltschutz' (GLU) des Georg Otto und der 'Grünen Liste Schleswig-Holstein' (GLSH) schloß er ein dreiviertel Jahr später das Wahlbündnis 'Sonstige Politische Vereinigung Die Grünen', das es bei der Europawahl vom 10. Juni 1979 immerhin auf 3,2 Stimmenprozente brachte. Die auf dem Offenbacher Kongreß im November desselben Jahren versuchte Gründung einer grünen Partei ließ Gruhl an der Beteiligung bunter und alternativer Listen scheitern. Stattdessen gründete er mit weit rechts stehenden Ökologen wie Baldur Springmann, dem Ehepaar Ursula und Werner Haverbeck – beide nacheinander Vorsitzende des ökofaschistischen 'Weltbundes zum Schutz des Lebens' (WSL) – und dem Nordseeschützer Konrad Buchwald die 'Ökologisch-Demokratische Partei' (ÖDP), deren Vorsitzender er im März 1982 wurde. Auf dem Bundesparteitag im Januar 1989 in Saarbrücken trat Gruhl zusammen mit einem Drittel der Delegierten aber wieder aus, um anschließend eine neue Vereinigung, den 'Arbeitskreis Ökologische Politik', ins Leben zu rufen. Gruhls Vorwurf an die Adresse seiner alten Partei: die ÖDP sei zu einer „linkskatholischen Sekte" verkommen, der „einzig gravierende Unterschied zu den Grünen" sei nur noch „der Paragraf 218." Bruchpunkt war eine mit knapper Mehrheit angenommene Erklärung des Parteitags, die eine formale Abgrenzung zur NPD und den Republikanern zog.

Mit dem Etikett „Links-Katholische Sekte" allerdings kann man der ÖDP ungerechter kaum werden. Aufrufe zu Demonstrationen – wie am 16. Juni 1989 – unter dem Motto „Leben und leben lassen, Solidarität mit den Schwangeren" prägten und prägen das politische Selbstverständnis der 2.000-Mitglieder-Partei ebenso wie ein lebensschützerisch völkisches Programm oder ein zum Hannoveraner Schlesier-Treffen verteiltes Flugblatt des niedersächsischen ÖDP-Landesverbandes, in dem wörtlich unter anderem zu lesen war: „Was sollen Heimatvertriebene von einer Bundesregierung erwarten, welche die Oder-Neisse-Linie als 'endgültige deutsche Ostgrenze' bezeichnet, obwohl die Grenzfrage erst bei der Gewährung eines Friedensvertrages auf die Tagesordnung gesetzt werden kann? Wir Ökologischen Demokraten meinen: Deutschlandpolitik muß zuerst den Menschen dienen. Deshalb treten wir besonders für die ca. 1,1 Millionen Deutsche (sic!), die immer noch jenseits von Oder und Neisse ohne elementarste Grundrechte leben, ein."

Dies alles jedoch war Gruhl, der seit Mitte der achtziger Jahre häufig auch als Gastredner bei Versammlungen Schweizer Neonazis oder Kongressen geschichtsrevisionistischer Gruppen auftrat, nicht eindeutig genug. Im 'Arbeitskreis Ökologische Politik' setzte er als einen der ersten Beschlüsse einen „Einwanderungsstop aus ökologischen Gründen" durch. Ausländer, dies die ebenso originelle wie rassistische Begründung, belasten die deutsche Umwelt nämlich mehr als die Deutschen. Erstens kommen sie vielfach aus warmen Ländern, weshalb sie hier ständig frieren und heizen müssen. Viel heizen aber, das hat Gruhl schon in 'Ein Planet wird geplündert' aufgedeckt, ist schlecht für die Luft. Zweitens gibt es da, wo die Ausländer herkommen, kein oder doch nur ein sehr unterentwickeltes Umweltbewußtsein. Und drittens fehlt den Fremden zu Deutschland einfach der emotionale Bezug, so daß ihnen der Erhalt von Natur und Umwelt bei uns gar nicht so wichtig ist.

In seiner neuen Truppe hat Herbert Gruhl sich auch mit den rechten Mitstreitern umgeben. So zählen zum Mitarbeiterstab der Hauszeitschrift 'ökologie' neben zahlreichen Ex-Republikanern auch die Nationalrevolutionäre Heinz-Siegfried Strelow und Wolfram Bednarski. Gleichzeitig haben sich die Chef-Denker im 'Arbeitskreis Ökologische Politik' auch Publikationsmöglichkeiten in anderen rechten Pamphleten geschaffen – als Autoren wie auch als „Interviewpartner". In einem Gespräch mit Redakteuren der 'Jungen Freiheit', dem publizistischen Flaggschiff der Nationalrevolutionäre, ließ sich Gruhl zuletzt im Frühjahr über die Frage aus, ob die ihn umtreibenden Probleme des Umwelt- und Lebensschutzes in einer Demokratie überhaupt gelöst werden könnten: „Wahrscheinlich nicht, denn die Demokratie folgt dem Zeitgeist. Und der Zeitgeist ist in allen Ländern der Welt weiterhin programmiert auf Steigerungen des Wohlstandes. Parteien, die davor warnen und von Verzicht reden, haben offensichtlich keine Chance." Nun wäre Herbert Gruhl aber der letzte, der trotz soviel Politfrust seine Hände in den Schoß legte und seine Sehnsüchte nach einer „Öko-Diktatur" nicht bis zum letzten Atemzug zu erfüllen trachtete. „Den Freundinnen und Freunden des Arbeitskreises ist zu sagen," schrieb er jüngst in einem Leserbrief an die 'Hannoversche Neue Presse', „daß unser Tätigkeitsfeld nur noch außerhalb der Parteien liegen kann ... Wie wir unsere Gemeinschaft auch künftig nennen werden, sie wird allen echten Ökologen offen stehen. Wenn wir nicht auseinander laufen, sondern zusammenbleiben, dann könnten wir zu einem neuen Kristallisationspunkt werden." Im niedersächsischen Umweltministerium hat man und frau von alldem nichts gewußt. Der Computer des Hausarchivs, so beteuerte eine Sprecherin, habe nichts, aber auch gar nichts Böses über den Bundesverdienstkreuzträger ausgespuckt. Im Gegenteil, der Herr habe bei der Ehrung einen so guten Eindruck hinterlassen, daß die gegen ihn ins Feld geführten Behauptungen sich ja quasi von alleine erledigten. Außerdem sei Gruhl ja nicht für die Mitgliedschaft in irgendwelchen Parteien ausgezeichnet worden, sondern – wie es Frau Griefahn auch ganz richtig formuliert habe – für seine Verdienste um den Umweltschutz.

R.

Wismut fördert weiter

Deutschland als fünftgrößter Uranproduzent der Welt!

Am 31. Dezember letzten Jahres, so wird die Wismut nicht müde zu betonen, war offiziell Schluß mit der kommerziellen Uranförderung. Gut, in dem einen oder auch anderen Schacht mußte vielleicht noch ein bißchen Erz herausgekratzt werden, aber das sei erstens nicht der Rede Wert und zweitens „aus gebirgsmechanischen Gründen erforderlich" gewesen, um danach auch ordentlich sanieren zu können. Auch in dem Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 16. Mai 1991, das im Oktober Gesetzeskraft erlangte, wurde ausdrücklich der „Einstellungsbeschluß der Uranförderung zum 1. Januar 1991" bestätigt. Ein Lump, wer da dem Unternehmen Böses nachsagte ...

Tatsächlich aber wird in mehreren Bergbaubetrieben im Ronneburger Raum sowie im Untertagelaugungswerk Königstein bei Dresden munter weiter Uranerz geschlagen, als wäre nichts geschehen. Rund 1.500 Tonnen Urankonzentrat – „Yellow Cake" –, hat die Wismut im laufenden Jahr produziert, 1.700 Tonnen werden es Ende Dezember sein. Mit dieser Fördermenge ist die GmbH in Bundesbesitz 1991 der fünftgrößte Uranproduzent der Welt!

Ein großer Teil des Yellow Cake ist Informationen des Deutschen Fernsefunks (DFF) zufolge von der Interuran vermarktet worden. Dieses Unternehmen mit Sitz in Saarbrücken ist eine Tochter des französischen Atomgiganten und La Hague-Betreibers Cogema und der Energieversorgungsunternehmen Badenwerke und Energieversorgung Schwaben, die beide ihre Finger seit längerem auch im Urangeschäft haben. Die Cogema übrigens ist nicht nur am Profit aus der fortgesetzten Uranförderung beteiligt. Schon im Januar hatten die Franzosen, Interuran sowie die Wismut eine „Gesellschaft zur Dekontaminierung, Sanierung und Rekultivierung" (DSR) ins Leben gerufen, die gleichfalls in Saarbrücken ansässig ist. Ein Büro im thüringischen Gera soll kurz vor der Eröffnung stehen. Womit sich die DSR im einzelnen beschäftigen wird, ist noch nicht ganz klar. Laut taz weiß hier nicht einmal das Bundeswirtschaftsministerium genaues.

Das noch nicht verhökerte Urankonzentrat stapelt sich derweil in Ringreifenfässen in einem eigens zu diesem Zweck errichteten Zwischenlager in Seelingstädt, wo auch die letzte noch betriebene Uranerzaufbereitungsanlage arbeitet. Die Thüringer Allgemeine meldete am 28. November, daß noch 918 Tonnen Yellow Cake in Seelingstädt lagerten.

Über das Ausmaß der Uranförderung in den kommenden Jahren kursieren unterschiedliche Informationen. Während der thüringische Umweltminister Hartmut Sieckmann (FDP) vor dem Landtag von jeweils etwa 315 Tonnen Yellow Cake sprach, sickerte aus Wismut-Quellen, daß „nur" noch 160 bis 230 Tonnen produziert werden sollen. Aus dem Agenturvertrag, den das Unternehmen mit Interuran abgeschlossen hat, geht hervor, daß der Uranabbau noch mindestens bis 1994 weitergeht.

Atom-Endlager in Wismut-Schächten?

Unterdessen wird immer wahrscheinlicher, daß die Wismut Teile ihres Betriebsgeländes als Dauerlager für radioaktive Abfälle anbieten will. Wolfgang Petter, Strahlenschutzbeauftragter in Seelingstädt, bestätigte „Denkmodelle", wonach das bei den bevorstehenden Demontage- und Abbrucharbeiten anfallende radoaktiv verseuchte Material im Schlammabsetzbecken Culmitzsch eingelagert werden soll. Ob auch betriebsfremder Strahlenmüll, etwa aus Atomkraftwerken oder Betrieben der Brennelementefertigung, in den Culmitzscher Schlammteich gekippt werden soll, konnte Petter nicht bestätigen.
Die Berliner SPD-Abgeordnete Siegrun Klemmer glaubt, daß auf dem Wismut-Gelände „klammheimlich" ein Endlager für atomare Abfälle aus der gesamten Bundesrepublik und dem Ausland eingerichtet werden soll. Für die These, daß die Wismut den ohnehin hoch belasteten Giftteich mit weiterem Strahlendreck verfüllen will, spricht auch das von der Steag vorgeschlagene Sanierungskonzept für die zweite, 1989 abgeschaltete Uranerzaufbereitungsanlage Crossen bei Zwickau. Dieser Plan sieht vor, in der benachbarten Absetzanlage Oberrothenbach einen großen atomaren Schrottplatz einzurichten, auf den alle kontaminierten Geräte und Materialien vom Gelände der Aufbereitungsfabrik sowie rund 60.000 Kubikmeter belasteter Bauschutt gekippt werden sollen. Bürgerinitiativen und Gemeindeverwaltungen haben dagegen Protest angemeldet. Ihrer Ansicht nach erschwert jedes Kilogramm zusätzlich eingelagerter Schrott eine spätere Sanierung der Giftteiche erheblich.

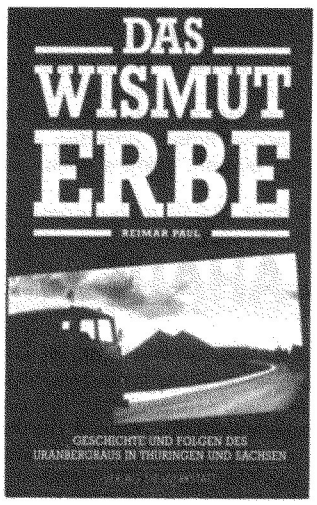
Sanierungs-Konzept abgeschmettert

Daß die Wismut für die Sanierung der von ihr selbst verursachten Umwelt-Sauereien alles andere als geeignet ist, hat anscheinend jetzt auch die Bundesregierung einsehen müssen. Das Ende August in Bonn abgelieferte Gesamt-Sanierungskonzept ist nämlich als unzureichend zurückgewiesen worden. Dies wurde aus dem thüringischen Umweltministerium bekannt. Demnach bemängelte die mit der Bewertung des Sanierungsplans beauftragte Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder Sachsen und Thüringen, daß die Wismut zwar eine Reihe von Sanierungsvarianten entwickelt, aber letztlich nur ihre „Vorzugsvariante" detailliert dargestellt habe. Einzelheiten des 1.000 Seiten dicken Sanierungskonzeptes, das von der Bundesregierung streng unter Verschluß gehalten wird, sind bislang nicht bekannt geworden.
Bereits im Frühjahr hatten das Bundesumweltministerium und von ihm zu Rate gezogene Wissenschaftler einen ersten Wismut-Entwirf für ein „Sanierungs-Gesamtkonzept" rundweg abgelehnt. Ebenfalls nicht akzeptiert wurde ein Papier des Urankonzerns, das „Sofortmaßnahmen" zur Beseitigung der akuten Belastungen auflistete.

2.500 Lungenkrebsfälle werden neu aufgerollt

Rund 2.500 Lungenkrebse von ehemaligen Uranbergleuten, die von der Wismut bislang nicht als Berufskrankheiten anerkannt wurden, sollen neu geprüft werden. Das teilte der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften am 19. November in Bonn mit. Die Berufsgenossenschaften sind seit Oktober für die Abwicklung der Gesundheitsschäden aus dem Uranbergbau zuständig. Um die abgelehnten Altfälle und die zu erwartenden neuen Anträge – vermutlich rund 300 pro Jahr – zügig bearbeiten zu können, haben die Berufsgenossenschaften die „Zentrale Erfassungs- und Betreuungsstelle Wismut" (ZEBWis) eingerichtet. Sie soll schon im Januar ihre Arbeit aufnehmen.
Etwa 5.500 Lungen- oder Bronchialkarzinome hat die Wismut bis heute als Berufskrankheit anerkannt und entschädigt. Dabei entschieden die Ärzte des Unternehmens nach bestimmten Radioaktivitätskonzentrationen, denen ein Bergmann ausgesetzt sein mußte. Bis 1974 lag dieser Wert bei 450 Working Level Months, WLM, was einer Jahresdosis von sage und schreibe 4,5 Sievert entspricht. Zum Vergleich: Die alles andere als strenge bundesdeutsche Strahlenschutzverordnung schrieb zur selben Zeit für strahlenexponierte Personen, etwa AKW-Arbeiter, einen Höchstwert von 50 Millisievert fest, eine 90mal geringere Dosis also. Über 250 und 200 WLM senkte die Wismut die Anerkennungsgrenze schließlich auf 150 Working Level Months – ein immer noch katastrophal hoher Wert.
Die Berufsgenossenschaften haben nun ein vereinfachtes Anerkennungsverfahren entwickelt. Wurde eine bestimmte Strahlenexposition – welche, damit rückten die Herren allerdings nicht raus – überschritten, so reicht eine fachärztliche Stellungnahme für die Anerkennung als Berufskrankheit aus. Beim Unterschreiten dieser Mindestdosis müssen die Antragsteller zusätzlich ein medizinisches Fachgutachten beibringen.
Die ZEBWis will auch das bislang von der Wismut verwaltete Gesundheitsarchiv übernehmen und für epidemiologische Langzeituntersuchungen auswerten. Die mehreren hunderttausend Patientenakten wären dann weltweit die größte Datei ihrer Art. Vom Land Sachsen wollen die Berufsgenossenschaften darüber hinaus das frühere Wismut-Sanatorium Falkenstein im Voigtland kaufen. Mit einem Finanzaufwand von 25 Millionen Mark soll das Haus zu einer modernen Fachklinik für strahlenbedingte Atemwegserkrankungen umgebaut werden.

R.



DIE CHRONOLOGIE DER »GRÖSSTEN UMWELTKATASTROPHE WESTLICH VON TSCHERNOBYL« (SPIEGEL)

Der Journalist Reimar Paul, Mitarbeiter u.a. der taz und der atom, recherchierte über ein Jahr lang vor Ort: bei Umweltschützern, bei Wismut-Offiziellen und ehemaligen Bergarbeitern. Sein Buch schildert die Geschichte des sowjetisch-deutschen Konzerns, der auf der Suche nach Uran ganze Landstriche durchwühlte und radioaktiv verseuchte. Viele Augenzeugenberichte schildern die Arbeitsbedingungen untertage, die Tausenden von Kumpeln den vorzeitigen Tod durch Lungenkrebs oder Silikose brachten. Die derzeitige ökologische Situation in diesem riesigen Abbaugebiet wird untersucht und die Sanierungskonzepte der Wismut AG unter die Lupe genommen.
Die Geschichte der Wismut AG ist voll von Skurrilitäten, politischer Verbohrtheit und persönlicher Tragik. Vor allem aber ist es die Geschichte einer ungehemmten Ausbeutung von Mensch und Natur. Und sie ist noch nicht zuende, wie der nebenstehende Bericht zeigt.

VERLAG DIE WERKSTATT
Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen

192 Seiten Paperback, mit Fotos von Günter Zint
Preis: DM 22,–. Erschienen im Oktober 1991

sTandorte

GREIFSWALD

Das Greifswalder Atomkraftwerk wurde endgültig stillgelegt. Trotzdem ist Greifswald nach wie vor ein Atomstandort, über 600 t hochradioaktives Material lagern in Lubmin. 5 von 8 Reaktorblöcken waren in Betrieb und sind verstrahlt. Anstatt nun einen Abriß ins Auge zu fassen, wird alles getan, das radioaktive Material ins Greifswald zu belassen, um Greifswald als Atomstandort zu erhalten.
Und wenn schon Atomstandort, dann natürlich richtig: In Deutschland wird die Lagerkapazität für atomaren Müll knapp. Ein Endlager für radioaktiven Müll gibt es nicht und wird es, wenn überhaupt, erst nach dem Jahr 2000 geben. Also muß ein Zwischenlager (Trockerlager) her. Welcher Standort wäre also aus der Sicht der Bonner Ministerialbürokratie und der mit Protesten kämpfenden Atomindustrie geeignet???
Inzwischen sind Pläne schon weit gediehen. In den alten Bundesländern läßt sich schon lange kein Atommüllager mehr durchsetzen. Da kommt das „dünnbesiedelte", „demokratisch unerfahrene" Neubundesland Mecklenburg/Vorpommern gerade recht. Hier soll die größte Atommüllkippe Deutschlands entstehen für:
10 000 t hochradioaktiver Müll (Kernbrennstäbe)
- 2000 000 m3 schwach- und mittelaktiver Müll (Faßlager)
Das wäre fast die 20fache Menge der derzeit in Lubmin lagernden Brennstoffkassetten. Das geplante Faßlager könnte eine Million Fässer (a 200 l) verdichteten Atommülls aufnehmen. Der Zug, der dieses alles transportieren sollte, wäre nach Greenpeace-Aussagen 250 km lang.
Die Bürgerinitiative Kernenergie ist nicht gegen die sichere Lagerung von Atommüll aus Greifswald. Sie ist auch nicht gegen die Einlagerung der 20 t Kernbrennstäbe aus Rheinsberg, wenn damit kein Präsidenzfall für eine Einlagerung aus anderen Orten der Bundesrepublik geschaffen wird und Rheinsberg wieder eine grüne Wiese (nuklearfrei) wird. Die Bürgerinitiative wendet sich gegen jede Überdemensionierung des geplanten Zwischenlagers. Der Bau eines bundesweiten oder gar europaweiten Atommüllagers kann nur zu einer Verödung der Region führen. Wir fordern daher alle Bürger, alle Verbände, alle Parteien und Kommunalvertretungen auf, sich gegen eine bundesweite Atommülldeponie zu wenden.
Kontakt: BI Kernenergie e.V. Greifswald
c/o Dr.Rosemarie Poldrack, Fleischerstraße 22, O-2200 Greifswald, Tel.: 5798

FESSENHEIM

An Stelle der üblichen Presseerklärungen eine kurze, aussagekräftige Zitatensammlung:
dpa 25.September 1991: „Bei einer Überprüfung zeigte sich, daß der Riß sich von wenigen Millimetern auf 11 cm Länge und 3 cm Tiefe ausgedehnt hatte."
FR 11.September 1980: „... die Risse waren nach Angaben der (Fessenheimer) Kraftwerksleitung allerdings nur von geringer Größe, daß sie selbst bei pessimistischer Betrachtungsweise frühestens in 30 Jahren zu einem Problem werden könnten ..."
Schwarzwälder Bote 12.10.1989: „... Risse wurden kaum tiefer ... Bei einer Überprüfung sei festgestellt worden, daß die Risse praktisch nicht gewachsen sind."
Kölner Stadtanzeiger 17.8.1981: „ ... Experten: Keine Gefahr ... Im südbadischen Regierungspräsidium ist man jedoch nicht so skeptisch. Nach übereinstimmender Ansicht der Experten könne eine Gefährdung des Materials und somit eine schnellere Ausbreitung der Risse bis jetzt ausgeschlossen werden."
Badische Zeitung 3.9.1990: „ ... TÜV zum KKW Fessenheim: Keine Notwendigkeit zum Abschalten ... Auch hier beruhigt Wutschig (Abteilungsleiter Kerntechnik TÜV Südwestdeutschland) die Gemüter. Diese Risse, die durch Fertigungsfehler entstanden seien, hätten sich in 10 Jahren Betrieb nicht weiterentwickelt und würden sich auch bei Weiterfahren des bisherigen Betriebsbelastung nicht weiterentwickeln ..."
Badische Zeitung 15.10.1989: „... In Bezug auf die Haarrisse am Reaktor betonte Bonnet (Direktion Fessenheim), daß sie sich nicht vergrößert hätten. Von 19 Haarrissen sei lediglich einer mit nennenswerter Größe (7 Millimeter) festgestellt worden, der sich zudem seit der letzten Messung 1985 nicht verändert habe und kein Sicherheitsrisiko darstelle ..."
Die Meldung vom 25. September 1991 zeigt, daß die Aussagen aller dieser sogenannten Experten, TÜV Fachleute und Betreiber falsch waren. Die Experten haben sich geirrt, in Fessenheim und Tschernobyl.
Fessenheim und diese Experten stellen ein Sicherheitsrisiko dar. Die DPA Aussage „eine Gefahr bestehe nicht, weil der Reaktor abgeschaltet sei", kann uns nicht beruhigen, denn sie bedeutet im Umkehrschluß, daß Gefahr bestand, solange der Reaktor in Betrieb war.
Fessenheim darf nicht mehr angeschaltet werden.
BI Riegel, AGUS, Elternini Staufen, Wyhl-Info-Büro, bad.els.BI's
c/o Axel Mayer, Spitelstraße 9, 7831 Riegel, Tel.:07642/5438

AHAUS

Bislang ist es der Anti-Atomkraft-Bewegung gelungen, die Einlagerung von Atommüll in die Ahauser Atommülldeponie (BEZ) zu verhindern. Es scheint jedoch nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann der erste Atommüll aus dem abgeschalteten Thorium-Hochtemperatur-Reaktor (THTR) in Hamm-Uentrop mit der Deutschen Bundesbahn nach Ahaus transportiert werden soll. Die Bahnroute steht bereits fest: Hamm – Münster – Gronau – Ahaus.
Während der Personenverkehr von Gronau nach Ahaus eventuell eingestellt wird, soll die Strecke Gronau – Ahaus für Güterzüge, besonders für Atommüllzüge, erhalten bleiben (Gronauer Nachrichten, 29.8.91).
Hierbei wird zum einen die völlig falsche Verkehrspolitik im Kreis Borken deutlich: Bahnstrecken werden stillgelegt, während z.B. die A 31 quer durch die Landschaft geschlagen wurde. Zum anderen wird deutlich, daß der Verbleib von Atommüll aus AKW's und aus anderen Atomanlagen völlig unklar ist. Ein „Zwischen"lager in Ahaus ist keine Lösung. Die hochgefährlichen Transporte von Hamm nach Ahaus müssen verhindert werden.
Die Bürgerinitiative „Kein Atommüll nach Ahaus", weitere Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Euregio-Gebiet, Ortsverbände der Grünen, Landwirte, die UWG Ahaus und andere haben in der Vergangenheit wirkungsvoll gegen die Inbetriebnahme des BEZ gearbeitet. Diese Arbeit wird fortgesetzt, und sollte von vielen Menschen vor allem aus Nordrheinwestfalen aktiv unterstützt werden. Ahaus muß atommüllfrei bleiben !!!
Für den 18.Januar 1992 plant die deutschniederländische Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland entlang der Bahnroute einen dezentralen Aktionstag. Und falls es der Betreiberseite doch mal gelingen sollte, Atommüll nach Ahaus zu bringen, findet am Samstag danach eine „Tag X-Demo" statt.
Nähere Informationen über das BEZ Ahaus und den Widerstand gibt es bei der EuKo, einem Zusammenschluß von Initiativen aus dem gesamten Euregio-Gebiet:
EuKo, c/o AKU Gronau
Siedlerweg 7
4432 Gronau

sTandorte

MORSLEBEN

Mit Empörung mußten wir heute aus den Medien entnehmen, daß in Morsleben trotz der gerichtlichen, vorläufgen Stillegung weiterhin Atommüll eingelagert wird.
Die oberirdische Einlagerung des Atommülls aus Bitterfeld ist ein eindeutiger Rechtsbruch und eine Mißachtung des Gerichtsurteils des Bezirksgerichts Magdeburg. Die fadenscheinige Ausrede, der Atommüll werde „nur" oberirdsisch gelagert und die Stillegung beziehe sich nur auf die unterirdischen Bereiche des Endlagers, ist absolut falsch. Durch das Gerichtsurteil von Magdeburg ist die gesamte Betriebsgenehmigung, auch für die oberirdische Lagerung, vorläufig außer Kraft gesetzt.
Auch die geplante Einlagerung von radioaktiven Kobaltquellen aus dem Gebiet der neuen Bundesländer verstößt gegen den Gerichtsbeschluß. Inzwischen hat die Rechtsanwältin Claudia Fittkow, Mitglied der BI Morsleben, Strafanzeige gegen den Umweltminister Sachsen-Anhalts, Raul, gegen die Betreiber und gegen Bundesumweltminister Töpfer, wegen der Einlagerung des Atommülls aus Bitterfeld gestellt.
Per Eilantrag hat Claudia Fittkow beim Bezirksgericht Magdeburg um polizeiliche Sicherung des Urteils auf vorläufige Stillegung gebeten, damit sichergestellt wird, daß keine weitere illegale Einlagerung erfolgt.
Am Freitag, dem 27.9.91 fand eine Demonstration vor dem Endlager in Morsleben statt.
Kontakt: BI Morsleben, c/o David Janzen Birkenweg 3, 3330 Helmstaedt, Tel.05351/4872

„Aus" für Endlager Morsleben

dpa **Magdeburg.** Das in Deutschland bisher einzige Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben (Sachsen-Anhalt) steht vor dem Aus. Der Senat für Verwaltungsrecht beim Bezirksgericht Magdeburg verurteilte am Mittwoch das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter (BfS), die Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle in Morsleben einzustellen (Az.: OVG K 3/91). Der Senat gab damit der Klage der Rechtsanwältin Claudia Fittkow aus Helmstedt statt, die wegen der von ihr befürchteten Gefährdung der Gesundheit durch das rund fünf Kilometer von ihrem Wohnort entfernt betriebene Endlager geklagt hatte. Das Bundesamt für Strahlenschutz besitze nicht die für den Betrieb des Lagers erforderliche atomrechtliche Genehmigung. Die dem DDR-Kombinat Kernkraftwerke „Bruno Leuschner" Greifswald am 22. April 1986 vom damaligen Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR (SAAS) erteilte Betriebsgenehmigung, auf deren Fortgeltung sich das BfS stütze, sei unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt auf das Bundesamt übergegangen, hieß es in der Begründung der Richter.

OHU II

Die Betreiber des Atomkraftwerks OHU II bei Landshut (Bayernwerk, Isar-Amper-Werke, OBAG und Stadtwerke München) haben gegen das Wasserhaushaltsgesetz verstoßen. Das geht nach Auffassung der Landtagsabgeordneten Emma Kellner (Grüne) aus einer von ihr im Mai dieses Jahres gestellten Anfrage hervor, die Innenminister Stoiber entgegen der vorgeschriebenen vierwochen-Frist erst jetzt beantwortet hat.
Nach der wasserechtlichen Genehmigung des Landratsamtes Landshut durfte das Atomkraftwerk bei Stillständen über 30 Tagen eine Wärmemenge von 15 MJ/s – das entspricht ca. 1000 Einfamilienhaushalten – in die Isar leiten. Dieser Grenzwert wurde bei der Revision 1989 rechtswidrig überschritten. Deshalb versucht das Innenministerium in trauter Eintracht mit den Stromversorgern mit fragwürdigen Zahlenspielereien den damaligen sechswöchigen Stillstand auf genau 30 Tage runterzurechnen. Das Umweltministerium hatte dagegen in Pressemitteilungen vom 7.9.89 und 12.10.89 korrekt gemeldet, daß das AKW am 1.9. abgeschaltet wurde und am 11.10. wieder in Betrieb ging, mithin weit über 30 Tage stillstand.
Minister Stoiber versucht, noch einen weiteren Verstoß der AKW-Betreiber zu verheimlichen. Seit 1.1.1990 mußte das Atomkraftwerk einen Grenzwert von 10mg/l Ammonium-Stickstoff NH4N einhalten. Da dies nicht gelang, stellten die Betreiber 4 Monate verspätet einen neuen wasserrechtlichen Antrag und erhielten im August 1990 unter Ausschaltung der Öffentlichkeit eine klammheimliche Ausnahmegenehmigung mit dem Grenzwert von 15 mg/l. Wie aus der Antwort des Innenministeriums hervorgeht, wurde nach dem 21.8. der ursprüngliche Grenzwert von 10mg/l tatsächlich dreimal überschritten. Diese Grenzwertüberschreitung wurde allerdings nur von den Betreibern selbst festgestellt. Nach der amtlichen Überwachung fand keine Grenzwertüberschreitung statt. Nach Auffassung von Emma Kellner müsse man angesichts solcher Diskrepanzen Zweifel an der Wirksamkeit der staatlichen Kontrolle haben.
Gänzlich schweigt sich Innenminister Stoiber über den Zeitraum 1.1.90 bis 21.8.90 aus, in dem die Betreiber noch nicht über den erhöhten Grenzwert verfügten. ...
Weitere Informationen: Emma Kellner, Abgeordnete (Bayrischer Landtag) Maximillianeum 8000 München 85 oder
Büro Die Grünen, Maximillianstraße 16 in 8300 Landshut (0871/89793)

sTandorte

ESENSHAM

Der Arbeitskreis Wesermarsch hat sich in Briefen an die niedersächsische Umweltministerin sowie andere Mitglieder der Landesregierung dringend um einen Gesprächstermin betreffend des Atomkraftwerks Esensham bemüht. Zum einem wird angemahnt, daß trotz der vollmundigen Bekundungen der Landesregierung betreffend des Ausstieges aus der Atomenergie praktisch nichts geschieht. Zum zweiten soll geklärt werden:
a) Kühltürme fehlen beim AKW Esensham (Widerspruch VG Oldenburg Urteil 1978 innerhalb von 5 Jahren diese zu bauen und Wärmelastplan Weser als Deal zwischen den Herren Albrecht und Koschnick). Findet hier ein illegaler Betrieb des AKW Esensham statt? Was gedenken Sie zudiesem Thema zu tun? Plant die Landesregierung den Wärmelastplan aus Umweltsicht zu verbessern? In welcher Form ist an eine Öffentlichkeitsbeteiligung gedacht?
b) Welche Konsequenzen hat das Umweltministerium daraus gezogen, daß beim AKW Stade defekte Steuerventile im Druckhaltesystem des Reaktors auftraten? Im AKW Esensham soll dieses Druckhaltesystem z.Z. nach Stade-Vorlage umgerüstet werden. Hat das Umweltministerium Konsequenzen aus den Fehlern im AKW Stade für das AKW Esensham gezogen (hinsichtlich der Auflagen)? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
Weiter wird in den Schreiben von der Landesregierung gefordert:
- bis zum Jahresende 1991 die Ausarbeitung eines Konzeptes zur Stillegung noch in dieser Legislaturperiode
- Vorstellung und Diskussion dieses Konzeptes mit den Standortinitiativen
- Durchsetzung einer Personalpolitik im Umweltministerium, die die Durchsetzung dieses Ziels — anders als bisher (siehe z.B. Kompaktlagerklage Esensham) — gewährleisten kann.
Unterzeichner der Briefe sind ca. 30 Gruppen und Organisationen aus der näheren Umgebung.
Konakt und weitere Informationen:
Arbeitskreis Wesermarsch/Regionalkonfernz der Bürgerinitiativen Umweltschutz, c/o Hans-Otto Meyer-Ott, Hammelwarder Außendeich 8 in 2880 Brake Tel.04401/3813 oder Walbert Strahlmann, Sandinger Weg 39 in 2890 Nordenham Tel. 04731/31108

Bericht und Auswertung des Fastens vom 6.-9.August und des DIE-IN am Jahrestag des Bombenabwurfs auf Nagasaki am 9.August:
Diese Aktion war gedacht als Ankündigung unseres Widerstandes für den Fall einer Genehmigung von wiederaufgearbeiteten MOX-Plutoniumbrennelementen. Für den 9.August hatten wir uns vorgenommen, 24 Stunden am AKW zu bleiben, von 6 Uhr morgens bis zum drauffolgenden Tag. Um 10.30 Uhr , um die Zeit des Bombenabwurfs, legten wir uns für eine Stunde auf die Zufahrt des AKW's. Die Polizei hatte uns zuvor darauf aufmerksam gemacht, daß die Zufahrt zu jeder Zeit passierbar bleiben müsse. Trotzdem werde sie das DIE-IN dulden und auch erst danach Personalien aufnehmen. Nach Einschätzung des Einsatzleiters handelte es sich beim DIE-IN um eine Ordnungswidrigkeit, im Falle des „Versammlungsleiters" um eine Straftat. Man behielt sich vor, uns wegzuräumen, falls tatsächlich ein Fahrzeug blockiert werden würde ... Es kam kein einziges Fahrzeug, vom Kraftwerk waren zwei große Lieferwagen außerhalb der Zufahrt aufgestellt worden, von denen aus die Warenannahme vonstatten ging, d.h., alles war so eingerichtet, daß eine Blokkadesituation gar nicht entstehen konnte. Mittlerweile wurden Bußgeldverfahren eingeleitet.
Ca. 25 Personen beteiligten sich am DIE-IN, weitere 30 Leute waren zur Unterstützung der Aktion gekommen, darunter etliche FreundInnen aus der Oberpfalz. Nach dem DIE-IN plätscherte der Tag ein wenig dahin, immer unterbrochen durch einen stündlichen Rappell mit Text und Schweigen. Um 17.00 Uhr war Gottesdienst. Auch während der Nacht hielten wir stündlich Rappell.
Zum ersten Mal wurde ein Gespräch vor der Aktion auf dem Landratsamt, mit Vertretern der Behörde, der Polizei und des Atomkraftwerks, abgelehnt. Man will nicht mehr mit uns reden, ist aber auch intelligent genug, auf unsere Aktionen nicht massiv zu reagieren, sondern sie wohlmöglich ins Leere laufen zu lassen. Eine Widerstandsaktion aber, die auf keinen Widerstand trifft, verändert ihren Charakter. Sie erhält etwas Spielerisches, Leichtes, während das eigentliche Thema in den Hintergrund tritt.
Um so wichtiger und besser war es, daß 10 Menschen seit dem 6.8. fasteten — einige zum ersten Mal überhaupt —, und daß wir die Nacht gemeinsam vor dem Atomkraftwerk verbrachten. Das Fasten half, unsere Konzentration auf die Opfer zu lenken, deren Leben durch den atomaren Wahn der Atomkraftwerke und Atomtests zerstört wurde.
Zuerst fühlten sich die Herren der Gundremminger Anlage allein schon von unserer Mahnwache bedroht, und versuchten, uns massiv einzuschüchtern. Nachdem aber das Innenministerium die Dummheit begangen hatte, uns in Unterbindungsgewahrsam zu nehmen und gezwungen war, einen peinlichen Rückzieher zu machen, wurden unsere Aktionen zivilen Ungehorsams alle geduldet. Niemand scheint mehr Interesse an der Kriminalisierung unserer Aktionen zu haben. Wir sind immer wieder davon überrascht, wie es möglich ist, daß der Freistaat Bayern den Betrieb von Atomkraftwerken fördert, gleichzeitig aber den gewaltfreien Widerstand dagegen genauso duldet — und das nach Wackersdorf.

GUNDREMMINGEN

Atomtransporte: Am 26.August, am 2., 9., und 23.September ging je ein Transport von Ohu nach La Hague. Im Winter erwarten wir auch wieder Transporte von Gundremmingen nach La Hague, die wir wie im letzten Winter auf der Schiene blockieren wollen. Bitte prüft, ob Ihr bereit wäret, an einer solchen Blockade teilzunehmen, und sagt uns Bescheid, wen ja.
Kontaktadresse:
Carola und Thmoas Wolf, Hauptstraße 204, 8876 Jettingen — Scheppach, Tel 08225/1282 oder
Rolf Heimer, Carl-Kabat-Haus, Schulstraße 7, 7075 Mutlangen
Tel 07171/74263

MOX...MOX...MOX

Liebe AtomgegnerInnen, im Juni 1991 ist die Koordinationsgruppe „Schutz vor MOX" ins Leben gerufen worden, um den Einsatz von plutoniumhaltigen Brennelementen (MOX-BE) im Atomkraftwerk Gundremmingen zu verhindern. Im Rahmen des zur Zeit laufenden Genehmigungsverfahrens wird der offizielle Erörterungstermin stattfinden. Unser Ziel ist es, bei diesem Termin eine breite, kritische Öffentlichkeit herzustellen. Dafür ist eine umfangreiche Vorbereitungsarbeit notwendig. Dazu brauchen wir Geld. Ein Tag im Erörterungsverfahren kostet etwa 5.000 —10.000 DM. Das Einwendungsverfahren zu Wackersdorf hat gezeigt, daß bei breiter Unterstützung politisch einiges zu bewegen ist. Qualifizierte Sachverständige und ein Rechtsanwalt mit Wackersdorferfahrung haben ihre Beteiligung zugesagt. Wir bitten um finanzielle Unterstützung, jede Mark zählt und ist für den Verlauf des Verfahrens bedeutend:
Spendenkonten: L.Volz + C.Wolf, Kto.Nr.6330002, Volksbank Günzburg BLZ 72091800 Kennwort: „Anti-MOX"
Bund Naturschutz, Kto.Nr. 8844000, Bank für Sozialwirtschaft München BLZ 70020500, Kennwort „Anti-MOX" (Spendenbescheinigung möglich)
Kontaktadresse:Reinhold Thiel, St.Ida Straße 2 in 7901 Oberkirchberg

Anti-AKW-Kalender 1992

Wir, Menschen aus der Bremer BürgerInneninitiative gegen Atomenergieanlagen (BBA), haben den Anti-AKW-Kalender 92 herausgegeben. Viele von Euch werden sich jetzt wundern, daß dieser tatsächlich erschienen ist, denn es gibt kaum einen Buchladen in dem er ausliegt und die Werbung hierfür war auch mau.
Wir behaupten dennoch kühn, daß diese Mißstände außerhalb unseres Einflußgebietes lag.

Als wir Ende Juni 91 mit dem Lay Out für den Kalender fertig waren und dieses „unserem" Drucker übergaben, freuten wir uns auf unseren wohlverdienten Urlaub oder sahen der auf uns zukommenden Arbeiterei in den Semesterferien gelassen entgegen. Denn nach all diesen individuellen Erlebnissen, würden wir die fast halbjährige Arbeit am Kalender mit einem fertigen Produkt belohnt bekommen.
Doch dies sollte sich als Illusion herausstellen. Dem erstmaligen Lieferverzug sahen wir noch gelassen entgegen. Als wir dann die ersten fertigen Kalender in der Hand hielten, waren wir dann doch von den Socken. Fast zwanzig Prozent der gelieferten Kalender waren Ausschuß und die restlichen Exemplare entsprachen größtenteils nicht dem Niveau, daß durch unser Lay Out vorgegeben wurde.
Da wir dummerweise dem Drucker schon fast die Hälfte des mündlich ausgemachten Lieferungspreises bezahlt hatten, verlangten wir verständnisvoll vom „Drucker" Besserung. Dieser sah dies ein, meinte aber auch wir sollten uns nicht so kleinlich anstellen: (Z.B. Kalender verkaufen in denen Seiten vertauscht sind?) Leider entsprachen die gelieferten Kalender nicht ganz unseren Erwartungen, aber auch die schleppenden Lieferungen besorgten uns immer mehr. Anfang September waren nicht mal 20 % des Auftragsvolumens (soweit man bei dem Ausschuß davon sprechen kann) geliefert. Die sich anhäufenden Sorgen um den Kalender machten langsam die ganze Erholung kaputt, oder erweckten den irrationalen Wunsch, sich wieder als Bierkastenschlepper zu verdingen. Ganz dramatisch wurde es als dieser Typ von Drucker uns kundtat, nach der nächsten Lieferung seine „Arbeit" einzustellen. Unsere mit Nachdruck vorgetragene Bitte, den Auftrag zu Ende auszuführen, wurde mit phantastischen Preisforderungen beantwortet.
Was tun? Ein Neudruck bei einer anderen Druckerei hätte neue Kosten verursacht, und der Kalender hätte zu einem finanziellen Fiasko für die BBA führen können. Auf jeden Fall entschlossen wir uns zwecks Kostensenkung, und da eh keine Kalender vorhanden waren, unsere geplante gigantische Werbekampagne auf unbestimmte Zeit auszusetzen. Doch diese Überlegungen halfen uns nicht weiter. Unser Hauptinteresse den Kalender wegen seines Inhalts möglichst oft zu verkaufen, wurde durch die Unfähigkeit des „Druckers" verhindert.
Die Frage war, wie kommen wir an die schon in vollständigen Aufdruckvolumen gedruckten Kalenderblätter, um sie irgendwo binden zu lassen. Uns fiel nichts besseres ein, als gerichtlich erwirken zu lassen, daß „unser Drucker" uns die gedruckten Blätter schnellstens übergeben sollte. Hätten wir uns schon nicht träumen lassen, daß der Kalender uns in dieser Art vor Gericht bringt, erstaunte uns das abschlägige Urteil um so mehr. Die einzige Möglichkeit für uns, meinte der Richter, wäre eine Schadensersatzklage, die sich längere Zeit hinziehen würde. Im weiteren Vorgehen von uns bewirkte dies, das die "Diesbringtnix Fraktion" und diejenige, die in Gerichten nicht den richtigen Partner sehen, sich entschlossen, diesen Weg nicht einzuschlagen. Entscheidend bei der Meinungsfindung war sicherlich auch, daß die Druckerei zur Szene gehört. Die Frage stellt sich nicht nur in diesem Fall mal wieder, wie geh ich um mit dem „Genossen", der mich beschissen hat. irgendetwas sollte in solchen Fällen zumindestens geschehen, denn diese Erfahrungen führen zu Vertrauensbrüchen und damit zu veränderten Verhalten in der Zukunft, welches unserem Ideal noch weiter entfernt ist.
Trotz dieser mißlichen Erfahrung hat die Arbeit am Kalender Spaß gemacht und wir hoffen, daß nächstes Jahr wieder eine andere Gruppe den Kalender gestaltet. Wir halten den Kalender immer noch für ein wichtiges Projekt, das Diskussionen, Informationen, Adressen und noch vieles mehr in die Anti-AKW-Bewegung hineinbringen kann.

Kontaktadresse für den Kalender 93 ist das Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster

BBA

LeserInnenbriefe...LeserInnenbriefe...

Liebe „Atom"-Schreiber/Innen!

Ich habe in der Nr. 36 euern Internen Artikel gelesen und bin sehr froh darüber, daß ihr beschlossen habt weiterzumachen.
Die Atom war für mich hier in Italien immer eine erstklassige Informationsbrücke zu all dem, was sich in der BRD so rund um die AKW's und die Anti-AKW-Bewegung abspielt.
Der Schwerpunkt „Atom" ist für mich immer noch sehr wichtig, da er einerseits besonders Kraß die Unmenschlichkeit des „Fortschritts" aufzeigt, andererseits Ausgangspunkt für viele andere Themenbereiche ist.
Die Golfkriegsnummer hat mir sehr gut gefallen, insofern: Debattenteil willkommen. Aber bleibt eine Anti-Atom Zeitung!
Noch ein Lob: In der Regel veröffentlicht ihr Artikel verschiedener Spektren der AKW-Bewegung, ohne Ausgrenzung.
Eine nicht sehr weit verbreitete Tugend, die mir aber gerade die „atom" sympathisch macht.

amore + anarchia
Matthias (Italien)

Liebe Leute von atom-redaktion,

Euer Artikel zu Eurer stressigen Situation zwischen persönlichem Glück (jawohl, auch wir haben ein Recht darauf!!) und politischer Arbeit mit hohem Grad an Selbstausbeutung trifft bei mir auf sehr viel Verständnis. aber: Klar, neue Ideen versprechen auch erstmal eine Entlastung, aber eine Ausweitung auf andere Themenbereiche scheint mir nicht der richtige Weg zu sein. Blättert man Eure Zeitung durch, kann man sehen, wie viele Publikationen zu anderen Themen gelesen werden könnten.
Gerade der Verlust an Bedeutung und Power der Anti-AKW-Bewegung macht eine Konzentration der vorhandenen Kräfte erforderlich. Denn die Atommafia scheint ihre Apathie ja wohl überwunden zu haben, neue Aufgaben im Weltmaßstab kommen auf uns zu.
Das Problem selber ist ja schon so ungeheuer komplex, so daß eine Konzentration sinnvoll erscheint. Auch eine impliziter Blick über den Tellerrand ist möglich, Stichworte: Elektroweltkartell, Uranabbau, etc..
Darin sind viele andere Dimensionen wie sog. 3. Welt, Herrschaft, Ausbeutung etc. aufgehoben. Ich jedenfalls würde lieber eine dünnere oder seltener erscheinende atom in Kauf nehmen.

Ich wünsche Euch für die Zukunft eine Menge Power und Spaß.

Pitt C. (Hamburg)

Neues Tschernobyl-Buch

Anschreiben gegen die „große Lüge“

„Man kann also irgendwann, irgendwo ein Plutoniumatom einatmen, das in Tschernobyl freigesetzt worden ist ... eine einzige geschädigte Zelle kann den Tod eines jeden von uns bedeuten.“

Robert Gale

Tschernobyl war eine Lektion, deren Folgen mindestens über zehn Generationen spürbar sein werden. In den vergangenen fünf Jahren hat die Politik des großen Verschweigens in der Sowjetunion, die schon frühe Atomunglücke, gewissermaßen die Generalproben zum GAU verheimlicht hat, weder einen sicheren Umgang mit der gefährlichen Hochtechnologie, den es ohnehin nicht gibt, noch ein Katastrophenmanagement auf den Weg bringen können. Auf diesem Feld hat die Glasnost ihre Prüfung nicht bestanden.

Nach dem ersten publizistischen Versuch der Auseinandersetzung durch Juri Stscherbak mit seinem Buch „Tschernobyl“ (1986), haben sich zwei Insider der sowjetischen Atomgemeinde – Grigorij U. Medwedew und Zhores Medwedjew zu Wort gemeldet.

Grigorij Medwedew war dreißig Jahre lang in der Atomindustrie, unter anderem auch im AKW Tschernobyl tätig. Er hat zahlreiche Erzählungen über AKWs und Bombentests geschrieben, die leider erst zu spät – 1990 – veröffentlicht wurden. Er hat dank seiner beruflichen Position und Erfahrung die zahlreichen Berichte und Dokumentationen über den GAU, die über seinen Schreibtisch gingen, rechtzeitig sammeln und uns mit seinem Buch ein Bild von der Befindlichkeit der Opfer und Täter vermitteln können.

„Den ehrlichen und unparteiischen Bericht über die Tragödie“, nennt Andrej Sacharow dieses Buch. Der schlichte russische Titel lautet „Tschernobyl-Tagebuch“: Das Buch erlaubt uns einen Blick auf Zeit und Ort der Katastrophe, minutiös aufgelistet, um auch die diffizilen technischen Prozesse jedem Leser begreiflich zu machen. Obwohl für uns ohnehin unfaßbar erscheint, wie ein Atomreaktor mit 32 Konstruktionsfehlern ans Netz gehen konnte. Der Autor schildert die Menschen am Steuerpult, in der Sanitätsstation in ihrer Verwirrung und Unfähigkeit, den Atomunfall zu begreifen. Die Betriebsleitung schickt immer neue Mitarbeiter an die hochkontaminierten Stellen des geborstenen Blocks, damit sie sich „durch Augenschein“ von dessen Zustand überzeugen und berichten ... Wie viele haben allein hier ihr Leben verloren?

Medwedew weiß, was seine „Figuren“ in den kritischen Momenten denken und fühlen. Im Ergebnis der langen Stagnationsperiode in der sowjetischen Wirtschaft und Politik arbeiten auch im AKW durchweg ungenügend qualifizierte Leute – einschließlich der Betriebsleitung, die Medwedew äußerst kritisch sieht. Die Arbeiter müssen in Verwirrung geraten, da ein GAU nie für möglich gehalten, geschweige denn „geprobt“ wurde. In einer Situation, als die Automaten, Meßgeräte und Roboter wegen der hohen radioaktiven Strahlung versagten, mußten Menschen in die Bresche „geworfen werden“.

Die Radioaktivität betrug 15000 Röntgen pro Stunde – erfahren wir dank Medwedew. Zehn Tage später, im Mai 1986, meldete der verantwortliche Minister Juri Izrael – 0,015 Röntgen – ein millionenfaches Herunterspielen des GAUs mit verheerenden Auswirkungen für die Bevölkerung, die viel zu spät ausgesiedelt wird.

Doch Medwedew nennt auch die Namen der eigentlich Schuldigen – nicht den Betriebsleiter und die Ingenieure, die man zwar verurteilt, aber längst freigelassen hat – nein, die Anklage muß gegen andere erhoben werden: gegen den Atompapst A. P. Aleksandrow, den Vater der Atomenergie und bis zum Jahre 1988 hochdekorierter Leiter des Kurtschatow-Instituts in Moskau; gegen den Physiker Nikolaj Dolleshal, der den „unreifen“ Reaktortyp forcierte und gegen den Energieminister A. Majoretz, der die strikte Geheimhaltung aller Tschernobyldaten angeordnet hatte.

Der Schriftsteller zeigt sie alle – im Ministerkabinett, bei ihrem Flug zum Tatort und in der heftigen Abwehr, das Gesehene für real zu erklären. Denn letztlich hängt davon der Erhalt ihrer ministeriellen Pfründe ab.

In diesem Buch werden sämtliche Illusionen über die Verantwortlichen im Apparat zerstört. An der allgemeinen Inkompetenz und den monatlich auftretenden Störfällen hat sich bis heute nichts geändert. Im April 1991 wurden Untersuchungen am Bedienungspersonal vorgenommen und die Zeitung *Nabat* berichtete darüber in ihrer Aprilnummer. 80 – 90 Prozent des Personals wiesen ungünstige psychologische und individuelle Eigenschaften auf ... 57 Prozent wiesen zudem ein unter dem Level liegendes intellektuelles Potential auf. 47 Prozent wird mangelndes logisches Denkvermögen attestiert. „Das AKW wird von Kranken gefahren“, schreibt die Zeitung und scheint sich zu wundern, daß der nächste GAU nicht schon längst passiert ist. „Wir könnten uns schon daran gewöhnt haben, daß er passiert“ – meint Medwedew und in seinem Buch „Atombrand“ (bislang nur russisch) bekennt er, daß das „Pathos seines Tschernobyl-Tagebuchs ihm den Gedanken nahegelegt hätte“, daß das AKW Tschernobyl abgeschaltet und geschlossen werden müsse.

Sein Buch ist spannend in der Balance zwischen Publizistik und psychologischer Skizze, zwischen Reportage und Reflexion. Ein hartes und ehrliches Buch von hoher literarischer Qualität, weil er mit seinem eigenen Schicksal nah am Geschehen war.

Zhores Medwedjew, Zwillingsbruder des Historikers Roy Medwedjew, ist ein anerkannter Radiobiologe und hat vor seiner Ausweisung nach London einmal als Leiter des Radiobiologischen Labors in Obninsk, der Wissenschaftlichen Atomzentrale, gearbeitet. Bekannt geworden ist er durch seine mit Akribie erarbeiteten Analyse der geheimgehaltenen Atomkatastrophe im Ural aus dem Jahre 1957.

Mit seinem eher als Sachbuch gehaltenen Bericht erläutert er allgemein verständlich den Ablauf des GAUs von Tschernobyl, die ökologischen Auswirkungen auf die Umwelt im In- und Ausland sowie die globalen medizinischen Folgen. Seiner Ansicht nach ist Tschernobyl *der* Schock gewesen, der das Vertrauen der Bevölkerung in die Atomenergie ein für allemal unterminiert hat. Staatlicherseits, auch durch Expertisen der IAEO, wird das sowjetische System des Umgangs mit gefährlicher Hochtechnologie, die zur Geißel für die Menschheit verkommen kann, immer noch verharmlost. Es kann deshalb keinen vernünftigeren Ausweg geben, als die Stillegung der AKW. Medwedjews Buch vermittelt einen komplexen Eindruck von Tschernobyl und ist durch handhabbare Literaturverweise, Erläuterungen der wissenschaftlichen Fachtermini und ein Register sehr empfehlenswert.

Gundula Bahro

Grigorij U. Medwedew, Verbrannte Seelen. Die Katastrophe von Tschernobyl. Mit Beiträgen von Andrej Sacharow und Gerd Ruge, München (Hanser-Verlag) 1991 (307 S., 39,80 DM)
Zhores Medwedjew, Das Vermächtnis von Tschernobyl. Aus dem Englischen, Münster (Daedalus Verlag) 1991 (336 S., Abb., 39,80 DM)

Öko-Linke startet durch

Am 6.-8.Dezember 1991 ist es endlich so weit: Die bundesweite Gründungskonferenz der Ökologischen Linken/Alternativen Liste findet in Frankfurt am Main statt. Leider überschneidet sich dieser Termin mit dem Drucktermin dieser atom, sodaß wir leider über den Ablauf, die Diskussionen und möglichen Ergebnisse dieser Konferenz nicht berichten können. Wir werden dies in der nächsten Nummer nachholen. Ansonsten können wir weitergehend Interessierte nur an die Kontaktadressen der Ökoli/Al bzw. auf eine mögliche aktuelle Berichterstattung in der taz verweisen.

Noch einmal kurz zur Vorgschichte: Auf dem letzten Bundesparteitag der Grünen in Neumünster im Frühjahr des Jahres kehrten die RadikalökologenInnen dem Parteiprojekt „Die Grünen" nach jahrelangen Streitigkeiten um den Weg und die Perspektiven der Partei den Rücken. Die zunehmende Angleichung an das vorherrschende Parteienschema bzw. Politikverständnis hatte die radikalökologische und radikaldemokratische Fraktion um Jutta Ditfurth und Manfred Zieran in zunehmende Isolation und Handlungsunfähigkeit innerhalb der Grünen gebracht. Mit dem Eklat von Neumünster verließ ein Teil dieser Fraktion die Partei. Im unmittelbaren Anschluß wurde bereits die Idee eines neuen politischen Projektes vorgestellt, der ökologischen Linken nämlich. Wenige Wochen später fand in Frankfurt ein bundesweites Treffen statt, das bei überraschend guter Beteiligung stattfand und die Grundlagen für den Aufbau einer neuen politischen Gruppe schuf. Eine erste vorläufige Gründungserklärung wurde verabschiedet und das Mandat für die Organisierung des Gründungskongresses im Herbst dieses Jahres erteilt – bei weitgehender Einstimmigkeit im Vorgehen. Landeskontaktadressen bzw. Gruppen organisierten sich und trafen sich sich zur weiteren Vorbereitung und Diskussion. Von der Frankfurter Gruppe wurde die vorläufige Koodination übernommen, die Zeitschrift „ÖkoLinx" ins Leben gerufen, Buttons und Aufkleber kreiert, das Projekt eben zielstrebig weiterverfolgt. In der Zwischenzeit stabilisierten sich die Grünen weiter in Richtung ökologischer Reformpartei auf der Basis der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die „Radikale Linke", ein Versuch, aus den Splittern von K-Gruppen und linken Einzelpersonen ein neues linkes Diskussions- und Handlungsforum zu schaffen, löste sich im Gründungsprozeß bereits wieder auf, bzw. zerfiel wieder in ihre Einzelteile, ohne das dies von der Öffentlichkeit weiter bemerkt worden wäre.

Auch der Schrumpfungsprozeß der autonomen Bewegungen, von der Anti-AKW-Bewegung über die Friedens- und Anti-Kriegsgruppen bis hin zu den Autonomen selbst setzte sich weiter fort; es gab und gibt zwar auch neue Ansätze und Themenfelder, neue Gruppen, Aktionen und Diskussionen, doch können diese den Erosionsprozeß der alten „Bewegungen" nicht auffangen und haben letztendlich damit auch wenig zutun. In diesen allgemeinen Trend des Niederganges der linken Politikfelder und Handlungsperspektiven fällt also das Projekt „Ökologische Linke/Alternative Liste". Zum Kongreß wurden Entwürfe für eine politische Grundsatzerklärung und für Basisdemokratische Strukturen veröffentlicht. Für einen Abdruck in der atom sind diese Texte zu umfangreich.

auch eine verbindliche Struktur her, damit Verantwortlichkeiten und eine gewisse organisatorische Kontinuität gewährleistet wird. Ob dieses Herangehen eher abschreckend oder anziehend auf potienelle MitstreiterInnen wirken wird, mag jeder selbst entscheiden bzw. wird die Zukunft zeigen. Zwei „Altlasten" könnten sich auf Dauer als problematisch herausstellen: zu einem die politische Vergangeheit vieler in den Grünen mit der Gefahr, mit diesen ständig igrendwelche Rechnungen begleichen zu

Im Vorwort zum Entwurf einer Organisationsstruktur heißt es unter anderem:

„Eine politische Organisation muß Kräfte bündeln, neue Aktionen organisieren, Schutz vor Repression bieten, Kommunikation zwischen den Initiativen und Bewegungen befördern, kurz: Widerstandskultur aufbauen. Weil Form und Inhalt zusammengehören, sind die Strukturen einer Organisation nicht zu unterschätzen. Linke Politik von RadikalökologInnen, FeministInnen oder ÖkosozialistInnen läßt sich nicht in hierachischen, autoritären Strukturen machen! In den Diskussionen über die künftigen Struktur der Ökologischen Linken auf der 1.Bundeskonferenz am 11./12.Mai haben wir den Aufbau einer „basisdemokratischen und antihierarchischen ... bundesweiten organisation mit autonomen regionalen Strukturen beschlossen, die als Teil der außerparlamentarischen Opposition unter Einbeziehung möglicher parlamentarischer Oppositionskandidaturen arbeiten soll."

Im weiteren werden dann Vorschläge für die Struktur einer solchen Organisationen bzw. Partei gemacht, von der „Bundesversammlung", über Rechte und Pflichten der „Mitgliedschaft", über das Frauenstatut, die „BundessprecherInnen" bis hin zu Schiedsgerichten und den § 17 „Auflösung". Es sollen also Nägel mit Köpfen gemacht werden. Kritiker werden monieren „Nix als Parteiaufbau im Kopp", andere werden denken: Wenn das Ganze was werden soll, muß

wollen und sich zu sehr damit zu beschäftigen, was die Grünen nun gerade wieder für einen Bockmist verzapft haben usw., zum anderen die starke Bedeutung, die einzelne Personen im bisherigen Verlauf der Gründung gehabt haben: Ohne die Person Jutta Ditfurth wäre das Projekt Ökoli sicher nicht soweit gekommen, bzw. niemand sonst hätte es überhaupt angepackt. Dieses personelle „Abhängigkeit" – sollte sie sich weiter festigen – könnte sich später als Problem herausstellen. Aber das sind alles wilde Spekulationen. Für mich ist jedenfalls diese Ökoli das einzige Projekt seit langen Jahren, das, wenn es auf die Beine kommen sollte – und das hängt nicht zuletzt vom eignenen Tun oder Nichttun ab, die Chance beinhaltet, die versprengten Reste alter Widerstandskulturen zu sammeln, möglicherweise auch für neue Gruppen und Menschen interessant zu sein und eine Struktur zu bilden, die besser als die bisherigen in der Lage ist, in die aktuellen gesellschaftlichen Konflikte und Kämpfe einzugreifen, also aus der radikalen gesellschaftlichen Ecke Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen oder auch nur sie nicht weiter zu verlieren.

Weitere Informationen über den Kongreß, die „ÖkoLinx", vor allem aber die aktuellen regionalen Kontaktadressen sind zu erfahren über:

ÖkoLi/AL bzw. „ÖkoLinx", c/o Jutta Ditfurth/ Manfred Zieran
Neuhofstr.42 in 6000 Frankfurt 1

SCHWARZESBRETT

Verzeichnis der lieferbaren Broschüren 1991/92

Mit einer sagenhaften Akrebie hat das ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam ein 240 seitiges Buch zusammengestellt, indem alle lieferbaren Broschüre, klar gegliedert nach Themen und Sachgebieten mit Bestelladressen und allen nötigen Angaben aufgelistet sind. Eine wahre Fundgrube für interessierte Menschen und Pflicht für jedes vernünftige Archiv bzw. Büro.
Kosten tut das Buch nur 28.-DM und kann bestellt werden bei:
AurorA Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr.8 in 1 Berlin 19
Tel.:030/3227117

Info-Mappe Reaktorsicherheit

Vom BUND Landesverband Baden-W. gibt es jetzt eine Infomappe zum Thema „Reaktorsicherheit und Katastrophenschutz nach Harrisburg und Tschernobyl". Die Mappe kann gegen 10.-DM Vorauskasse (incl.Porto) bestellt werden bei:
BUND-Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg, Erbprinzenstraße 18
7800 Freiburg, Tel.: 0761/35254 Fax 35212

„Was tun, wenns brennt?!"

heißt die neue Rechtshilfebroschüre der Roten Hilfe. Auf 16 Seiten A6 (paßt in jede Jackentasche) finden sich in ihr Rechtshilfetips auf Demonstrationen, bei Übergriffen, bei Festnahme, auf der Wache, bei Hausdurchsuchungen.
Sie wird vom Bundesvorstand der Roten Hilfe herausgegeben und gegen Versandkostenerstattung verschickt. Sie kann auf Demonstrationen usw. gegen Spende oder umsonst verteilt werden. Wir haben zunächst 20.000 Ex. gedruckt, die ab jetzt erhältlich sind und gegen Vorkasse verschickt werden. Versand- und Verpackungskosten, die der Bestellung (Schein, Scheck, Briefmarken) beigefügt werden sollen:
1-20 Ex. 2.-, 21-50 Ex. 3,50 DM, 51-200 Ex. 7.-DM, 201-500 Ex. 11.-DM, je weitere 100 Ex. 1,50 DM zu den 11.- dazu.
Bestellungen an:
Rote Hilfe Literaturvertrieb, Postfach 6444 in 2300 Kiel 14

SUCHE:

Wir archivieren gefälschte Presseerklärungen, Tageszeitungen, Hauswurfsendungen, oder Falschgeld, falsche Briefmarken oder Fahrscheine, Info-Broschüren und Plakate und und und ...
Möglichst 3 Exemplare oder Kopie vom Feinsten.
Die dazu gehörigen Zeitungsartikel/Erklärungen beilegen.
Alles was falsch ist.

G. Fälscht
Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen
-Eine Initiative für's ID-Archiv-
c/o ID, Postfach 104522 D-2800 Bremen 1

Ulrich Kirchner
Der Hochtemperaturreaktor
Konflikte, Interessen, Entscheidungen
Mit einem Geleitwort
von Joachim Radkau
Campus Forschung Band 667
1991. 240 S., DM 48,–
ISBN 3-593-34538-2

Dieses Buch befaßt sich mit der Entwicklung des bundesdeutschen Konzepts eines Hochtemperaturreaktors (HTR), mit dem Bau einer Prototypanlage und mit ihrer (zumindest vorläufigen) Stillegung 1989. Während über den HTR-Kokurrenten, den Schnellen Brüter, schon viel geschrieben wurde, weist bislang die Literatur zur Atomenergie bei diesem Reaktortyp die größte Lücke auf.

Der Autor schildert die HTR-Geschichte als Musterbeispiel einer »chaotischen«, durch strukturelle Divergenzen gekennzeichneten, aber nicht effektiv gesteuerten und absichtsvoll bestimmten Entwicklung. Springender Punkt dieser Geschichte ist, daß sich keine feste projektbezogene Koalition, keine »community« wie etwa beim Schnellen Brüter herausbildete. Hinzu kam die Unübersichtlichkeit dieser neuen Technologie: Es gab Situationen, in denen niemand mehr »voll durchblickte«. Immer aber erwiesen sich die technischen Gegebenheiten nicht als feste Faktenbasis, sondern als Rohstoff vielfältiger Interpretationen, Wünsche und Bedenken.

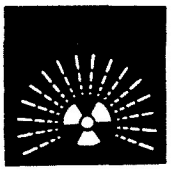
Die HTR-Entwicklung gibt Anlaß zu der Überlegung, unter welchen Bedingungen großtechnische Projekte heute gesellschaftlich durchsetzbar sind – und unter welchen sie scheitern müssen.

Autor: Ulrich Kirchner, geb. 1961, lebt in Bielefeld, wo er Geschichte und Philosophie studierte.

Aua, mein Zahn strahlt ...

Betrifft: Amalagan soll aus Zahnarztpraxen verschwinden ...

Schön, nehmen wir einmal an, Amalgan (die Legierung eines Metalls mit dem giftigen Quecksilber) verschwindet irgendwann aus unseren Zähnen. Schön. Wir wollen auch gar nicht unken über mögliche Ersatzstoffe und deren angebliche Vor- und Nachteile. Nur eines möchten wir fragen: Wann verschwindet das Uran aus den Zahnprothesen? Uran darf als radioaktiver Leuchtstoff der Porzellanmasse für Zahnersatz beigemengt werden: Damit die künstlichen Zähne ein „natürliches" Leuchten erhalten! Außerdem wird Uran als Verbindungsmasse zwischen den Porzellanzähnen und der Kieferprothese verwendet, wenn das Gebiß fertiggebrannt wird.
Wann verschwinden diese radioaktiven Stoffe aus den Zahnarztpraxen? Von der Beeinträchtigung für die Zahntechnikerinnen und Techniker durch den Umgang mit radioaktiven Stoffen einmal abgesehen ...
Nähere Info's über: Anti-Atom-Büro, Am Oelpfad 25 4600 Dortmund-Hörde, Tel.-0231/420602
(P.S.: „Man/frau lernt doch nie aus"



Kurz-Doku Mainzer Straße/ November 90

über den Kampf um die Mainzer Straße, über die Räumung und die Zeit danach. Presseerklärung und Flugis, Zeitungsausschnitte und Erklärungen, Meinungen von Parteien und Organisationen, die uns wichtig erschienen.
1 Doku 2.-DM, ab 3 Stck. 1,50 DM zu bestellen bei:
Infoladen Daneben, Rigaerstr.84 in O-1035 Berlin-Friederichshain

Infoblätter zur Atomenergie

Die Anti-Atomgruppe Steglitz Friedenau hat zu verschiedenen Themen 4-seitige Infoblätter erabeitet und gedruckt, die sich sehr gut für den Büchertisch oder als Diskussionsgrundlage zu inhaltlichen Themen eignen. Zur Zeit sind zu folgenden Themen Info-Blätter erhältlich:
„Stromsparen ohne Komfortverzicht? Es ist möglich!", „Lebensmittel – radioaktive Bestrahlung und bedenkliche Zusatzstoffe", „Atomtransport und seine Risiken", „Die SPD und der Ausstieg aus der Atomenergie – eine Bilanz", „Zeitbombe Atommüll".
Die Blätter kosten jeweils incl. Porto u. Verpackung:
1 Ex. 1.-DM, 10 Ex. 5.-DM, 100 Ex. 25.-DM, 1000 Ex. 125.-DM
und können bezogen werden bei:
Anti-Atom-Gruppe Steglitz/Friedenau, c/o Ekkehard Skoring
Rheinstraße 12/13 in 1000 Berlin 41 (Tel.-030/8524819)

The World Uranium Hearing

Salzburg 1992

The Wold Uranium Hearing (WUH)- Die Stimme der Ungehörten Salzburg vom 13. bis 19.September 1992

Die WUH ist eine interdisziplinäre Initiative, gestartet mit dem Ziel, die Folgen von Uranabbau und Atomwaffentests, vor allem für die Urbevölkerung aller Kontinente, zu untersuchen und durch Veranstaltungen weltweit bekannt zu machen. WUH wurde im Dez.1987 von Claus Biegert gegründet und ist als gemeinnütziger Verein anerkannt.
In der Residenz von Salzburg werden vom 13. bis 19.September 1992 die Opfer unserer nuklearen Gesellschaft das erste Mal in der Geschichte gemeinsam das Wort ergreifen und Zeugnis ablegen über die tägliche Zerstörung ihrer Kultur, ihres Lebens und ihres Landes durch eine Zivilisation, deren Verteidigungs- und Energiekonzept im wesentlichen auf der Anwendung von Atomkraft beruht. Jene, deren Stimmen bislang ungehört blieben, werden vor einem internationalen Gremium verantwortungsbewußter Weltbürger sprechen – dem „Board of Listeners". ... Aufgabe der Zuhörer wird es sein, fachliche und ideologische Grenzen zu überschreiten und mit dem Akt des Zuhörens sich Jenen zuzuwenden, die jahrhundertelang für den Aufbau unserer Industrienationen ausgebeutet wurden und weiter ausgebeutet werden, da diese Zivilisation nur durch den Nachschub von Rohstoffen aus allen Winkeln der Welt fortbestehen kann.
Die kleinen Völker sind die ersten Opfer. Über 70% der Betroffenen sind Ureinwohner, die z.T. noch heute in Stammesgesellschaften leben und deren Subsistenzwirtschaft von einer intakten Natur abhängig ist. Mit Recht sprechen sie von einem „nuklearen Neokolonialismus". Der Rest setzt sich aus Minderheiten innerhalb der Industrienationen zusammen, die man wissentlich in Unkenntnis belassen hat.
Die Zerstörung kleiner Völker geht über die Vernichtung ihrer ökologischen und terretorialen Grundlagen hinaus. So vernichtet der Uranbergbau auch ihren spirituellen und kulturellen Reichtum, indem er jene Völker ihrer heiligen Plätze beraubt. In diesem Zusammenhang verlangt noch ein naturwissenschaftliches Phänomen besondere Aufmerksamkeit: die Identität heiliger Plätze eingeborener Völker mit Lagerstätten von Uran. Eine Geographie solcher heiliger Plätze findet sich in den mythologischen Landkarten aller Völker. Die Unversehrtheit dieser für sie heiligen Orte ist Voraussetzung für das Gleichgewicht des Organismus Erde.
Die geistige Ebene von Ökologie darf in einer Bewegung wie der WUH nicht fehlen, denn ein Frieden unter den Menschen ist nur machbar, wenn gleichzeitig der Krieg gegen die Natur beendet wird. In jenen betroffenen Kulturen ist noch vorhanden, was bei uns bereits nahezu verloren ist: eine tiefe Spiritualität, die sich in einer Verantwortung gegenüber der Erde und allem nichtmenschlichem Leben und gegenüber der siebten Generation nach uns auszeichnet. Eine Warnung der Betroffenen könnte die weltweiten Gefahren atomarer Verseuchung bannen. Sie lautet: das Uran muß in der Erde bleiben. ...
Die Organisatoren des WUH legen Wert darauf, daß die einwöchige Veranstaltung nicht zur Äußerung einer bestimmten parteipolitischen Richtung wird. Allein die Stimmen der Betroffenen sollen dieses Woche prägen.
Öffentlichkeit im Vorfeld: Kulturelle Aktionen des WUH bieten bereits im Vorfeld der Veranstaltung die Möglichkeit, Öffentlichkeit für oft unbekannte Aspekte der „unfriedlichen" Nutzung der Atomenergie zu schaffen. Bis Ende 1993 wird von WUH in Zusammenarbeit mit den Internationalen Ärzten zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) in Europa die Fotoausstellung „Bombensicher – Fotografen dokumentieren von Hiroshima bis Tschernobyl", der „Atomic Photographers Guild", gezeigt. Diese Ausstellung mit über 120 Exponaten, zu der ein 168 seitiger Katalog vorliegt, kann im Münchener Büro der WUH bestellt werden.
Der Verein hat zusammen mit der Heinrich Böll Stiftung einen Videofilm (Länge 32 Min.) produziert, in dem die Opfer von Atomwaffentests, Uranabbau und nuklearem Fallout zu Wort kommen: „Der Tod, der aus der Erde kommt". Kassetten können gegen eine Spende von DM 50 bestellt werden. Der Film ist in deutscher, englischer, französischer und russischer Fassung erhältlich.
Beim Münchener Büro sind noch weitere Info-Materialien erhältlich sowie eine Materialliste.
Kontakt: The World Uranium Hearing e.V., Praterinsel 4, D-8000 München 22 Phone: 089/2285924 Fax 2285340

Freiheit für Knud und Ralf!

Am 29.7 dieses Jahres wurden Knud Andresen und Ralf Gauger in Pinneberg, kurz außerhalb Hamburgs von Zivilfahndern des Landeskriminalamtes (LKA) Hamburg festgenommen. Seitdem sitzen die beiden in Untersuchungshaft in der JVA Itzehoe. Die Zivis waren den beiden vom Stadtteilzentrum „Rote Flora" im Hamburger Schanzenviertel aus gefolgt. Sie behaupten, beobachtet zu haben, wie Ralf und Knud Betonplatten und andere Gegenstände auf die Bahnlinie Hamburg-Kiel gelegt hätten.
Diese Aussagen sind gelogen. Knud und Ralf sagen in einer Erklärung vom September dieses Jahres dazu:
„Den uns vorgeworfenen Anschlag haben wir nicht begangen. Aus unserer persönlichen und politischen Geschichte als Teil der radikalen Linken ist so ein Anschlag völlig ausgeschlossen.
Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der sich alles an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Menschen orientiert. Das steht im völligem Gegensatz zu der herrschenden Gesellschaftsordnung, in der der Mensch zum Objekt der sinnentleerten Profitmaximierung entwürdigt wird. Eine Aktion, die irgendwelche Menschen, in irgendeinem Zug, zu irgendeiner Zeit gefährdet, wäre das genaue Gegenteil zu unserem Denken.
Der Anschlag auf die Bahnstrecke ist nichts als terroristisch – schon deshalb gibt es keinen Grund etwas derartiges zu tun. Er reiht sich vielmehr ein in die Geschichte von terroristischen Anschlägen, wie das von Faschisten auf das Oktoberfest 1980 in München verübte Attentat, oder wie der vom Verfassungsschutz inszenierte Anschlag auf den Hamburger Hauptbahnhof 1975.
Der Grund weshalb wir trotzdem im Gefängnis sitzen, ist rechtlich der, daß die Beamten des LKA Hamburg Thoms und Martens aussagen, sie hätten uns an der Bahnstrecke mit Betonplatten hantieren sehen. Diese Aussagen sind gelogen!
Aber das sind Methoden, die Innensenator Hackmann meinte, als er gesagt hat, es geht bei der Flora-Park-Räumung darum, wer im Viertel das Sagen hat. Eben nicht die Menschen, die dort wohnen und wünschen, ihr Leben selbst zu gestalten, sondern diejenigen, die von ihren noblen Villen aus Menschen und Natur nur als Manövriermasse für ihre kalten Profitpläne ansehen.
Unser Ziel jetzt: daß ihre Lügen entlarvt werden und wir raus kommen. Unser Ziel immer: ist, die Herrschenden so oft es geht in ihren technokratischen Plänen zu stoppen und soviel von unseren Träumen zu leben, wie wir es schaffen."

ZUM ABLAUF:

Vier LKA-Beamte, die zur speziellen Aufklärungs- Observationseinheit 331/2 gehören, sind Knud und Ralf von der „Rote Flora" aus gefolgt. Sie wurden aber während der mehrstündigen Observation wiederholt von Knud und Ralf bemerkt. Im Laufe der Überwachung haben die LKAler die Landesgrenze nach Schleswig-Holstein überschritten und dabei ihren Zuständigkeitsbereich verlassen.
Als Knud und Ralf am Nachmittag ihr Auto parkten, um spazieren zu gehen, behaupten die LKAler die beiden aus den Augen verloren zu haben. Sie wollen dann jedoch zufällig von einer Brücke aus 375 m Entfernung beobachtet haben, wie die beiden den ihnen vorgeworfenen Anschlag verübt hätten. Als Ralf und Knud vom Spazierengehen zu ihrem Auto zurückkamen, wurden sie festgenommen. Es wurde dann jedoch keine Spurensicherung an Kleidung und Händen durchgeführt.
Es ist bislang auch unklar, warum die Zivis den beiden überhaupt gefolgt sind. Die LKAler haben lediglich ausgesagt, einen der beiden von „Flora-Aktivitäten" vom Sehen her zu kennen. Die ganzen Umstände sprechen aber für eine gezielte Observation und der konkrete Ablauf und der Absurde

Vorwurf lassen vermuten, daß die Festnahme der beiden von vornherein geplant war, und die LKAler entweder selbst die Platten auf die Schienen gelegt oder eine für sie „günstige" Situation ausgenutzt haben.
Die Aussagen der LKA-Beamten reichten aus, um einen Tag nach der Festnahme Haftbefehl mit dem Vorwurf „gefährlicher Eingriff in den Bahn- und Schienenverkehr" zu erlassen. Haftgrund war „Fluchtgefahr" wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe; ein bis fünf Jahre.
Am 20.9. fand auf Antrag der Anwälte und Anwältinnen der beiden ein Haftprüfungstermin statt, der einige Aussichten auf Aussetzung oder sogar Aufhebung der Haftbefehle zu haben schien. Der Haftrichterin ist umfangreiches Material vorgelegt worden, das die angebliche Begehung der Tat durch Ralf und Knud aus persönlichen und politischen Gründen ausschließt.
Außerdem wurde gezeigt, daß sich die Beweisführung einzig auf die Aussage der LKAler stützt und darüberhinaus die Beweislage haltlos ist. Auch der U-Haftgrund „Fluchtgefahr" wurde erneut widerlegt, da beide einen festen Wohnsitz, feste Bindungen haben und einer geregelten Arbeit bzw. Studium nachgehen.
In dieser Situation ist dann genau das Gegenteil des Erhofften passiert: Nachdem sich die Staatsanwältin und die Haftrichterin des Amtsgerichtes in Itzehoe die Argumentation der Anwältinnen und Anwälte stillschweigend angehört hatten, beantragte die Staatsanwältin die Erweiterung des Haftbefehls auf „versuchten Mord"! Ohne längere Auseinandersetzung stimmte die Haftrichterin Peters diesem Antrag zu.
Der politische Hintergrund hierfür ist die Möglichkeit, Knud und Ralf so, ohne weitere Begründung in U-Haft behalten zu können (Schwere des Deliktes als pauschaler Haftgrund), und daß das Lügenkonstrukt gegen die beiden nunmehr auch langfristig von der Justiz gedeckt und mitgetragen wird.

HINTERGRÜNDE

Die Inhaftierung von Knud und Ralf ist im zeitlichen und politischen Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Rote Flora in Hamburg zu sehen. Die beiden, die sich als Teil der radikalen Linken verstehen, haben sich aus ihren politischen Selbstverständnis heraus auch aktiv für den Flora-Park eingesetzt.
Hierbei ging es nicht, wie vom Hamburger Senat über die Medien propagiert, um die Verhinderung bzw. Durchsetzung von sozialem Wohnungsbau, sondern um eine Kampfansage durch die politischen Verantwortlichen. Schon 1988 erlitt der Senat durch die Verhinderung des Baus des Phantoms der Oper im Schanzenviertel durch einen breiten und vielfältigen Widerstand, eine empfindliche Niederlage. Dies hatten die Verantwortlichen noch sehr gut im Kopf. Die Schärfe der aktuellen Situation verdeutlicht die Äußerung von Innensenator Hackmann:

„Es geht darum, ob Regierung und Parlament im Schanzenviertel das Sagen haben oder selbsternannte Kräfte."

Der massive Einsatz von Polizeikräften und einer „zivilen" Sondereinheit, genannt „E-Schicht" (1988 extra für sogenannte Problemviertel gegründet), gekoppelt mit Bespitzelung durch Verfassungsschutz und LKA, sind einige Mittel des Senates in dieser Auseinandersetzung.
Als ein weiteres Mittel ist das Vorgehen der Staatsschutzorgane zu betrachten, das zur Verhaftung von Knud und Ralf geführt hat. Ziel ist dabei nicht nur Aktivistinnen und Aktivisten aus der Roten Flora zu kriminalisie-

ren, sondern auch die Menschen zu treffen, die über Stadtteilkämpfe hinaus politisch aktiv sind und sich als fundamentale Opposition zur herrschenden Gesellschaftsordnung begreifen.
Im derzeitigen politischen Klima, das von rechten und reaktionären Kräften bestimmt wird, meinen die Staatsschutzorgane mit einem derart abstrusen Konstrukt gegen Ralf und Knud und damit gegen uns vorgehen zu können.
So wie das Verfahren bis jetzt gelaufen ist, ist kein anderer Schluß mehr möglich, als das Knud und Ralf dafür herhalten müssen, den linken Widerstand — gerade in Hamburg — einzuschüchtern. Nach dem Motto: „Wir können euch ewig in den Knast stekken. Ein Anlaß findet sich immer, und sei er noch so weit hergeholt."
Da die vorgeworfene Tat aber nichts mit linken Zielen und Inhalten zu tun hat, wird das Verfahren nicht, wie sonst üblich, von einer Pressekampagne gegen linke Inhalte begleitet. Jeder politische Zusammenhang wird im Verfahren und in der Presse geleugnet.
Somit sind die Weichen für den Prozeß schon gestellt: Entschiedener Verurteilungswille gegenüber zwei Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung, ohne daß dies benannt wird. Nach allen Erfahrungen mit der BRD-Justiz wird das Landgericht Itzehoe sich in seinem Vorgehen genau an dieser Linie orientieren.
Nur wenn klar wird, daß es darum geht zwei politisch aktive Linke als „gewöhnliche Kriminelle" zu verurteilen, besteht die Chance, sowohl die beiden heraus zu holen als auch diese Vorgehensweise des Staates in Zukunft zu verhindern. Dafür ist es notwendig diese Lüge, das ganze Konstrukt an sich aufzudecken und nicht nur die Ungeheuerlichkeit des Vorwurfs „versuchter Mord" aus dem Weg zu räumen.
Für Ralf und Knud ist das eine existentielle Frage. Für alle Menschen, die sich gegen die herrschende Gesellschaftsordnung wehren, bedeutet diese Kriminalisierung eine neue Dimension, die gleich im Ansatz verhindert werden muß!

Kontakt: Solidaritätsgruppe Knud und Ralf, c/o Schwarzmarkt, Paulinenstr. 15, 2 Hamburg 36

Direkter Kontakt: Jeden Freitag zwischen 16 und 18:30 Uhr in der Roten Flora, Schulterblatt 71, Tel.:040/4395413

Spendenkonto für die Kosten der Verteidigung: RA Beuth, Kto.Nr.: 1250/124029, Blz.:20050550, Sonderkonto „Knud & Ralf", Hamburger Sparkasse

Adressen: Knud Andresen, Ralf Gauger, z.Zt. Landgericht Itzehoe, Breitenburgerstr. 68, 2210 Itzehoe

Notbremse im letzten WAA-Prozeß

Das Verfahren gegen eine WAA-Gegnerin mußte vor dem Schwandorfer Schöffengericht eingestellt werden / Die Anklage wegen besonders schwerem Landfriedensbruchs brach in sich zusammen

taz, 6.11.91

Aus Schwandorf Bernd Siegler

„Was haben Sie am 19. Mai 1986 zwischen 12.00 und 12.30 Uhr gemacht?" Der Polizeibeamte Gschwind aus Straubing denkt kurz nach, dann ist alles klar: „Normalerweise ist da Mittagessen." Kurz nach dieser erhellenden Aussage fällt einer der beiden Schöffen des Schwandorfer Amtsgerichts in Tiefschlaf, die Verhandlung muß abgebrochen und an einem erneuten Termin teilweise wiederholt werden. So ist das Ende des vorläufig letzten Prozesses gegen GegnerInnen der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf nicht weiter verwunderlich: Die Anklage bricht in sich zusammen, das Verfahren gegen die 31jährige Isa G. wird gegen eine Geldauflage von 800 DM eingestellt, die Kosten trägt der Staat.

Die ganze Mühe der Staatsanwaltschaft war damit umsonst. Dabei hatte man schwere Geschütze gegen die Entwicklungshelferin aufgefahren, z.B. Videoaufnahmen in Paßfoto-Qualität von den Auseinandersetzungen am WAA-Bauzaun Pfingsten 1986. Fieberhaft bemühten sich in der Folge Polizei und Justiz, mit akribischer Auswertung der Videoaufnahmen Steinewerfer ausfindig zu machen und abzuurteilen. Die tatsächlichen Urteile standen jedoch bislang zu diesem Aufwand in keinem Verhältnis. Von insgesamt 3.326 Ermittlungsverfahren gegen WAA-GegnerInnen mußte die Staatsanwaltschaft 2.328 einstellen. Nur in 742 Fällen kam es zu Verhandlungen. Von den 544 Verurteilungen waren rund 90 Prozent Geldstrafen. Doch die Amberger Staatsanwaltschaft steckte nie auf. Deshalb landete fünf Jahre nach den Ereignissen und zweieinhalb Jahre nach dem endgültigen Aus der WAA Isa G. doch noch auf der Anklagebank.

G. soll am Pfingstmontag 1986 Steine geworfen und dabei den Außenspiegel eines Wasserwerfers (Sachschaden 30 DM) zertrümmert haben. Bei einer weiteren Demonstration am 7.6.86 soll sie beim Steine-Aufsammeln beobachtet worden sein und sich der Festnahme widersetzt haben. Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall, versuchte gefährliche Körperverletzung, Sachbeschädigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte führt die Anklageschrift auf. Die Amberger Staatsanwaltschaft war der Meinung, daß in diesem Fall der Strafrahmen eines Schöffengerichts (drei Jahre) nicht mehr ausreiche, und erhob Anklage vor dem Landgericht. Doch das Landgericht konnte keinen derart hohen Unrechtsgehalt entdecken und verwies das Verfahren zurück an das Schwandorfer Schöffengericht. Dort setzte die Staatsanwaltschaft alle ihre Hoffnungen auf zwei Polizeivideos, 17 Polizeizeugen und insbesondere auf ein bei der Angeklagten beschlagnahmtes Tagebuch.

Foto: Thomas Einberger

Da aber die höchstrichterliche Rechtsprechung solche persönlichen Aufzeichnungen nur bei Kapitalverbrechen wie Mord als Beweismittel zuläßt, war der Anfang vom Ende der Anklage schon vorgezeichnet. Erschwerend kam hinzu, daß sich die Polizeizeugen in Widersprüche verstrickten, sich kaum noch erinnern konnten und ihnen auch damals am Bauzaun als „besonders markantes Erscheinungsbild" der Angeklagten lediglich „helle Hose, dunkle Jacke, heller Schal und Turnschuhe mit Streifen" aufgefallen waren. Auch der Vorwurf des besonders schweren Landfriedensbruchs löste sich in nichts auf, da die Person, die die Polizeizeugen als die Angeklagte erkannt haben wollen, auf den Videos deutlich ersichtlich als Einzelperson am Bauzaun agiert und nicht aus einer geschlossenen Gruppe heraus. Richterin Schmidt, die ihre Karriere besonders harten Urteilen in WAA-Prozessen zu verdanken hat, zog nach drei Verhandlungstagen schließlich die Notbremse und überzeugte den Staatsanwalt, daß eine Einstellung des Verfahrens auch für die Anklagebehörde das beste Mittel sei, zumindest noch einigermaßen das Gesicht zu wahren.

IMPRESSUM

Literarischer Pressedienst für Autoren und Verleger

DER LITERARISCHE MARKT

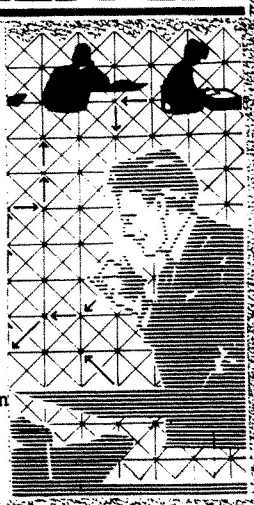
Gegründet: 1987 / Erscheint 6x jährl / Einzelpreis: 7,50 DM
Im Abonnement: 44,—DM (Ausland 48,—DM)
Auflage: 1000

Themen: Literaturbetrieb und Verlagswesen

IMPRESSUM
veröffentlicht praktische Tips für Autoren und Verleger, informiert über Wettbewerbe, Anthologie-Projekte, Neuerscheinungen und über aktuelle Literaturzeitschriften....

IMPRESSUM
bringt eine Manuskript-Börse, Autoren- und Verlagsvorstellungen sowie enorm viel KOMMUNIKATION über die Aktivitäten hinter den Kulissen des offiziellen Literaturbetriebes

Probeheft anfordern!



LITERARISCHES INFORMATIONSZENTRUM
JOSEF WINTJES · BÖCKENHOFFSTR. 7
D-4250 BOTTROP · ☎ 02041/20568

Kommunikation, die Spaß macht

RADIO VON UNTEN

Das alternative Medienmagazin

und zwei weitere Fachzeitschriften im Verlag Rainer Pinkau:
Radio Magazine (monatlich Englisch) und Kurzwelle in Deutsch.

Ansichtsexemplare erhalten Sie gegen DM 2.00 in Briefmarken beim:

Kurzwellen-Pressedienst
Weender Str. 30
3400 Göttingen 1
Tel. 0551/5 51 21
Fax 0551/4 48 71

Wildcat 57

Oktober/November 1991

Niederlande
Illegale ArbeiterInnen organisieren sich

Japan
Tagelöhner und Nomaden

Auto - Gruppe - Bänder
Thesen, Interviews, Berichte
Fiat, Opel, Mercedes

Irak

Kuwait

Iran

Den Golfkrieg diskutieren

Debatte:
Drei zu eins für wen?

Abo 6 Hefte 20 Mark, Einzelheft 4 Mark
Bestellung durch Überweisung an
SISINA, Postgiroamt Berlin, Kto.-Nr. 31502-109

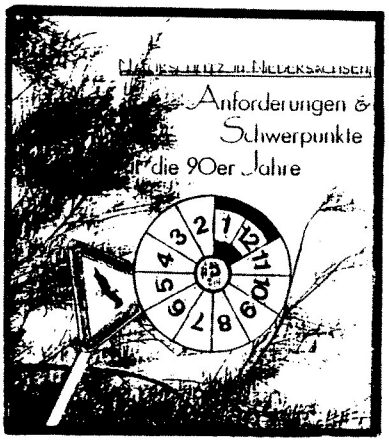
Kontaktadresse:
Sisina, Pf. 360 527, 1000 Berlin 36,
030/6121848

Umwelt informationen für Niedersachsen

Aktuelles zur Umweltpolitik

diesmal:

Umweltinformationen für Niedersachsen



Schriftenreihe der niedersächsischen Bürgerinitiativen

Das Heft UIN Nr. 28

Naturschutz in Niedersachsen – Anforderungen & Schwerpunkte für die 90er Jahre

beschäftigt sich mit dem Naturschutz, einem nach wie vor vernachlässigten Teil der Umweltpolitik.

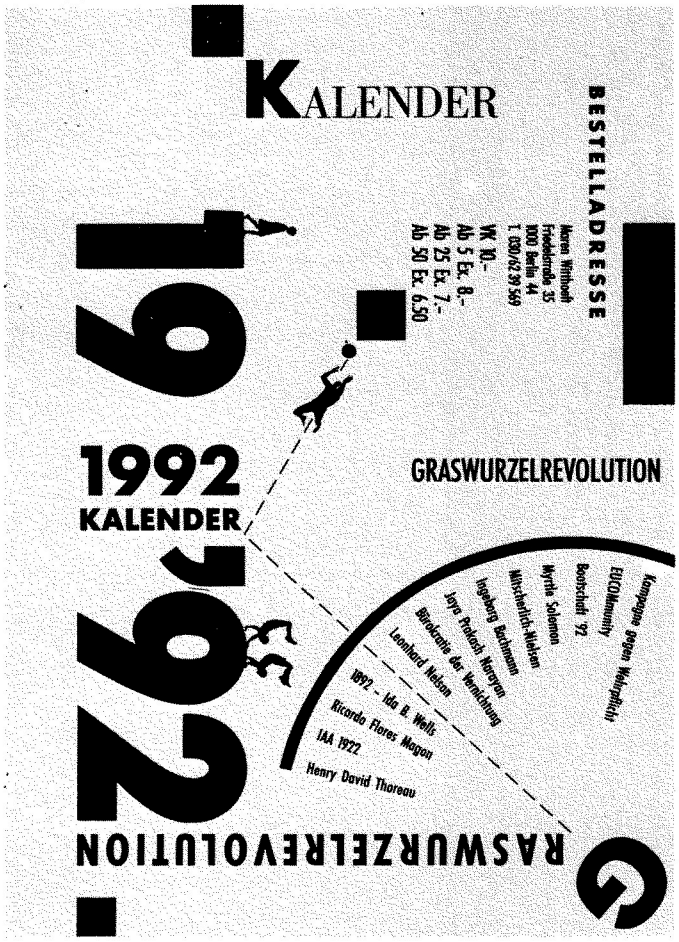
Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Umweltverbänden erläutern ihre Vorstellungen über einen wirkungsvolleren Naturschutz für die 90er Jahre.

Die Veröffentlichung bildet damit einen wichtigen Beitrag zur Diskussion zukünftiger Naturschutzpolitik.

August 1991, 68 Seiten
DM 8,- zzgl. Versand

Herausgeber und Bezug:

Landesverband Bürgerinitiativen
Umweltschutz Niedersachsen e.V.
Waldheimstr. 9·3000 Hannover 81
T. 0511-830873·FAX: 0511-830898



CONTRASTE

Schwerpunktthema Vom Energie tufteln zur Energiewende ? Energieprojekte im Gespräch... **Vogelfrei** Wagenburgen: Freiheit auf Rädern – Ärger mit dem Staat **Nach Hoyerswerda** Zum ANTIFA-Ratschlag in Dresden... Der »Dresdner Kindersturm«, die Lehrerin und die Gewalt... **Auto teilen, aber wie ?** Eine Vorstellung des neuen VCD-Projektes zum Aufbau einer bundesweiten Genossenschaft und ein äußerst kritisches Interview hierzu... **Jenseits von Whisky und Kuchen** CSU besucht Münchner Projekte... **Kommt der bundesweite Verbund ?** Das NETZ (ehemals NETZ-NRW) mausert sich zum bundesweiten Verbund der Selbstverwaltungswirtschaft... u.v.m.

Das Alles und noch viel mehr...
in CONTRASTE, für 6 Mark frei Haus!
JA, ich will die neue CONTRASTE

Meine Anschrift:

6 DM in Briefmarken/Scheck habe ich beigelegt.

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE, Gaisbergstr. 97, Postfach 104520,
6900 Heidelberg 1 10/91

Schwarz-Rot-Gold

BRD und DDR gibt es nicht mehr. Jetzt heißt es wieder Deutschland. Wieder?

Es liegt nicht nur an den Regierenden, wie das Land aussieht, in dem wir leben. Wie wir miteinander umgehen, bestimmen wir selbst.

Verschließen wir die Ohren oder schauen wir weg, wenn Menschen von rassistischen Äußerungen oder Angriffen bedroht sind, wenn hinter der Frage „Wer ist Deutscher" eigentlich der Gedanke „Wer ist Arier" steht?

Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen frei und ohne Angst leben können.

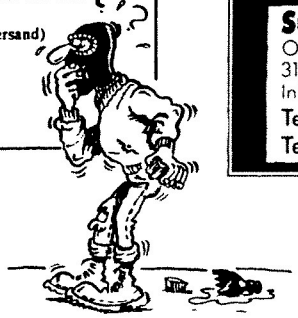
WFD
AE..FRIEDENSDIENST E.V.

Wir unterstützen Projekte in Afrika und Palästina. Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns für eine Veränderung des Bewußtseins in der eigenen Gesellschaft ein.

WELTFRIEDENSDIENST e.V.
Hedemannstraße 14 - D-1000 Berlin 61

SCHWARZER KALENDER '92

Herausgeber: Friends of Durruti Berlin
336 Seiten (fadengeheftet!) mit vielen Fotos, Zeichnungen und Originalbeiträgen. Übersichtliches Kalendarium und erstmalig täglich was zur Erinnerung etc.
Vollautonomes Adressenverzeichnis und und und.
Preis: 9.80 DM
Einzelbestellerlnnen: 10 DM (incl. Versand) in Schein oder V-Scheck.
bei: AurorA
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19



Druck erzeugt ...

- **Geschäftspapiere**
- Rechnungssatze
- Lieferscheine
- Kurzmitteilungen
- Visitenkarten
- Faltprospekte
- Programmhefte
- **private Drucksachen**
- Plakate
- Briefbogen
- Hochzeitszeitungen
- Einladungskarten
- Etiketten
- . . . und vieles mehr

Noch immer **gegen Druck?**

Summa Summarum
Offsetdruckerei in
3139 Hitzacker-Sarchem
Inhaber: K. P. Nell
Telefon: 0 58 62 - 82 07
Telefax: 0 58 62 - 78 54

Asylrecht ist Menschenrecht

Flüchtlinge sind gefährdet. Nicht gefährlich.

Sie fliehen vor persönlicher politischer Verfolgung aus diktatorischen Ländern; sie fliehen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten; sie fliehen, weil sie Angehörige bedrängter ethnischer und religiöser Minderheiten sind.

Und sie fliehen aus armen Ländern und vor wirtschaftlichen Strukturen, welche Menschen in Verelendung und Verzweiflung treiben.

Niemand, der/die in der Bundesrepublik Zuflucht sucht, hat seine/ihre Heimat aus Übermut oder Leichtsinn verlassen.

Nicht die Existenz der Deutschen steht auf dem Spiel. Sondern die der Flüchtlinge.

Rote Hilfe * Postfach 6444 * 23 Kiel 14

Collection Lafka foundation
www.lafka.org
Digitized 2016